



*Herausgegeben
für die Friedrich-Ebert-Stiftung von*
Johannes Rau
Heinz O. Vetter
Hans-Jochen Vogel
Herbert Wehner

Die Neue Gesellschaft

3

1984
31. Jahrgang

Verlag Neue Gesellschaft GmbH
Godesberger Allee 143, 5300 Bonn 2
Postfach 20 01 89
Telefon (02 28) 37 80 21-25
Druck: Vorwärts-Druck, 5300 Bonn 3

Redaktion:
Peter Glotz (Chefredakteur)
Rainer Diehl
Hans Schumacher (verantwortlich)
Anschrift der Redaktion:
Godesberger Allee 143
5300 Bonn 2
Telefon 37 80 21-25
Telex: 8 85 479 a fest d

Redaktionsbeirat:
Bruno Friedrich
Iring Fetacher
Martin Greiffenhagen
Reinut Jochimsen
Richard Löwenthal
Susanne Miller
Peter von Oertzen

Die Neue Gesellschaft erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder durch den Verlag.
Einzelheft 7,- DM, Jahresabonnement 67,- DM zuzüglich Versandkosten. Kündigung bis 30 Tage vor Jahresende.

Im Bezugspreis sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.
Anzeigenpreisliste Nr. 13
Verantwortlich für Anzeigen: Margret Reichert

Zum Inhalt

Im Jahr der zweiten Direktwahl zum Europäischen Wanderparlament präsentiert sich die EG in einem beklagenswerten Zustand. Der Aufwand an Pomp für die zurückliegenden Gipfeltreffen der Regierungschefs steht im umgekehrten Verhältnis zu ihrem politischen Ertrag. Kein Zweifel: das Europa der Zehn ist in den Augen von Millionen europäischer Bürger zu einem Frühstückskartell heruntergekommen, in dem nur noch Krämerseelen um Stahlquoten, Milchpreise, Wein- und Olivenenernten schachern. Tiefer kann das Europa-Stimmungsbarometer schwerlich fallen.

Die Sorgen sozialdemokratischer Europaparlamentarier und solcher, die es werden sollen, lassen sich auf diesem Hintergrund nur allzugut nachvollziehen. Sie befürchten, daß die Wahlbeteiligung auf die Größenordnung amerikanischer Präsidentschaftswahlen sinken könnte, und weisen zu Recht darauf hin, daß dies der politischen Autorität des Europäischen Parlaments einen fast tödlichen Schlag versetzen würde. Mehr noch plagt sie der Verdacht, daß die Sozialdemokratie vielleicht nicht mit vollem Engagement bei der guten Sache wäre – was natürlich verhängnisvolle Auswirkungen auf die Mobilisierung der vielen zehntausend freiwilliger Wahlkampfhelfer hätte.

Deshalb ist es für viele vorderhand nur ein schwacher Trost, daß die SPD sich bereits jetzt als die einsatzfreudigste aller bundesrepublikanischen Parteien präsentiert. Denn am guten Willen mangelt es ja durchaus nicht. Es ist die politische Großwetterlage, die allenthalben – nicht nur hierzulande – Europamüdigkeit aufkommen läßt. Die schönen Blühträume vergangener Jahrzehnte sind zerstoßen, eine lähmende Desillusionierung macht sich in allen EG-Ländern breit. In diesem unserem haben die Regierenden nicht nur Initiativen vermissen lassen, sondern – und sei es durch Nichtstun – das Ihre zur gegenwärtigen Misere Europas beigetragen.

Selbst wenn dem so wäre und sich mit Europa derzeit kein Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken ließe, so besteht zu Resignation und Wahlfatalismus keine Veranlassung. Am 17. Juni haben die Wähler, zum erstenmal seit dem 6. März vorigen Jahres, bundesweit die Chance, dem Kabinett Kohl/Zimmermann/Strauß mitzuteilen, was sie von der „Wende“ halten. Deshalb tut die

SPD gut daran, den Europawahlkampf auch dazu zu nutzen, die haarsträubenden Versäumnisse, die verhängnisvollen politischen Weichenstellungen und die fatalen Fehlentscheidungen der Rechtskoalition auf „nationaler“ Ebene zu thematisieren und mit zur Abstimmung zu stellen.

Die aktuelle Tarifbewegung mit der Auseinandersetzung um eine drastische Verringerung der Arbeitszeit ist dafür nur ein hervorstechendes Beispiel. Es gibt deren weitere: Die mit ausdrücklicher Billigung der Rechtskoalition eingeleitete Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen hat die sicherheits- und abrüstungspolitische Ausgangslage in Europa schlagartig zum Schlechten verändert. So wichtig eine Einigung über Schweinefleischpreise oder Zollabfertigungszeiten auch sein mag, – ein europäisches friedens- und sicherheitspolitisches Konzept tut sicherlich mehr not. Es ist zumindest (über)lebensnotwendiger.

Nicht nur zu Europawahlkampfzeiten sollten europäische demokratische Sozialisten in einen konstruktiven Dialog miteinander treten und gemeinsam zu ergründen versuchen, wo die zentralen Herausforderungen der Zeit liegen und wie ihnen gemeinsam begegnet werden kann. Dabei werden – wie könnte es anders sein? – nicht nur gemeinsame Zielsetzungen, sondern mitunter auch verschiedene Betrachtungsweisen deutlich. Niemandem wäre damit geholfen, wenn sie unter den Teppich gekehrt würden. In dieser Hinsicht ist etwa das NG-Gespräch mit Jacques Huntzinger, dem „Außenminister“ der Sozialistischen Partei Frankreichs, in seiner Offenheit gewiß eher nützlich, auch wenn einer großen Mehrheit deutscher Sozialdemokraten seine Argumente befremdlich erscheinen mögen.

Anempfohlen sei dem Leser aber vor allem der einleitende Beitrag des britischen Oppositionsführers Neil Kinnock. Er ist ein ausgezeichnetes Beispiel für die große visionäre Kraft, die der britischen Arbeiterbewegung traditionell innewohnt und die die Labour Party zeitweilig verloren zu haben schien. Auch mancher deutsche Sozialdemokrat, der sich, von der allgemeinen Europamüdigkeit angesteckt, fragt, für was er sich in den kommenden Monaten „aus dem Fenster hängen“ soll, wird in Neil Kinnocks Artikel aufrüttelnde Antworten finden.



INHALTS VERZEICHNIS

Seite	Autor	Titel
		Thema: Europa vor der Wahl
200	Neil Kinnock	New Deal für Europa
208	NG-Gespräch mit Jacques Huntzinger	Die Freiheit der Völker ist die Sicherheit Europas
212	Theodor Schwelaufurth	Der franco-germanische Beelzebub
217	Egon Bahr	Deutschland und die Atomwaffen
221	Hans Schumacher	Stichworte einer Realen Utopie für eine europäische Friedensordnung
226	Heinz O. Vetter	Arbeitszeitverkürzung in Europa – „Es bewegt sich was ...“
232	Ernst Piehl	Der Kampf für mehr Arbeitnehmerrechte in Europa
236	Klaus Wetzig	Wider die Filiochusterei in der EG-Agrarpolitik
		Thema: Arbeitszeitverkürzung
241	Peter Glotz	Kompromisslinien im Arbeitszeitkonflikt
243	Fritz Scharpf/ Ronald Schettkat	Verkürzung der Wochenarbeitszeit – Nur der Staat kann den beschäftigungspolitischen Handlungsspielraum erweitern
256	Willi Haller/ Andreas Hoff	Arbeitszeitflexibilisierung oder Verkürzung der Wochenarbeitszeit – eine falsche Alternative!
258	Norbert Römer	Die Pflicht zur Selbstbehauptung – Konsequenzen aus der freiheitlich-demokratischen Tradition der deutschen Sozialdemokratie
266	Peter Glotz	Das Flügelchen oder: Antikommunismus aus Identitätsangst
275	Rainer Diehl	Georg Büchners Sozialismus
		Berichte aus europäischen Ländern
282	Frankreich	Revolte der Kategorien
283	Griechenland	Physiognomie der Mitte
285	Großbritannien	Gewerkschaftsmitgliedschaft als Sicherheitsrisiko?
286	Irland	Ein „neutraler“ Haushalt
288	Niederlande	Marxistisch-feministische Kommunisten
289		Kritik



EUROPA

Neil Kinnock: New Deal für Europa

Neil Kinnock, geb. 1942, trat der Labour Party mit fünfzehn Jahren bei. Seit 1969 gehört er dem britischen Unterhaus und seit 1978 dem Vorstand der Labour Party an. Im vergangenen Jahr wurde er als Nachfolger von Michael Foot zum Parteiführer gewählt (s. a. NG 11/83).

Großbritanniens Zukunft liegt, wie unsere Vergangenheit und unsere Gegenwart, in Europa. Innerhalb der EWG liegt sie für uns als Sozialisten jedoch weiterhin nur, wenn der Gemeinsame Markt so umgestaltet werden kann, daß er unserer umfassenderen Vision der Zukunft Europas entspricht. Wir wollen einen *Square Deal** mit dem Gemeinsamen Markt und einen *New Deal*** für Europa. Wir wollen ein größeres, stärkeres und großzügigeres Europa für die Europäer – nicht für die Vereinigten Staaten oder für die Sowjets, nicht für multinationale Mächte, das Finanzkapital oder die Agrarwirtschaft.

Alle Parteien der europäischen Linken und sozialistische Regierungen in ganz (West-)Europa sind sich einig in dem Prinzip der gemeinsamen wirtschaftlichen Wiederbelebung. In allen westeuropäischen Ländern übernehmen die Sozialisten die Führung in den Friedensbewegungen, die für eine nuklearwaffenfreie europäische Sicherheitszone kämpfen. Dies sind die beiden kritischsten Themen für die Europäer heute, aber beide stehen nicht auf der Tagesordnung des Gemeinsamen Marktes. Gleiches gilt für die grundlegenden Reformen der EWG, auf die sich die Labour Party auf ihrem Parteitag 1983 verständigt hat und die Andreas Papandreou, der sozialistische Premier Griechenlands, und andere mit ihm fordern. Gerade weil die Tagesordnung der EWG die falsche Tagesordnung für Europa ist, müssen wir, gemeinsam mit unseren sozialistischen Genossen in den anderen Mitgliedsländern, an den Europa-Wahlen im Juni teilnehmen.

Nur wenn wir dies tun, können wir unserer Aufgabe, der Neugestaltung der Zukunft Europas, gerecht werden.

Ein europäisches Bretton Woods

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft ist nicht *europäisch*: sie umfaßt nur einige westeuropäische Länder und schließt osteuropäische Länder nicht nur von der Mitgliedschaft aus, sondern auch von dem politischen Dialog, der geführt werden muß, wenn wir eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit und militärische Entspannung erreichen wollen. Sie ist nicht *wirtschaftlich*: sie ist ein Nahrungsmittelpreisfestsetzungssystem mit einem gemeinsamen Außentarif. Sie ist keine *Gemeinschaft*: sie ist tief gespalten und ihrer Verfassung nach in einer fortgesetzten inneren Krise. Wo die Europäer zusammenarbeiten sollten, versucht die „Gemeinschaft“ zu integrieren, indem die großen politischen Erfordernisse auf den kleinsten gemeinsamen Nenner des Kompromisses reduziert werden.

Kein Fortschritt wurde in der gemeinsamen Wirtschaftspolitik erzielt, um die seit zehn Jahren andauernde Wirtschaftskrise zu bekämpfen und den Reichtum zu schaffen, der Europa in den Stand setzen würde, seinen eigenen Beitrag zur Überwindung des Hungers und der Furcht im Rest der Welt zu leisten. Die EWG verplempert ihre Zeit mit Agrarsubventionen, während die Arbeitslosigkeit in den Mitgliedsländern immer näher an die 20-Millionen-Grenze kommt.

Im Januar 1983 hat der französische Präsident Mitterrand eine umfassende Reform der internationalen Währungsinstitutionen und des IWF vorgeschlagen, um eine Strategie für die Erneuerung, Regeneration und Wiederbelebung auf den Weg zu bringen. Seine Vorstellungen wurden auf dem Gipfel von Williamsburg durch Mrs. Thatcher, Kanzler Kohl und Präsident Reagan blockiert, und deren ablehnende Haltung hat es für alle übrigen europäischen Länder schwierig gemacht, eine Politik der Expansion und der wirtschaftlichen Wiederbelebung zu verfolgen.

Europa muß mit seiner eigenen Stimme sprechen und mit seinen eigenen Ressourcen handeln, wenn die Vereinigten Staaten sich nicht einem globalen Wiederbelebungsprogramm anschließen. Wir brauchen ein europäisches „Bretton Woods“ nach Art jener Kriegskonferenz, auf welcher John Maynard Keynes den Durchbruch für sein Anliegen, die weltweite Kooperation zur

wirtschaftlichen Wiederbelebung, erzielte. Falls die Vereinigten Staaten sich einem solchen Programm für eine genuin neue internationale Wirtschaftsordnung nicht anschließen, könnte und sollte Europa nach seinen eigenen Vorschlägen und seinem eigenen Programm fortschreiten. Westeuropa erzeugt etwa zwei Drittel der Industrieexporte der Welt und deckt ungefähr die Hälfte des Handels der Welt ab. Die Gemeinschaft jedoch ist durch ihren selbstverordneten Monetarismus lendenlahm geworden.

Ein neues europäisches Bretton Woods sollte Initiativen ergreifen, das multinationale Finanzkapital nutzbar zu machen. Es sollte die Voraussetzungen für eine moderne Vollbeschäftigungspolitik in Europa und für positive Politik zugunsten des Rests der Welt zu erreichen trachten.

Wir wissen um den Butterberg und die Weisse der EWG. Wir wissen, daß jeder zehnte Arbeiter in der Gemeinschaft keine Arbeit hat. Das liegt daran, daß die Regierungen nicht den Geldberg nutzen, der gegenwärtig ungenutzt in Vermögen oder an der Börse umherliegt oder in kräftigeren Volkswirtschaften wie der der Vereinigten Staaten investiert ist. Aufgrund der aus der Rezession resultierenden Arbeitslosigkeit haben die Regierungen in der EWG Steuereinnahmen verloren und müssen Sozialleistungen erbringen, die sich jährlich auf rund 200 Milliarden DM belaufen. Ein solcher tiefer Einbruch ist ungeheuer kostenträchtig; und dieses Geld könnte zweifellos kreativer eingesetzt werden, wenn es statt auf die anhaltende Depression auf die Schaffung von Arbeitsplätzen für die Menschen und die Mobilisierung weiterer produktiver Ressourcen verwandt würde. Die meisten europäischen Länder haben den entgegengesetzten Kurs eingeschlagen und sind Agenten der Stagnation geworden.

Indem wir eine neue Initiative ergreifen, um solche Aktivposten arbeiten zu lassen, können wir in moderne Technologien, verbesserte Berufsausbildung, industrielle und soziale Infrastruktur und in die Gemeinschaftsdienste investieren. Das würde die europäischen Volkswirtschaften aus dem Prozeß ihres Niedergangs und Verfalls herausführen, weil insbesondere das Wachstum, das durch solche Politik in allen unseren Ländern eintreten würde, die Krisenkosten reduzieren, unsere eigenen Volkswirtschaften (und die der USA) stimulieren und sich im Anstieg der Nachfrage und der Einkommen für

die Länder der Dritten Welt niederschlagen würde.

In gewisser Hinsicht gibt es bereits innerhalb der gegenwärtigen EWG-Strukturen dafür Instrumente, aber ihre Wirkung ist der Aufgabe nicht angemessen. Während die gemeinsame Agrarpolitik rund DM 40 Milliarden im Jahr kostet, beläuft sich die Kreditaufnahme bei der Europäischen Investment-Bank nur auf rd. DM 7 Milliarden. Während wiederum der Sozialfonds, der Regionalfonds und die Mittel für industrielle Forschung sich jeweils auf weniger als DM 4 Milliarden belaufen. Die Ausweitung der Kreditaufnahme und -vergabe der europäischen Investment-Bank sowie die Veränderungen der Ausgabenstruktur der EWG würden eine bedeutende Erleichterung für die Finanzierung des Wachstums, das jede der europäischen Volkswirtschaften braucht, bedeuten.

Die Demokratie weiterentwickeln

Wir brauchen eine gemeinsame Politik für die Wirtschaftsdemokratie und für die Kontrolle multinationaler Unternehmen, damit die wirtschaftliche Macht, die sie repräsentieren, in konstruktiver Weise dazu benutzt werden kann, zur wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Regeneration unserer Länder beizutragen.

Die machtpolitischen Implikationen von kommerziellem Besitz, kommerzieller Entwicklung, kommerzieller Bewegung und kommerzieller Praxis sind nicht neu. Neu ist nur das Ausmaß ihrer internationalen Zusammenballung und die dadurch erforderlich werdende Anpassung der Taktik an sie. Auf allen Ebenen des Kapitalismus, auf lokaler, regionaler und staatlicher Ebene, ist eine neue Macht des Kommerzes entstanden. Und letzten Endes kollidiert die Ausdehnung und Ausübung dieser Macht mit den Interessen der Gemeinschaft.

Die Demokratie mußte stets neue Regeln für das Geschäftsgebaren und die Ausübung wirtschaftlicher Macht aufstellen. Wir haben nie Regeln aufgestellt, die so effektiv waren, wie sie es hätten sein müssen. Wir haben die Ausdehnung des öffentlichen Eigentums nicht so intelligent genutzt, wie wir es hätten tun sollen, um die legislativen Veränderungen der Regeln, welche die kommerzielle Macht der demokratischen Autorität unterwerfen, zu vervollständigen. Dies sind Herausforderungen an uns alle, die in allen demokratischen Ländern bestehen bleiben.

Und nun gibt es eine weitere Herausforderung: Im Zeitalter des multinationalen Kapitalismus muß auch die Demokratie multinational sein. Das würde durch die „Vredeling-Richtlinien“ zur Information und Partizipation der Arbeitnehmer nicht voll erreicht werden. Und das wenige, was von diesen Richtlinien nach den Änderungsanträgen der antisozialistischen Gruppierungen im Europäischen Parlament noch übrig geblieben ist, wird dies kaum weiter voranbringen können. Aber es bleibt wichtig zu versuchen, jede progressive Veränderung, die erreicht werden kann, durchzusetzen, und eine gemeinsame Politik gleichgesinnter linker Regierungen in Europa zur Kontrolle des multinationalen Kapitals zu stützen.

Planung des Handels

Gemeinsam müssen wir auch die Planung des Handels entwickeln. Wir müssen das Recht eines Landes, das eine Vollbeschäftigungspolitik befolgt, anerkennen, sich selbst gegen die Auswirkungen der Politik anderer Länder zu schützen, die dies nicht tun. Der Zweck von Handelsplanung ist es sicherzustellen, daß jedes Land, das durch die Stimulierung von Nachfrage etwas für sein eigenes Volk tut, gleichzeitig etwas für seine Partner tut. Und natürlich beinhaltet die gemeinsame Planung unseres Handels auch gemeinsame Planung in Richtung auf wirtschaftliche Expansion und den Anschluß an neue technologische Entwicklungen.

Die Regeneration unserer Volkswirtschaften kann nicht der sogenannten sozialen Marktwirtschaft entspringen, wie sie jetzt von den Sozialen Demokraten propagiert wird. Ein System, das von hohen Zinssätzen beherrscht wird, von öffentlichen Ausgabenkürzungen reglementiert wird und in dem die Aufrechterhaltung der Disziplin von der Massenarbeitslosigkeit abhängt, ein solches System ist schlechterdings unfähig, eine Handelsexpansion zu bewerkstelligen. Die Erholung von der internationalen Rezession wird aus dem koordinierten und planvollen Vorgehen der Volkswirtschaften innerhalb und außerhalb der EWG kommen. Die sozialistischen Parteien dieses Kontinents haben bereits bewiesen, daß sie die Mittel zur Durchführung einer solchen Wachstumspolitik anbieten können.

Kampf gegen die Armut in der Dritten Welt

Ein weiteres zentrales Gebiet für gemeinsame Aktivitäten der europäischen Sozialisten ist der

Kampf gegen die Armut der Mehrheit der Völker der Welt. Wie die Willy Brandt-Reporte hinlänglich klargemacht haben und wie jeder, der die Hungerskelette gesehen hat, weiß, haben wir in Europa eine direkte moralische Verpflichtung und ein praktisches Interesse an der Veränderung unserer Beziehungen zum Rest der Welt.

Der Lebensunterhalt von mindestens einer Million Menschen in Großbritannien und von Millionen anderswo hängt von Exporten in die Länder der Dritten Welt ab. Aber der Niedergang des Handels mit ihnen – 2,5 % im letzten Jahr allein für Großbritannien – trägt in bedeutender Weise zur Rezession bei. Die Hauptursache des Niedergangs ist die Armut der Länder der Dritten Welt. Diese Armut wird durch unsere europäische Handels- und Agrarpolitik nur noch gesteigert und verwandelt sich in eine Katastrophe durch die Tatsache, daß die Länder der Dritten Welt ihre durch höhere Warenpreise oder größere Verkäufe erwirtschafteten Einkünfte dazu benutzen müssen, ihre Schulden bei den westlichen Finanziers abzuführen, anstatt Waren von westlichen Herstellern zu kaufen.

Unser Ziel sollte sein, daß jede nationale Regierung die von den Vereinten Nationen geforderten 0,7 % des Brutto-Sozialprodukts für die Entwicklungshilfe erreicht – ein Anteil, den Holland und Skandinavien bereits ausgeben. Handelsinteressen und Humanität fließen zusammen, um die Notwendigkeit für diese gestiegene Verpflichtung zu illustrieren. Innerhalb der EG müssen wir das Abkommen von Lomé verbessern, über das in diesem Jahr diskutiert werden wird, um einen globalen Rahmen zu schaffen, der die alten kolonialen Bindungen Europas überwindet und sich auf die ärmsten Länder und Regionen konzentriert.

Vor allem aber müssen wir als Sozialisten uns in koordinierter Weise in die internationalen Gipfelkonferenzen und -treffen der UN-Welthandelskonferenz (UNCTAD) einmischen, um Strategien für eine weltweite ökonomische Wiederbelebung voranzubringen. Da die Schuldenlast der Dritten Welt 660 Milliarden \$ erreicht hat, muß sozialistische Politik die deflationären Heilmittel des Monetarismus zurückweisen, die nur ein Loch mit dem anderen stopfen, indem sie die Dritte Welt in Armut halten und die entwickelten Länder ihrer Kunden berauben, so wie sie die Menschen in unterentwickelten Ländern ihres Lebens berauben.

Eine neue Messina-Konferenz

Kann eine solche internationale Zusammenarbeit und Entwicklung im Rahmen des gegenwärtigen Gemeinsamen Marktes erreicht werden? Eines Gemeinsamen Marktes, der seine globale Rolle durch Lomé beschränkt? Der im Sumpf seiner Agrarpolitik steckengeblieben ist? Der von einer Haushaltskrise in die andere taumelt? Unsere harsche Antwort – nicht zuletzt nach dem Scheitern der Gipfel von Stuttgart und Athen – muß „Nein“ lauten. Eingepfercht in unzeitgemäße Verträge, befindet sich die Gemeinschaft in einer politischen Sackgasse. Einen New Deal kann sie weder für Europa noch für den Rest der Welt entwickeln.

Dies sind die – positiven, nicht negativen – Gründe dafür, warum der Gemeinsame Markt einer fundamentalen Revision sowohl seiner Prinzipien als auch seiner Operationsmethoden bedarf. Wir müssen uns einen Überblick verschaffen sowohl über die Grenzen des gegenwärtigen Gemeinschaftsrahmens als auch über den Spielraum für eine größere genuinere Form von europäischer Zusammenarbeit. Wir brauchen einen neuen Anfang – eine Rückkehr zu dem Reißbrett von Forderungen, das von den Parteien und den Menschen in Europa selbst gemacht worden ist.

Einige dieser Punkte sind bereits von Andreas Papandreu hervorgehoben worden. In seiner Rede vor der Straßburger Versammlung im letzten Dezember erklärte er, daß die Zeit für eine „neue Messina-Konferenz“ gekommen sei, um „unsere Ideen über die wichtigen Probleme unserer Zeit wieder zu verdeutlichen“.

Fast dreißig Jahre nach dem Treffen von Messina, das den Rahmen für die EWG absteckte, dürfte wohl jeder, der über diese Institution, so wie sie sich entwickelt hat, frustriert ist, der ihre Inflexibilität verspürt und sich ihrem Supernationalismus widersetzt, bereit sein, über einen solchen Vorschlag nachzudenken. Eine neue Konferenz müßte so flexibel und weitreichend wie nötig sein, um die Grundlagen für eine genuine Gemeinschaft Europas zu legen, die frei ist von der Marktwirtschaftsphilosophie der Römischen Verträge oder den Direktiven einer Brüsseler Bürokratie. Ich denke, in einem Geist der Besinnung und in dem Versuch, aus dem wirtschaftlichen Grabenkrieg herauszukommen, in den eine unveränderte EWG immer wieder führt, hätte ein neues Messina diese Entscheidungen zu treffen:

▷ ob die Verträge von Paris und Rom verworfen,

revidiert oder neugefaßt und durch eine neue Rahmenordnung für die europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit ersetzt werden sollen;

- ▷ wie die Institutionen Westeuropas (EWG und EFTA) und die Institutionen, die Westeuropa einschließen (OECD und UN-Wirtschaftskommission für Europa) auf die Bedürfnisse von heute und die Erfordernisse von morgen ausgerichtet werden können;
- ▷ wie die europäischen Regierungen und Parlamente aus eigener Kraft die politische Initiative wiedergewinnen können;
- ▷ ob alle europäischen Parteien dazu eingeladen werden sollen, Vertreter zu einer Europa-Versammlung zu entsenden;
- ▷ ob alle europäischen Regierungen, einschließlich der gegenwärtig nicht der EG angehörenden, dazu eingeladen werden sollten, sich einem europäischen Rat anzuschließen, der die von den eigenen Völkern und Parlamenten vorgebrachten Themen auf seine eigene Tagesordnung setzt;
- ▷ ob nicht über den Europa-Rat, zu dem nationale Parlamente in ganz Westeuropa gegenwärtig Vertreter entsenden, durch eine neue gesamteuropäische Versammlung hinausgegangen werden sollte.

Wenn der oben skizzierte neue Rahmen für eine internationale europäische Zusammenarbeit auch kurzfristig von Regierungen in einigen Ländern blockiert werden kann und selbst wenn eine neue Messina-Konferenz in unmittelbarer Zukunft unwahrscheinlich ist, so können doch allemal fortschrittliche Parteien und Regierungen den Prozeß der Diskussion und Konzipierung der Bedingungen für die wirtschaftliche Wiederbelebung Europas einleiten, die erreicht werden muß, wenn wir die drängenden Probleme, vor denen unsere Völker und Gesellschaften stehen, bewältigen wollen. Solche fundamentalen Reformen und solche neuen Perspektiven sollten sicherlich auf der Tagesordnung der europäischen Linken stehen, die die bevorstehenden Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni dieses Jahres zu bestreiten hat.

Nuklearwaffenfreies Europa

Nicht zuletzt muß Europa eine Rolle in der Entspannung und Abrüstung spielen. Von dem Atom-Teststopp-Vertrag der 60er Jahre bis zur UN-Sondersitzung über Abrüstung 1978 schien

es vielen, daß die Supermächte sich der Gefahren eines nuklearen Holocaust bewußt geworden und bereit seien, sich vom Abgrund zurückzuziehen. Die Sondersitzung von 1978 unterstrich die Notwendigkeit sowohl der Fortsetzung des Entspannungsprozesses als auch die praktischer Schritte zur Einrichtung nuklearwaffenfreier Zonen. Die Madrider Konferenz der Sozialistischen Internationale 1980 setzte sich das Endziel, Europa selbst zur nuklearwaffenfreien Zone zu machen.

Zur Hoffnung gibt es gegenwärtig weniger Anlaß. Wir leben in einem zweiten Kalten Krieg. Die meisten Menschen sind sich der Stationierung von sowjetischen SS 20-Mittelstreckenraketen bewußt. Einige von ihnen erkennen, wie Denis Healey kürzlich im Unterhaus hervorgehoben hat, daß solche landgestützten Raketen allemal aufgewogen werden durch die auf U-Booten stationierten Poseidon-Raketen der Vereinigten Staaten und daß es insgesamt keine Mittelstrecken-„Raketen-Lücke“ gibt. Die CIA hat mit kürzlich veröffentlichten „revidierten Zahlen“ selbst den Beweis dafür geliefert, daß es keine solche Raketen-Lücke gibt und daß, wenn überhaupt, die Vereinigten Staaten unter dem Strich eine nukleare Übermacht besitzen.

Mittlerweile hat jedoch die Reagan-Administration die Stationierung von Marschflugkörpern und Pershing-Raketen in Europa vorangetrieben. Obwohl immer wieder der frühere SPD-Kanzler Helmut Schmidt mit seiner Rede, in der er ihre Stationierung forderte, in Anspruch genommen wird, so ist doch seinem späteren Eingeständnis, daß er seinerzeit der Bedrohung, die die Pershing-Raketen für die Sowjetunion darstellen würden, unterschätzt habe, weniger Beachtung geschenkt worden.

Es ist US-Politik, Europa in Panik zu versetzen, damit es – unter der Annahme einer sowjetischen nuklearen Überlegenheit – die neue Erstschlagsstrategie akzeptiert. Oder wie Admiral Gene Larocque es formuliert: „Die Amerikaner gehen davon aus, daß der Dritte Weltkrieg in Europa stattfindet, wie schon der Erste Weltkrieg und der Zweite Weltkrieg.“

Die europäischen Länder sollten eine solche Strategie zurückweisen. Es geht nicht darum, die eine oder andere Supermacht für das Wettrüsten verantwortlich zu machen. Es geht darum, ihnen das Recht abzuspochen, den Dritten Weltkrieg von Europa ausgehen zu lassen. Deshalb sollte und wird die nächste Labour-Regierung keine

Marschflugkörper und US-Nuklearbasen im Vereinigten Königreich dulden, ebenso wie sie zu einer nicht-nuklearen Verteidigungspolitik übergehen wird. Deshalb werden wir uns auch, so sehr wir ein Einfrieren („Freeze“) begrüßen, trotzdem nicht damit abfinden, daß das Einfrieren der Nuklearwaffen auf ihrem gegenwärtigen Stand irgendetwas anderes sein könnte, als ein erster Schritt hin zu der zwischen den Supermächten ausgehandelten nuklearen Abrüstung.

Nuklearwaffen sind eine Bedrohung für die Sicherheit Europas und der Welt, denn ihre Verwendung in jeder Haubitze, in jedem Flugzeug und in jeder Kurz- oder Mittelstreckenrakete senkt die nukleare Hemmschwelle ab. Unsere Politik der nuklearen Abrüstung ist eine Strategie, keine Taktik. Sie wird ein positiver Beitrag zu einem wirklichen Fortschritt in Richtung auf ein nuklearwaffenfreies Europa sein.

Aus diesen Gründen können wir es uns nicht leisten, die Europawahlen im Juni dieses Jahres zu vernachlässigen und die sich dabei bietende Gelegenheit verstreichen zu lassen, gemeinsam mit anderen europäischen Sozialisten, unsere Sache, die Expansion der Volkswirtschaften und die Verringerung der Rüstungen, voranzubringen. Gerade weil die Tagesordnung des Gemeinsamen Marktes die falsche Tagesordnung für Europa ist, müssen wir in den bevorstehenden Wahlen kämpfen. Weil wir bereits jetzt eine gemeinsame Politik mit anderen europäischen Parteien und Regierungen – viele von ihnen außerhalb der EWG – konzipieren, können wir einen Wahlkampf führen, der den Militarismus und das Krisensyndrom durch die rationale und radikale Perspektive der wirtschaftlichen Entwicklung, der sozialen Sicherheit und der nuklearen Abrüstung konterkariert.

Europa reformieren

In „Campaigning for a fairer Britain“, dem Dokument, das die Jahreskonferenz der Labour Party 1983 beschlossen hat, haben wir erklärt, daß wir an den Europa-Wahlen teilnehmen würden, aber auch grundlegende Reformen in der Gemeinschaft fordern. Wenn diese nicht erreicht werden könnten, würden wir – wie jede andere Nation – das Recht in Anspruch nehmen, aus der EWG auszutreten. Unsere Forderungen sind:

1. Die gemeinsame Agrarpolitik ist nicht hinnehmbar. Wir brauchen ein neues Subventionssystem, das die britischen Steuerzahler und Ver-

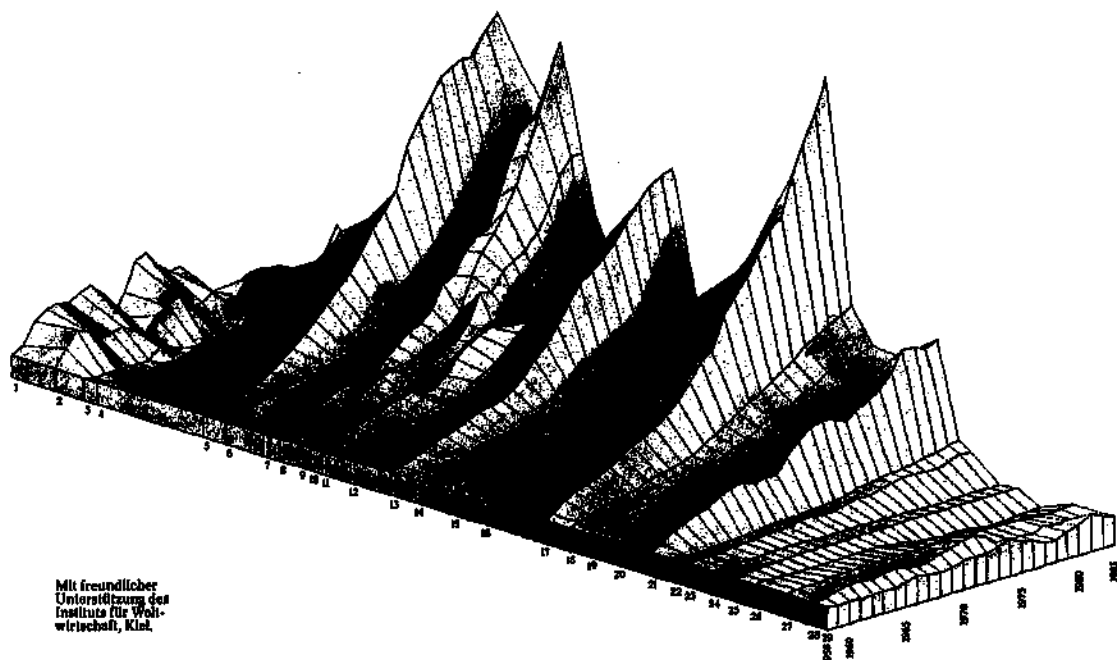
BfG: 25 Jahre.

Ein Jubiläum mit Blick auf die deutsche Konjunkturlandschaft.

Die Daten (1958/1983)

- 1 Offene Stellen, in 1.000 (215/75)
- 2 Aktienindex, Jahreschluß-Index der FAZ (100/351,83)
- 3 Arbeitslose, in 1.000 (683/2.258)
- 4 Industrieproduktion, absolut (3.333/16.500)
- 5 Spareinsparungen, in Mrd. DM (36,102/366)
- 6 Goldvolumen M 1, in Mrd. DM (42,46/297)
- 7 Einfuhr, in jew. Preisen, in Mrd. DM (44,81/395)
- 8 Verschuldung der öffentlichen Haushalte, in Mrd. DM (46,122/676)
- 9 Ausfuhr, in jew. Preisen, in Mrd. DM (53,46/539)
- 10 Industrielle Verwendung des BIP, in jew. Preisen, in Mrd. DM (225,63/1826)
- 11 Anlageinvestitionen, in jew. Preisen, in Mrd. DM (52,38/346)
- 12 Kassenmäßige Steuereinnahmen, in Mrd. DM (52,4/395)
- 13 Staatsverbrauch, in jew. Preisen, in Mrd. DM (51,27/331)
- 14 Brutto-Einkommen aus Unternehmer-tätigkeit und Vermögen, in Mrd. DM (71,65/359)
- 15 Privater Verbrauch, in jew. Preisen, in Mrd. DM (138,4/935)
- 16 Brutto-Einkommen aus unselbständiger Arbeit, in Mrd. DM (111,63/994)
- 17 Wertschöpfung der Dienstleistungs-Unternehmen, in jew. Preisen, in Mrd. DM (25,6/428)
- 18 Brutto-Sozialprodukt, in jew. Preisen, in Mrd. DM (234,37/1627)
- 19 Wertschöpfung des verarb. Gewerbes, in jew. Preisen, in Mrd. DM (96/528)
- 20 Wertschöpfung von Handel und Verkehr, in jew. Preisen, in Mrd. DM (47,16/251)
- 21 Wertschöpfung des Bauwesens, in jew. Preisen, in Mrd. DM (14,94/100)
- 22 Preisindex für die Lebenshaltung, 4-Pers.-Arbeits-mehrer-Haushalte, Index 76 = 100 (34,3/133)
- 23 Wertschöpfung der Land- und Forstwirtschaft, Fischerei, in jew. Preisen, in Mrd. DM (36,36/35)
- 24 Erwerbstätige, in Mio. (24,124/25,16)
- 25 Einwohner, in Mio. (51,036/61,43)
- 26 Dollarkurs, in DM (4,19/2,3467)
- 27 Terms of Trade, Index 76 = 100 (82/92)
- 28 Zahl der Baugenehmigungen (31.254/378.000)
- 29 Kapitalmarktzinsen, Rendite festverzinslicher Wertpapiere in % (6,5/8)

Unsere Konjunkturlandschaft gibt es auch als farbige Poster – natürlich kostenlos. Sie erhalten es bei unseren Niederlassungen, oder Sie schreiben an: BfG Hauptverwaltung, Postfach 11022, 6000 Frankfurt/M. 11.



Mit freundlicher Unterstützung des Instituts für Volkswirtschaft, Kist.

In den 25 Jahren seit unserer Gründung hat sich das Bild der Bundesrepublik konjunkturell und strukturell ständig verändert. Unsere Abbildung gibt einen Eindruck davon.

Sehr oft war die BfG ein belebendes Element im Wettbewerb. Mit Innovationen bot sie Privatkunden und mittelständischen Unternehmen immer wieder Vorteile.

Beispiele hierfür sind der BfG-Ratenkredit, die BfG-Spareinsparung, die BfG-Eigenheimfinanzierung, das BfG-Projektprogramm.

Und als erste Geschäftsbank haben wir unser bundesweites Niederlassungsnetz 1982 an einen Zentralrechner angeschlossen, damit sind wir „on line“.

Auch in Zukunft werden wir mit über 7.000 Mitarbeitern in allen unseren Niederlassungen und ausländischen Stütz-

Geschäftsjahr 1983

Vorläufige Zahlen, Stand 31.12.1983

Bilanzsumme	Mrd. DM	45,70
Einlagen von Kunden	Mrd. DM	25,60
Kredite an Kunden	Mrd. DM	25,11
Eigene Mittel	Mrd. DM	1,80

punkten weiterhin daran arbeiten, für unsere Kunden eine flexible, aufgeschlossene Universalbank zu sein. Unsere Bilanzzahlen '83 zeigen, daß wir dafür die wirtschaftliche Basis haben.

Fordern Sie uns.

BfG: Die Bank für Gemeinwirtschaft.

braucher entlastet und der ungerechten Verteilung der Erträge sowie der dem jetzigen System innewohnenden Vergeudung ein Ende bereitet.

2. Großbritannien kann sich den andauernden Investitions- und Arbeitsplatzverlust, der in der Mitgliedschaft begründet liegt, nicht leisten, ohne wenigstens eine kompensatorische Verbesserung in unserer Handelsposition zu erhalten.

3. Wirtschaftliche Expansion ist entscheidend. Auch aus der Opposition heraus muß Labour aktiv für eine gesamteuropäische Politik eintreten, die dauerhafte Erholung ermöglicht – für die entwickelten ebenso wie für die Länder der Dritten Welt.

4. Um ökonomische Expansion zu erreichen, muß Europa die Mittel erhalten, um die Finanzen zu mobilisieren, die erforderlich sind, um den Wirtschaftsaufschwung zu verstetigen und für Arbeitsplätze und soziale Sicherheit zu sorgen.

5. Es muß grundlegende Reformen in einem umfassenderen Sinne geben: ein Projekt für eine neue Gemeinschaft – eine neue Messina-Konferenz.

6. Es muß ein Fortschritt in Richtung auf eine europäische nukleare Abrüstung erzielt werden.

Unsere Zukunft wie unsere Vergangenheit und Gegenwart liegt, aus historischen und geographischen Gründen, in Europa. In der EWG wird sie aber künftig nur noch liegen, wenn sich der Gemeinsame Markt als eine Quelle von spürbarem Wert für das britische Volk erweist. Der Grundgedanke der EWG als einer Organisation, mit der die Demokratien Westeuropas aneinandergebunden und stabilisiert werden sollten, war – und ist – ehrenhaft und begrüßenswert. Aber realistischere können wir eine dauerhafte Mitgliedschaft nur akzeptieren, wenn wir durch sie zumindest keine merklichen materiellen Verluste oder Nachteile erleiden. Das ist der entscheidende Punkt. Wir sagen nicht: „Nimm alles, gib nichts“ – das wäre weder plausibel noch vernünftig. Aber es wäre ebensowenig plausibel oder vernünftig, das Prinzip zu akzeptieren: „Gib mehr, nimm weniger.“ Insbesondere wenn wir – unter den gegenwärtigen Strukturen und ökonomischen Bedingungen – von einer Situation auszugehen haben, in welcher von uns billigerweise nicht erwartet werden kann, mehr zu geben oder weniger zu nehmen.

Unsere Position resultiert nicht aus Nationalismus oder Überheblichkeit. Sie ist die Konsequenz aus den Voraussetzungen des ökonomi-

schen Überlebens unseres Landes: Wenn es uns nicht gelingt, dauerhaft Wachstum und ein vernünftiges Handelsgleichgewicht herzustellen und den Verlust von Arbeitsplätzen und Investitionskapital, unter dem Großbritannien leidet, zu beenden, können und werden wir keine belastbare, moderne wirtschaftliche Basis haben.

Wir brauchen diese zuverlässige wirtschaftliche Umwelt, weil wir ohne die Schaffung von Wohlstand selbst den elementarsten Erfordernissen der sozialen Fürsorge, der Chancengleichheit und der Gerechtigkeit in Großbritannien nicht nachkommen können und weil Großbritannien niemals seinen eigenständigen Beitrag zur Überwindung des Hungers und der Furcht in der Welt ohne eine funktionierende heimische Wirtschaft leisten kann.

Sozialismus und wirtschaftliche Belebung

Nach Schätzungen der Weltbank sind heute 570 Millionen Menschen unterernährt, 800 Millionen Analphabeten, 1500 Millionen ohne oder mit nicht ausreichender medizinischer Versorgung, und 250 Millionen Kinder besuchen keine Schule. Jedes Jahr verhungern 15 Millionen Kinder. Angesichts dieser erschreckenden Statistiken beläuft sich die offizielle Entwicklungshilfe auf 20 Milliarden \$, die Militärausgaben erreichen weltweit über 450 Milliarden \$.

In einigen Ländern, einschließlich Großbritanniens, hat die industrielle Produktion auf dem Stand von 1981 stagniert, von dem man uns sagte, er sei der Höhepunkt der Rezession. Massenarbeitslosigkeit ist in Europa zur Epidemie geworden. Der Handel stagniert, so wie der ökonomische Wohlstand sinkt. Die Handelsposition der ärmsten Länder verschlechtert sich fortwährend.

Sozialisten akzeptieren nicht die dem europäischen Konservatismus eigene zynische Sichtweise, daß die internationale Rezession ein Leiden sei, das einfach ausgestanden werden müsse, bis es durch fortwährendes Hungern geheilt werde. Wir wissen, daß eine Politik der Erneuerung am besten durch gemeinsame Aktion erreicht werden kann. Die Labour Party arbeitet bereits mit den sozialistischen Parteien Europas innerhalb und außerhalb der EWG zusammen, um eine gemeinsame Entwicklungsstrategie zu konzipieren. Eine solche gemeinsame Strategie müssen wir auf allen Ebenen erarbeiten. Ich hebe den Aspekt hervor, daß unsere sozialistische Verpflichtung, die Probleme des Hungers, der internationalen

Rezession und der wachsenden internationalen Spannungen zu überwinden, uns auch zur Suche nach einer uns einenden Politik verpflichtet.

Wir müssen die Verzweiflung und den Defaitismus der Deflation mit Erneuerung, Regeneration und Wiederbelebung herausfordern. Wir müssen jede Anstrengungen von Regierungen begrüßen, ihre nationale Wirtschaft wiederzubeleben und ihren Handel auszudehnen. Und so ist es unser Ziel, die Restriktionen der europäischen Institutionen abzubauen, die zur Verfolgung monetaristischer Wirtschaftspolitik auffordern statt zu ökonomischem Wachstum zu ermutigen, die in der Landwirtschaft zu Protektionismus der schlimmsten Art führen und die ungehinderte Bewegungsfreiheit für die schädlichsten Kapitalarten fordern.

Dies sind nicht die Argumente von Bittstellern oder Isolationisten. Sie werden von Sozialisten an andere Sozialisten gerichtet, die erkennen, daß die Ideale der Harmonie und Zusammenarbeit zwischen den Nationen und Gemeinschaften, wenn sie überhaupt von Bestand sein sollen, übersetzt werden müssen in die Realitäten der Arbeitslosigkeit und der Sicherheit. Das ist der Unterschied zwischen religiösem Glauben und politischer Überzeugung. Das Vokabular des Internationalismus wird durch die Sünden des Supernationalismus Lügen gestraft. Durch die EWG, wie wir sie gegenwärtig haben, tragen wir

nicht zur Völkerverständigung bei. Wir breiten Feindseligkeiten aus durch Politiken, die – obgleich durch schöne Sonntagsphrasen drapiert – von weit entfernten bürokratischen Institutionen betrieben werden und den Produzenten und Verbrauchern in den Ländern der EWG Nachteile eintragen.

Für uns Sozialisten ist unsere Familie die Menschheit, unser Vaterland ist die Welt. Aber wenn dieser wahre Internationalismus nicht zu neuen Chancen, zu verstärkten Anstrengungen und zu einem neuen Anlauf eingesetzt werden kann, wird es zu einer Revolte der Nationalismen kommen.

© New Socialist

* „Square Deal“ („gerechter Handel“): unter diesem Schlagwort stand die Wirtschaftspolitik des US-Präsidenten Theodore Roosevelt (1901–09); sie beinhaltete eine beschränkte Kontrolle der Großunternehmen, Reformen des Arbeitsschutzes, Verbraucherschutzes und Maßnahmen des Naturschutzes.

** „New Deal“ („Neuverstellung“): Bezeichnung für die Wirtschaftspolitik des US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt (1933–45); der „New Deal“ bedeutete eine Abkehr von der liberalen Wirtschaftspolitik zugunsten eines interventionistischen Wirtschafts- und Sozialprogramms und trug wesentlich zur Überwindung der Großen Depression in den USA bei. Red.



**amnesty international
hilft
helfen Sie
amnesty international**

Spendenkonto:

**Bank: BKD Duisburg BLZ: 350 601 90 Konto-Nr. 30 000
Postscheckamt Köln Konto-Nr. 224046-502 BLZ 370 100 50
Verwendungszweck (8111): - - -**

Die Freiheit der Völker ist die Sicherheit Europas

Gespräch mit Jacques Huntzinger, Internationaler Sekretär der Sozialistischen Partei Frankreichs

NG: Die Zeit der Entspannung in Europa scheint vorbei zu sein. Ist die Détente tot?

Jacques Huntzinger: Sie ist nicht tot, aber sie ist in einer Krise. Man könnte zu einer neuen Periode der Entspannung durchaus kommen – vorausgesetzt, alle Beteiligten wollen sie wirklich. Was man „Entspannung“ genannt hat, hat insgesamt zu positiven Resultaten geführt, die auch jetzt erhalten bleiben. Ich denke da an das Viermächteabkommen über Berlin, an die Schlußakte von Helsinki, an den freien Personenverkehr zwischen West- und Ostdeutschland, an den „heißen Draht“ zwischen Washington und Moskau oder an den verstärkten wirtschaftlichen Austausch. Das sind alles Dinge, die erhalten bleiben. Aber – das darf man nicht vergessen – auch während der Periode der Entspannung hat ein ungeheures Wettrüsten stattgefunden. Und es gab die Zerschlagung des Prager Frühlings 1968. Diese Art der Entspannung hat nicht zu einem wirklichen Aufweichen der starren Blöcke geführt und hat keine wirklichen Veränderungen im Verhältnis zwischen West und Ost gebracht. Wir französischen Sozialisten meinen, daß man heute zu einer wirklichen Entspannung kommen muß, d. h. die mehr Freiheit für die Individuen in Ost und West, mehr Unabhängigkeit für jedes Volk in Europa und mehr Zusammenarbeit zwischen den Staaten mit sich bringen muß.

NG: Bei der Definition von Entspannungspolitik und bei der Diskussion der einzelnen Schritte war die Zusammenarbeit zwischen der Parti Socialiste und der SPD in den letzten Jahren hin und wieder eher schwierig. Hat sich das gebessert?

J.H.: Ja. Die Pershing-Affaire hat einige Komplikationen zwischen unseren Parteien geschaffen. Wir hatten nicht die gleiche Haltung, aber die Debatte wird fortgesetzt, insbesondere über das strategische Gleichgewicht in Europa und über die Rolle der Nuklearwaffen in Europa. Aber die Polemik zwischen den beiden Parteien hat immer-

hin dazu geführt, daß sie ihren Dialog intensiviert haben. Beide Parteien sind übereingekommen, für die Zukunft auf Polemik in diesen Fragen zu verzichten. Wir haben vor dem Kölner SPD-Parteitag Willy Brandt nach Paris eingeladen. Die Begegnung zwischen Willy Brandt und Lionel Jospin war sehr nützlich. Ich habe am Kölner Parteitag teilgenommen und war sehr beeindruckt von der spürbaren Bemühung der SPD, die Sozialistische Partei Frankreichs schonend zu behandeln.

NG: Wir hatten manchmal den Eindruck, daß die französischen Genossen nicht unbedingt die gleichen Sorgen hatten in umgekehrter Richtung. Ihnen schreibt man den Satz zu, die Stationierung von Pershing II werde auf absehbare Zeit die deutsche Frage lösen. Verbirgt sich hinter dem Bemühen, den Dialog zwischen PS und SPD zu verstärken, auch die Absicht, die Bundesrepublik Deutschland noch stärker einzubinden, um so Unruhe in Mitteleuropa ausschließen zu helfen und den Status quo zu bewahren?

J.H.: Bei den Begegnungen mit der SPD ist es uns vor allem darum gegangen, die Beziehungen zur SPD zu verbessern. Wir bemühen uns, besser zu verstehen, wie die SPD die Lage in Europa und die allgemeinen politischen Fragen im internationalen Maßstab beurteilt. Wir wollen nicht, daß es Mißverständnisse mit der SP und mit Deutschland im allgemeinen gibt. Wir wollen nicht, daß es eine Konfusion in der Art eines Amalgams gibt zwischen den verschiedenen Problemen, die sich stellen und die hierzulande unter den Begriffen „Neutralismus“, „Friedensbewegung“ und „SPD“ erläutert werden.

Eines der wesentlichsten Probleme in Europa ist die Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und Frankreich. Wir werden alles tun, damit diese Zusammenarbeit, diese Kooperation verbessert und verstärkt wird. Und ich habe das Gefühl, daß es auf seiten der SPD dasselbe Ziel gibt. Ich glaube nicht, daß man sagen kann, daß Deutschland zwischen Ost und West zu wählen hat, zwischen West- und Mitteleuropa. Die Bundesrepublik ist ein westliches Land, die Bundesrepublik ist eine Säule der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und auch eine Säule der Atlantischen Gemeinschaft. Die Bundesrepublik befindet sich in einer Assoziation mit Frankreich, die für die Bundesrepublik die gleiche Bedeutung hat wie für uns.

NG: Die Bundesrepublik steht sicher nicht vor



Hans Schumacher, Jacques Huntzinger, NG-Korrespondent Gustave Stern (v. l. n. r.)

Fotos: J. E. Schurr

der Wahl zwischen Ost und West, und es gibt auch keine wichtige politische Gruppierung innerhalb der Bundesrepublik, die eine solche Wahl überhaupt will. Aber die Überwindung der Blockgrenzen oder deren Betonierung ist wohl eine Wahl, vor der wir alle – und nicht nur die Bundesrepublik – stehen.

J.H.: Absolut. Auch wir wollen Jalta überwinden. Aber was bedeutet das praktisch? Kann man davon ausgehen, daß die Dinge im Ostblock sich bewegen – so wie es in Polen der Fall gewesen ist? Auf jeden Fall scheint uns im Ostblock ein starker Gegensatz zwischen der Strenge und Enge des Systems und den Ansprüchen, die die Bevölkerung hat, zu bestehen. Wir meinen, daß diese Länder nicht als sozialistisch gelten können. Vielleicht ergibt sich eine Entwicklung des Systems vom Zentrum, d.h. von der Sowjetunion her. Aber dies ist vorläufig nur eine Spekulation. Kann man in der Entwicklung der Sowjetunion auf so etwas wie einen Willen zur Reform und zur Liberalisierung rechnen?

Im Augenblick jedenfalls sind solche Tendenzen nicht zu sehen. Aber eine andere Entwick-

lung scheint uns, der Partei der Sozialisten, gegenwärtig in Hinblick auf die Entspannung zwischen den beiden Blöcken sehr wichtig zu sein, und zwar die Entwicklung zwischen den beiden deutschen Staaten; es gibt mehr Bewegung, mehr Information zwischen den beiden Staaten. Das System von Jalta zu überwinden, das lese ich aus diesem Beispiel heraus, bedeutet eben nicht eine Anfechtung der Grenzen, die sich aus der Entwicklung ergeben haben, sondern die praktische Umsetzung der Beschlüsse von Helsinki. Nur auf diese Weise können die Dinge in Bewegung kommen.

NG: Das hieße, in den osteuropäischen Ländern und insbesondere auch in der Sowjetunion sind Reformen nötig, bevor die Konfrontation in Europa abgebaut werden kann?

J.H.: Die Entspannung bedeutet nicht die Zementierung des Status quo. Es gibt zwei Möglichkeiten, eine Politik der Entspannung zu betreiben: die konservative, die nur Frieden zwischen den beiden Blöcken will und sich ansonsten um die Existenz der Blöcke einfach nicht kümmert. Unserer Meinung nach aber leitet sich die Haupt-

gefahr aus der Existenz der beiden Blöcke und aus den Spannungen ab, die sich aus ihrer Existenz ergeben. Dies ist noch gefährlicher als die Waffensysteme und die Rüstungen, die in beiden Blöcken bestehen. Denn Kriege werden nicht von Waffen entfesselt, sondern von Menschen und von den Systemen, die sie vertreten. Deshalb meine ich, Hauptfaktor für die Unruhe und für die Krise in Europa ist die unfreie Absolutheit der Systeme in Osteuropa.

NG: Und was sollten Sie tun, um dazu beizutragen, daß diese vermindert wird?

J.H.: Man darf keine extremen Schritte unternehmen, wie z.B. die Idee der Konservativen, die Osteuropa boykottieren wollen. Das kann in niemandes Interesse und vor allem nicht im Interesse der Völker Osteuropas sein. Sogar Lech Walesa fordert heute, die westliche Hilfe für Polen fortzusetzen. Man muß die Perspektive und den Geist der Abkommen von Helsinki als Richtschnur wählen: Abbau der Spannungen und Maßnahmen, die wirkliches Vertrauen schaffen. Dazu gehören die Handelsbeziehungen, der sogenannte Korb III, wo man vielleicht noch dynamischer werden sollte, z.B. beim Austausch von Informationen und bei der Aufhebung von Reisebeschränkungen. In diesem Bereich ist jede schwächliche Nachgiebigkeit äußerst negativ. Ich kann ein positives Beispiel nennen: die Eröffnung eines französischen Kulturzentrums in Ostberlin und eines der DDR in Paris. Wir haben uns mit äußerster Kraft darum bemüht, damit die Akte von Helsinki in diesem konkreten Fall des französischen Kulturzentrums in Ostberlin angewandt wird. Die französische Regierung ist in dieser Hinsicht von äußerster Festigkeit gewesen. Ich glaube, daß sich das positiv ausgewirkt hat.

Das gleiche gilt für die Haltung gegenüber Solidarität. Wir dürfen die Beziehungen zu Polen nicht unterbrechen. Aber wir dürfen auch nicht Solidarität vergessen. Die Entwicklungen in Osteuropa sind unterschiedlich und deshalb wäre es sicher nützlich, wenn die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien Westeuropas analytische Diskussionen über das, was dort vorgeht, führten.

NG: Die Beziehungen zwischen der Parti Socialiste und der UdSSR bzw. zur KPdSU waren in den letzten Jahren schwierig. Sind Sie dabei, sie zu verbessern?

J.H.: Wir haben Beziehungen zur Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Delegationen der

Sozialistischen Partei haben Moskau besucht. Seit zwei Jahren allerdings haben sich diese Bemühungen etwas abgekühlt, aber der Dialog ist nie unterbrochen worden. Kürzlich noch hat ein Delegierter der Sozialistischen Partei Frankreichs in Moskau an einer Debatte über die Probleme der Abrüstung teilgenommen. Wir unterhalten Arbeitskommissionen mit der KPdSU. In letzter Zeit haben sie nicht funktioniert, aber damit ist nicht gesagt, daß sie nicht in einem bestimmten Augenblick wieder aktiviert werden können. Auf jeden Fall streben wir mit der Kommunistischen Partei der Sowjetunion einen fundierten und



fruchtbaren Dialog an. Ein solcher Dialog läge im Interesse beider Parteien.

NG: Um noch einmal auf die verstärkte Zusammenarbeit innerhalb Westeuropas zurückzukommen: Ist die Parti Socialiste an einer Wiederbelebung der Westeuropäischen Union (WEU) interessiert?

J.H.: Ja. Wir haben immer gesagt – und werden das in unserem Manifest für die Europawahl erneut betonen –, daß der Dialog zwischen den sozialistischen Parteien über Fragen der Sicherheitspolitik wichtig und nützlich ist. Wir denken,

daß der geeignetste Rahmen für eine verstärkte Zusammenarbeit innerhalb Westeuropas auf staatlicher Ebene die WEU ist. Der WEU-Vertrag sieht eine automatische gegenseitige Hilfe vor – im Gegensatz zur Atlantischen Allianz. Er ist der einzige Sicherheits- und Verteidigungsvertrag zwischen den westeuropäischen Ländern. Die WEU besitzt eine Versammlung, ein Parlament und einen Rat, der in diesem Zusammenhang nützlich sein kann. Warum also nicht die WEU wiederbeleben, wenn man sich darüber einigen kann, daß die Elemente der Diskriminierung, die innerhalb der WEU existieren, abgebaut werden? Ich denke insbesondere an das Kontrollsystem, das noch in bezug auf Deutschland besteht. Man muß von der WEU der Vergangenheit abgehen und übergehen zu einer WEU der Zukunft.

NG: Würde eine solche „WEU der Zukunft“ ein anderes Verhältnis der westeuropäischen NATO-Staaten zu den Vereinigten Staaten bedeuten, also mehr Selbstbewußtsein und eine stärkere Verteidigung europäischer Interessen?

J.H.: Der Gedanke, die NATO durch die WEU zu ersetzen, wäre absurd. Und es wäre auch absurd, daran zu denken, die atlantische Verteidigung durch eine europäische Verteidigung abzulösen. Man darf die Allianz nicht auflösen, aber man muß ihr etwas zuführen und dieses Etwas muß europäisch sein. Unter anderem eine verstärkte europäische Zusammenarbeit, die Schritt für Schritt auf konkreten Gebieten voranschreitet, beispielsweise im Bereich gemeinsamer konventioneller Rüstung. Man sollte zwischen den Europäern Diskussionen über strategische Probleme führen und man sollte versuchen, zu gemeinsamen Positionen auf dem Gebiet der Sicherheit und der Abrüstung zu gelangen. Auf diesen drei Gebieten kann die WEU äußerst nützlich sein.

NG: Wenn Sie sich eine europäische Friedensordnung vorstellen, wie sieht die aus?

J.H.: Ich denke an das Europa der Völker. Ich denke an ein Europa, so etwa wie es zur Zeit der Großen Französischen Revolution existierte – ich entschuldige mich für dieses Beispiel. Alles konnte sich bewegen, weil man den Zwang zerbrochen hatte, die Feudalitäten zerstört hatte. Eine neue Welt entstand. Das, was man in Paris geschrieben hat, wurde in St. Petersburg gelesen, Gedanken stießen zwischen Norditalien und Holland an keine Grenze. Die Stadt Lüttich revoltierte und veränderte sich grundlegend, weil sie die

Gedanken der Französischen Revolution aufnahm.

Sie werden diese These für sehr imperialistisch halten. Aber ich meine nicht eine Art kulturellen Imperialismus: Das Bild, das ich von Europa habe, ist ein Kontinent von ungeheurem Reichtum in seiner Tradition, in seiner Kultur, in seiner Geschichte, in seiner Identität. Dieser Kontinent bleibt das entscheidende Element des internationalen Geschehens.

Ich träume von einem Europa, in dem in allen Staaten diskutiert wird über Freiheit und über So-



zialismus. Ein Kontinent, in dem jedes Volk und jeder Staat frei über sein Schicksal entscheiden kann. Ein Kontinent, in dem der Dialog zwischen den einen und den anderen ununterbrochen stattfindet. Der Bruch zwischen Ost und West ist eine furchterliche Verletzung Europas, und seit Jahren ist eines der Ziele, das wir Sozialisten haben, diese Grenze zu überwinden, die Schlucht zwischen Ost und West zuzuschütten. Dies selbstverständlich ohne den Krieg zu riskieren. Die Freiheit der Völker ist die Sicherheit Europas. Aber wie kann man diese beiden Dinge miteinander versöhnen? Diese Frage werden wir Europäer beantworten müssen.

Theodor Schweisfurth: Der franco-germanische Beelzebub

Anmerkungen zu NG 1/84

Dr. phil. habil. Theodor Schweisfurth, geb. 1937, 1969/70 Persönl. Referent im Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen, ist Privatdozent für Völkerrecht sowie Wissenschaftlicher Referent am Max-Planck-Institut, Heidelberg; s. a. NG 10/82.

Was nun – endlich! – beginnt, war absehbar: die Debatte über die inhaltliche Orientierung der Friedensbewegung. Und da die SPD mit ihrem mehrheitlichen Votum gegen die Stationierung der Pershing II dokumentiert hat, daß sie ein Teil der Friedensbewegung ist, ist diese Debatte zugleich auch eine Debatte über die sicherheits- und friedenspolitische Orientierung der Partei. Ohne sich gegenseitig vereinnahmen zu wollen (bzw. zu können), sind doch die „unbegründeten und schädlichen Berührungsängste“ (Peter Glotz) der sozialdemokratischen Parteiorganisation gegenüber der Friedensbewegung überwunden; umgekehrt gilt dies freilich noch keineswegs uneingeschränkt. Ob auch die Berührungsängste im Großteil der Friedensbewegung schwinden und eine Aktionseinheit zwischen ihr und den Sozialdemokraten herstellbar sein wird, entscheidet der Ausgang der Debatte, die jetzt beginnt.

Daß diese Debatte so kurzfristig nach dem Pyrrhussieg der Stationierer am 22. November 1983 einsetzt, zeigt, daß die Friedensbewegung sich nicht lähmen läßt, nicht in Resignation verfällt. Daß sich *Die Neue Gesellschaft* (NG 1/84) mit dem Schwerpunktthema „Die Friedensbewegung und ihre Zukunft“ sogleich in die Debatte einschaltet, zeugt nicht nur vom Aktualitätssinn ihrer Redaktion, sondern doch wohl auch von der Bereitschaft, diese Debatte mitzugestalten. Gemeinsam ist allen NG-Beiträgen zu diesem Schwerpunktthema, daß künftig nicht mehr nur Aktionen – so beeindruckend sie durch Massenteilnahme und Friedfertigkeit auch im abgelaufenen Jahr waren – gefragt sind, sondern politische Konzepte, die den Aktionen erst ihren Sinn verschaffen. Was dann allerdings – vom Beitrag Josef Leinens abgesehen – der Friedensbewegung als politisches Konzept angeboten wird, ist, bezogen auf die Schaffung einer wirklichen euro-

päischen Friedensordnung einschließlich der Denuklearisierung des Territoriums der Nichtkernwaffenstaaten, von einer grandiosen Kontraproduktivität. Kopfschütteln ist die mildeste Reaktion, die die Beiträge von Czempel und Bloemer auslösen. Bloemers Beitrag steht zwar außerhalb des Schwerpunktthemas, bewegt sich gedanklich aber mit Czempel in die gleiche Richtung; wendet sich dieser an die Friedensbewegung, so Bloemer an die SPD – eine konzertierte Aktion gewissermaßen, gekleidet natürlich, zwecks Erhöhung der Akzeptanzbereitschaft der Adressaten, in das Mäntelchen des „Realismus“, soll heißen, ausgehend von den bestehenden Militärblöcken und der Spaltung Europas – soweit, nicht zu bestreiten, realistisch; in Wahrheit aber strukturkonservativ, weil die Blockstruktur Europas für unabänderlich haltend.

Im Schlußabsatz seines Beitrages schreibt Czempel, die Friedensbewegung müsse „zu einer neuen europäischen Bewegung werden“; am Anfang des Artikels gelesen, hätte dieser Satz nur stutzig gemacht, weil die Friedensbewegung ja bereits eine europäische Bewegung ist (der Autor hat's wohl nur noch nicht gemerkt); am Ende aber macht er nur das Maß des Ärgernisses voll: Czempel gehört zu jenen Okzidentalern, die Europa im Munde führen, wenn sie Westeuropa meinen. Wenn dieses Westeuropa an der Entspannung festhalten und sich nicht auf einen Konfrontationskurs festlegen lassen wolle, dann, so repetiert der Autor die notorische Beschwörungsformel, müßten die Westeuropäer „mit einer Stimme sprechen“; und um dies zu können, müßten sie sich entweder „zu einer größeren Rolle in der NATO“ oder „zu einer eigenständigen westeuropäischen Verteidigungsorganisation“ entschließen. Beim letzten Stichwort muß die Friedensbewegung aber sogleich besänftigt werden: ein „westeuropäischer Superstaat“ solle natürlich nicht errichtet werden. Wirklich nicht? Weiß Czempel nicht, was Lied er singt? Inzwischen hat er sicher Kenntnis genommen von Bloemers Konzept für die Sicherheitspolitik der SPD: die „europäische Verteidigungsunion“ (eine Neugründung oder Reaktivierung der WEU?), „die Eingliederung der Bundesrepublik in einen außenpolitisch autonomen westeuropäischen Staatenverband mit einer selbstverantwortlich geführten Verteidigungsorganisation, durch einen Beistandspakt mit Nordamerika verbunden“. Und dann kommt Bloemer, entzückt über diesen

– vorerst nur gedanklichen – „Emanzipationsakt“, direkt ins Schwärmen: bis 1985 werde sich das französische Atompotential verdoppelt haben und bis 1990 werde die Force de frappe über 500 modernste Sprengköpfe verfügen! So gewappnet mit einer „gläubwürdigen Zweit-schlagskapazität“ kann Westeuropa eine sowjetische atomare Erpressung auch ohne die USA verhindern. Und abschließend wird dann als Ko-Sponsor des Konzepts der „prominente konservative Kolumnist“ Evans (wie schön – ein Amerikaner!) mit seinen Vorstößen „in Richtung auf eine umfassende französisch-deutsche militärische Zusammenarbeit“ bemüht, auf ein „europäisches Verteidigungssystem mit eigenen Nuklearwaffen“.

Frisch auf also, Sozialdemokraten und Friedensbewegte, stimuliert Euren Antiamerikanismus durch Begeisterung für die westeuropäische Verteidigungsorganisation, reklamiert endlich „eine frische Politik für Europa“ (Bloemer), sichert das schwierig erworbene Gut der deutsch-französischen Freundschaft durch eine mit Hades-Raketen bestückte Militär-EG unter franco-germanischer Dominanz! Doch halt, bevor uns die Mischung aus antiamerikanischen und frankophilen Emotionen überwältigt, wollen wir uns dem Versuch einer kritischen Analyse des offerierten Konzepts einer „westeuropäischen Verteidigungsunion“ unterziehen.

Geboren ist das Konzept aus einer doppelten Motivation: der Abwehr eines deutschen „Nationalneutralismus“ soll es ebenso dienen wie der Lösung allianzinterner Friktionen zwischen den USA und ihren europäischen Verbündeten. Die Verwirklichung des Konzeptes würde das zarte Pflänzchen des deutschen „Nationalneutralismus“ sicher unter das Betonfundament drücken, auf dem die „europäische Verteidigungsunion“ errichtet werden würde. Keineswegs sicher ist, daß die Verwirklichung des Konzeptes auch eine Heilung oder Abmilderung der amerikanisch-westeuropäischen Reibereien zur Folge hätte. Das Konzept koppelt ja nicht die USA vollends von Westeuropa ab, die USA bleiben durch (umstrukturierte) NATO oder (neuen) Bündnis-pakt mit Westeuropa verbunden und als Besatzungsmacht in Deutschland auch physisch präsent. So ist eher zu erwarten, daß die Differenzen mit den USA nicht ausgeräumt, sondern nur in eine andere bündnisorganisatorische Ebene verlagert werden.

Sicher aber ist wiederum, daß die Blockspaltung Europas und die daraus resultierende Bedrohungslage des gesamten Kontinents nicht behoben werden würden, sondern sich potenzierten. Statt eines Systems kollektiver Selbstverteidigung in Westeuropa hätte man deren zwei oder man hätte *eines*, weiterhin verbunden mit den USA, also „im Westen nichts Neues“. Darin ist auch noch nicht einmal ein Ansatz für die immer wieder beschworene „neue, wirkliche“ europäische Friedensordnung zu erkennen. Wie sollen die Westeuropäer mit der Sowjetunion Entspannungspolitik, ungestört durch die USA, betreiben können, wo sie doch weiterhin mit den USA verbunden und damit eingebunden bleiben in deren Hegemonialkonkurrenz mit der Sowjetunion? Und erwartet man etwa von der Sowjetunion die Halluzination, in einer mit den USA weiterhin verteidigungspolitisch und außenpolitisch verbundenen „europäischen Verteidigungsunion“ eine „Macht des Friedens und des Ausgleichs“ (Bloemer) zu erblicken? Nein, eine „europäische Verteidigungsunion“ mit einer deutsch-französischen militärischen Zusammenarbeit als Kern zu fordern, hieße, den Teufel der Blockspaltung Europas – oder in der amerikakritischen Welt-sicht Bloemers: den Teufel der Frontstaat-Rolle Westdeutschlands, des „Schildträgers“ der USA in Europa – mit dem franco-germanischen Beelzebub einer NATO-Verdoppelung, einer Militär-EG, austreiben zu wollen.

Der franco-germanische Beelzebub hat noch weitere Pferdefüße, die Czempiel und Bloemer in eine gefällige Form zu pediküren versuchen: „unsere Verpflichtungen gegenüber den Deutschen in der DDR“ und die „Imperative der Ostpolitik“ (Czempiel). Der Aufbau einer Militär-EG steht natürlich im Widerspruch zur Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands; folgerichtig wird der deutsche Nationalstaat für obsolet erklärt, natürlich aus tiefer friedenspolitischer Verantwortung, denn dieser Nationalstaat der Deutschen ist ja erfahrungsgemäß „ein Hindernis jeder europäischen Friedensordnung“; für Czempiel kann daher die deutsche Einheit nur noch „als Wiederherstellung der deutschen Gesellschaft als Kommunikationszusammenhang“ verstanden werden. Übersehen wir den hier propagierten Verfassungsbruch als kleinen Schönheitsfehler des Konzepts, behandeln wir auch die positive Einstellung der Mehrheit der DDR-Deutschen zum deutschen Natio-

nalstaat als *quantité négligeable*, so darf doch gefragt werden, wie denn „die Rekonstituierung der deutschen Gesellschaft“ unter den Bedingungen der staatlichen und der Systemspaltung bewerkstelligt werden soll? Durch Besuchsreisen auf der Einbahnstraße?

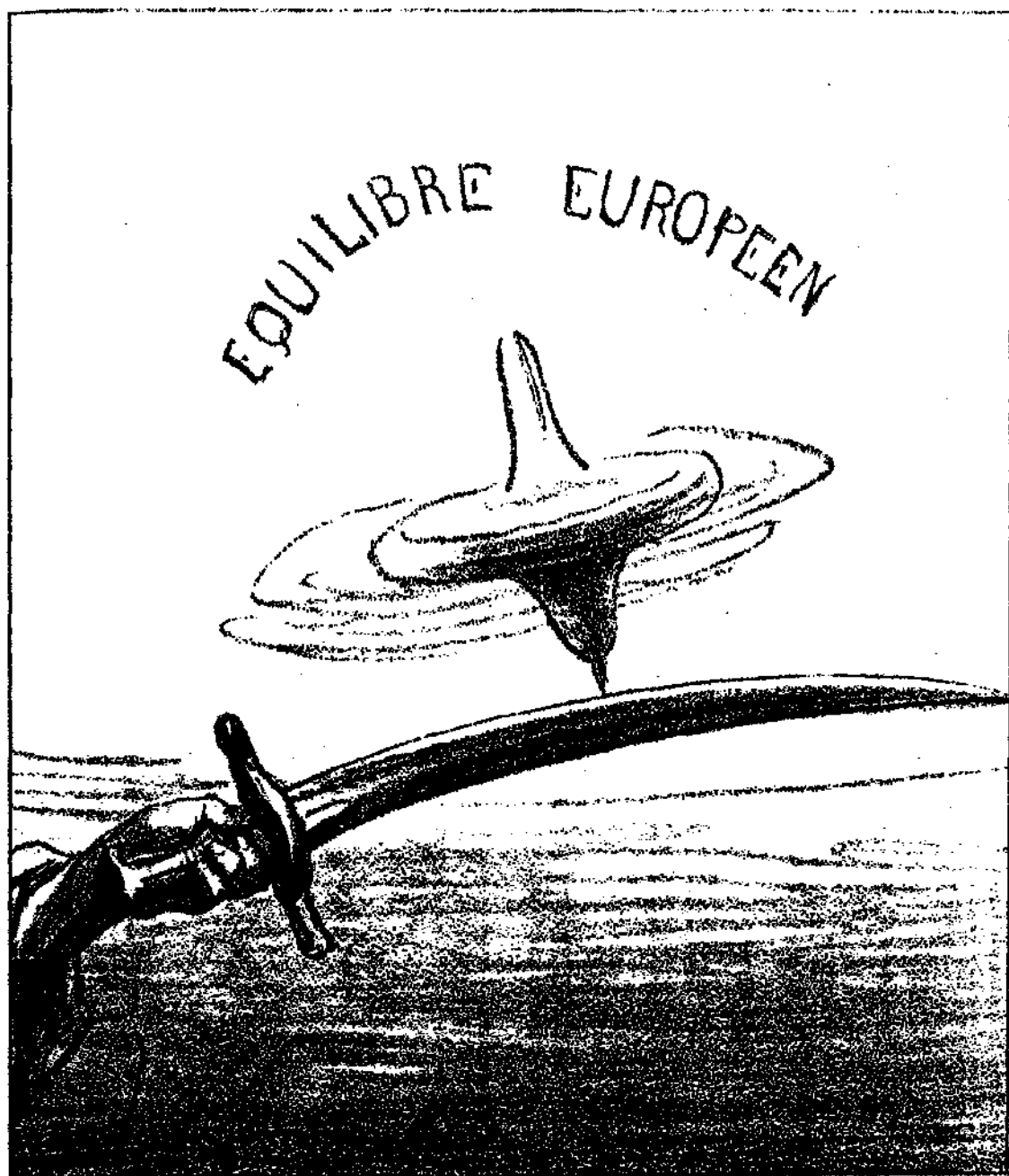
Die staatliche Teilungssituation habe über die relative Öffnung von Kommunikationswegen manches von ihrer menschlichen Härte verloren (Bloemer). Welch ein Irrtum! Wer das schreibt, hat sich offenbar noch nie auf den „Kommunikationsweg“ in die DDR begeben. Die Besuchsreisen haben die menschliche Härte der Teilung überhaupt erst wieder voll ins Bewußtsein gebracht und – der Mensch besteht nicht nur aus Bewußtsein – zu einem emotionalen Grundtatbestand gemacht. Nur wer dies einfach wegstreicht und wer immer noch nicht begriffen hat, daß der christdemokratische Versuch gescheitert ist, den Verlust der nationalen Einheit durch eine okzidentale Europaideologie zu kompensieren, kann die „effektive Mitbestimmung über ein rein defensiv ausgerüstetes westeuropäisches Militärdispositiv“ den Westdeutschen „als plausible Lösung ihres Identitätsproblems“ (Bloemer) auf dem Markt politischer Konzepte feilbieten.

Und der „Imperativ der Ostpolitik“? Bloemer: „Wenn sich nicht zuerst im Westteil unseres Kontinents etwas bewegt, kann und wird auf östlicher Seite in friedlicher Weise kein Wandel der Verhältnisse in Gang kommen; der durch die physische Präsenz der Supermächte festgeschmiedete Status quo in Europa mit seinem immanenten Unruhe- und Konfliktpotential bliebe auf unabsehbare Zeit erhalten.“ Wie wahr! Nur, was Bloemer im Westteil bewegen möchte, ist als „handfestes Argument“ zu wenig für den, der es „ernst nimmt mit dem Wunsch nach Selbstbestimmung“. Für die Sowjetunion bestünde keinerlei Anlaß, sich durch den Aufbau einer westeuropäischen Verteidigungsunion, durch einen Pakt mit den USA verbunden, in irgendeiner Weise an ihrer Westflanke als entlastet zu betrachten und ihren osteuropäischen Klientelstaaten den Wunsch nach Selbstbestimmung zu erfüllen. Eine Doppel-NATO im Westen wäre eine doppelte Herausforderung. Die „sozialistische Staatengemeinschaft“ würde wiederum gemäß dem Prinzip der „Einheit und Geschlossenheit“ formiert werden. Und vor allem: an der physischen Präsenz der Supermächte würde sich gar nichts ändern. Bloemer übersieht eine „Kleinigkeit“

(dies hat er gemeinsam mit den einfältigen NATO-Austrittsforderungen in Kreisen der Friedensbewegung): die USA können durch Auflösung oder Umstrukturierung der NATO nicht aus Zentraleuropa, sprich Deutschland, hinauskomplimentiert werden, weil sie nicht schlicht als Verbündete hier stehen, sondern auf der Basis ihrer originären Besatzungsrechte von 1945, genauso wie die Sowjetunion in der DDR und in Teilen Polens. Dies ist eine der zentralen Tatsachen der „deutschen Frage“ – aber die existiert für unsere Okzidentalisten ja nur noch als Problem des „Kommunikationszusammenhangs“. Wer über den „durch die physische Präsenz der Supermächte festgeschmiedeten Status quo in Europa“ hinweg will, muß an diese „deutsche Frage“ heran, alles andere ist Spiegelfechterei oder Selbstbetrug.

Die konzeptionellen Überlegungen in der Friedensbewegung sind über das Czempel-Bloemer-sche Konzept einer franco-germanischen NATO-Verdoppelung längst hinaus. Josef Leinen gibt im selben Heft der NG den Diskussionsstand treffend wieder: „Die Entstehung eines neuen Blocks mit einer westeuropäischen Verteidigungsgemeinschaft und dem Aufbau des britischen und französischen Atomarsenals kann ... nicht das Ziel der Friedensbewegung sein. Hier würde die Pest mit der Cholera getauscht.“ Nicht um die Umstrukturierung der NATO oder die Neugründung eines weiteren Systems kollektiver Sicherheit geht es, sondern um die Auflösung der Militärblöcke, um die Überwindung der „Situation des Mai 1945 mit der Spaltung Europas in zwei Teile“; in der Friedensbewegung ist nur noch nicht ausdiskutiert „die konkrete Stoßrichtung, um zu diesem Ziel zu gelangen“ (Jo Leinen).

Dazu ein Diskussionsbeitrag: ist „die Europäisierung Europas mit dem Zurückdrängen der beiden Supermächte USA und UdSSR aus dem westlichen und östlichen Teil Europas“ (Leinen) strategisches Ziel der Friedensbewegung, dann muß die „konkrete Stoßrichtung“ in der Forderung nach Abschluß des deutschen Friedensvertrages bestehen; weil eine Friedensregelung mit Deutschland nicht zustandegekommen ist, sind USA und UdSSR noch immer mit ihren Streitkräften in Zentraleuropa präsent und halten sie eben dadurch die Spaltung des Kontinents aufrecht. Die „Situation des Mai 1945“ läßt sich ohne eine deutsche Friedensregelung nicht verändern; die Forderung nach Auflösung der Militärblöcke greift zu kurz, weil diese Blöcke nur die Folge des



Honoré Daumier: Das europäische Gleichgewicht

ausgebliebenen Friedensschlusses mit Deutschland sind. So ist die Friedensvertragsforderung keine nationalistische deutsche Nabelschau, sondern das Instrument zur Aushebelung der Militärblöcke, die den Weg zu einer wirklichen europäischen Friedensordnung in Gestalt eines kollektiven Sicherheitssystems in Europa versperren.

Mit der Friedensvertragsforderung kommt natürlich die gesamte „deutsche Frage“ hoch, d. h. auch das Problem der Sicherheit der Nachbarstaaten vor Deutschland und der Sicherheit Deutschlands, wenn dieses nicht mehr von fremden Truppen besetzt ist, sowie das Problem der Weiterentwicklung des Verhältnisses beider deutscher Staaten zueinander. Jenes Problem könnte durch die Einbeziehung Deutschlands in ein europäisches System kollektiver Sicherheit gelöst werden, dieses durch eine Institutionalisierung der Zusammenarbeit beider deutscher Staaten in Gestalt eines Deutschen Bundes (oder einer Konföderation). Das Einbringen der „deutschen Frage“ in die sicherheitspolitische Diskussion bedeutet also nicht, einen „westdeutschen Neutralismus“ zu propagieren, der ist wegen der bestehenden Besatzungsrechtslage gar nicht realisierbar; es bedeutet auch nicht, sich den „alten Hut“ eines „Freiraums für den Nationalstaat klassischer europäischer Größe“ (Czernpiel) aufzusetzen; es bedeutet, an die Europa spaltenden und es mit nuklearen Strategien terrorisierenden völkerrechtlichen Strukturen des Kalten Krieges die Axt anzulegen, um – bleiben wir im Bilde – Bauland zu schaffen für eine alle europäischen Staaten umfassende wirkliche Friedensordnung. Daß in einer wirklichen europäischen Friedensordnung die Spaltung der Deutschen in der jetzigen Weise nicht aufrechterhalten werden kann, sondern daß, der Volkssouveränität entsprechend, dem Wunsch der Mehrheit der Deutschen nach Überwindung der staatlichen Spaltung Rechnung getragen werden muß, ist der Grund, dessentwegen die Befürworter der Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands den Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung zu verhindern versuchen.

Daher kommen jetzt die „Signale“ aus Frankreich, die eine verstärkte deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung anregen und über die Czernpiel und Bloemer so entzückt sind. Es gehört schon ein großes Ausmaß sowohl von nationaler Selbstverleugnung wie Blindheit gegenüber dem Zusammenhang zwischen einer gesamteuropäischen Friedensordnung und einer Friedensregelung mit Deutschland dazu, wenn man sich als deutscher Trommler zur Verbreitung dieser „Signale“ zur Verfügung stellt, indem man für die franco-germanische Militärallianz wirbt mit der in ihrer Pauschalität schlicht wahrheitswidrigen Behauptung, ein vereintes Deutschland sei „der schlimmste Alptraum all unserer Nachbarn zur Rechten und zur Linken“ (Bloemer). Wie peinlich für unsere Okzidentalisten, daß gerade jetzt der Nouvel Observateur eine Umfrage veröffentlicht hat, wonach selbst die Wiedervereinigung von der Mehrheit der Franzosen nicht gefürchtet, sondern als Sache der Deutschen selbst akzeptiert wird (vgl. Freimut Duve im VORWÄRTS v. 16. 2. 1984). Die deutsch-französische Freundschaft ist weiter entwickelt als mancher hierzulande denkt, denn Frankreich besteht nicht nur aus der „Rechten von Versailles“ (die allerdings auch unter den französischen Sozialisten Anhänger hat).

Anstatt die infarktgefährdete militärische Westintegration der rheinischen deutschen Teilrepublik auf die Intensivstation einer „neuen (west-)europäischen Bewegung“ zu legen, sollten wir den maroden Mechanismen der kollektiven Selbstverteidigungsorganisationen NATO und Warschauer Pakt in diesem Jahrzehnt ein ehrenvolles Begräbnis bereiten, damit diese archaischen Gestalten des Kalten Krieges dem Aufbau einer wirklichen europäischen Friedensordnung nicht länger mehr im Wege stehen. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands kann sich den von Bloemer dargereichten Hut der „eigentlichen deutschen Europapartei“ (d. h. Westeuropapartei) „aus der Adenauer-Tradition“ nicht aufsetzen, es sei denn, sie wollte ihre Identität aufgeben als Partei der deutschen patriotischen Internationalisten.

Egon Bahr: Deutschland und die Atomwaffen

Egon Bahr, Jahrgang 1922, ist Mitglied des SPD-Parteipräsidiums, Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung des Bundestages und gehörte der Unabhängigen Kommission für Abrüstung und Sicherheit der UNO an.

Nun ist die Deutsche Frage von den Atomwaffen eingeholt worden. Das ist erstaunlich, nachdem es Gefechtsfeldwaffen auf dem Boden der Bundesrepublik schon seit rund 25 Jahren gibt. Aber die Pershing II hat eben wirklich eine neue Qualität. Ihre Initiatoren haben ihre Auswirkungen auf die Deutsche Frage sicher nicht gewollt, wahrscheinlich nicht einmal gesehen.

Ich beziehe mich auf einen Artikel: „The German Problem Revisited“ (Atlantic Quarterly, Issue 3, Autumn 1983) von Gabriel Robin, Diplomatischer Berater der Präsidenten Pompidou und Giscard d'Estaing und politischer Direktor des Quai d'Orsay. Dort heißt es: Die Bundesrepublik Deutschland war in hohem Maße ein Land wie jedes andere und tatsächlich stabiler und wohlhabender als die meisten. . . . Jede Umfrage bestätigte, daß der deutsche Mann auf der Straße sich wenig Gedanken über die Wiedervereinigung machte. . . . Wenn von Zeit zu Zeit ein deutscher Politiker sich in Phrasen erging wie: „Die Geschichte hat noch nicht ihr endgültiges Urteil über die Teilung Deutschlands gesprochen“, dann wäre es falsch gewesen, so etwas ernst zu nehmen: jeder intelligente Mensch wußte, daß es sich um bloße Rhetorik des normalen politischen Lebens handelte.

Zweifelloso gibt Robin nicht nur seine persönliche Meinung wieder, sondern eine Auffassung, die von vielen Beobachtern in westlichen Ländern geteilt wird. Dort hat man wirklich angenommen, die Deutsche Frage sei „abgehakt“. Die Auffassung der damaligen CDU/CSU-Opposition, die Ostverträge bedeuteten das Ende der Deutschen Frage, war überzeugender als die Versicherungen der sozial-liberalen Regierung oder der Spruch des Bundesverfassungsgerichts, daß der Anspruch auf Deutschlands Selbstbestimmungsrecht durch die Verträge unangetastet geblieben ist. Sicher kam dazu, daß man bei unseren westlichen Nachbarn (wohl auch bei unseren östlichen) nur hörte, was

man wünschte: endlich Schluß mit den deutschen Querelen.

„Wenn Ihnen jemand sagt, die Deutsche Frage gibt es nicht mehr, so seien Sie mißtrauisch: entweder Ihr Gesprächspartner lügt oder er ist dumm“, so hat mich der langjährige französische Botschafter in der Bundesrepublik, François Seydoux, in seinen Erinnerungen zitiert. Ein unangenehmes Problem ist nicht deshalb weg, weil man es verdrängt. Ein Teil des Erstaunens, des Mißtrauens, der Sorge, die man im Westen heute über die Deutschen hört, ist das Ergebnis der Verdrängung, der falschen Einschätzung des deutschen Problems.

Die Bundesrepublik kann niemals ein Staat wie jeder andere im westlichen Bündnis sein, weil sie der einzige Staat ist, dessen nationales Problem ungelöst blieb.

Die Ostverträge, insbesondere der Grundlagenvertrag haben die nationale Frage zurückgestuft. Aus der Erkenntnis, daß sie in überschaubarer Zeit unlösbar sein würde, im Interesse der Stabilität in Europa, also um den Frieden sicherer zu machen, damit die ungelösten Probleme der Vergangenheit keine Gefährdung unserer Zukunft bedeuteten, um die Situation zwischen den beiden Staaten zu erleichtern, im Interesse der Menschen wurde der Gewaltverzicht vereinbart: Die bestehenden Grenzen, ungeliebt, Ergebnis des Zweiten Weltkriegs, von den Siegern bestimmt, wurden unter das uneingeschränkte Gebot des Gewaltverzichts gestellt. Aber niemand durfte die Illusion haben, daß damit die Deutsche Frage „erledigt“ sei; die Sowjetunion nahm den „Brief zur Deutschen Einheit“ an.

Robin fährt fort: Das Bild sah Anfang 1983 schon sehr anders aus. Ein völliger Wechsel hatte stattgefunden. Das Image eines ergebenen und vernünftigen Deutschland hatte sich verflüchtigt. Statt dessen bot sich ein rätselhaftes und beunruhigendes Bild. . . . Früher einmal war deutscher Pazifismus ein bedeutungsloses Phänomen gewesen; nun wurde er als gefährliche und ansteckende Krankheit betrachtet. . . . Der alte Alptraum einer deutschen Aussöhnung mit dem Osten, von dem jeder glaubte, man habe ihn für immer „ausgetrieben“ (exorcised), kehrte zurück. . . . Bei dieser allgemeinen Neueinschätzung spielte Frankreich eine bemerkenswerte Rolle. Frankreichs Präsident kam nach Bonn, um den Französisch-Deutschen Vertrag von 1963 zu feiern, dessen Unterzeichnung er zum damaligen Zeitpunkt heftig widersprochen hatte. Es geschah ohne Beispiel, daß der französische Staatsoberhaupt mitten in einem Wahlkampf im Bundestag das

Wort ergriff und in der Auseinandersetzung der beiden großen deutschen Parteien offen Stellung bezog. Noch überraschender: Ein sozialistischer Parteiführer ergriff Partei für die Rechte, nicht für die Linke. In Wirklichkeit leistete er noch mehr. Mitterand war prominentes Mitglied aller Regierungen der Vierten Republik gewesen, die der Wiederbewaffnung Deutschlands so lange heftig widersprachen, bis ihre Kraftlosigkeit sie zwang, den Weg freizugeben. Deshalb wirkte es wie Ironie, ihn jetzt die Deutschen drängen zu sehen, sich der Notwendigkeit von Atomwaffen auf dem eigenen Boden zu fügen, die denen Frankreichs mehr oder weniger gleichen.

Ich möchte hier nur auf zwei Aspekte dieser interessanten Überlegungen Robins eingehen. Die Hoffnung auf Ergebnisse und die Sorge vor Ausöhnung mit dem Osten sind wohl in Frankreich stärker als in anderen westlichen Ländern. Das ist verständlich durch die fundamentalen Gegebenheiten der Geographie und des Interesses, die Frankreich unentrinnbar vor die Alternative stellen, die Bundesrepublik entweder als Glacis der eigenen Strategie und Sicherheit oder als Teil der eigenen Sicherheit zu sehen; letztere Alternative wird bekanntlich in Paris überwiegend abgelehnt.

Aber zweifellos hat die Bundesrepublik im Ergebnis der Ostverträge die politische Selbständigkeit gegenüber den Staaten Osteuropas gewonnen, die, immer innerhalb der Loyalitäten des eigenen Bündnisses, die anderen Partner der NATO schon vorher hatten. Oder um es in den Worten Robins zu sagen: Für die Deutschen bedeutete die Entspannung noch etwas mehr. Den geographischen Status quo zu akzeptieren, war ein Mittel zur Veränderung der bestehenden politischen Ordnung. Sie erkannten die DDR und die Oder-Neiße-Grenze an, aber gewannen im Gegenzug mehr Raum zum Manövrieren. Bis zur Mitte der siebziger Jahre waren die Brunnenschaften für beide Seiten beeindruckend.

Der Graben zwischen den beiden Deutschland hatte angefangen sich abzuflachen. Die Entwicklung war langsam aber beständig. Die Bundesrepublik blieb nicht länger der bevorzugte Watschenmann sowjetischer Propaganda. Immer noch ein ökonomischer Riese, hörte sie auf, ein politischer Zwerg zu sein. Für Moskau war sie ein respektierter Partner geworden, zunächst im Handel, aber zunehmend auch auf politischem Gebiet. In der atlantischen Allianz als „senior member“ voll anerkannt.

Man kann nicht besser als Robin ausdrücken, warum die Bundesrepublik an der Entspannung in-

teressiert war und bleibt und, was wichtiger ist, was wir im Begriff sind zu verlieren, und einige hoffen das. Nachdem Robin schildert, wie und warum die Entspannung Ende der fünfziger Jahre beendet wurde, kommt er zu dem Ergebnis: Die Konsequenzen für Deutschland sind ganz offenkundig. Einmal mehr wurde Bonn abgehängt. ... Sicherheit, Gleichheit und Einheit standen im Vordergrund deutscher Politik. ... Zweifellos wurde Fortschritt erreicht, aber nicht in dem Ausmaß, daß sich Deutschlands Lage beträchtlich geändert hätte. ... Die meisten Diskriminierungen sind beseitigt worden, die hauptsächlich besteht jedoch weiter, nämlich die Verbannung vom Besitz der Nuklearwaffen. Die Teilung ist weniger einschneidend als sie es war, aber nicht überwunden. ... Seine Alliierten hofften zweifellos, die Deutschen würden sich im Verlauf der Jahre an die Situation gewöhnen und bereit sein, sie zu akzeptieren. Das ist nicht eingetreten.

Die Franzosen verlassen sich nur zu gern auf Washington, wenn es darum geht, die Bundesrepublik zu überwachen, und auf Moskau, wenn es darum geht, die Wiedervereinigung zu verhindern. Der Status quo paßt ihnen sehr gut und zweifellos stellen sie sich vor, ihn dadurch zu konsolidieren, daß sie die Deutschen zur Stationierung drängen. Tatsächlich könnte das dazu beitragen, ihn zu verändern.

Was Robin mit aller wünschenswerten Offenheit und Klarheit sagt, hat der „Spiegel“ als Äußerung des sicherheitspolitischen Sprechers der französischen sozialistischen Partei, Jacques Huntzinger, so berichtet: „Die Stationierung der Pershing II löst für Frankreich das deutsche Problem für die nächsten zwanzig Jahre“. Das ist nicht unlogisch gedacht; denn die potentielle Bedrohung der Sowjetunion vom Boden der Bundesrepublik wird nach den Ankündigungen aus Moskau die Beziehungen zwischen dem Kreml und Bonn abkühlen oder erschweren. Wenn diese Beziehungen Sorgen gemacht haben, braucht sich künftig weniger zu sorgen. Die Möglichkeit besteht, daß die Beziehungen zwischen Bonn und Moskau zurückgestuft werden, etwa auf das, was wir bis 1969 hatten. Die Bemühungen der Bundesregierung sind logisch, Schadensbegrenzungen vorzunehmen; aber ihre Pflicht war es, Schaden abzuwenden.

Auch gegenüber der DDR mit der dort vorgesehenen Gegenstationierung der SS 22 ergeben sich Belastungen, von denen noch niemand sagen kann, wie schwer sie werden. Die beiden deutschen Staaten sind jedenfalls fester im Griff.

Ich glaube nicht, daß die Bundesrepublik, genauer gesagt, ihre Menschen und die hier wirksamen politischen Faktoren, Parteien, Kirchen, Gewerkschaften, Friedensbewegung sich beruhigen werden, wenn ihnen diese Dimension der Stationierung erst einmal voll ins Bewußtsein dringen wird.

Robin sieht dies voraus. Er meint: Um es klar zu sagen: Zur Wahl stehen Nuklear-Waffen oder

Wiedervereinigung. Bei Abwesenheit von Entspannung und wenn die Stationierung erst einmal beginnt, werden die Deutschen nur dann bereit sein, Nuklear-Waffen auf ihrem Boden zu stationieren, wenn sie eine gewisse Kontrolle über deren Einsatz haben. . . . Solches Verlangen wird vernünftig klingen, da diese Waffen zur Vernichtung des eigenen Landes führen können. . . . Statt die Wiedervereini-



Honoré Daumier: Die Tennisparchie

gungsfrage zu Ende zu bringen, könnte die Stationierung sie in eine neue Richtung lenken. Die Wahl könnte für jedermann viel grundsätzlicher, die Herausforderung viel höher werden. Kein vernünftiger Mensch innerhalb oder außerhalb Deutschlands könnte beides wünschen, Nuklearbewaffnung und Wiedervereinigung. . . . Viele Leute wären zufrieden, mit einem sowohl geteilten als auch denuklearisierten Deutschland zu leben, aber die Deutschen selbst wären es nicht. Daher lautet die unvermeidliche Frage, ob es langfristig besser ist, ein atomar bewaffnetes aber geteiltes Deutschland anzustreben oder ein atomar entwaffnetes aber vereintes Deutschland. Robin greift auf alte Ideen de Gaulles zurück und spricht sich für die Wiedervereinigung eines entnuklearisierten Deutschlands aus.

Es ist schon erstaunlich, die Wiederbelebung der Deutschen Frage aus Sorge über nukleare Ambitionen von französischer Seite her zu lesen. Was die Pershings so alles bewirken, woran weder die amerikanischen noch die deutschen Befürworter gedacht haben! Das vereinte Deutschland als kleineres Übel - das könnte bei uns manche auf den Geschmack bringen, sei es den nuklearen oder den deutschen.

Der Sinn für Realitäten gebietet wohl die Feststellung, daß die Alternative, die Robin stellt, falsch ist: Deutschland wird weder die Einheit, noch die Verfügung über Atomwaffen in der Bundesrepublik bekommen. Das erste ist nicht erreichbar, das zweite nicht wünschbar. Die Wirklichkeit sieht beide Staaten, in der ihnen zukommenden Loyalität zu ihren Bündnissen, die heute die Grundpfeiler der europäischen Stabilität oder (um es mit einem inflationär benutzten Wort zu sagen) des Friedens in Europa bilden. Wer der Überzeugung ist, daß die Aufgabe der kommenden Jahre die Organisation der gemeinsamen Sicherheit, d. h. der Sicherheit der potentiellen Gegner ist, muß sehen, daß dazu die beiden Bündnisse in ihrer Funktionsfähigkeit politisch wie logisch gehören.

Die Nuklearfrage beweist, wenn man so will: brutal, daß es eine isolierte Deutsche Frage nicht mehr gibt. Sie ist mindestens europäisiert worden. Ebenso wenig wie man sich eine isolierte Überwindung der Spaltung der Stadt Berlin noch vorstellen kann (darüber wurde bis ein halbes Jahr vor dem Bau der Mauer noch öffentlich nachgedacht), ist heute noch eine Regelung im Sinn der klassischen Einheitsvorstellungen für Deutschland denkbar, solange Europa politisch, militärisch und wirtschaftlich in zwei Lagern organisiert bleibt.

Was die Deutschen können, können sie nur in

den Bündnissen. Die Frage ist, welchen Raum sie dafür haben oder sich schaffen können. Das hat mit einer Analyse zu beginnen, die beide Staaten als potentiell Schlachtfeld sieht, im Falle eines Konflikts gleichermaßen aufs höchste gefährdet und gleichermaßen in einem solchen Falle ohne Entscheidungsmöglichkeiten über existenzielle Fragen. Eine solche Situation zu verhindern ist gemeinsames Interesse.

Die Grundbedingung ihrer Existenz, nämlich Teilung, steht im Widerspruch zu dem gemeinsamen Grundinteresse, ihren außerordentlichen Grad von Gefährdung zu mindern. Sie werden dies nur insoweit tun können, als damit zu keinem Zeitpunkt ihre Bündnisloyalität in Frage gestellt wird (das muß übrigens auch denen klar sein, die bei uns über Lockerungen der bundesrepublikanischen NATO-Bindungen nachdenken. Wer dies überlegt, wird die Möglichkeiten der effektiven Verbesserungen unserer Sicherheit zerstören, die im Zusammenwirken mit Partnern des Warschauer Vertrages möglich sein könnten).

Sie werden dann auch feststellen, daß es eine Reihe weiterer Staaten gibt, die wie die beiden deutschen nicht über nukleare Waffen verfügen, aber solche auf ihrem Boden stationiert finden. Hier ergeben sich parallele Interessen mit der CSSR oder den Niederlanden oder Polen und Belgien.

Der Grundlagenvertrag, hervorragend bewährt gerade in der Zeit zunehmender Ost-West-Spannungen und nach dem Regierungswechsel in Bonn, hat wirklich die wesentlichen Interessen der beiden deutschen Staaten, solange es sie gibt, in Paragraphen gefaßt und dabei eine Abstimmung über Sicherheitsfragen vorgesehen, die bisher kaum über die Deklamation hinaus gelangt ist, daß vom deutschen Boden kein Krieg mehr ausgehen dürfe. Der Grundlagenvertrag hat im übrigen sehr realistisch das, was die deutschen Staaten in Bezug auf die Sicherheit tun können, als europabezogen formuliert. Was die deutschen Staaten da tun können, tun sie nie nur für sich.

Die Frage ist also, ob sie gewissermaßen modellhaft in der Lage sind, sicherheitsrelevante Vereinbarungen zu treffen, natürlich in Absprache mit ihren Verbündeten, ohne daß dadurch die Strategie ihrer Bündnisse berührt oder verändert wird.

Es ist der Überlegung wert, ob beide Staaten willens oder in der Lage sind zu vereinbaren, daß keine chemischen Waffen auf ihrem Boden gelagert werden. Was den Abzug solcher Waffen angeht, so können die Deutschen offensichtlich nicht über

Waffen verfügen, die ihnen nicht gehören. Schon das macht klar, daß dazu Vereinbarungen zwischen ihnen und ihren beiden Hauptverbündeten erforderlich wären. Das könnte diese Verbündeten auch beruhigen, soweit das nötig ist.

Was den Abzug angeht und die Kontrolle der getroffenen Vereinbarungen für die und zwischen den chemiewaffenfreien deutschen Staaten, so ist klar, daß so etwas modellhaften Charakter für größere Vereinbarungen gewinnen könnte. Gemeinsame Kontrollgruppen hätten sogar den Vorteil, daß sie keine Sprachbarrieren haben.

Gerade insofern können die beiden deutschen Staaten durchaus etwas im Interesse Europas leisten, auch für den Fall von anderen vertrauensbildenden Maßnahmen, die für das europäische Zentrum vereinbart werden. Ein chemiewaffenfreies Gebiet in der Mitte Europas würde die Sicherheit der beiden Supermächte nicht gefährden. Es könnte aber dazu einladen, die Nachbarn der beiden deutschen Staaten aufzufordern, diesen Vereinbarungen beizutreten.

Jedenfalls ist es phantasielos und nach bisherigen Erfahrungen nicht erfolgversprechend, die Hoffnung auf eine weltweite Ächtung der chemischen Waffen zu setzen und dies als Entschuldigung dafür zu nehmen, das zu unterlassen, was im kleinen hier

und heute möglich sein könnte. Gerade in einer Zeit, in der zwar nicht die öffentliche Sprachlosigkeit zwischen den beiden Supermächten abnimmt, aber ihre interne Dialogfähigkeit, könnten die beiden deutschen Staaten auf einem begrenzten Sektor, der den beiden Großen nicht weh tut, ihnen ein kleines Stück Detail- und Pionierarbeit abnehmen. Die Ergebnisse kämen allen zugute.

Solange die Sicherheitsfragen, leider, eine so dominierende Rolle spielen, sollten die beiden deutschen Staaten die Möglichkeiten ausloten, die ihnen geographische Nachbarschaft nahelegt und ihre gemeinsamen Interessen an mehr Sicherheit befehlen. Das ist fruchtbarer als eine neue Runde der Diskussion zur Lösung der Deutschen Frage zu eröffnen, deren Erfolgslosigkeit wie bisher sicher ist, zumal sie nur introvertiert westlich möglich wäre.

Es ist ja schön, wenn nun auch viele im Westen zur Kenntnis nehmen, daß es die Deutschen und ihre Probleme noch gibt, aber wir haben keinen Grund, unseren Freunden neue Sorgen zu bereiten. Die Deutschen, im Westen wie im Osten gebunden, könnten sich und Europa einen Dienst leisten, mit dem einen oder anderen Modell. Man könnte es auch positiv formulieren: Warum soll nicht vom deutschem Boden Frieden ausgehen?

Hans Schumacher: Stichworte einer Realen Utopie für eine euro- päische Friedensordnung

I.

Wer die Situation in Europa daraufhin untersucht, wie sie verändert werden könnte, begibt sich in den Augen vieler sehr schnell in den Verdacht der Träumerei und des Utopismus. Und dies, obwohl im westlichen wie im östlichen Teil Europas die jetzige Situation mit ihren gefährlichen Potentialen weitgehend als unbefriedigend empfunden wird.

Daß dies so ist, liegt vor allem daran, daß von den meisten Beteiligten die europäische Situation als eher labil empfunden wird, daß also der Versuch, die bestehende Lage grundsätzlich zu verändern, als gefährlich eingestuft wird. Diese eher konservative

Haltung hat durchaus Argumente für sich, zumindest dann, wenn eine Veränderung Gefahren erhöhen und neue schaffen könnte. Allerdings ist die jetzige europäische Situation ihrerseits auch ohne den Versuch, grundsätzliche Veränderungen herbeizuführen, gefährlich genug – mit steigender Tendenz.

II.

Gegensatz und Spannung zwischen den beiden Supermächten in Europa wachsen wieder, nachdem es eine Zeitlang so schien, als könnte dort, wo die beiden Supermächte mit ihren Blöcken sich unmittelbar und direkt gegenüberstehen, durch kleine Schritte der Entspannung die Konfrontation in Richtung einer für beide Seiten nützlichen Koexistenz verändert werden. Dieser langjährige und schwierige, aber insgesamt erfolgreiche Prozeß der Entspannung ist umgekehrt worden. Destabilisierende Rüstungsschritte auf beiden Seiten haben

hierzu erheblich beigetragen, sind aber nicht Ursache der Spannungen, sondern eine ihrer Folgen, bedingen aber ihrerseits wiederum die Verstärkung der Konfrontation. Das gegenwärtige Abschreckungssystem wird immer unglaubwürdiger und entwickelt Dynamik in eine gefährliche Richtung. Noch zu erwartende Aufrüstungsschritte insbesondere im nuklearen Bereich werden nicht nur die politischen Gegensätze vergrößern, sondern in einem engen Zusammenhang mit diesen die Gefahr einer militärischen Auseinandersetzung zwischen Ost und West vermehren. Dabei ist es vom Ergebnis her unerheblich, wie bewußt und zielgerichtet ein solcher Prozeß abläuft.

III.

Der Gegensatz zwischen den beiden Supermächten mit ihren jeweiligen Verbündeten wird genährt vor allem durch die Sorge, die andere Seite könnte Einfluß militärischer oder politischer Art auf den „eigenen“ Bereich und damit Vorteile gewinnen. Insbesondere Rüstungsanstrengungen (aber nicht nur diese) werden als Vorsichtsmaßnahmen gegen ein solches angebliches Streben der anderen Seite vor der eigenen Bevölkerung gerechtfertigt. Dabei wird umgekehrt jede Gelegenheit wahrgenommen – dies gilt nicht nur für Europa, sondern vor allem für den Bereich der Dritten Welt –, der anderen Seite zu schaden und sich auf deren Kosten Vorteile zu verschaffen. Die Politik zwischen den Supermächten mit ihren Blöcken und Paktsystemen wird zum Nullsummenspiel.

Unter den gegebenen Umständen hat eine befriedigende Lösung für die zunehmend gefährlicher werdende Situation in Europa zur Voraussetzung, daß keine Seite Vorteile auf Kosten der anderen erlangt. Versuche, den gefährlichen Status quo in Europa langfristig in Richtung einer befriedigenden europäischen Friedensordnung zu ändern, müssen von dieser Bedingung ausgehen.

Bei der Erarbeitung und Beschreibung einer solchen Lösung sollte man sich von der Kritik, Utopien nachzujagen, dann nicht schrecken lassen, wenn es gelingt, den Bezug zur Realität (und das heißt: zu den politischen Interessen aller Beteiligten) zu wahren, also eine „reale Utopie“ zu erreichen. Das augenblickliche Von-der-Hand-in-den-Mund-leben im Bereich der Außen-, Sicherheits- und Deutschlandpolitik jedenfalls hat bislang wenig Fortschritte gebracht – ganz im Gegenteil.

Eine „reale Utopie“ (falls es gelingt, sie zu beschreiben), bringt dagegen den Vorteil mit sich,

Meßlatte für einzelne konkrete Politikschritte zu sein und auch klarmachen zu können, welche Ziele man mittel- und langfristig anstrebt. Außerdem zwingt sie dazu, einzelne konkrete Politikschritte miteinander zu koordinieren.

Allerdings kann zwar eine Utopie Ziele beschreiben und diese Ziele dann unter dem Gesichtspunkt prüfen, wie weit ihre Verwirklichung von erkennbaren Politiklinien abweicht und welche Schritte notwendig wären, um sie zu erreichen, aber sie kann die Zukunft nicht beschreiben. Dies gilt insbesondere für den Bereich der Außenpolitik, wo eine Vielzahl der unterschiedlichsten Faktoren von anderen Faktoren und Personen beeinflusst wird. Der Versuch, außenpolitische Ziele und die Schritte auf sie hin zu beschreiben, sollte sich deshalb davor hüten, über eine kurze Frist hinaus angeblich konkrete Gegebenheiten als Basis für weitere Spekulationen zu nutzen. Aber eine Zielbeschreibung kann auch für Außen- und Sicherheitspolitik dazu dienen, konkrete Schritte in der entsprechenden Richtung zu unternehmen. Kurz: Einfluß auszuüben, so wie man einen Würfel mit Blei beschwert, um die Wahrscheinlichkeit zu erhöhen, daß bestimmte Zahlen kommen. Folgerichtig wäre es recht sinnlos und damit falsch, eine Lösung für eines der kompliziertesten Probleme zwischen Ost und West, das Berlin-Problem, zu ersinnen; ähnliches muß wohl auch für die konkretere Ausformung einer Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten gelten: Erst die entsprechenden (europäischen) Rahmenbedingungen machen es möglich, sich diesem Kernpunkt inhereuropäischer Spannungen zuzuwenden.

IV.

Eine Vorbemerkung scheint für das Verständnis des folgenden nötig: Wenn von Kooperation zwischen West und Ost die Rede ist oder von Entspannung, dann ist damit nicht eine irgendwie geartete ideologische Angleichung zwischen den Systemen gemeint, wenn auch zwischen der äußeren Befindlichkeit einer Gesellschaft oder eines Staates und ihrer inneren Entwicklung ein dialektischer Zusammenhang besteht. Aber Spannungen zwischen Staaten haben meist nicht ideologische Gegensätze, sondern divergierende Interessen zur Ursache. Die Ideologie dient nur allzu häufig als Schleier, um diese Interessen zu verdecken oder sie mit einem moralischen Fundament zu versehen. Will man also Spannungen abbauen, so lohnt es sich in erster Linie, sich mit den Interessen auseinanderzusetzen, um sie ins politische Kalkül einbauen zu können.



Honoré Daumier: Das europäische Gleichgewicht!

V.

Das wichtigste Ziel der Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland ist die Sicherung des Friedens und der Abbau von Gefahrenpotentialen. Dazu können beitragen:

- 1.) Eine Verminderung der direkten Konfrontation der beiden Supermächte;
- 2.) weniger Instabilität zwischen den Blöcken - politisch und militärisch;
- 3.) Unterbrechung der Rüstungsspirale und Verminderung der Rüstungskosten;
- 4.) Schritte in Richtung einer politischen und militärischen Entspannung zwischen den beiden Blöcken;
- 5.) mehr wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Kooperation zwischen West und Ost - auch in der III. Welt;
- 6.) Zurückdrängen des Hegemonialstrebens der Supermächte in der III. Welt und in Europa;
- 7.) Anstrengungen, den Nord-Süd-Gegensatz zu mindern und die Konfrontation zwischen Ost und West in der III. Welt abzubauen.

Wenn es stimmt, daß die Gefahren in Europa durch die direkte Konfrontation der beiden Supermächte wachsen, so liegt der Versuch nahe, diese Konfrontation zu „entzerren“, also ein beiderseitiges militärisches Disengagement sowohl der USA wie der Sowjetunion in West- und Mitteleuropa herbeizuführen. Dies könnte bedeuten: Die UdSSR zieht sich militärisch aus der DDR, aus Polen, der CSSR und Ungarn zurück, die USA aus der Bundesrepublik, Dänemark und den Benelux-Ländern. In der DDR, in Polen, in der CSSR, in Ungarn, in Dänemark, den Benelux-Ländern und der Bundesrepublik sind keine fremden Truppen stationiert. Die genannten Länder bleiben bzw. werden frei von ABC-Waffen.

Sowohl auf dem Balkan wie in Nordeuropa sind ABC-Waffen-freie Zonen anzustreben.

Um das Argument einer einseitigen konventionellen Überlegenheit in diesem Bereich zu entkräften bzw. nicht wirksam werden zu lassen, wird der genannte Bereich konventionell verdünnt, d. h. es werden auf möglichst niedrigem Niveau Höchstzahlen festgelegt, deren Einhaltung kontrolliert wird.

Alle genannten Staaten bleiben Mitglieder ihrer Wirtschafts- und Militärverträge; ihr Status wird wechselseitig in entsprechenden Verträgen garantiert. Die beiden deutschen Staaten werden in ein Vertragssystem eingebunden, das auch eine enge Zusammenarbeit zwischen ihnen nicht behindert,

aber ausschließt, daß sie für irgendeinen ihrer Nachbarn eine Bedrohung werden könnten. Eine Lösung der „Deutschen Frage“ ist nur dann von Dauer und nicht friedensgefährdend, wenn sie einerseits von den europäischen Nachbarn, andererseits aber auch von den Deutschen akzeptiert werden kann. Eine Neutralisierung Deutschlands zwischen Ost und West ist wegen der aus historischen Gründen vorhandenen Befürchtungen der europäischen Nachbarn ausgeschlossen, und die Einbindung der deutschen Staaten in die jeweiligen Bündnissysteme bleibt auf absehbare Zeit Voraussetzung für eine Annäherung zwischen ihnen. Aber diese Bündnissysteme selbst bedürfen dringend der Reform. Sowohl der Warschauer Pakt wie die NATO dürfen nicht länger Instrumente der weltweiten Hegemoniepolitik der beiden Supermächte bleiben, sondern müssen stärker als bisher die jeweiligen Interessen der kleineren Partner aufnehmen. Ohne Reform und ohne mehr Einfluß der Westeuropäer jedenfalls wird die NATO auf Dauer politisch nicht überleben können. Auch aus diesem Grund liegt eine Stärkung der EG im deutschen Interesse, um europäischer Interessenvertretung ein solides Fundament zu verschaffen. Und richtig ist sicher auch: Je stärker die Bundesrepublik Deutschland in die EG integriert ist, desto leichter wird es ihren westlichen und östlichen Nachbarn fallen, eine Zusammenarbeit zwischen den beiden deutschen Staaten im gesamteuropäischen Interesse zu akzeptieren.

VI.

Ein solches Programm kann nicht kurzfristig verwirklicht werden, bedarf eines langen politischen Atems und vieler einzelner, aufeinander abgestimmter Schritte. Die zu erwartenden Vorwürfe des Utopismus und der Phantasterei werden bei einer Prüfung der Interessenlage abnehmen, falls sich herausstellt, daß eine solche Lösung durchaus den nationalen, staatlichen oder gesellschaftlichen Interessen der Beteiligten entspricht.

Von vorneherein muß die Gefahr von Bürgerkriegen und anderen gewaltsamen Entwicklungen so weit wie überhaupt nur möglich ausgeschlossen werden, ebenso wie der Versuch, auf Kosten der anderen Seite Vorteile für die eigene Sicherheit zu erwerben. Gegen wichtige Interessen der Supermächte, aber auch gegen nationale Interessen eines der Beteiligten oder von wichtigen Nachbarn wird eine europäische Friedensordnung nicht zu bekommen sein.

VII.

USA: Die USA wollen in keine direkte Auseinandersetzung militärischer Art mit der UdSSR verwickelt werden. Es liegt also durchaus im Interesse der USA, die Gefahr einer solchen Auseinandersetzung zu verringern – vorausgesetzt, die UdSSR erwirbt hierdurch keine Vorteile. Beim oben skizzierten Modell ist dies nicht der Fall, sondern im Gegenteil zöge sich die UdSSR aus ihrem „Vorfeld“ militärisch zurück, so daß innerhalb der USA starke Gruppierungen für eine solche Lösung zu gewinnen wären. Dies gilt nicht nur für den liberalen, eher entspannungsfreundlichen Teil der US-Gesellschaft, sondern auch für konservative Bereiche.

Die ökonomischen Vorteile für die USA liegen auf der Hand: Bereits jetzt besteht in den USA aus wirtschaftlichen Gründen die Neigung eines konventionellen Disengagements in Europa. Diese Neigung dürfte in den nächsten Jahren zunehmen, denn auch eine so reiche Volkswirtschaft wie die der USA wird sich schon aus innenpolitischen Gründen auf Dauer Rüstungsanstrengungen wie bisher nicht leisten können.

Hinzu kommt die verstärkte Blickrichtung innerhalb der USA nach Westen, auf den Pazifik. Mit der inneramerikanischen Wanderung des wirtschaftlichen Schwergewichts von Ost nach West, mit der Veränderung des politischen Schwerpunkts von der Ostküste in den „Sonnengürtel“ verliert auch Europa etwas von seiner bisherigen zentralen Bedeutung für die US-Außenpolitik. Diese Tendenz legt auch für die USA den Gedanken an eine Reform der NATO mit einer Stärkung des westeuropäischen Gewichts und ein eigenes Disengagement nahe.

Voraussetzung für einen militärischen Teilrückzug der USA aus Westeuropa ist allerdings die militärische Sicherheit Westeuropas vor der UdSSR – unter gar keinen Umständen können es sich die USA erlauben, ihre östliche Gegenküste an den weltpolitischen Kontrahenten zu verlieren.

Frankreich: Zentrales Motiv der französischen Außen- und Sicherheitspolitik ist die Erhaltung einer möglichst großen nationalen Souveränität. Ein militärischer Rückzug der beiden Supermächte aus West- und Mitteleuropa wäre diesem Ziel nur dienlich. Frankreich ist Atommacht und wird in den nächsten Jahren seine Position der militärischen Unangreifbarkeit mindestens durch Nicht-Nuklearmächte noch verbessern.

Insofern dürfte die Vorstellung einer Bedrohung durch den deutschen Nachbarn für Frankreich auch dann nicht wesentlich werden können, wenn sich

eine engere Zusammenarbeit der beiden deutschen Staaten ergäbe. Der irrealen (aber in der französischen Diskussion vorhandenen) Furcht eines Abgleitens der Bundesrepublik ins östliche Lager oder des Wiedererstehens eines gefährlichen deutschen Nationalismus wäre durch das beschriebene Modell der Boden entzogen. Diese Furcht mag auch einer der Hintergründe für französische Anstrengungen sein, die Bundesrepublik durch entsprechende Angebote zu einer engeren Zusammenarbeit zu bewegen und daran zu hindern, den europäischen und deutschen Status quo in Frage zu stellen.

Frankreichs Bedeutung innerhalb Europas würde nicht zuletzt als eine der Garantiemächte des neuen Zustandes wachsen. Frankreichs militärische Sicherheit gegenüber dem WP würde bei möglicherweise sogar verringerten Rüstungskosten größer.

Großbritannien: Ähnliches wie für Frankreich gilt für das Vereinigte Königreich. Hinzu kommt die britische Neigung zu einer „special relationship“ mit den USA, die bei einer Lösung für die europäischen Sicherheitsprobleme wie oben skizziert, im beiderseitigen Interesse ausgebaut werden könnte. Auch für Großbritannien spielt die Frage der Rüstungskosten eine große gesellschaftliche Rolle. Die Modernisierung des britischen Sozialsystems und der britischen Wirtschaft verlangt zum einen eine verstärkte westeuropäische Kooperation und zum anderen die Verminderung der Rüstungslasten, wie sie bislang für notwendig gehalten wurden.

Für die kleineren westeuropäischen Staaten gilt, daß ihnen jede Erhöhung ihrer militärischen Sicherheit bei möglichst verringerten Kosten willkommen ist. Allerdings muß nach ihrer Interessenlage alles vermieden werden, was die Dominanz eines Staates in Europa über sie fördert. Bei den genannten Bedingungen entsteht keine Dominanz, sondern, im Gegenteil, jetzt spürbare Dominanz wird abgebaut. Die „Deutsche Frage“ würde so geregelt, daß sie für die kleineren Nachbarn Deutschlands ihre Bedrohlichkeit verlore.

UdSSR: Die Situation der UdSSR entwickelt sich nicht sehr positiv. Der Außendruck wächst und die sowjetische Gesellschaft kann nur unter Aufbietung aller Kräfte und bei Verzicht auf Lebensstandard und innere Reformen bei der Konkurrenz zwischen den Supermächten (militärisch) mithalten. Die Unruhe im Bereich ihres „Vorfeldes“ nimmt zu. Die auf realen Bedingungen beruhende Einkreisungsfurcht der SU wächst. Eine Entlastung scheint dringend notwendig.

Allerdings dürfte die SU-Führung nur dann akzeptieren, sich militärisch aus ihrem „Vorfeld“ zurückzuziehen, wenn dort nicht eine Entwicklung eintritt, die ihr eine neue Konfrontation näher an ihren eigenen Grenzen aufnötigt. Daß dies aber nicht geschieht, liegt auch im Interesse ihrer westlichen Nachbarn, ist also durchaus vorstellbar.

Der „Verlust“ direkter militärischer Präsenz auf sowjetischer Seite würde durch entsprechende US-amerikanische Schritte auf der anderen Seite aufgewogen. Objektiv und für das subjektive Empfinden der sowjetischen Gesellschaft würde die eigene Sicherheit größer. Damit aber würden auch die Möglichkeiten von Reformen des sowjetischen Systems wachsen, was wiederum im Interesse aller ist. Gleichzeitig würde der Weltmachtstatus der UdSSR nicht tangiert.

Polen, Ungarn, CSSR: Für alle drei Staaten gilt, daß für sie vermehrte staatliche Souveränität ein erstrebenswertes Ziel ist – solange ihre eigene Sicherheit nicht gefährdet wird. Bei einem Rückzug der sowjetischen Truppen von ihrem Staatsgebiet würde unter den genannten Umständen dieses Ziel erfüllt werden. Allerdings müßte gewährleistet sein, daß mit diesem Rückzug nicht eine Phase gesellschaftlicher Instabilität eingeleitet würde. Daß eine kommunistische Regierung bei den Regierten respektiert und von ihnen akzeptiert werden kann, zeigt das ungarische Beispiel. Dies dürfte – entspre-

chende Reformen vorausgesetzt – langfristig auch in Polen und der CSSR möglich sein.

Eine Verminderung der Verteidigungskosten ist für alle drei Staaten von großem Interesse und eine der Voraussetzungen für eine Erhöhung der ökonomischen Effizienz. Für die Zusammenarbeit mit den westeuropäischen Staaten – nur in Zeiten der Entspannung in größerem Rahmen möglich – gilt dasselbe.

Die beiden deutschen Staaten: Beiden deutschen Staaten und ihren Gesellschaften ist das Interesse an Frieden und Entspannung in Europa gemein. Jede Verminderung der Gefahr einer militärischen Konfrontation zwischen den Blöcken ist deshalb positiv einzuschätzen. Auch jede Verminderung der Rüstungskosten ist in beiden deutschen Staaten hochwillkommen. Die Situation der DDR allerdings unterscheidet sich von der der Bundesrepublik negativ dadurch, daß sich ihre Regierung der eigenen Bevölkerung keineswegs sicher sein kann. Voraussetzung dafür, daß sich die DDR-Führung auf Modelle einläßt, die ihr die potentielle Unterstützung von Truppen der sowjetischen Armee entzieht, wären innere Reformen insbesondere im ökonomischen Bereich und der Verzicht auf den Versuch der Bundesrepublik, Labilitäten dahin auszunutzen, die Gesellschaftsordnung der DDR zu unterminieren. Im Gegenteil müßte es Politik der Bundesrepublik sein, Reformen in der DDR durch entsprechende Hilfen zu unterstützen.

Heinz Oskar Vetter: Arbeitszeitverkürzung in Europa – „Es bewegt sich was ...“

Heinz O. Vetter, Jahrgang 1917, gelernter Maschinenschlosser, früherer Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes und Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes, ist Abgeordneter des Europäischen Parlaments.

Über 12 Millionen Arbeitslose in der Europäischen Gemeinschaft sind ein Skandal. Allein im Zeitraum von 1980 bis 1983 verdoppelte sich – trotz aller Beschwörungsformeln konservativer und

christdemokratischer Provenienz – der Prozentsatz der Arbeitslosigkeit von 6,2% auf knapp 11%. Das ist eine erschreckende Rekordmarke, die in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft einmalig ist.

Daß die Arbeitslosenquote bald in schwindelnde Höhen steigen wird, zweifeln auch die Brüsseler Kommissare nicht mehr an. Sie legten eine Rechnung vor, nach der in den nächsten zwei oder drei Jahren zusätzlich rund 700.000 Personen auf den europäischen Arbeitsmarkt drängen werden. Mit dem Prinzip „Hoffen auf Wachstum“ kann daher die tiefgreifende Arbeitslosenmisere nicht mehr bewältigt werden. Nur um den weiteren Anstieg der Arbeitslosenquote zu verhindern – auch das rechneten die Kommissare vor – wäre eine Wachstumsrate von 3 bis 3,5% nötig. Aber selbst die kühnsten

Wirtschaftsprognostiker zweifeln an derartigen Wachstumsschüben. Doch die meisten europäischen Regierungen setzen immer noch auf das Prinzip Hoffnung, nach dem durch Ankurbelung der Investitionstätigkeit, durch günstigere Wirtschaftsbedingungen und durch Steuererleichterungen für die Unternehmen die in den Mist gesetzte Wirtschaft wieder in Schwung käme und Wachstum (wo auch immer), sich wieder von selbst einstellen werde.

Daß diese simple Rechnung nicht aufgeht, ist offensichtlich. Die Angebote werden von den Unternehmen kaum genutzt, um Arbeitsplätze zu schaffen. Vielmehr finanzieren sie damit weitere Rationalisierungsschritte und vernichten so noch mehr Arbeitsplätze. In den vergangenen Jahren wurde vornehmlich in die Prozeßinnovation – also in die Rationalisierung – investiert, nicht hingegen in die Produktinnovation. Ein Beispiel für diese Rationalisierungsstrategie ist der verstärkte Einsatz von Industrierobotern in europäischen Unternehmen. Die Zahl der Roboter hat sich zwischen 1980 und 1982 in der Bundesrepublik und Großbritannien verdreifacht, in Frankreich und Italien verdoppelt. Der größte Schub an technologischen Neuerungen steht aber erst noch ins Haus. Wenn keine wirtschaftlichen, sozialen und politischen Vorkehrungen getroffen werden, dann wird sich das Problem der technologisch bedingten Arbeitslosigkeit extrem vergrößern. Da hilft dann weder Wachstum, noch eine Verbesserung der Weltwirtschaftslage insgesamt.

Doch anstatt dieser Entwicklung entgegenzuwirken, verschärft die praktizierte Wirtschafts- und Sozialpolitik, insbesondere in der Bundesrepublik und Großbritannien, die Krise. Mit dem Abbau von Einkommen und Sozialleistungen schwächt sie die Kaufkraft der privaten Haushalte, die am Markt die größte Nachfrage entfalten. Durch Sozialabbau werden immer mehr Menschen in die soziale Armut getrieben.

Um die Arbeitslosigkeit wirksam abzubauen, müssen die Regierungen ihre Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik grundlegend ändern. Dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muß einschränkungslos Vorrang eingeräumt werden. Die Verkürzung der Arbeitszeit – vor allem die der Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden – ist ein unverzichtbarer Beitrag im Kampf gegen die Arbeitslosigkeit. Sie muß möglichst gleichzeitig und aufeinander abgestimmt in allen europäischen Ländern durchgesetzt werden. Denn um die Herausforderungen zu bestehen, muß sich eine dynamische soziale Entwicklung im

Gleichklang mit dem technischen Wandel vollziehen.

Hier fällt der Europäischen Gemeinschaft eine besondere Aufgabe zu. Sie ist die einzige Staatengemeinschaft in der Welt, die verbindliches Recht im wirtschaftlichen und sozialen Bereich setzen kann. Damit kann sie auch Rahmenrichtlinien für eine europaweite Arbeitszeitverkürzung erlassen.

Die EG-Kommission: Vom Wachstumsfetisch zur Arbeitszeitverkürzung

Die Notwendigkeit einer europäischen Arbeitszeitverkürzung wird inzwischen auch von der EG-Kommission anerkannt, der sicher nicht gerade Linkslastigkeit vorgeworfen werden kann. In ihrem im Dezember 1982 veröffentlichten Memorandum zur Verkürzung und Neugestaltung der Arbeitszeit kommt die Kommission zu dem Ergebnis, daß die Verkürzung und Neugestaltung der Arbeitszeit und die Begrenzung systematisch geleisteter Überstunden ein europaweiter Ansatz wäre, um die Beschäftigungskrise zu überwinden.

Den Vorbehalten der Unternehmenseite, Arbeitszeitverkürzung werde die Rentabilität und die internationale Wettbewerbsfähigkeit weiter beeinträchtigen, hält die Kommission entgegen, daß die Verbindung von drastischer Arbeitszeitverkürzung und Reorganisation der Arbeit einen Anstieg der Stückkosten in der Produktion vermeiden und gleichzeitig neue Arbeitsplätze hervorbringen würde. Gut durchgeführte Maßnahmen bei der Neugestaltung der Arbeitszeit, die die Produktivität erhöhen, könnten nach Ansicht der Kommission sogar zu einer Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen. Bis der Brüsseler Apparat aber zu dieser Einschätzung kam, mußten einige Jahre vergehen, in denen vieles hätte verhindert werden können.

Bereits Mitte der siebziger Jahre wurde von der Kommission versucht, eine Gesamtstrategie zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit zu entwickeln. Im Entwurf mit dem Titel „Gemeinschaftsstrategie zur Wiederherstellung von Vollbeschäftigung und Stabilität“ wurde zwar die Notwendigkeit von europäischen Lösungen ausgesprochen, jedoch waren die Vorschläge so wenig konkret, daß das Europäische Parlament und der Wirtschafts- und Sozialausschuß das Dokument ablehnten.

Mit deutlicher Unternehmerhandschrift wurde die Förderung des Wirtschaftswachstums durch Steigerung der Investitionstätigkeit propagiert, den Gewerkschaften Mäßigung bei Lohnforderungen

und den Unternehmen Zurückhaltung bei Preissteigerungen empfohlen und eine Vereinheitlichung der nationalen Wirtschaftspolitiken gefordert. Um die Anpassung und die Unterstützung von „Problemgruppen“ wie Frauen und Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt zu erleichtern, schlug die Kommission flankierende Maßnahmen wie z. B. die Förderung der beruflichen Bildung vor.

Vor dem Hintergrund zunehmender Arbeitslosigkeit, aber auch durch das Ausbleiben des erhofften Wirtschaftswachstums vollzog sich zumindest bei der Kommission eine Neuorientierung in der Beschäftigungspolitik. 1978 wird in ihrem Dokument „Arbeitszeitverkürzung - Ziele und Auswirkungen“ zum ersten Mal die Möglichkeit einer Arbeitszeitverkürzung, sowohl als Instrument des sozialen Fortschritts wie auch als Teil einer Strategie zur Vollbeschäftigung angesehen.

Aber einen wirklichen Abschied von ihrem wachstumsorientierten Krisenbewältigungskonzept nahm die Kommission erst, nachdem die Arbeitslosigkeit in der EG die 10 Millionen Grenze überschritten hatte, und die Grenzen staatlicher Wirtschaftspolitik von Frau Thatcher sichtbar wurden. Im Memorandum zur Verkürzung der Arbeitszeit muß sich die Kommission jetzt eingestehen, daß die Arbeitslosigkeit mit den bisherigen Instrumenten nicht verringert werden konnte. Jetzt empfiehlt die Kommission neben der Verkürzung und Neugestaltung der Arbeitszeit eine qualitativ orientierte Wachstumspolitik, die den wirtschaftlichen und sozialen Bedarf gleichzeitig zu decken vermag.

Der Ministerrat auf Tauchstation

Obwohl der EG-Ministerrat sich schon seit Jahren für eine Anpassung der Arbeitszeit (als flankierende Maßnahme zur Verbesserung der Beschäftigungssituation) ausspricht, legte die Kommission ihren Text nur als Empfehlung an die Mitgliedsländer vor. Dies geschah in der Einschätzung, daß sich die Arbeits- und Sozialminister zu einer verbindlichen Richtlinie nicht durchringen würden. Die letzte Ratstagung im Dezember 1983 in Brüssel bestätigte diese Annahme.

Die Mehrheit des Gremiums (außer den Vertretern Dänemarks und Großbritanniens) war den Vorschlägen der Brüsseler Kommissare zwar prinzipiell aufgeschlossen, doch mit solch konkreten Vorschlägen konnten sich viele Regierungsvertreter nicht anfreunden. Die Deutschen störte insbesondere die Aufforderung, daß der öffentliche Dienst eine Vorreiterrolle bei einer Verkürzung der

Arbeitszeit spielen solle. Außerdem wurde auf die Tarifautonomie der Sozialpartner in dieser Frage verwiesen, was natürlich im völligen Widerspruch zur amtlichen Regierungspolitik der CDU-Regierung steht, die nach den „sinnvollen“ Äußerungen von Herrn Kohl nur wenig von der Tarifautonomie hält.

So besteht wenig Hoffnung für eine rechtsverbindliche Rahmenrichtlinie, die Mindeststandards für eine europaweite Verkürzung der Arbeitszeit setzen würde. Denn neben den bekannten Einwänden müßten nach dem Entwurf die Regierungen finanzielle Unterstützungen für Klein- und Mittelbetriebe bei anfänglichen Problemen mit der Arbeitszeitverkürzung geben und eine Anpassung des Arbeits- und Sozialrechts vornehmen, um die Einführung neuer Arbeitszeitordnungen und die Einstellung neuer Arbeitnehmer zu erleichtern. An dieser Situation dürfte auch der bereits signalisierte gute Wille des französischen Arbeitsministers wenig ändern, der ankündigte, unter französischer Präsidentschaft werde er diesem Problem mehr Bedeutung beimessen. Die konservative absolute Mehrheit im Rat wird vielmehr, wie bereits häufig geschehen, alle konstruktiven Ansätze der Empfehlung so verwässern, als ob es den Kommissionstext vorher gar nicht gegeben hätte, oder der Vorschlag wird auf die lange Bank geschoben, wie dies bei den beiden Richtlinienentwürfen zur freiwilligen Teilzeitarbeit und Zeitarbeit der Fall ist.

Diese Unentschlossenheit bzw. Untätigkeit des Rates ist gerade nach dem gescheiterten Gipfel in Athen fatal. Mit der Verabschiedung der Kommissionsempfehlung hätte er ein positives Zeichen für die Bürger in der Europäischen Gemeinschaft setzen und einen konstruktiven Beitrag zur Bewältigung des Arbeitslosenproblems leisten können. Diese Chance hat er wie so oft vertan und ist einfach auf Tauchstation gegangen.

Europäisches Parlament: 10prozentige Arbeitszeitverkürzung in den nächsten zwei Jahren

Ginge es nach dem Willen der europäischen Bevölkerung - schließlich wurde das Europäische Parlament in direkter Wahl gewählt - müßte die Arbeitszeit in allen Ländern der EG in den nächsten zwei Jahren um 10 Prozent verkürzt werden. Diese Notwendigkeit hat das Europäische Parlament in seinen letzten beiden 1983 gefaßten Entschlüssen eindeutig beschlossen. Die Parlamentarier sehen in einer erheblichen Kürzung der täglichen, wöchentlichen, jährlichen und Lebensarbeitszeit



Der politische Hintergrund

Die Hintergrund- information

Bücher für NG-Abos

Folgende Bücher gibt es zur Auswahl:

- ☐ **Horst Becker/Bodo Hombach u. a. (Hg.):**
Die SPD von innen. Bestandsaufnahme an der Basis der Partei. 1983. 160 S.
- ☐ **Paul Gellersbach:**
Wie Mutlu Öztürk schwimmen lernen muß. Ein Lebenslauf. Mit einem Vorwort von Günter Wallraff. 1983. 272 S.
- ☐ **Friedrich G. Kürbisch (Hg.):**
Entlassen ins Nichts. Reportagen über Arbeitslosigkeit 1918 bis heute. Ein Lesebuch. 1983. 256 S.
- ☐ **Susanne Miller/Heinrich Potthoff:**
Kleine Geschichte der SPD. 5. Aufl. 1983. 464 S.
- ☐ **Johano Strasser/Klaus Traube:**
Die Zukunft des Fortschritts. Der Sozialismus und die Krise des Industrialismus. 2. Aufl. 1982. 416 S.

(Bitte gewünschtes Buch ankreuzen)

Ich habe eine neuen NG-Abonnenten geworben.
Meine Anschrift:

Anschrift des neuen Abonnenten:

Hiermit bestelle ich für mindestens ein Jahr „Die Neue Gesellschaft“ ab Heft ____ „Die Neue Gesellschaft“ erscheint monatlich und kostet im Jahr 57,- DM zuzüglich 12,- DM Versandkosten im Inland und 13,20 DM im Ausland. Kündigung jeweils bis 30 Tage vor Jahresende.

Datum

Unterschrift des neuen Abonnenten

Neuerscheinungen

der Verlage Neue Gesellschaft
und J.H.W. Dietz Nachf.

Ex.	Autor/Titel	DM je Ex.
☐	Horst Becker/Bodo Hombach u. a. (Hg.): Die SPD von innen. Bestandsaufnahme an der Basis der Partei. 160 S.	19,80
☐	Peter Brandt u. a.: Leo Bauer zwischen Kommunismus und Sozialdemokratie 1912-72. 359 S.	39,80
☐	Gilberto Granados/Erik Gurgadles: Lern- und Arbeitsbuch Ökonomie. Eine Einführung in die Probleme der westdeutschen Wirtschaftsentwicklung. 444 S.	19,80
☐	Friedrich G. Kürbisch (Hg.): Entlassen ins Nichts. Reportagen über Arbeitslosigkeit 1918 bis heute. Ein Lesebuch. 256 S.	19,80
☐	Susanne Miller/Heinrich Potthoff: Kleine Geschichte der SPD. 5. Aufl. 1983. 464 S.	19,80
☐	Lothar Steinbach: Ein Volk, ein Reich, ein Glaube? Ehemalige Nationalsozialisten und Zeitzeugen berichten über ihr Leben im Dritten Reich. 256 S.	24,-

Ich wünsche Lieferung über die Buchhandlung:

Die Wahl der Lieferbuchhandlung überlasse ich dem Verlag.

Datum

Unterschrift

(Bitte genaue Anschrift auf der Rückseite eintragen)



Der politische Hintergrund

Die Hintergrundinformation

Senden Sie an folgende Anschriften ein Probeexemplar:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Name:

Straße:

PLZ, Ort:

Absender:

.....

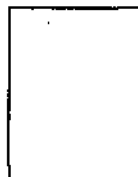
.....

.....

.....

(Bitte in Druckbuchstaben oder mit Schreibmaschine ausfüllen)

Werbeantwort



Die
Neue
Gesellschaft

— Redaktion —

Postfach 200 189

5300 Bonn 2

Postkarte



Verlag
Neue Gesellschaft

Postfach 200 189

5300 Bonn 2

einen wichtigen Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Bei der Verabschiedung des Berichts zur Gleichstellung der Frau im Januar 1984 setzte die europäische Volksvertretung sogar die Priorität auf eine Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit, um gerechtere Rollenverteilung zwischen Mann und Frau zu unterstützen.

Dem Parlament sind die Vorschläge der Kommission noch zu wenig konkret und auf Grund des Empfehlungscharakters zu unverbindlich. Es beauftragte die Kommission, Vorschläge zur Harmonisierung der einzelstaatlichen Arbeitszeitpolitiken zu entwickeln. Demnach müßten staatliche Unterstützungen für Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei Arbeitszeitverkürzungen auf europäischer Ebene koordiniert werden und die Neugestaltung und Verkürzung der Arbeitszeit den Anstoß zur Ausarbeitung eines umfassenden Katalogs koordinierter Maßnahmen im Beschäftigungsbereich geben. Die Christdemokraten in der Europäischen Volkspartei, unter Federführung der bundesrepublikanischen CDU, lehnten hingegen jegliche staatlich verordnete Arbeitszeitverkürzung ab. Ebenso stimmten sie kategorisch gegen eine Wochenarbeitszeitverkürzung. Einige CDU-Mitglieder in der EVP, die sich gerne als Arbeitnehmervertreter sehen, konnten die Plenarversammlung mit ihrem einspurigen Konzept von Verringerung der Lebensarbeitszeit, Teilzeitarbeit und Job-sharing nicht überzeugen. Diese Haltung der Christdemokraten ist um so bemerkenswerter, als sich Vertreter der Evangelischen Kirche Deutschlands und der Katholischen Arbeiterbewegung eindeutig für die Forderungen der IG Metall ausgesprochen haben.

Das Parlament ist somit in wichtigen Fragen den Vorstellungen der Sozialistischen Fraktion gefolgt. Zunächst ist dies als Erfolg zu werten und ein Zeichen dafür, daß die europäische Bevölkerung im Gegensatz zum Ministerrat drastische Arbeitszeitverkürzungen will. Doch was nützen noch so gute Vorschläge und Willensbekundungen, wenn das Europäische Parlament nicht genügend Befugnisse erhält, um Europa endlich (auch aus dieser) Sackgasse zu holen?

Vor diesem Hintergrund ist es leicht verständlich, wenn sich namhafte Gewerkschafter und Kolleginnen und Kollegen aus europäischen Ländern vor den zweiten Direktwahlen des Europäischen Parlaments zu einer Initiative „Gemeinsam für ein soziales Europa“ zusammengefunden haben. Sie wissen, daß das Europa des Handels, der Wirtschaft und der Landwirtschaft am Ende ist. Denn wenn es schon

mehr Arbeitslose als Bauern gibt, dann sind die Arbeitslosen mit ihrer Hoffnungslosigkeit das europäische Schicksal. Sie wissen auch, daß die Probleme, die die Menschen in allen Ländern der Gemeinschaft mit Sorge erfüllen, nicht mit der EG im heutigen Zuschnitt zu bewältigen sind. Durch eine Stärkung des Parlaments erhoffen sie sich eine Vergrößerung des Einflusses der Bürger auf die europäische Politik.

In den einzelnen Ländern bewegt sich was

Nach dieser vielleicht ernüchternden Bilanz zur EG-Arbeitszeitverkürzungspolitik werden die Skeptiker der europäischen Integration wieder Wasser auf ihre Argumentationsmühlen bekommen. Doch wenn sich jene, die immer alles besser wissen, noch die verhärteten Positionen zur Arbeitszeitverkürzung in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre vor Augen halten, als Arbeitszeitverkürzung mit Häme abgetan und für absolut tabu erklärt wurde, läßt sich heute eine Sensibilisierung und Notwendigkeit für Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ausmachen. Der Beitrag des Europäischen Parlaments für die Willensbildung der öffentlichen Meinung darf hier nicht unterschätzt werden. Inzwischen steht nämlich das Thema Arbeitszeitverkürzung in den meisten Staaten Westeuropas auf der Tagesordnung von Tarifverhandlungen und staatlicher Arbeitsmarktpolitik. Den entscheidenden Anteil an dieser Entwicklung leisteten die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften.

Nachdem sämtliche Versuche des Europäischen Gewerkschaftsbundes gescheitert sind, zusammen mit Unternehmerverbänden und Regierungsvertretern einen Rahmenvertrag mit einer zehnprozentigen Arbeitszeitverkürzung in Europa auszuhandeln, besannen sich die Gewerkschaften auf ihre eigene Kraft. Auf dem Münchner Kongreß 1979 einigten sich die 35 Gewerkschaftsbünde aus 20 Ländern darüber, auf nationaler Ebene sofort Verhandlungen aufzunehmen, um innerhalb von fünf Jahren eine Verkürzung der Arbeitszeit um 10 Prozent zu erreichen. Dabei sollte es den einzelnen Verbänden überlassen bleiben, in welcher Form sie die Verkürzung durchsetzen wollen – bei der Wochen-, Jahres- oder Lebensarbeitszeit.

Im Rahmen der europäischen „konzertierten Aktion“ schien die Front der Unternehmerverbände noch fest geschlossen. Heute ist die Solidarität im Unternehmerlager jedoch stark abgebrockelt und die Gewerkschaften konnten, wie die Tarifiergebnis-

se in den EG-Ländern zeigen, das „Tabu“ der 40-Stunden-Woche weitgehend durchbrechen. So gibt es nur noch zwei Staaten, in denen die tarifliche Wochenarbeitszeit 40 Stunden beträgt. Die Niederlande und die Bundesrepublik Deutschland.

Im Rahmen staatlicher Arbeitsmarktpolitik sorgen auch einige europäische Regierungen für Arbeitszeitverkürzung. Inzwischen strebt die belgische Regierung durch einen Beschäftigungspakt eine massive Verkürzung bis zu einer Untergrenze von 32 Stunden pro Woche an. Die sozialistische Regierung in Frankreich führte per Dekret bei Regierungsantritt die 39-Stunden-Woche ein. Die italienische und die niederländische Regierung trafen zusammen mit den Sozialparteien Vereinbarungen, um die Jahresarbeitszeit zu verkürzen. Aber Briten, Iren, Dänen und die Bundesdeutschen un-

ternahmen bis jetzt noch nichts in Richtung auf eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung. Einschränkend muß hinzugefügt werden, daß die Arbeitnehmer in den erstgenannten Ländern bereits den Durchbruch unter die 40-Stunden-Woche erreicht haben.

Seit jenem Münchener Beschluß ist der Kampf um die Verringerung der Arbeitszeit nicht mehr bloß eine nationale Angelegenheit. Jede Auseinandersetzung in einem Land hat Auswirkungen auf die Nachbarn. So muß der Kampf der IG Metall um die Einführung der 35-Stunden-Woche im europäischen Zusammenhang gesehen werden. Gelingt den Metallern der Einstieg, haben andere europäische Gewerkschaften wieder den Rücken frei, weitergehende Arbeitszeitverkürzungen in ihrem Land durchzusetzen.

Ernst Piehl: Der Kampf für mehr Arbeitnehmerrechte in Europa

Dr. Ernst Piehl, 40 J., seit 1980 politischer Sekretär beim Europäischen Gewerkschaftsbund in Brüssel, u. a. verantwortlich für: „Demokratisierung der Wirtschaft“ und „Multinationale Konzerne“ im EGB.

Im Entwurf ihres „Europa-Wahlprogramms 1984“ erklärt die SPD „Humanisierung und Mitbestimmung in der Arbeitswelt“ zu Schwerpunktfeldern ihrer Politik. Dabei ist festzustellen, daß Mitbestimmungssysteme der Arbeitnehmer eines Landes keine Exportartikel für andere Länder sind. Deshalb ist der erste Satz in diesem Schwerpunkt des Euro-Programms hervorzuheben: „Wir Sozialdemokraten kämpfen für die Demokratisierung der Wirtschaft in der Europäischen Gemeinschaft.“ Unter diesem Anspruch der „Demokratisierung“ sind die Rechte der Arbeitnehmer ganz praktisch auf mehr Information und Konsultation in allen EG-Ländern durchzusetzen bzw. auszubauen.

Ausgangslage

Von Mitte der sechziger bis Ende der siebziger Jahre sind in Brüssel eine Fülle von rechtlichen Regelungen vorgeschlagen und zu einem kleinen Teil

bereits beschlossen worden, die trotz komplizierter Titel doch meist alle Arbeitnehmer in der Europäischen Gemeinschaft angehen. In der Regel sind es Rechte und Möglichkeiten, die die Bürger von den nationalstaatlichen Gesetzen nicht erhalten können, da deren Anwendungsbereich an den jeweiligen nationalen Grenzen haltmacht.

In ihrem Sozialen Aktionsprogramm von 1974, an dessen Zustandekommen Willy Brandt und Katharina Focke maßgeblich beteiligt waren, hatte die EG ihren Willen bekräftigt, den Schutz der Arbeitnehmer auszuweiten, um zur Verbesserung und Angleichung der Lebens- und Arbeitsbedingungen beizutragen. Aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung, aber auch der unterschiedlichen Gewerkschafts- und Rechtstraditionen weichen die Rechte der Arbeitnehmer im Unternehmen von Land zu Land erheblich voneinander ab. Ein europäisches Vorgehen erscheint daher folgerichtig, um

- ▷ die Unzulänglichkeit einzelstaatlicher Rechtsvorschriften zu beheben, die für Unternehmen mit Niederlassungen in mehreren Ländern häufig unzureichend sind, und
- ▷ allen Europäern durch eine Angleichung der verschiedenen einzelstaatlichen Rechtsvorschriften „nach oben“ mehr soziale Rechte einzuräumen.

Rechtliche Basis und Formen der EG-Regelungen

Die in Gang gebrachten europäischen Angleichungen im Unternehmensrecht basieren auf Mini-

6 gute Adressen für zeitgemäßen Versicherungsschutz und günstiges Bausparen

An der Alster 57-63

Volksfürsorge
Lebensversicherung AG,
2000 Hamburg I, Telefon: 0 40/24 82 30

Beim Strohhouse 20

Volksfürsorge
Rechtsschutzversicherung AG,
2000 Hamburg I, Telefon: 0 40/2 86 60

Besenbinderhof 43

Volksfürsorge
Deutsche Sachversicherung AG,
2000 Hamburg I, Telefon 0 40/2 86 51

Besenbinderhof 43

Volksfürsorge
Krankenversicherung AG,
2000 Hamburg I, Telefon: 0 40/2 86 51

Friedrich-Ebert- Damm 160

Volksfürsorge
Bausparkasse AG,
2000 Hamburg 70, Telefon: 0 40/24 82 30

Steckelhörn 5

HIR Hamburger Internationale
Rückversicherung AG,
2000 Hamburg II, Telefon: 0 40/37 00 81

Es gibt immer ein paar Gründe mehr, mit uns zu sprechen.

Wir haben für alles eine Lösung:

Lebens-, Sach- und Rechtsschutzversicherungen, Reise-Krankenversicherung,
Bausparen, Rückversicherungen. Fragen Sie einen unserer 35.000 Mitarbeiter.



malvorschriften des EWG-Vertrages. Danach sind zur „Sicherung der Niederlassungsfreiheit“ die gesellschaftsrechtlichen Schutzbestimmungen, die den Unternehmen in den Mitgliedstaaten vorgeschrieben sind, zu koordinieren und „gleichwertig zu gestalten“.

Die stärkste Rechtsverbindlichkeit haben *Verordnungen* in der EG, denn sie sind direkt verbindlich, ohne daß der Gesetzgeber in den Mitgliedstaaten überhaupt damit befaßt werden braucht. Sie werden sowohl vom Ministerrat als auch von der Kommission der EG erlassen – entsprechend der politischen Kompetenzzuweisung, wie diese in den Römischen Verträgen geregelt ist.

Die zweitstärkste und häufigste Rechtsform europäischer Normen sind die *Richtlinien*. Diese werden in einer dem parlamentarischen System der meisten Mitgliedstaaten entsprechenden Weise beschlossen – gründlich und zeitaufwendig. Nach der letzten EG-Instanz, nämlich dem Rat, sind die Mitgliedstaaten zwingend aufgefordert, die Richtlinie innerhalb eines befristeten Zeitraums (in der Regel zwei Jahre) in das nationale Recht umzusetzen.

Die dritte Rechtsform sind die *Empfehlungen*. Diese haben keinen bindenden Charakter, aber es kann mit ihnen ein mehr oder weniger starker politischer Druck zur Befolgung europäischer Normen in den nationalstaatlichen Gesetzgebungen ausgeübt werden.

Alle Rechtsnormen können im bisherigen „Verfassungsgefüge“ der EG nur auf der Grundlage eines formellen Vorschlages seitens der EG-Kommission zustande kommen. Dieses Vorschlags-Monopol ist der stärkste Trumpf „Exekutive“ der EG, auch wenn jüngst das Europäische Parlament (EP) generell und, im begrenzten Bereich, der Wirtschafts- und Sozialausschuß (WSA) Initiativen ergreifen können; „Initiativberichte“ haben freilich bisher bestenfalls politisch-deklamatorischen Charakter. Jedenfalls zwingen sie den Ministerrat nicht zu einer Entscheidung. Zu allen Vorschlägen der Kommission können und zu den meisten müssen gemäß der Verträge sowohl das EP als auch der WSA „Stellungnahmen“ abgeben. Diese haben je nach Thema und politischer Konstellation sehr unterschiedlichen Einfluß auf den Entscheidungsprozeß im Rat.

„Vredeling-Richtlinie“ als Testfall Der Vorschlag

Seit 1975 fordert der EGB als institutionellen Kern seines Programms zur „Demokratisierung der

Wirtschaft“ die Schaffung „Europäischer Betriebsräte“, um insbesondere in multinationalen Unternehmen der zentralen Macht des Kapitals entgegenzutreten.

1980 hat die *EG-Kommission* einen unter diesem Anspruch bescheidenen, aber richtigen Schritt in Richtung von mehr Arbeitnehmerrechten in Europa getan, indem unter Federführung des damaligen Sozial-Kommissars Henk Vredeling folgende Richtlinie vorgeschlagen wurde: „Unterrichtung und Anhörung der Arbeitnehmer von Unternehmen mit komplexer, insbesondere transnationaler Struktur.“

Der lange Marsch durch die Institutionen

Nach der positiven Stellungnahme seitens des *Wirtschafts- und Sozialausschusses* (Januar 1982) und trotz der Verbesserungsvorschläge seitens des Ausschusses für Soziales und dessen für Wirtschaft im *Europäischen Parlament* vom Frühjahr 1982 hat die Rechts-Mitte-Mehrheit in der Plenarversammlung dieses Parlaments vom Herbst letzten Jahres wesentliche Elemente des Kommissionsvorschlages in teilweise chaotischen Kampfabstimmungen niedergestimmt. Zu der erheblichen „Verwässerung“ der parlamentarischen Stellungnahme hat zweifelsfrei die jahrelange Kampagne seitens der Konzernvertreter beiderseits des Atlantiks maßgeblich beigetragen.

Die Erklärung von dem nunmehr zuständigen *EG-Kommissar*, Ivor Richard, vom November 1982 spiegelte sowohl die Bemühung um Rettung der wichtigsten Grundsätze einer verbindlichen Richtlinie als auch in vielen Einzelpunkten den Druck der kapitalorientierten Kräfte wider. Insgesamt wurde der Eindruck offenkundig, daß die weitgehend unbegründeten Zugeständnisse dem Zweck dienen, die bereits jahrelang diskutierte Richtlinie formell über die „parlamentarische Hürde“ zu bringen.

Die „konservative Wende“ der letzten Jahre, die in der *Mehrheit der Mitgliedsländer der EG* politisch rechtsstehende Regierungen an die Macht brachte, hatte und hat auch unmittelbare Beeinflussungen auf den Gang der Beratungen zur „Vredeling-Richtlinie“. Diese Wandlung in den politischen Kräfteverhältnissen hat gleichzeitig die Pressionen seitens der Konzerne erheblich erleichtert und die Anstrengungen seitens der Gewerkschaften und ihrer politischen Freunde erschwert.

Auf diesem Hintergrund ist der im Juli 1983 beschlossene „geänderte Vorschlag“ seitens der EG-Kommission weitgehend als „Defensiv-Aktion“ zu betrachten, sowohl als „Defensive“ gegenüber dem

in der Parlamentsmehrheit zum Ausdruck gekommenen Konzerndruck als auch als „Aktion“, um von allen Mitgliedsregierungen (Erfordernis formeller Einstimmigkeit im Rat gemäß Art. 100 des EWG-Vertrages) die Zustimmung zumindest für einige wesentliche Elemente der Richtlinie zu erhalten.

Die abschließenden Beratungen haben in den zuständigen Gremien des *Ministerrates* stattgefunden und standen auch auf der Tagesordnung der Ratstagung der Arbeits- und Sozialminister am 8. Dezember 1983. Die Hoffnung, daß die sozialistische Regierung Frankreichs die „Vredeling-Richtlinie“ als europäische Fortschreibung der jüngsten nationalen Gesetze für mehr Arbeitnehmerrechte (sogenannte „Lois Auroux“) unter ihrer EG-Präsidentschaft im 1. Halbjahr 1984 über die Bühne bringt, wird sich wohl nicht erfüllen. Aber die „Vredeling-Richtlinie“ sollte zum sozialpolitischen Test bei den 2. Direktwahlen zum Europäischen Parlament werden, gerade wegen massiven Interventionen der vereinigten Reaktionäre beiderseits des Atlantiks.

Die Aktualität im Euro-Wahlkampf

Die europäische Gewerkschaftsbewegung läßt sich in diesem Fall „Vredeling“ von der *doppelten Einsicht* leiten, daß eine EG-Richtlinie einerseits keine Verschlechterungen für die Rechtsverhältnisse in den Mitgliedstaaten mit hohem Niveau an Arbeitnehmerrechten erbringen darf, andererseits für die Länder mit niedrigerem Niveau Verbesserungen einbringen sollte. In diesem Sinne und angesichts der politischen Kräfteverhältnisse wird die vorliegende Richtlinie weiterhin als ein wichtiger Schritt zur Förderung der Rechte der Arbeitnehmer in großen, namentlich multinationalen Konzernen angesehen.

Allerdings müssen der obligatorische Charakter und die multinationale Tragweite dieser Richtlinie erhalten bleiben. Dafür müßten insbesondere drei Kernpunkte in dem vorliegenden Vorschlag verbessert werden:

- ▷ Die Unternehmensleitungen dürfen nicht die alleinige Vollmacht erhalten, über den „Geheimnis-Vorbehalt“ Informationen zu verweigern.
- ▷ Die Arbeitnehmervertretungen sollten sich auch direkt und persönlich an das Mutterunternehmen wenden können.
- ▷ Die Informationspflichten der Unternehmensleitungen haben die für die Arbeitnehmer wesentlichen Bereiche wie „Investitions- und Produktionsprogramme“ sowie „Einführung neuer Technologien“ zu umfassen.

Neben der im einzelnen aufgeführten „Negativliste“ des vorliegenden Richtlinienvorschlages unterstreicht der EGB die *verbliebenen positiven Elemente*, deren wichtigste so zusammengefaßt werden können:

- Die Arbeitnehmervertretungen in den Tochterunternehmen sind gemäß den in den Mitgliedstaaten geltenden Rechtsvorschriften oder üblichen Praktiken anerkannt worden.
- Eine Arbeitnehmervertretung in multinationalen Konzernen kann ausdrücklich durch Vereinbarungen zwischen den Tarifvertragsparteien geschaffen werden (damit kann man von einem Einstieg zur Schaffung des „Europäischen Betriebsrates“ sprechen).
- Die Informationsverpflichtung hat „vor der Entscheidung“ und nicht „vor deren Durchführung“ zu erfolgen, was für viele Arbeitnehmer von „Multis“ bis heute nicht erfolgt.

Der Vorstand des EGB hat auf seiner Sitzung im Oktober 1983 bekräftigt, daß die Anstrengungen im abschließenden Beratungsprozeß des *Ministerrates* darauf gerichtet sind, einerseits die verbliebenen positiven Elemente zu erhalten und andererseits die erheblichen Verwässerungen durch die genannten Verbesserungen zu ersetzen.

Im einzelnen werden folgende Schritte unternommen:

1. Der EGB, seine Mitgliedsbünde und Gewerkschaftsausschüsse informieren verstärkt über den „exemplarischen Fall der Vredeling-Richtlinie“ gerade im Vorfeld der bevorstehenden *Direktwahlen zum Europäischen Parlament*.
2. Die Mitgliedsbünde der EG-Länder wenden sich schriftlich an die zuständigen *nationalen Minister* und Regierungsstellen, um der gemeinsamen Auffassung der europäischen Gewerkschaftsbewegung Geltung zu verschaffen.
3. Die Mitglieder der Ad hoc-Gruppe und des Sekretariats des EGB treffen sich mit Vertretern der Arbeitsgruppe „*Soziale Angelegenheiten*“ im „Rat der Ständigen Vertreter“ (COREPER) in Brüssel; die griechische Präsidentschaft hat bereits positive Schritte gegen britische und deutsche Regierungsvertreter durchsetzen können.
4. Der EGB wird in einer Spitzendelegation mit der *Präsidentschaft des Rates* im 1. Halbjahr 1984 zusammentreffen, und die Anwesenheit des französischen Staats- bzw. seines Ministerpräsidenten auf der geplanten „Euro-Gewerkschafts-Konferenz“ im April 1984 in Straßburg kann ebenfalls von Nutzen sein.

Insgesamt kann dem SPD-Europa-Wahlprogramm zugestimmt werden, in dem es zum Testfall „Vredeling“ heißt: „Diese Richtlinie ist nur ein bescheidener Anfang. Sie ist durch die Mitte-Rechts-Koalition im Europäischen Parlament – unter Führung der CDU/CSU – stark verwässert worden. Dennoch kann sie einen wichtigen Schritt in Richtung auf eine allmähliche Demokratisierung der Wirtschaft in der EG darstellen“.

Den Multis jedenfalls ist diese Einsicht nicht ver-

borgen geblieben. Ihre politischen Freunde, namentlich im Europäischen Parlament und in den nationalen Regierungen, tun alles, damit dieser Schritt für mehr Arbeitnehmerrechte verhindert wird. Möge der Europa-Wahlkampf dazu beitragen, daß diese Zusammenhänge einsichtig gemacht werden. Dann könnte sich die Chance erhöhen, daß mehr Arbeitnehmer am 17. Juni 1984 zu der Euro-Wahlurne gehen.

Klaus Wettig: Wider die Flickschusterei in der EG-Agrarpolitik

Klaus Wettig, Jahrgang 1940, ist SPD-MdEP, Mitglied des Landwirtschaftsausschusses und des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments und Schatzmeister der Sozialistischen Fraktion; Beiträge in NG 7/75, 12/75, 11/78 und 7/82.

Die Kritik an der EG-Agrarpolitik, die dringende Forderung nach Reform sind fast so alt wie diese Politik selbst. Bisher allerdings konnten die fast regelmäßig auftretenden Krisen immer noch im letzten Augenblick überwunden werden – jetzt jedoch deutet alles darauf hin, daß die EG-Agrarpolitik die Gemeinschaft in den finanziellen Ruin treiben wird, wenn nicht noch in diesem Monat Spar- und Reformbeschlüsse gefaßt und schnellstmöglich umgesetzt werden.

Ausmaß der Finanzkrise

Wie knapp die finanziellen Mittel der EG tatsächlich geworden sind, zeigt die Entwicklung der EG-Finzen im letzten Jahr: Da 1983 die Agrarausgaben gegenüber dem Vorjahr um rund 28% gestiegen und gleichzeitig das Mehrwertsteuereinkommen (als wichtigste Finanzquelle) um 744 Mio. ECU (1,7 Mrd. DM) hinter den Schätzungen zurückblieb, mußte der Haushalt 1983 (ursprünglich 21,6 Mrd. ECU = 48,4 Mrd. DM) durch zwei Nachtragshaushalte um 3,5 Mrd. ECU (7,8 Mrd. DM) aufgestockt werden. Die zur Verfügung stehenden 1% der Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage wurden damit zu 0,993% ausgeschöpft. Für die bei-

den letzten Monate von 1983 standen nur noch 2.396 Mio. ECU für Agrarausgaben zur Verfügung, obwohl in den ersten 9 Monaten 1.340 Mio. ECU pro Monat ausgegeben werden mußten. Nur mit Hilfe verschiedener Sparmaßnahmen, wie z. B. der Einschränkung von Beihilfezahlungen, ließen sich die unbedingt erforderlichen Ausgaben Ende 1983 überhaupt noch finanzieren. Der für 1984 verabschiedete Haushalt von 25,4 Mrd. ECU (56,6 Mrd. DM), wovon 16,5 Mrd. ECU (38 Mrd. DM) für Agrarausgaben vorgesehen sind, wird 0,997% der Mehrwertsteuer-Bemessungsgrundlage in Anspruch nehmen. Es bleiben lediglich 42,6 Mio. ECU als Reserve.

Die EG-Kommission hat jetzt vorgerechnet, daß aufgrund konjunktureller Entwicklung zur Finanzierung des EG-Agrarmarktes 900 Mio. ECU mehr benötigt werden, als im Haushalt veranschlagt. Diese 900 Mio. ECU will sie mit ihren Vorschlägen zur Reform der Marktordnungen einsparen. Die EG kann in diesem Jahr also mit ihren Mitteln überhaupt nur dann einigermaßen über die Runden kommen, wenn Sparmaßnahmen beschlossen werden. Dabei gehen Experten davon aus, daß die Schätzungen der Kommission über den finanziellen Mehrbedarf viel zu optimistisch sind. So rechnet die Kommission z. B. mit einem Mehrbedarf für die Milchmarktordnung von 415 Mio. ECU, während das Bundeslandwirtschaftsministerium den Mehrbedarf auf 2,5 Mrd. ECU schätzt. Selbst wenn also Sparmaßnahmen beschlossen werden und wenn sie schnell greifen, ist nicht sicher, ob die zur Verfügung stehenden Finanzmittel in diesem Jahr ausreichen werden. Aufgrund dieser ernsten Lage hat die EG-Kommission angekündigt, sie werde ihre Preisvorschläge zurückziehen und „drastische Senkungen der Agrarstützpreise“ vornehmen, wenn der Agrar-

ministerrat nicht bis zum 31. März über ihre Agrarpreis- und ihre Reformvorschläge entschieden habe.

Die Agrarmärkte sind völlig aus den Fugen

Der Trend auf den Agrarmärkten, daß sich Angebot und Nachfrage auseinanderentwickeln, hat sich im letzten Jahr drastisch verschärft. Zum Beispiel die Entwicklung auf dem Milchmarkt: Seit 1973 sind die Milchlieferungen an die Molkereien jedes Jahr um durchschnittlich 2,7% gestiegen, 1983 ha-

ben sie sogar um rund 3,9% zugenommen. Gleichzeitig ist jedoch der Verbrauch von Milch und Butter z. B. in der Bundesrepublik zurückgegangen. In der EG insgesamt stagniert er. Die EG produzierte im vergangenen Jahr fast 20 Mio. Tonnen mehr Milch als sie in ihren Mitgliedsländern absetzen kann. Das entspricht einem Milchsee, der 2 km lang, 2 km breit und 5 m tief ist. Von den 15 Mio. Tonnen Milchüberschüssen, die 1982 produziert wurden, konnten lediglich rund 10 Mio. Tonnen mit Exportsubventionen von 24 Pfennig pro Liter auf

„... und ich sage dies in aller Deutlichkeit: wir müssen den Agrarkonflikt mit unserer ganzen Leidenschaftlichkeit einfach aussitzen!“



dem Weltmarkt abgesetzt werden. Für 5 Mio. Tonnen ließen sich keine Abnehmer finden.

Seitdem hat sich die Situation auf dem Weltmarkt eher noch verschlechtert. Würden keine Maßnahmen zur Eindämmung der Milchproduktion getroffen, so schätzt die EG-Kommission die Überschußproduktion für 1990 auf 34 Mio. Tonnen. Dabei kostet bereits heute jede Million Tonnen Milchüberschuß rund 650 Mio. DM im Jahr.

Die Situation auf den Märkten für Getreide, Rindfleisch, Olivenöl oder Wein ist heute noch nicht ganz so kritisch, hier zeigen sich aber im Prinzip bereits dieselben Probleme.

Der Weltmarkt als Ventil versagt

Der Welthandel mit Agrarerzeugnissen, der von 1977 bis 1980 um durchschnittlich 15% im Jahr zugenommen hatte, stagnierte 1981 und ging 1982 sogar um 9,4% zurück. Die landwirtschaftlichen Ausfuhren der Gemeinschaft waren von 1973 bis 1981 pro Jahr um durchschnittlich 17% gestiegen; sie gingen 1982 um rund 2% zurück, für 1983 rechnet man mit einem noch stärkeren Rückgang.

Da traditionelle Abnehmerländer von EG-Agrarprodukten, wie z. B. der Ostblock oder verschiedene Entwicklungsländer, ihre wirtschaftlichen Schwierigkeiten voraussichtlich nicht so schnell überwinden und daher auch in den kommenden Jahren ihre Agrareinfuhren auf ein Minimum beschränken werden, ist mit einer schnellen Änderung der Exportbedingungen nicht zu rechnen.

Reform ist notwendig – aber wie?

Am Haupt-Problembereich, dem Milchmarkt, werden zur Zeit verschiedene Möglichkeiten diskutiert, wie man – auch langfristig – das Überschuß-Problem lösen könne. Die EG-Kommission hat vorgeschlagen, nur noch für die 1981 erzeugte Milchmenge von rund 97 Mio. Tonnen den garantierten Milchpreis zu zahlen. Für die darüber hinaus abgelieferte Milch soll eine Abgabe gezahlt werden, die so hoch ist, daß sie die vollen Kosten für den Absatz der Überschußmilch deckt. Die Gesamt-Menge soll auf die einzelnen Molkereien in der EG aufgeteilt werden.

Das Problem mit den Quoten

Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament haben Ende vergangenen Jahres unter größten Bedenken der Quotenregelung zugestimmt, um überhaupt noch eine Stellungnahme des Parlaments zu den Reformvorschlägen der EG-Kommis-

sion zustande zu bringen. Der Verlauf der weiteren Diskussion hat unsere damaligen Befürchtungen mehr als bestätigt, so daß wir heute die Quotenregelung als schlechtesten aller möglichen Reformansätze nur noch als Alternative zum endgültigen Zusammenbruch des Gemeinsamen Agrarmarktes akzeptieren können. Gegen diese Regelung sprechen vor allem die folgenden Gründe:

1. Das Hauptargument ihrer Befürworter, sie ermögliche eine schnelle und deutliche Reduzierung der Milchproduktion, ist durch die Diskussionen im Agrarministerrat wie auch in der landwirtschaftlichen Öffentlichkeit bereits widerlegt. Die aus dem EG-Haushalt gerade noch finanzierbare Referenzmenge von 97 Mio. Tonnen ist durch Ausnahmewünsche und Sonderrechte einzelner Mitgliedstaaten wie bestimmter Erzeugergruppen längst hinfällig geworden. Der Streit um die Höhe der Quoten wird mit unverminderter Heftigkeit geführt und dürfte – sollten Quoten eingeführt werden – jahrelang die Gerichte beschäftigen. Molkereiverbände haben bereits belegt, daß eine Aufteilung der Quoten auf die Molkereien zu großen Problemen und Ungerechtigkeiten führen würde. Und schließlich würde selbst eine Quote auf der Basis von 1981 die Überschußproduktion lediglich festschreiben. Denn damals wurden in der EG fast 500.000 Tonnen Butter mehr erzeugt als zu „Normalpreisen“ abgesetzt werden konnte.

2. Quotenregelungen erfordern erheblichen Verwaltungs- und Kontrollaufwand. Eine Fülle von Umgehungsmöglichkeiten und Betrügereien dürfte die Folge sein. Darüber hinaus wird ein Teil der Landwirte versuchen, durch Wiederaufnahme oder Ausweitung der Direktvermarktung die Quotenregelung zu unterlaufen.

3. Quotenregelungen schreiben bestehende Strukturen fest und die sind gerade in der Milchproduktion in den meisten Mitgliedsländern besonders schlecht. Allein die Festschreibung derart unproduktiver Strukturen verursacht hohe volkswirtschaftliche Kosten. Sie erscheinen zwar in keinem Haushalt, müssen aber dennoch von Verbrauchern und Steuerzahlern finanziert werden. Quotenregelungen verursachen darüber hinaus notwendigerweise Ungerechtigkeiten, sie bestrafen tüchtige Landwirte und benachteiligen Grünlandstandorte, die auf die bodengebundene Milchproduktion angewiesen sind.

4. Nach aller bisherigen Erfahrung lassen sich einmal eingeführte Quoten nicht wieder abschaffen; im Gegenteil, sie ziehen Quotenregelungen in an-

Für eine sichere Zukunft.

Gesicherte Energieversorgung.



Sichere Arbeitsplätze, zunehmender Umweltschutz und eine zuverlässige Energieversorgung sind wesentliche Voraussetzungen für eine lebenswerte Zukunft. Kohle und Kernenergie leisten hierzu einen wichtigen Beitrag. Eingesetzt in modernen Kraftwerken,

verbessern sie die Umweltqualität und sichern gleichzeitig die Erzeugung kostengünstiger Energie. Das braucht unsere Wirtschaft, die unter hartem Kosten- und Wettbewerbsdruck steht. Es geht damit auch um die Arbeitsplätze von heute und morgen.

VEW

Vereinigte Elektrizitätswerke Westfalen AG

deren Bereichen nach sich. Es besteht die Gefahr einer totalen Reglementierung des gesamten Agrarmarktes. Vor allem aber haben die bisher in der Praxis erprobten Quotenmodelle *nicht* zu einer Begrenzung der Milchproduktion geführt. Österreich z.B. hat 1978 Milchquoten eingeführt. Dennoch stiegen dort die Milchlieferungen von 2,2 Mio. Tonnen 1980 auf 2,4 Mio. Tonnen 1983. Der Anstieg von 3% pro Jahr entspricht etwa der Zunahme der EG-Milchproduktion in dieser Zeit.

Die bislang wenig erfolversprechende Diskussion über die Quoten im Agrarministerrat hat auch dort inzwischen offensichtlich einen Lernprozeß in Gang gesetzt. Ratspräsident Michel Rocard, der ursprünglich für eine Quotenregelung, allerdings in anderer Ausgestaltung, eingetreten war, gab jetzt zu, diese Regel verursache doch wesentlich mehr Probleme als anfänglich angenommen. Er deutete an, der Agrarministerrat versuche, ein anderes Modell zu entwickeln.

Gestaffelte Mitverantwortungsabgabe: die Lösung?

Da die Quotenregelung vor allem kleinen Betrieben, die auf die Milchproduktion angewiesen sind, keine Möglichkeiten zur Ausweitung der Produktion und damit zur Verbesserung ihrer schwierigen Einkommenssituation läßt, wird häufig vorgeschlagen, die Milchproduktion durch eine deutliche Erhöhung der Mitverantwortungsabgabe (MVA) zu senken. Um die Benachteiligung der kleinen Betriebe zumindest abzumildern, soll diese Abgabe nach Auffassung einiger Agrarpolitiker mit der abgelieferten Milchmenge steigen. Landwirte in benachteiligten Gebieten sollen von der Erhöhung befreit werden. Abgesehen davon, daß man mit einer Erhöhung der Mitverantwortungsabgabe, die ja zumindest zum Teil auf die Verbraucher abgewälzt wird, wieder einmal die Verbraucher für die Fehlentwicklung der Agrarpolitik zahlen ließe, zeigen sich bei näherer Betrachtung dieses Vorschlages schnell gravierende Probleme: Mehr als die Hälfte aller Milchkühhalter haben weniger als 10 Kühe. In der Bundesrepublik sieht dies folgendermaßen aus:

- Rund 38% aller Milchkühe leben in benachteiligten Gebieten. Sie fallen aus der Berechnung für die Erhöhung der MVA heraus.
- Von den verbleibenden 62% stehen knapp 10% in Beständen mit weniger als 10 Tieren und weitere 9% in Beständen unter 15 Tieren.
- Lediglich knapp 43% aller Milchkühe stehen in Beständen mit mehr als 15 und knapp 34% der Kühe stehen in Beständen mit mehr als 20 Tieren.

Bei einer derartigen Struktur läßt sich eine merkliche Reduzierung der Milchlieferung durch eine erhöhte finanzielle Belastung der „Großbetriebe“ wohl kaum erreichen. Denkbar und möglicherweise erfolgversprechend wäre allenfalls eine generelle Erhöhung der Mitverantwortungsabgabe für alle Landwirte.

Marktorientierte Preispolitik mit sozialem Ausgleich

Der wissenschaftliche Beirat beim Bundeslandwirtschaftsministerium hat Ende vergangenen Jahres ein Konzept vorgelegt, das – ggf. mit einigen Änderungen – noch am ehesten geeignet erscheint, das Problem der Milchüberschüsse zu lösen. Der Beirat geht davon aus, daß es nicht möglich ist, dieses Problem mit einem Schlag zu lösen; das könnte, wie gezeigt, auch die Quotenregelung nicht leisten. Er schlägt daher vor, durch deutliche Preissignale eine Verringerung der Milcherzeugung anzustreben. Im ersten Jahr soll der Milchpreis nominal um 3% gesenkt und gleichzeitig angekündigt werden, daß er für weitere 3 Jahre nominal nur so weit angehoben wird, daß für den Durchschnitt der Mitgliedstaaten eine reale Preissenkung von 3% pro Jahr eintritt.

Nach Ablauf dieser Frist soll die Produktion über den Preis so geregelt werden, daß sie nicht stärker steigt als die Nachfrage. Um vor allem kleinen Betrieben einen Ausgleich zu ermöglichen, soll eine Kuh-Aufgabe-Prämie gezahlt werden, die so hoch sein müßte, daß sich die Aufgabe von Beständen mit bis zu 10 Tieren finanziell auch lohnt. Der Beirat hat Berechnungen vorgelegt, die diese Regelung wirkungsvoll und auch finanzierbar erscheinen lassen.

Reformentscheidungen müssen schnell gefällt werden

Die finanzielle Lage der Gemeinschaft duldet keinen Aufschub der Reformentscheidungen mehr. Fatal wäre allerdings, wenn die Landwirtschaftsminister, die das Problem jahrelang vor sich her geschoben haben, jetzt ausschließlich unter kurzfristigen Aspekten entscheiden und damit den Weg für eine langfristig wirksame Sanierung der Agrarmärkte verbauen würden. Wie bereits im Beschluß des Parteivorstandes vom November 1980, dem sogenannten „Apel-Papier“, dargelegt, sehen wir Sozialdemokraten langfristige Erfolgchancen nur bei Reformen, die mehr Markt in der Agrarpolitik ermöglichen, die allerdings auch unvertretbare soziale Härten vermeiden. Unser besonderes Augenmerk sollten wir dabei auf gezielte Förderung von genossenschaftlichen Arbeitsformen richten. Hier gilt es lange Versäumtes nachzuholen.



Peter Glotz: Kompromißlinien im Arbeitszeitkonflikt

Think what may happen! People will come crawling out of the woodwork, professing their faith in the shorter workweek. The hired economists will retreat in shame, still trying to explain why or whether the Emperor had clothes. The whole thing will seem so simple and natural that we all will wonder why we didn't think of it before.

William McGaughey, 1981

Die Lage im Tarifstreit um die Arbeitszeitverkürzung ist zutreffend mit dem Bild der beiden aufeinander zurasenden Lokomotiven beschrieben. Getan wird vielfach so, als seien Kompromisse unmöglich. In dieser Situation interessiert sich die NG für Kompromißmöglichkeiten.

„Den Kompromiß nicht erst nach dem Kampf“: Unter dieser Überschrift schreibt Hans Mundorf, Chefredakteur des „Handelsblatts“ und gewiß kein engagierter Vertreter gewerkschaftlicher Positionen: „Die Tarifpartner sollten dringend einen Kompromiß finden. Dafür gibt es eine Formel: Auch 1984 steht den Tarifparteien ein bestimmter Verteilungsspielraum zur Verfügung, der sicherlich höher ist als 1983. Wie er nun ausgefüllt wird, ob durch einen Einstieg in die 35-Stunden-Woche oder durch Einkommenssteigerungen oder durch die Tariffrente oder durch Elemente dieser drei Möglichkeiten, das sollte keine Frage sein, die tabuisiert werden dürfte.“ (16.2.84)

Allerdings gebietet die Ehrlichkeit, nicht die Parteilichkeit, festzuhalten, wer an Tabus festhält. Die Gewerkschaftsseite hat durch Franz Steinkühler, den 2. Vorsitzenden der IG Metall, Kompromißbereitschaft angedeutet. Im Arbeit-

geberlager findet sich kein Echo. Dort will man die 40-Stunden-Woche mit Klauen und Zähnen festhalten; Kompromisse werden als solche abgelehnt, weil man ja auch nicht „ein bißchen schwanger“ sein könne (Gesamtmetall-Hauptgeschäftsführer Dieter Kirchner). Ein reichlich falsches Bild, zumal in der Tarifpolitik, die ja bekanntlich nur aus Kompromissen besteht.

Ist diese Haltung taktisch gemeint, so ist sie töricht, denn sie provoziert den Arbeitskampf. Ist sie grundsätzlich gemeint, so ist sie verwerflich. Für die SPD will ich das klar gesagt haben, bevor ein Arbeitskampf beginnt.

Reden wir von Kompromissen.

– Der schlichteste Kompromiß liegt natürlich in einer Regelung der Kostenfrage für die 35-Stunden-Woche in einer Form, die beiden Seiten nicht ans Eingemachte geht. Das bedeutet für die Unternehmen: Kostenneutralität, d.h. Finanzierung aus dem Verteilungsspielraum. Das bedeutet für die Arbeitnehmer: Inflationsausgleich. Damit steht den Nettokosten von 1,5 % Lohnkostenzuwachs pro Stunde Arbeitszeitverkürzung der „normale“ jährliche Produktivitätsgewinn von ca. 3 % als Finanzierungsspielraum gegenüber.

– In den Worten der „Neuen Zürcher Zeitung“: „Während sich in der Bundesrepublik Deutschland Arbeitgeber und IG Metall in der Frage der Arbeitszeitverkürzung mit Tabu-Katalogen das Leben schwer machen, weisen Lösungen auf Betriebsebene eine bemerkenswerte Flexibilität auf.“ (29.2.) In der Tat: Viele Unternehmen rechnen schon betrieblich mit der Wochenarbeitszeitverkürzung, verhandeln schon, schließen sogar schon ab. Was davon bekannt wird, ist nur die Spitze des Eisbergs. Wenn die Arbeitgeberverbände nicht jetzt vor der Tarifaufeinandersetzung eine Ablehnungsfront organisiert hätten, hätten die bereits in der Vergangenheit geschlossenen Vereinbarungen mit Wochenarbeitszeitverkürzung längst viele Nachfolger.

Bei BMW in München kritisiert zwar Vorstandschef Kuenheim die 35-Stunden-Woche, intern wird aber ein Modell für die Einführung der 36-Stunden-Woche debattiert, bei dem 4000 Mitarbeiter zusätzlich in der Produktion beschäftigt werden könnten und müßten.

Nach dem BMW-Plan würden statt bisher zwei Schichten zu je 8 Stunden an 5 Wochentagen künftig zwei 9-Stunden-Schichten an 6 Tagen gefahren werden. Die Arbeitszeit des einzelnen Mitarbeiters würde sich von 40 auf 36 Stunden wö-

chentlich vermindern – die *Betriebszeit* der Anlagen aber von 80 auf 108 Stunden verlängern.

Hier ist also nicht nur Angst der Unternehmer vor Streik im Spiel. Der Betrieb hat selbst starkes Interesse daran, durch Arbeitszeitverkürzung die Zustimmung der Beschäftigten zu veränderten Arbeitszeitrhythmen zu gewinnen. Es geht ihm um längere Nutzung der Maschinerie und somit um bessere Kapitalverwertung. Das (noch nicht beschlossene) „BMW-Modell“ führte über ein rotierendes System im Endeffekt dazu, daß auf zwei *Arbeitsplätzen* drei *Arbeitnehmer* arbeiten. Während die Arbeitnehmer weniger arbeiten, wird an den betrieblichen Arbeitsplätzen mehr gearbeitet.

In diesem Heft stellen die Unternehmensberater Willi Haller und Andreas Hoff den Grundgedanken solcher Modelle – nämlich die verstärkte Entkoppelung von Arbeits- und Maschinenzeit, von individuellem und betrieblichem Ausbildungsplatz – näher vor. Das Modell scheint mir anwendbar jedenfalls in all den Bereichen, die voll ausgelastet und an einer Kapazitätserweiterung interessiert sind. Natürlich werden Gewerkschaften und Betriebsräte solche Regelungen im Einzelfall genau zu prüfen haben. Denn sie bringen den einzelnen Arbeitnehmern neben dem Freizeitgewinn durch Wochenarbeitszeitverkürzung im Zweifelsfall auch Nachteile: Vermehrte Schichtarbeit, Arbeit zu „ungewöhnlichen“ Zeiten (Spätschichten, Samstagsarbeit). Darin wäre eine Art Solidaritätsbeitrag der Beschäftigten für die Arbeitslosen bzw. für die Sicherung ihrer eigenen Arbeitsplätze zu sehen. Überdies könnten solche Regelungen im längerfristigen Blick auf den Gang der Arbeitszeitverkürzung auch als Einstieg in weitere Reformen der Arbeitszeitorganisation gesehen werden (z. B. 4-Tage-Woche bei 6-Tage-Betrieb, Übergang zum Zwei-Schicht-System etc.).

Franz Steinkühler und Erwin Ferlemann haben beide angedeutet, daß solche flexible Regelungen verhandlungsfähig seien, wenn sie mit einer prinzipiellen Vereinbarung über Wochenarbeitszeitverkürzung verbunden würden. Und zumindestens die Arbeitgeberverbände Nordrhein-Westfalens sehen, einer Agenturmeldung zufolge, hier ebenfalls eine Kompromißlinie.

Solche Modelle zwingen übrigens zu einer Präzisierung im Begriff der Arbeitszeitflexibilisierung. Das Angebotspaket der Arbeitgeberseite stellt – wie akzeptabel die einzelnen Möglichkei-

ten für den individuellen Arbeitnehmer auch sein mögen – einfach deswegen keine Alternative zur Wochenarbeitszeitverkürzung dar, weil es keine beschäftigungssteigernden Wirkungen hat. Faktisch würden Teilarbeitszeit, Jobsharing etc. nur in unter-ausgelasteten Betrieben zum Zuge kommen, die auf diese Weise das Beschäftigungsvolumen an die Kapazität anpassen könnten. Wochenarbeitszeitverkürzung durch Arbeitszeitflexibilisierung *auf Vollarbeitsplätzen* dagegen kann ein Weg sein, an dem beide Seiten Interesse haben. – Zweifellos ein Problem ist die große Unterschiedlichkeit der von der Forderung nach der 35-Stunden-Woche betroffenen Betriebe. Es gibt Betriebe mit brachliegenden Kapazitäten, und solche, die die Produktion erweitern wollen. Es gibt kapitalintensive und lohnintensive Betriebe, rationalisierungsfähige und rationalisierungsgeschützte. Nun kann natürlich eine Aushöhlung der Tarifautonomie im Sinne der Arbeitgebervorschlüsse, kann eine zunehmende Syndikalisierung nicht der richtige Weg sein. Möglicherweise aber mehr Beweglichkeit in der Tarifpolitik. Unter dem Stichwort „Betriebsnahe Tarifpolitik“ hat vor kurzem ein Wissenschaftler, Prof. Manfred Löwisch aus Freiburg, zu bedenken gegeben: „Warum sollte also nicht ein Tarifvertrag über eine Wochenarbeitszeitverkürzung Betrieben mit bestimmten Produkten und Fertigungsweisen, unter bestimmten Voraussetzungen und vielleicht auf eine Reihe von Jahren befristet, die Beibehaltung der bisherigen Wochenarbeitszeit gestatten?“ (FAZ, 6. März 1984). Mittelfristig könnten auch staatliche Initiativen – etwa die Wertschöpfungsabgabe statt der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, differenzierte Mehrwertsteuer für Produkte aus eher kapital- und eher lohnintensiven Betrieben – eine zusätzliche Stabilisierungswirkung haben.

– Käme die Vernunft zum Zuge anstatt der Konfrontation, so wäre nicht nur ein Kompromiß möglich, sondern eine „dreiseitige Allianz von Arbeitgebern, Gewerkschaften und Staat“ (Friedhelm Hengsbach SJ). Aufgabe des Staates dabei wäre, die Unternehmen, insofern sie Neueinstellungen vornehmen, durch Senkung der Abgaben und Steuern aus den Ersparnissen durch Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu entlasten. Bei den Tarifrenten-Modellen ist eine Beteiligung des Staates im Prinzip ja bereits gegeben.

In der Tat ist es dringend Zeit, daß in der bisher rein betriebswirtschaftlich geführten Diskussion

– alle reden nur über die Kostenbelastung für die Arbeitgeberseite – auch einmal die volkswirtschaftliche Rechnung aufgemacht wird. Da ergibt sich: Arbeitslosigkeit ist unerträglich teuer; sie kostete im vergangenen Jahr 55 Milliarden DM. Umgekehrt bringt jeder Arbeitslose, der wieder in Lohn und Brot gebracht wird, dem Staat Gewinne (Minderausgaben bei der Unterstützung und Mehreinnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen) – Summen in der Höhe von mindestens der Hälfte der durchschnittlichen

Bruttolohnkosten eines Vollzeitbeschäftigten. Ronald Schettkat hat in einem Beitrag für das letzte Heft der NG errechnet, daß die störungsfreie Einführung der 35-Stunden-Woche 28 Milliarden DM Gewinn für die öffentlichen Kassen brächte. Daraus ergibt sich ein gewaltiger Spielraum – z. B. eben um die Neueinstellungen zu subventionieren, die diesen Gewinn dann abwerfen. Hierfür hat Schettkat zusammen mit Fritz Scharpf eine Rechnung vorgelegt, die wir nachstehend ebenfalls veröffentlichen.

Fritz W. Scharpf/ Ronald Schettkat: Verkürzung der Wochenarbeitszeit – Nur der Staat kann den beschäftigungspolitischen Handlungsspielraum erweitern

Prof. Dr. Fritz W. Scharpf, Jahrgang 1935, ist Direktor des Internationalen Instituts für Management und Verwaltung/Arbeitsmarktpolitik am Wissenschaftszentrum Berlin.

Der Diplomvolkswirt und Diplomingenieur Ronald Schettkat, Jahrgang 1954, ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Internationalen Institut für Management und Verwaltung/Arbeitsmarktpolitik am Wissenschaftszentrum Berlin; s. a. seinen Beitrag in NG 2/84.

Notwendigkeit und Modalitäten einer Umverteilung des Arbeitszeitvolumens

Die gegenwärtige Diskrepanz zwischen Arbeitsangebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik wird selbst bei der optimistischen Annahme eines durchschnittlichen Wirtschaftswachstums von 3–3,5% jährlich bis zum Ende dieses Jahrzehnts noch zunehmen.¹ Angesichts dieses absehbaren Beschäftigungsdefizits fordert eine Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung den konzentrierten Einsatz aller beschäftigungswirksamen Mittel der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik – al-

so eine auf Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage gerichtete Geld- und Fiskalpolitik, eine auf Förderung von Investitionen und technischem Fortschritt gerichtete Wirtschaftsstruktur- und Innovationspolitik, eine Ausweitung der öffentlichen Beschäftigung und eine Ausweitung der aktiven Arbeitsmarktpolitik.² Inzwischen wird jedoch kaum noch bestritten, daß darüber hinaus auch ein Beitrag der Arbeitszeitpolitik zur Umverteilung des Arbeitszeitvolumens zwischen den Arbeitsuchenden und den gegenwärtig Beschäftigten unerlässlich ist, wenn die Vollbeschäftigung vor dem Ende dieses Jahrzehnts wiedergewonnen werden soll. Streitig sind allerdings die Modalitäten einer auf Arbeitszeitverkürzung gerichteten Politik. Während die Bundesregierung und einige DGB-Gewerkschaften einer weiteren Vorverlegung der Altersgrenze durch Vorruhestands-Regelungen den Vorzug geben, favorisieren die Arbeitgeberverbände die Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeiten, und die IG Metall hat sich mit Unterstützung des DGB und der SPD auf den Kampf um die 35-Stunden-Woche festgelegt.

In der Wissenschaft gibt es – neben zahlreichen parteiischen und polemischen Stellungnahmen – inzwischen eine Reihe von ernstzunehmenden Modellrechnungen, die den Optimismus alzu naiver beschäftigungspolitischer Milchmädchenrechnungen dämpfen.³ Dennoch hat sogar der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1983/84 die Möglichkeit einer beschäftigungswirksamen Verkürzung der Arbeitszeit grundsätzlich bejaht (Tz. 77, 432–467). Hinsichtlich ihrer wahrscheinlichen Beschäftigungswirkung bestehen allerdings erhebliche Unterschiede zwischen den drei

zur Diskussion stehenden Strategien der Arbeitszeitverkürzung.

Bei einer weiteren Verkürzung der *Lebensarbeitszeit* durch Vorruhestandsregelungen hängt die Inanspruchnahme in hohem Maße von der Attraktivität des finanziellen Angebots für die Arbeitnehmer und vom Ausmaß der Kostenentlastung der Arbeitgeber ab. Beides soll durch eine finanzielle Beteiligung der öffentlichen Hand sichergestellt werden. Da jedoch – wie der Sachverständigenrat zu Recht betont hat (Tz. 453) – die Wiederbesetzung der freiwerdenden Arbeitsplätze auf der einzelbetrieblichen Ebene nicht kontrolliert und deshalb auch nicht erzwungen werden kann, führen Vorruhestandsregelungen notwendigerweise zu einer Verminderung der Gesamtzahl der Beschäftigten und damit der Steuer- und Beitragszahler. Die öffentliche Subventionierung des Vorruhestandes müßte also aus einem dadurch noch weiter verminderten Steuer- und Beitragsaufkommen bestritten werden – ein Zusammenhang, der die geringe finanzielle Attraktivität der von der Bundesregierung vorgeschlagenen Regelung für Arbeitnehmer und Betriebe durchaus erklären kann. Damit wird aber auch die beschäftigungspolitische Wirksamkeit der Vorruhestandsregelung in Frage gestellt.

Bei der zweiten gegenwärtig diskutierten Strategie ist zwischen einer bloßen *Flexibilisierung der Lage* individueller Arbeitszeiten und einer *individuellen Verkürzung der Dauer* von Arbeitszeiten (Ausweitung der Teilzeitarbeit) zu unterscheiden. Die über die gegenwärtig üblichen Gleitzeit-Regelungen hinausgehende Flexibilisierung kann dem Arbeitgeber eine bessere Anpassung des Arbeitsinsatzes an den arbeitstäglich, arbeitswöchentlich, saisonal oder konjunkturell schwankenden Arbeitskräftebedarf ermöglichen und durch die Vermeidung von Überstunden-Zuschlägen zusätzlich die Arbeitskosten senken. Zugleich können flexible Regelungen auch im Einzelfall den (durch Familienpflichten oder Freizeitwünsche definierten) Interessen der Arbeitnehmer entgegenkommen. Die Folge wäre jedoch nicht eine beschäftigungserhöhende Umverteilung, sondern fast immer eine Verminderung des insgesamt nachgefragten Arbeitszeitvolumens.

Deshalb richten sich beschäftigungspolitische Hoffnungen nicht auf die Flexibilisierung an sich, sondern ausschließlich auf eine mögliche Ausweitung der Teilzeitbeschäftigung. Befragungen zeigen, daß daran zahlreiche Arbeitnehmer interessiert wären. Nach Schätzungen des Instituts für Ar-

beitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB) würde ein rechnerisches Arbeitszeitvolumen von 1,1 Millionen Vollzeitarbeitsplätzen frei werden, wenn auch nur die Hälfte der größeren Betriebe den in Meinungsumfragen geäußerten Teilzeitarbeits-Wünschen ihrer Beschäftigten Rechnung tragen würde⁴. Andererseits kann man aus der positiven Stellungnahme der Arbeitgeberverbände den Schluß ziehen, daß zumindest die Verbandsfunktionäre auch bei den Arbeitgebern ein erhebliches Interesse an mehr Teilzeitarbeit vermuten.

Die Frage ist allerdings, ob die Interessenprofile auf der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite so ohne weiteres zusammenpassen: Für die Arbeitgeber ist Teilzeitarbeit vor allem dann interessant, wenn dadurch bei steigender oder sinkender Auslastung der Produktionskapazitäten der Arbeitskräfteeinsatz dem tatsächlichen Bedarf präziser angepaßt werden kann, als dies durch die Einstellung oder Entlassung von Vollzeit-Arbeitskräften möglich wäre. Hinzu kommt ein Interesse an der Veränderbarkeit individueller Arbeitszeiten zwischen Teilzeit- und Vollezeiteinsatz bei schwankendem Arbeitsanfall. Im Extremfall könnte also durch die Aufteilung vorhandener Vollzeit-Arbeitsplätze auf eine größere Anzahl von Teilzeit-Beschäftigten eine flexible, leistungsfähige und kostengünstige Arbeitskraft-Reserve für den Fall einer notwendigen Produktionsausweitung vorgehalten werden. Dieses „Idealmodell“ der Arbeitgeber ist jedoch mit der Interessenlage der Beschäftigten nur in Ausnahmefällen (etwa bei jüngeren, unverheirateten Arbeitnehmern) tatsächlich vereinbar.

Teilzeitarbeit ist in der Bundesrepublik bisher fast ausschließlich Frauenarbeit. Aber auch in Schweden, wo der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an der Gesamtbeschäftigung nicht, wie bei uns, bei 10 Prozent, sondern bei 25 Prozent liegt, wird Teilzeitarbeit noch ganz überwiegend von Frauen geleistet. Damit wäre auch bei uns zu rechnen, denn der gesellschaftspolitisch wünschenswerten (und für die Arbeitgeber besonders interessanten) Ausweitung der Teilzeitarbeit von Männern stehen nicht nur die überkommenen Familienstrukturen, sondern auch die Prinzipien unserer Rentenversicherung entgegen. Sie gewährleisten eine ausreichende Altersversorgung nur für diejenigen, die entweder selbst aufgrund einer lebenslangen Vollzeit-Erwerbstätigkeit Beiträge geleistet haben oder die als Ehepartner eines Vollzeit-Erwerbstätigen mitversorgt werden. Unter den gegenwärtigen sozialen und rechtlichen

Rahmenbedingungen haben Hauptverdiener kaum die Option einer längerfristigen Teilzeitarbeit, ohne dadurch ihre Familien-Altersversorgung zu gefährden. Deren Ehepartner dagegen können durch Teilzeitarbeit nicht nur das gegenwärtige Familieneinkommen, sondern auch ihre Altersversorgung verbessern.⁵ Dieser Zusammenhang (der auch die Fixierung der Gewerkschaften auf das Vollerwerbseinkommen aus Vollzeit-Arbeitsverhältnissen verständlich macht) begrenzt also das Interesse an Teilzeit-Arbeitsplätzen mit entsprechend reduziertem Arbeitseinkommen in erster Linie auf die mitverdienenden Ehefrauen. Deren Familienpflichten stehen allerdings in der Regel gerade der für die Arbeitgeber besonders interessanten flexiblen Erhöhung der Arbeitszeit bei steigendem Bedarf entgegen. Auch aus diesem Grund werden die Bäume der flexiblen Teilzeitarbeit nicht so rasch in den Himmel wachsen.⁶

Unter beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten sind also die Vorruhestands-Regelung ebenso wie die Flexibilisierung individueller Arbeitszeiten eher als Nebenthemen zu betrachten, die allenfalls die öffentliche Aufmerksamkeit von der zentralen Kontroverse um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit ablenken könnten. Hier geht es in der Tat um beschäftigungspolitisch relevante Größenordnungen: Von der Verkürzung der Wochenarbeitszeit wären im Prinzip alle Arbeitnehmer gleichermaßen betroffen; die Inanspruchnahme wäre also nicht abhängig von der freiwilligen Bereitschaft einer Minderheit, entweder das vorzeitige Ausscheiden aus dem Arbeitsprozeß überhaupt oder Teilzeitarbeit bei vermindertem Einkommen zu akzeptieren. Nach Modellrechnungen des IAB würde bei einem Übergang zur 35-Stunden-Woche ein Arbeitszeitvolumen in der Größenordnung von 2 Millionen Vollzeit-Arbeitsplätzen frei – weit mehr also, als bei jeder anderen diskutierten Strategie.⁴

Um so umstrittener ist allerdings die Frage nach der tatsächlichen Realisierbarkeit dieses „rechnerischen“ Beschäftigungseffekts. Während die IG Metall mit der 35-Stunden-Woche „bei vollem Lohnausgleich“ die Massenarbeitslosigkeit wirksam bekämpfen will, sehen die Arbeitgeber und ihnen nahestehende Wissenschaftler⁷ im Übergang zur 35-Stunden-Woche einen beschäftigungspolitisch untauglichen oder sogar schädlichen Versuch. Der Sachverständigenrat hat bei seinem Versuch einer „Versachlichung“ der Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung zwar die potentielle Beschäftigungswirksamkeit einer Verkürzung der Wochenarbeits-

zeit bejaht, sie aber zugleich stark relativiert: „Gemessen an den Lasten, die man in Kauf zu nehmen hätte, und auch gemessen an den Hoffnungen, die sich mit ihr verbinden, wären die Beschäftigungswirkungen gering.“ (Tz. 461). Aber ist diese skeptische Schlußfolgerung unausweichlich?

Die beschäftigungspolitische Ambivalenz einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit

Der Streit um die Beschäftigungswirksamkeit einer Verkürzung der Wochenarbeitszeit erklärt sich in erster Linie aus der unterschiedlichen Einschätzung der Interaktion zweier Einflußfaktoren, der Regelung des Lohnausgleichs und der zu erwartenden Produktivitätssteigerung. Bei jeder Verkürzung der Wochenarbeitszeit werden zunächst einmal bisher ungenutzte Produktivitätsreserven in den Betrieben und Verwaltungen zur Disposition gestellt. Unterausgelastete Personalkapazitäten, bisher geduldeter „Schlendrian“, bisher aufgeschobene Möglichkeiten der technischen und organisatorischen Arbeitsintensivierung oder der Verzicht auf interne Dienstleistungen lassen es fast überall möglich erscheinen, das bisherige Produktionsvolumen auch bei einer gewissen Verminderung der Gesamtarbeitszeit aufrecht zu erhalten. Selbstverständlich variieren aber diese Produktivitätsreserven von Betrieb zu Betrieb und zwischen den verschiedenen Abteilungen in einem Betrieb. Sie sind vermutlich im Bürobereich wesentlich höher als in der unmittelbaren Produktion. Deshalb bleiben Schätzungen der durchschnittlichen Produktivitätssteigerung für die Gesamtwirtschaft problematisch und können immer wieder mit plausiblen Einzelbeispielen in Frage gestellt werden. Der Sachverständigenrat schätzt den durch eine einstündige Verkürzung der Wochenarbeitszeit ausgelösten gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt auf eine Größenordnung zwischen 1 und 1,8 Prozent; nach unseren eigenen Schätzungen (die sich an den in früheren Aufschwungphasen der Konjunktur sichtbar gewordenen Produktivitätsreserven orientieren) liegt er bei etwa 1,5 Prozent.⁸ Allerdings könnte dieser durch die Arbeitszeitverkürzung selbst „induzierte“ Produktivitätsfortschritt bei einer über mehrere Jahre gestaffelten Verkürzung der Wochenarbeitszeit wohl nur im ersten Jahr erwartet werden.⁹ Danach wäre nur noch mit den ohnehin anfallenden „autonomen“ Produktivitätssteigerungen (von gegenwärtig etwa 2,5 Prozent pro Jahr) zu rechnen.

Durch den induzierten Produktivitätsfortschritt

wird die Arbeitszeitverkürzung als von vornherein zu einem „Negativ-Summen-Spiel“, bei dem am Ende das zur Umverteilung zur Verfügung stehende Arbeitszeitvolumen geringer sein wird als vorher. Dies gilt selbstverständlich auch für die anderen Modalitäten einer Umverteilung des Arbeitszeitvolumens, die Frühverrentung älterer Arbeitnehmer und die Ausweitung der Teilzeitarbeit, bei denen mit eher noch höheren induzierten Produktivitätssteigerungen zu rechnen ist. Bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit allerdings wird das zur Umverteilung verbleibende Arbeitszeitvolumen noch zusätzlich beeinflusst durch die Regelung des Lohnausgleichs (die bei den beiden anderen Modalitäten der Arbeitszeit-Umverteilung eine geringere Rolle spielt). Dies folgt aus der doppelten Bedeutung des Arbeitslohnes als Bestimmungsfaktor der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und des gesamtwirtschaftlichen Kostenniveaus, die ihrerseits wiederum das nachgefragte Arbeitszeitvolumen beeinflussen.

Erfolgt die Verkürzung der Wochenarbeitszeit *ohne Lohnausgleich*, so bleiben die Stundenlöhne konstant, die Brutto-Wochenlöhne oder Monatslöhne der bisher Beschäftigten vermindern sich jedoch proportional zur Arbeitszeitverkürzung – beim Übergang zur 35-Stunden-Woche also um 12,5 Prozent. Dementsprechend gehen auch die konsumierbaren Einkommen der bisher Beschäftigten und die von ihrem Einkommen erhobenen Steuern und Sozialabgaben zurück. Wenn man einmal die (unsicheren) Kompensationsmöglichkeiten durch privates Entsparen und öffentliche Kreditaufnahme außer Acht läßt, vermindert sich dadurch also die private und öffentliche Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen. Zwar könnte der Nachfrageausfall teilweise wieder ausgeglichen werden, wenn die Arbeitgeber den (nach Ausschöpfung der Produktivitätsgewinne verbleibenden) Produktionsausfall durch Neueinstellungen kompensieren würden; aber gerade die Erwartung eines gesamtwirtschaftlichen Nachfrageausfalls wird sie dabei zögern lassen. Deshalb ist bei einer Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich mit einem nachfragebedingten Rückgang des Produktionsvolumens und damit auch mit einem über die Produktivitätsfortschritte noch hinausgehenden Rückgang des Arbeitszeitvolumens zu rechnen.¹⁰

Wenn andererseits die Verkürzung der Wochenarbeitszeit *mit vollem Lohnausgleich* stattfindet, dann würden die Wochen- und Monateinkommen der Beschäftigten und damit auch die Einnahmen

der öffentlichen Hand aus Steuern und Sozialabgaben konstant bleiben. Die an Arbeitseinkommen geknüpfte private Nachfrage und die öffentlichen Einnahmen blieben dann zunächst ebenfalls unverändert und würden sich bei Zunahme der Beschäftigung erhöhen.¹¹ Die Unternehmen könnten also zu den alten Preisen ebenso viele (oder mehr) Güter und Dienstleistungen absetzen wie zuvor. Allerdings würden die Stundenlöhne ansteigen – beim Übergang zur 35-Stunden-Woche um 14,3 Prozent. Wenn aber die Erhöhung der Stundenlöhne die (induzierten und autonomen) Produktivitätsfortschritte übersteigt, dann erhöhen sich auch die Lohnstückkosten. Möglicherweise könnte die Kostensteigerung über höhere Preise auf die Verbraucher überwältigt werden. Aber dann würde die höhere Inflationsrate zu einer Entwertung der Nominal-einkommen und damit wieder zu einer Verminderung der realen Nachfrage führen. Wenn dagegen Preiserhöhungen auf dem Markt nicht durchsetzbar sind, dann müßte die Kostensteigerung Grenzbetriebe zur Aufgabe zwingen. Das gleiche gilt im Prinzip auch für die an der Grenze der Rentabilität operierenden Produktionszweige von Großunternehmen. Die Folge einer durch Arbeitszeitverkürzung bedingten Erhöhung der Lohnstückkosten wäre also im einen wie im anderen Falle eine Verminderung des Produktionsvolumens und damit ebenfalls eine Verminderung des gesamtwirtschaftlichen Arbeitszeitvolumens.¹²

Sowohl mit Lohnausgleich als auch ohne Lohnausgleich *kann* deshalb die Verkürzung der Wochenarbeitszeit das durch den „induzierten“ Produktivitätsfortschritt ohnehin schrumpfende gesamtwirtschaftliche Arbeitszeit-Volumen noch zusätzlich vermindern. Unter rein beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten könnte man dies in Kauf nehmen, solange wenigstens durch die Umverteilung des schrumpfenden Arbeitszeitvolumens noch die Zahl der Beschäftigten erhöht und die Arbeitslosigkeit abgebaut wird. Aber im Extremfall könnten die Arbeitszeit-Verluste sogar die durch die Umverteilung des freiwerdenden Arbeitszeitvolumens erwartbaren Beschäftigungsgewinne noch übersteigen. Dann würde in der Tat die registrierte Arbeitslosigkeit durch Arbeitszeitverkürzung nicht vermindert, sondern sogar noch erhöht, wie dies in den „Horror-Prognosen“ der Arbeitgeberseite behauptet wird.

Allerdings ist die Bestimmung des Umschlagpunktes, von dem an eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit beschäftigungspolitisch kontraproduktiv

Frische ist unser Geschäft



Alle Tage wieder Frisch-Qualität
zum vernünftigen Preis.

Das ist co op.
Der tägliche
Wochenmarkt
gleich in Ihrer
Nachbarschaft.



würde, mit so großen Unsicherheiten behaftet, daß hier auf den Versuch einer „spitzen“ Rechnung verzichtet wird. Klar ist jedenfalls, daß die beschäftigungspolitische Effizienz der Arbeitszeitverkürzung um so größer sein muß, je weniger die Realeinkommen der bisher Beschäftigten vermindert und je weniger die realen Lohnstückkosten der Arbeitgeber erhöht werden. Die höchste beschäftigungspolitische Effizienz (aber nicht notwendigerweise der höchste Beschäftigungseffekt) würde also mit einer Arbeitszeitverkürzung erreicht, die zugleich einkommens- und kostenneutral wäre (siehe auch Ronald Schettkat in NG 2/84; Red.). Sie könnte durch eine „produktivitätsorientierte“ Verkürzung der Wochenarbeitszeit in kleinen Schritten verwirklicht werden.

Genügt eine produktivitätsorientierte Arbeitszeitverkürzung?

Wenn man davon ausgeht, daß für die *Einkommensneutralität* die realen Wochen- und Monatslöhne, für die *Kostenneutralität* dagegen die realen Lohnstückkosten maßgeblich sind, dann wird der Spielraum einer zugleich einkommens- und kostenneutralen Verkürzung der Wochenarbeitszeit durch den Gesamtbetrag des zu erwartenden „induzierten“ und „autonomen“ Produktivitätsfortschritts definiert. Gegenwärtig würde er sich nach unseren Schätzungen im ersten Jahr eine Arbeitszeitverkürzung auf etwa 4 (1,5 + 2,5%) belaufen. Da bei einer Arbeitszeitverkürzung um eine Wochenstunde mit Lohnausgleich die Stundenlöhne um rund 2,6% steigen würden, bliebe hier also noch eine Verteilungsmasse von 1,4% übrig, die entweder zur Erhöhung der Reallohnne oder zur Verbesserung der Kapitalrendite genutzt werden könnte. Schon eine Arbeitszeitverkürzung um zwei Wochenstunden würde aber mit einer Erhöhung der Stundenlöhne um 5,3% die verfügbare Verteilungsmasse übersteigen und könnte deshalb nicht mehr zugleich einkommens- und kostenneutral verwirklicht werden.

Deshalb nimmt es nicht wunder, daß sowohl die um eine realistische Schätzung bemühten Wirtschaftsforschungsinstitute als auch der Sachverständigenrat (Tz. 438) bei ihrer Diskussion der 35-Stunden-Woche davon ausgehen, daß diese allenfalls in kleinen Schritten von jeweils einer Wochenstunde pro Jahr verwirklicht würde. So begrenzt könnte die Arbeitszeitverkürzung aus dem Produktivitätsgewinn finanziert und damit in der Tat kostenneutral durchgeführt werden – vorausgesetzt, daß die Arbeitnehmer und die Arbeitgeber bereit wären, fünf

Jahre lang Jahr für Jahr auf spürbare Erhöhungen der Realeinkommen und der Kapitalrenditen zu verzichten.

Allerdings wäre eine derart „produktivitätsorientierte“ Verkürzung der Wochenarbeitszeit kein sehr wirksames Instrument zur Umverteilung des Arbeitszeitvolumens zwischen den Arbeitsuchenden und den gegenwärtig Beschäftigten. Definitionsgemäß würde ja das Ausmaß der Arbeitszeitverkürzung den durchschnittlichen Betrag des (induzierten plus autonomen) Produktivitätsfortschritts nicht überschreiten, so daß das bisherige Produktionsvolumen auch innerhalb der verminderten Arbeitszeit von den vorhandenen Beschäftigten erzeugt werden könnte. Darin liegt gewiß kein Argument gegen den beschäftigungspolitischen Nutzen von begrenzten Schritten der Arbeitszeitverkürzung: Wenn die ohnehin zu erwartenden Produktivitätsfortschritte vorab durch eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit abgeschöpft werden, dann werden bei stagnierendem Wirtschaftswachstum wenigstens die vorhandenen Arbeitsplätze sicherer, während sie andernfalls durch Produktivitätsfortschritte gefährdet wären. Im Konjunkturaufschwung würde sich überdies jeder Prozentpunkt des realen Wirtschaftswachstums in zusätzlicher Beschäftigung niederschlagen, während andernfalls zunächst einmal 2,5% Wirtschaftswachstum notwendig wären, um auch nur den gegenwärtigen Beschäftigungsstand zu halten. Nach Modellrechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) und des IAB käme es deshalb bei einer jährlichen Arbeitszeitverkürzung um eine Wochenstunde nach fünf Jahren zu Mehrbeschäftigungseffekten in der Größenordnung zwischen 700.000 und 1,1 Millionen Vollzeit-Arbeitsplätzen und zu einem Abbau der registrierten Arbeitslosigkeit in der Größenordnung zwischen 400.000 und 700.000 Arbeitslosen.¹³

Beschäftigungseffekte dieser Größenordnung sollten angesichts der heutigen Arbeitsmarktlage gewiß nicht geringgeschätzt werden. Aber wenn sie über fünf Jahre verteilt auftreten, dann könnte der prognostizierte Entlastungseffekt um jährlich 80- bis 140.000 Arbeitslose leicht durch konjunkturelle Schwankungen der registrierten Arbeitslosigkeit überdeckt werden. Die Strategie einer beschäftigungspolitisch motivierten Verkürzung der Wochenarbeitszeit könnte also durch den Mangel an raschen und sichtbaren Erfolgen bei ungünstiger Wirtschaftsentwicklung ebenso diskreditiert werden, wie dies in den vergangenen Jahren in Frankreich und Großbritannien der Fall war.¹⁴ Für die

Gewerkschaften, nach deren öffentlicher Rhetorik der Übergang zur 35-Stunden-Woche den Abbau der Massenarbeitslosigkeit bringen soll, liegt gerade darin auch ein schwer kalkulierbares innerorganisatorisches Risiko.

Argumente für eine Beteiligung der öffentlichen Hand

Eine wesentliche Umverteilung von Beschäftigungschancen wäre also mit einer lediglich produktivitätsorientierten Arbeitszeitverkürzung nicht zu erreichen. Wenn die Arbeitslosigkeit rascher abgebaut werden soll, dann müßte die Arbeitszeitverkürzung über den durch die Summe von autonomen und induzierten Produktivitätsfortschritten definierten realen Verteilungsspielraum der Sozialpartner hinausgehen. Sie müßte in größeren Schritten durchgeführt werden und könnte nicht mehr zugleich einkommens- und kostenneutral bleiben. Dann aber würde entweder durch die Verminderung der Realeinkommen der abhängig Beschäftigten oder durch die Erhöhung der realen Lohnstückkosten das gesamtwirtschaftliche Produktivitätsvolumen und damit auch das Arbeitszeit-Volumen zusätzlich vermindert. Aus diesem Dilemma gibt es für die Sozialpartner allein keinen Ausweg. Nur die öffentliche Hand könnte den verfügbaren Verteilungsspielraum erweitern.

Die Logik einer solchen Lösung wäre die gleiche, die bei der Diskussion über Vorruhestandsregelungen wie selbstverständlich angewandt wird. Von einer Verminderung der Arbeitslosigkeit profitieren nicht in erster Linie die Sozialpartner (die Arbeitgeber noch weniger als die Gewerkschaften), sondern die öffentlichen Kassen. Wenn ein bisher Arbeitsloser Beschäftigung findet, dann entfallen öffentliche Ausgaben für Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe oder Sozialhilfe und dann erhöhen sich die öffentlichen Einnahmen bei den Steuern und Sozialabgaben. Auch wenn man berücksichtigt, daß nicht alle registrierten Arbeitslosen öffentliche Unterstützung beziehen und daß nicht alle Neu-Einstellungen aus der registrierten Arbeitslosigkeit kommen, verbessert sich mit jedem zusätzlichen Vollzeit-Beschäftigungsverhältnis die Lage der öffentlichen Kassen um etwa DM 18.500,- pro Jahr¹⁵ – also etwa um 50% der durchschnittlichen Brutto-Lohnkosten eines Vollzeit-Beschäftigten.¹⁶ Der politischen Verantwortung des Staates für den Abbau der Arbeitslosigkeit entspricht also ein fiskalisches Interesse, das nicht nur bei Vorruhestandsregelungen, sondern gerade auch bei der Verkürzung der Wochenarbeitszeit zu berücksichtigen wäre.

Dabei ginge es um flankierende Maßnahmen zur Begrenzung der Arbeitsvolumen-Verluste, die andernfalls bei einer über den Produktivitätsfortschritt hinausgehenden Arbeitszeitverkürzung zu erwarten wären. Es käme also darauf an, einerseits den bei Reallohnsenkung drohenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrageausfall und andererseits den bei Erhöhung der realen Lohnstückkosten drohenden Beschäftigungsrückgang zu vermeiden oder jedenfalls zu vermindern. Prinzipiell könnte dies wohl durch die staatliche Subventionierung von Arbeitnehmer-Einkommen (bei Lohnverzicht) als auch durch Lohnkosten-Subventionen für Arbeitgeber (bei einer Erhöhung der Lohnstückkosten) erreicht werden. Praktikabler erscheint allerdings die zweite Möglichkeit. Sie setzt voraus, daß durch die Vereinbarung konstanter Reallöhne sowohl gesamtwirtschaftliche Nachfrageverluste als auch Mindereinnahmen der öffentlichen Kassen vermieden werden. Dann könnten die bei abnehmender Arbeitslosigkeit zu erwartenden Minderausgaben/Mehreinnahmen der öffentlichen Kassen in vollem Umfang als Lohnkostenzuschüsse für zusätzliche Beschäftigung an die Arbeitgeber weitergegeben werden. Durch die Subventionierung würde also für Arbeitgeber, die die Zahl ihrer Beschäftigten erhöhen, der Anstieg der Lohnstückkosten vermindert oder vermieden. Die kostenseitigen Beschäftigungsverluste, die andernfalls mit einer über den Produktivitätsfortschritt hinausgehenden Arbeitszeitverkürzung verbunden wären, ließen sich also durch Lohnkostenzuschüsse für zusätzliche Beschäftigung neutralisieren oder jedenfalls begrenzen.

Gegenüber anderen Formen einer Kostenbeteiligung des Staates hätte die Subventionierung zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse den Vorteil, daß öffentliche Mittel nur dann aufgewandt werden müssen, wenn ein Arbeitgeber die Zahl seiner Beschäftigten gegenüber einem Stichtag tatsächlich erhöht und damit einen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit leistet. Damit würde es auch finanziell sinnvoll, die staatlichen Aufwendungen gegen die finanzielle Entlastung der öffentlichen Haushalte zu verrechnen. Beschäftigungspolitisch ist die öffentliche Förderung kürzerer Wochenarbeitszeiten ohnehin vorteilhafter als die von der Bundesregierung gegenwärtig favorisierte Subventionierung von Vorruhestandsregelungen. Während dort die freierwerdenden Arbeitsplätze nur teilweise wieder besetzt werden und deshalb die Zahl der Beschäftigten zurückgehen wird, bleibt hier die

Beschäftigtenzahl zunächst einmal konstant und werden Subventionen überhaupt nur in dem Maße fällig, wie die Zahl der Beschäftigten tatsächlich ansteigt. Für die öffentlichen Haushalte liegt deshalb in der Subventionierung zusätzlicher Beschäftigungsverhältnisse ein geringeres Risiko als in der Finanzierung von beendigten Beschäftigungsverhältnissen bei ungewisser Hoffnung auf Ersatzneinstellungen.

Die Vorschläge im einzelnen

Um die Tarifautonomie zu respektieren, müßte jede Regelung als ein bedingtes Angebot des Staates an die Tarifparteien ausgestaltet werden. In seinen Grundzügen könnte dieses Angebot auf einen Lohnkostenzuschuß in Höhe von etwa 50% der durchschnittlichen Brutto-Lohnkosten (DM 18.500,— pro Jahr für einen Vollzeit-Beschäftigten) für zusätzliche Einstellungen hinauslaufen¹⁷. Voraussetzung dafür wäre die Verkürzung der tariflichen Wochenarbeitszeit um mindestens vier Wochenstunden innerhalb von drei Jahren, und um mindestens zwei Wochenstunden im ersten Jahr, bei mindestens real konstanten Wochen- oder Monatslöhnen.

Im folgenden sollen die einzelnen Elemente dieses Vorschlags jeweils mit einer knappen Begründung vorgestellt werden:

- a) Das Angebot bezieht sich ausschließlich auf tarifvertragliche Vereinbarungen. Die Zuständigkeit der Tarifparteien für die Regelung der Normalarbeitszeit soll also nicht unterlaufen werden. Innerhalb dieses Rahmens sollten allerdings zusätzliche Teilzeit-Arbeitsverhältnisse auch nicht diskriminiert werden. Sie wären deshalb jeweils auf Vollzeit-Arbeitsverhältnisse umzurechnen und entsprechend zu fördern.
- b) Die Forderung nach einem über den erwartbaren Produktivitätsfortschritt hinausgehenden „ersten Schritt“ der Arbeitszeitverkürzung erscheint notwendig, wenn ein rascher und spürbarer Beschäftigungseffekt erzielt werden soll. Zugleich erscheint eine Regelung für die darauffolgenden Jahre nötig, um einem möglichen „Attentismus“ der Betriebe im Hinblick auf die ungewisse künftige Entwicklung von Nachfrage und Produktivität entgegenzuwirken. Noch weitergehende Lösungen sind selbstverständlich nicht aus der Förderung ausgeschlossen.
- c) Ein zweiter und ebenso wichtiger Vorteil der vorgeschlagenen Regelung liegt in der Garantie, daß innerhalb von drei Jahren wenigstens die 36-Stunden-

Woche erreicht werden wird. Damit erst eröffnen sich qualitativ neue Spielräume der Arbeitszeitorganisation, weil dann in der Regel Betriebszeiten und individuelle Arbeitszeiten nicht mehr identisch bleiben können. Nicht nur im Einzelhandel, sondern auch in der gewerblichen Produktion und vor allem bei Dienstleistungsbetrieben und Behörden mit Publikumsverkehr könnte die Rückkehr zum Sechs-Tage-Betrieb wieder attraktiv werden, während die individuellen Arbeitszeiten – etwa in der Form von Sechs-Stunden-Tagen oder vier Neun-Stunden-Tagen oder von wesentlich verlängertem Jahresurlaub – durchaus unterschiedlich geregelt werden könnten. Die bei verlängerten Betriebszeiten zu erwartende Senkung der Kapitalkosten könnte den Arbeitgebern also einen zusätzlichen Ausgleich für steigende Lohnstückkosten bieten.

d) Eine weitere tarifliche Förderungsvoraussetzung wäre eine Vereinbarung über den Lohnausgleich, die in jedem Jahr der Arbeitszeitverkürzung wenigstens konstante Reallohne gewährleistet. Dies erscheint notwendig, um bei unveränderter Beschäftigung die Konstanz der öffentlichen Einnahmen aus Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen sicherzustellen, so daß jede Erhöhung der Gesamt-Beschäftigung sich auch in einer Verbesserung der Haushaltslage der öffentlichen Hände auswirken kann. Alles weitere sollte den tariflichen Lohnverhandlungen vorbehalten bleiben.

e) Einzelbetriebliche Förderungsvoraussetzung wäre die Erhöhung der Zahl der (Vollzeit-Äquivalente der) Beschäftigten gegenüber einem vor der Arbeitszeitverkürzung liegenden Stichtag. Um Mißbrauchsmöglichkeiten auszuschließen, wäre vermutlich eine doppelte Stichtags-Regelung sinnvoll: Förderungsfähig wäre nur die Zahl der Beschäftigungsverhältnisse, die sowohl über die Beschäftigung eines den Beginn der ernsthaften politischen Diskussion markierenden Stichtags als auch über die Beschäftigung bei Inkrafttreten des Tarifvertrages hinausgehen.

f) Zu regeln wäre weiterhin die Dauer der Subventionierung. Hier könnte ein Anreiz für weiterführende Regelungen geschaffen werden, indem für jede Wochenstunde der vereinbarten Arbeitszeitverkürzung die Zusatzbeschäftigung, die in den Jahren mit Arbeitszeitverkürzung entstanden ist, für mindestens ein Jahr gefördert wird. Für eine etwa am 1. 1. 1985 inkrafttretende Regelung, bei der die Arbeitszeit im ersten Jahr um drei Wochenstunden und in den beiden darauffolgenden Jahren um jeweils eine Wochenstunde verkürzt wird, würde

dementsprechend die gesamte Mehrbeschäftigung bis zum Ende des fünften Jahres (also bis zum 31. 12. 1989) subventioniert, aber nur in dem Maße, wie sie über dem Stichtagsniveau liegt. Durch eine solche Regelung würde es für die Arbeitgeber vorteilhaft, geplante Neueinstellungen vorzuziehen, um auf diese Weise möglichst lange den Lohnkostenzuschuß in Anspruch nehmen zu können.

(g) Die Höhe des Lohnkostenzuschusses (ca. DM 18.500,— pro Jahr) sollte sich möglichst präzise an der bei einer Erhöhung des gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungsvolumens zu erwartenden verbesserten Haushaltslage der öffentlichen Kassen orientieren, um nicht von vornherein den Einwand der Nicht-Finanzierbarkeit zu provozieren. Allerdings sollten bei einer solchen Rechnung die Minderausgaben und Mehreinnahmen des Gesamtfiskus (also von Bund, Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen) berücksichtigt werden. Die technischen Schwierigkeiten des internen Finanzausgleichs zwischen den verschiedenen öffentlichen Kassen bleiben hier also unberücksichtigt. Sie erscheinen im Prinzip auch lösbar, wenn die Lohnkostensubvention von der Bundesanstalt für Arbeit als der meistbegünstigten öffentlichen Kasse ausbezahlt wird, und wenn eine dort anfallende Netto-Mehrbelastung vom Bund im Rahmen seiner gesetzlichen Verpflichtung zum Defizitausgleich kompensiert wird. Der Bund seinerseits würde entlastet durch die Mehreinnahmen bei der Rentenversicherung, und er könnte die bei den Ländern anfallenden Steuer-Mehreinnahmen im Rahmen der Verhandlungen über den vertikalen Finanzausgleich geltend machen.

(h) Eine marginale Lohnkosten-Subventionierung mit einem Festbetrag von etwa 50% der durchschnittlichen Lohnkosten hätte gegenüber anderen Subventionsmodalitäten zwei wesentliche Vorteile: Sie wäre spürbar genug, um die betriebliche Entscheidung über Neueinstellungen tatsächlich zu beeinflussen (anstatt lediglich Mitnehmer-Effekte zu provozieren). Zugleich bedeutet die Förderung mit einem festen Betrag eine Begünstigung von Neueinstellungen in den unteren Tarifgruppen. Damit würde ein zusätzlicher Anreiz für die Beschäftigung von Arbeitnehmern ohne berufliche Qualifikation geschaffen, die von der Arbeitslosigkeit überdurchschnittlich betroffen sind. Dies käme der Beschäftigungspolitik von Betrieben entgegen, die gegenwärtig ohnehin qualifizierte Positionen meist durch internen Aufstieg besetzen und Neueinstellungen auf die Eingangspositionen beschränken.¹⁸

(i) Durch die Förderung würden Neueinstellungen wesentlich verbilligt. Selbst wenn also durch die Arbeitszeitverkürzung die realen Lohnstückkosten eines Unternehmens ansteigen sollten, könnte dieser Anstieg durch eine Ausweitung der Beschäftigung neutralisiert und sogar überkompensiert werden. Im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt könnten deshalb die expansionswilligen Betriebe die möglichen Beschäftigungsverluste bei den nicht expansionsfähigen Betrieben ausgleichen. Die marginale Lohnkosten-Subventionierung käme also einer selektiven Förderung wachstumsintensiver Betriebe, Regionen und Branchen gleich. Dies wäre strukturell ein Vorteil.

Für die ohnehin schrumpfenden Betriebe, Regionen und Branchen brächte die Subventionsregelung keine Vorteile. Allerdings hätte die Arbeitszeitverkürzung gerade dort die wichtige Funktion, eine andernfalls unvermeidliche Verminderung der Beschäftigtenzahl aufzuhalten oder wenigstens zu verlangsamen.

Modellrechnungen

Wir haben in den nachfolgenden Tabellen die Ergebnisse von Modellrechnungen dargestellt, welche die Auswirkungen unterschiedlicher Möglichkeiten des Übergangs zur 35-Stunden-Woche auf Arbeitskräfte-Bedarf und Lohnstückkosten verdeutlichen sollen. Dabei haben wir drei Varianten des Wirtschaftswachstums (0%, 1,5% und 3% pro Jahr), und die Untergrenze der Lohnentwicklung mit real konstanten Wochen- oder Monatslöhnen vorgegeben.

Bei der beschäftigungspolitisch „optimistischen“ Modellrechnung I haben wir bei der Entwicklung der Stundenproduktivität nur im ersten Jahr einer Arbeitszeitverkürzung eine Steigerung von 4% (1,5% + 2,5%), für alle anderen Jahre nur eine Steigerung von 2,5% unterstellt.¹⁹ Außerdem haben wir hier die Rechnungen bezogen auf einen Ausgangsbestand von 20 Millionen Vollzeit-Beschäftigten.²⁰

Bei der beschäftigungspolitisch „pessimistischen“ Modellrechnung II dagegen haben wir für alle Modelle mit Arbeitszeitverkürzung für die gesamte Fünfjahresperiode Produktivitätsfortschritte von 4% jährlich unterstellt, für das „Null-Modell“ ohne Arbeitszeitverkürzung weiterhin nur 2,5%. Die Berechnungen beziehen sich hier auch nur auf einen Ausgangsbestand von 16,5 Millionen Beschäftigten, die tatsächlich die tarifliche Wochenarbeitszeit von 40 Wochenstunden leisten – also ohne Kurzarbeiter und Überstundenleistende.²¹

Der Arbeitskräfte-Bedarf wird auf der Basis des Ausgangsbestandes in unseren Modellrechnungen ausschließlich durch die Wachstumsrate und die Produktivitätsentwicklung bestimmt²². Die realen Lohnstückkosten werden bei konstanten Reallöhnen bestimmt durch die Produktivitätsentwicklung, das Ausmaß der jährlichen Arbeitszeitverkürzung und ggf. einem Lohnkostenzuschuß von 50% bei Mehrbeschäftigung. Es liegt auf der Hand, daß die beschäftigungspolitisch pessimistische Modellrechnung II wegen der höheren unterstellten Produktivitätssteigerungen bei der Entwicklung der Lohnstückkosten günstiger abschneidet.

Nicht berücksichtigt sind bei beiden Modellrechnungen die beschäftigungsfördernden Rückwirkungen einer steigenden Beschäftigtenzahl (bei Reallohnkonstanz) auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und damit auf das Wirtschaftswachstum. Ebenso wenig berücksichtigt unsere Modellrechnung die möglichen beschäftigungsschädlichen Rückwirkungen (leicht) steigender Lohnstückkosten auf die Produktivitätsentwicklung und das Wirtschaftswachstum. Da die Beschäftigungswirkungen der hier vernachlässigten Sekundäreffekte gegenläufig wären, können die Ergebnisse unserer Modellrechnungen jedenfalls in der Tendenz die Auswirkungen unterschiedlicher Arbeitszeitmodellen verdeutlichen.

Verglichen wird bei beiden Modellrechnungen ein „Null-Modell“ ohne Arbeitszeitverkürzung mit drei Modellen des stufenweisen Übergangs zur 35-Stunden-Woche. Im „produktivitätsorientierten Modell“ erfolgt dieser Übergang in fünf Schritten von je einer Wochenstunde ($1+1+1+1+1$). Da hier die Erhöhung der Stundenlöhne durch den Produktivitätsfortschritt ausgeglichen wird und deshalb die realen Lohnstückkosten gegenüber dem Ausgangsniveau nicht ansteigen, ist auch keine Subventionierung vorgesehen. Anders bei den „Subventionsmodellen“ A und B, die im ersten Jahr die Arbeitszeit um einen größeren Schritt von zwei ($2+1+1+1$) oder drei ($3+1+1$) Wochenstunden verkürzen. Hier würden bei konstanten Reallöhnen die Lohnstückkosten im ersten Jahr um 1,2% bei Modell A und um 4% bei Modell B ansteigen. Dem soll durch einen 50prozentigen Lohnkostenzuschuß für die zusätzlich notwendigen Einstellungen begegnet werden. Der Zuschuß würde in allen Fällen bis zum Ende der Fünfjahresperiode bezahlt werden.

Bei der Interpretation empfiehlt es sich, für die Beurteilung des Arbeitskräfte-Bedarfs von der beschäftigungspolitisch „pessimistischen“ Modell-

rechnung II, für die Beurteilung der Lohnstückkosten aber von der (dafür ungünstigeren) Modellrechnung I auszugehen. Daraus lassen sich die folgenden Tendenzaussagen ableiten:

(a) Bei wirtschaftlichem *Nullwachstum* käme es ohne Arbeitszeitverkürzung innerhalb von fünf Jahren zu Beschäftigungsverlusten von fast 2 Millionen. Zu Beschäftigungsverlusten käme es gegen Ende der Fünfjahresperiode auch bei den Modellen mit Arbeitszeitverkürzung – allerdings lägen sie im fünften Jahr um ca. 900.000 niedriger. Während jedoch bei der Arbeitszeitverkürzung in fünf Einjahres-Schritten die Beschäftigung kontinuierlich zurückginge, käme es bei der Arbeitszeitverkürzung mit einem größeren ersten Schritt („ $2+1+1+1$ “ oder „ $3+1+1$ “) zunächst sogar zu einem Anstieg des Arbeitskräftebedarfs und damit zu einer wenigstens vorübergehenden Entlastung des Arbeitsmarktes trotz fehlenden Wirtschaftswachstums.

(b) Die Effekte werden noch deutlicher bei *niedrigem* (1,5%) oder *mittlerem* (3%) *Wirtschaftswachstum*. Während ohne Arbeitszeitverkürzung die Beschäftigung auch noch bei 1,5% Wirtschaftswachstum kontinuierlich zurückgeht, steigt der Arbeitskräfte-Bedarf hier bei allen Modellen mit Arbeitszeitverkürzung. Bei größeren ersten Schritten werden hier in den ersten beiden Jahren schon Größenordnungen des Zusatzbedarfs (mehr als 450.000 bzw. mehr als 900.000) erreicht, die eine spürbare Verminderung der registrierten Arbeitslosigkeit bewirken können.

Bei mittlerem Wirtschaftswachstum von 3% schließlich stiege die Beschäftigung auch ohne Arbeitszeitverkürzung langsam an. Der Arbeitskräfte-Mehrbedarf im fünften Jahr belief sich auf ca. 400.000, während er mit Arbeitszeitverkürzung auf 1,4 Millionen anstiege. Auch hier zeigt sich jedoch die raschere und quantitativ „ergiebigere“ Wirkung des größeren ersten Schritts in den ersten Jahren. Der Effekt wird deutlicher, wenn man den Beschäftigungseffekt der verschiedenen Arbeitszeitverkürzungs-Modelle nicht mit der Ausgangs-Beschäftigung, sondern mit der Beschäftigungs-Entwicklung im „Null-Modell“ ohne Arbeitszeitverkürzung vergleicht (Modellrechnung II a).

(c) Die potentiellen Beschäftigungseffekte werden selbst dann nicht durch die Steigerung der realen Lohnstückkosten neutralisiert, wenn man sich insoweit an der in dieser Hinsicht ungünstigen Modellrechnung I orientiert. Bei der „produktivitätsorientierten“ Arbeitszeitverkürzung in Ein-Stunden-Schritten bleiben die Lohnstückkosten durchweg

unter dem Ausgangsniveau. Bei den beiden „Subventionsmodellen“ mit größeren ersten Schritten der Arbeitszeitverkürzung dagegen hängt die Entwicklung der Lohnstückkosten wesentlich von den unterstellten Wachstumsraten ab. Da bei höherem Wirtschaftswachstum mehr Zusatzbeschäftigung notwendig wird, erhöht sich hier auch der relative Anteil subventionierter Beschäftigungsverhältnisse an der Gesamtbeschäftigung. Dementsprechend sinken hier die Lohnstückkosten unter das Ausgangsniveau. Nur bei Nullwachstum käme es hier zu einem Anstieg der Lohnstückkosten, der allerdings in seiner Größenordnung so begrenzt bliebe, daß allein davon wesentliche Beschäftigungsverluste nicht abgeleitet werden könnten.

Die Modellrechnung hat also gezeigt, daß durch

die staatliche Subventionierung eines größeren ersten Schrittes der Arbeitszeitverkürzung selbst bei Nullwachstum die Beschäftigungsentwicklung der kommenden Jahre spürbar verbessert werden könnte. Wenn aber wenigstens ein geringes Wirtschaftswachstum zustande käme, so bietet die subventionierte Verkürzung der Wochenarbeitszeit die andernfalls bis zum Ende des Jahrzehnts unerreichbare Chance, die Massenarbeitslosigkeit ganz erheblich zu mindern und sie bei mittlerem Wirtschaftswachstum sogar zu beseitigen. Diese Chance eröffnet sich allerdings nur dann, wenn der Verteilungsspielraum der Sozialpartner durch eine finanzielle Beteiligung des Staates an den Kosten der Arbeitszeitverkürzung erweitert wird.

Modellrechnungen

Modellrechnung I: Änderung des Arbeitskräfte-Bedarfs und der realen Lohnstückkosten bei stufenweisem Übergang zur 35-Stunden-Woche mit konstanten Realöhnen und bei unterschiedlichen Raten des Wirtschaftswachstums. Optimistische Annahmen.¹⁾

Jahr	Output	„Null-Modell“ (ohne Arbeitszeit- verkürzung)		„Produktivitäts- orient. Modell“ (1+1+1+1+1)		„Subventions- modell A“ (2+1+1+1)		„Subventions- modell B“ (3+1+1)	
		Beschäfti- gungs- änderung ²⁾ in 1000	Index der Lohn- stück- kosten ³⁾	Beschäfti- gungs- änderung ²⁾ in 1000	Index der Lohn- stück- kosten ³⁾	Beschäfti- gungs- änderung ²⁾ in 1000	Index der Lohn- stück- kosten ³⁾	Beschäfti- gungs- änderung ²⁾ in 1000	Index der Lohn- stück- kosten ³⁾
1	100	- 487	97,6 -	- 276	98,6	243	100,6	790	101,9
2	100	- 964	95,2 -	- 250	98,8	283	100,7	846	102,0
3	100	-1428	92,9 -	- 212	98,9	338	100,8	920	102,2
4	100	-1881	90,6 -	-158	99,2	409	101,0	409	101,0
5	100	-2323	88,4 -	- 89	99,6	- 89	99,6	- 89	99,6
1	101,5	195	97,6 -	20	98,6	547	99,8	1102	101,1
2	103,0	-388	95,2 -	346	98,8	896	99,1	1476	100,5
3	104,6	-580	92,9 -	692	98,9	1267	98,5	1875	99,9
4	106,1	-769	90,6 -	1059	99,2	1661	97,9	1661	97,9
5	107,7	-957	88,4 -	1450	99,6	1450	96,0	1450	96,0
1	103,0	98	97,6 -	316	98,6	850	99,1	1414	100,4
2	106,1	196	95,2 -	952	93,8	1518	97,7	2116	99,0
3	109,3	294	92,9 -	1623	98,9	2224	96,4	2859	97,7
4	112,6	393	90,6 -	2332	99,2	2970	95,1	2970	95,1
5	115,9	492	88,4 -	3082	99,6	3082	92,8	3082	92,8

¹⁾ Unterstellte Steigerung der Stundenproduktivität für alle Modell-Varianten: 4 Prozent im ersten Jahr der Arbeitszeitverkürzung, sonst 2,5 Prozent jährlich.

²⁾ Ausgangs-Bestand von 20 Millionen Vollzeit-Beschäftigten.

³⁾ Ausgangsjahr = 100; konstante Realöhne.

⁴⁾ Subvention bei Mehrbeschäftigung: DM 18.500,- DM pro Jahr.

Modellrechnung II: Änderung des Arbeitskräfte-Bedarfs und der realen Lohnstückkosten bei stufenweisem Übergang zur 35-Stunden-Woche mit konstanten Reallohnen und bei unterschiedlichen Raten des Wirtschaftswachstums. Pessimistische Annahmen.¹⁾²⁾

	Jahr	BIP	„Null-Modell“ (ohne Arbeitszeit- verkürzung)		„Produktivitäts- orient. Modell“ (1+1+1+1+1)		„Subventions- modell A“ (2+1+1+1)		„Subventions- modell B“ (3+1+1)	
			Beschäfti- gungs- änderung ³⁾ in 1000	Index der Lohn- stück- kosten ⁴⁾	Beschäfti- gungs- änderung ³⁾ in 1000	Index der Lohn- stück- kosten ⁴⁾	Beschäfti- gungs- änderung ³⁾ in 1000	Index der Lohn- stück- kosten ⁴⁾	Beschäfti- gungs- änderung ³⁾ in 1000	Index der Lohn- stück- kosten ⁴⁾
Variante I (Nullwachstum)	1	100	- 402,439	97,560	- 227,810	98,619	200,404	100,635	651,767	102,066
	2	100	- 795,062	95,181	- 441,918	97,321	- 7,916	99,952	450,197	101,427
	3	100	-1178,109	92,859	- 642,227	96,107	- 201,733	98,777	263,931	100,836
	4	100	-1551,814	90,595	- 828,589	94,978	- 380,835	98,792	- 380,835	98,792
	5	100	-1916,404	88,385	-1000,803	93,934	-1000,803	93,934	-1000,803	93,934
Variante II (1,5% Wachstum)	1	101,5	- 160,975	97,560	16,272	98,619	450,910	99,930	909,043	101,361
	2	103,0	- 320,380	95,181	43,437	97,321	490,557	98,575	962,516	100,028
	3	104,6	- 478,230	92,859	82,130	96,107	542,744	97,277	1029,680	98,753
	4	106,1	- 634,540	90,595	133,063	94,978	608,293	96,035	608,293	96,035
	5	107,7	- 789,325	88,385	197,036	93,934	197,036	93,405	197,036	93,405
Variante III (3% Wachstum)	1	103,0	80,487	97,560	260,355	98,619	701,416	99,246	1166,320	100,677
	2	106,1	161,368	95,181	536,018	97,321	996,451	97,237	1482,464	98,689
	3	109,3	242,634	92,859	828,216	96,107	1309,555	95,313	1818,400	96,789
	4	112,6	324,314	90,595	1138,310	94,978	1642,261	93,474	1642,261	93,474
	5	115,9	406,384	88,385	1467,817	93,934	1467,817	90,274	1467,817	90,274

¹⁾ Unterstellte Steigerung der Stundenproduktivität für alle Modell-Varianten: 4 Prozent in allen Modellen mit Arbeitszeitverkürzung, sonst 2,5 Prozent jährlich.

²⁾ Ausgangs-Bestand von 16,5 Millionen Vollzeit-Beschäftigten.

³⁾ Ausgangsjahr = 100; konstante Reallohne.

⁴⁾ Subvention bei Mehrbeschäftigung: DM 18.500,- DM pro Jahr.

Modellrechnung II a: Anstieg des Arbeitskräftebedarfs im Vergleich zum „Null-Modell“ ohne Arbeitszeitverkürzung. Sonstige Annahmen wie bei Modellrechnung II.

	Jahr	„Produktivitätsorient. Modell“ (1+1+1+1+1)	„Subventionsmodell A“ (2+1+1+1)	„Subventionsmodell B“ (3+1+1)
Variante II 1,5% Wachstum	1	177	612	1070
	2	363	811	1283
	3	560	1021	1508
	4	768	1243	1243
	5	986	986	986

Anmerkungen

¹⁾ Vgl. die Prognose des IAB, Wachstum und Arbeitsmarkt, Quintessenz aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 1, Nürnberg 1982.

²⁾ Scharpf, F. W., Neue Arbeitsmarktpolitik in einem wirtschaftspolitischen Gesamtkonzept, in: Dierkes, M./Strümpel, B.: Wenig Arbeit aber viel zu tun, Im Erscheinen.

³⁾ Vgl. DIW, Was bringt der Einstieg in die 35-Stunden-Woche? bearbeitet von Stille, F./Zwiener, R., in: DIW-Wochenbericht 31/83; Krümpel, A. und Mitarbeiter, Gesamtwirtschaftliche Auswirkungen einer Verkürzung der Arbeitszeit, Kurzfassung des Gutachtens für den Bundesminister für Wirtschaft, abgedruckt in: Ifo-Schnelldienst 30/83; Reyher, L. et al., Arbeitszeit und Arbeitsmarkt, in: MitAB 3/1979.

4) Vgl. Mertens, D., Quantitative und qualitative Beschäftigungswirkung von Arbeitszeitverkürzung. Referat auf der Arbeitsstättung der IG Metall, Perspektiven der Arbeitszeitverkürzung, vom 24.-26. August 1983 in Sprockhövel. Für einen Überblick über Befragungen zu Arbeitszeitwünschen vgl. Landenberger, M., Arbeitszeitwünsche. Vergleichende Analyse vorliegender Befragungsergebnisse. Discussion paper IIM/LMP 83-17, Wissenschaftszentrum Berlin 1983.

5) Landenberger, M., Auswirkungen flexibler Arbeitszeiten auf die individuelle soziale Sicherung der Arbeitnehmer, Manuscript, Wissenschaftszentrum Berlin 1984.

6) Zu bedenken ist auch, daß die Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen in der Bundesrepublik mit 50% noch weit unterhalb der in Schweden bereits erreichten (75%) liegt. Wenn die Arbeitgeber also tatsächlich das Angebot von Teilzeit-Arbeitsplätzen wesentlich ausweiten würden, so wäre mit erheblichen Mobilisierungseffekten zu rechnen: Verheiratete Frauen, die derzeit nicht als Arbeitslose registriert sind, würden ihr bisher latentes Interesse an einer Teilzeit-Berufstätigkeit entdecken und als zusätzlich Arbeitsuchende auf dem Arbeitsmarkt auftreten. Dies wäre gesellschaftspolitisch aus unserer Sicht durchaus wünschenswert. Aber wegen des Mobilisierungseffekts wäre die Ausweitung der Teilzeitarbeit jedenfalls gegenwärtig kein geeignetes Instrument zur raschen Verminderung der registrierten Arbeitslosigkeit.

7) So etwa: Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft. Vermindert Arbeitszeitverkürzung die Arbeitslosigkeit? Frankfurt, 25. Juni 1983; RWI, Verkürzung der Wochenarbeitszeit - ein Weg zur Verringerung der Arbeitslosigkeit? in: Konjunkturbrief des RWI, Juli 1983/4; Gutowski, A., Arbeitszeitverkürzung - ein Irrweg, in: Wirtschaftsdienst, Nr. 6, Juni 1983; Soltwedel, R./Walter, N., Arbeitszeitverkürzung - Lösung für die wirtschaftspolitischen Probleme der achtziger Jahre? in: Kieler Arbeitspapiere, Nr. 141, 1982.

8) Schettkat, R., Generelle Arbeitszeitverkürzung - Gesamtwirtschaftliche Kosten- und Beschäftigungswirkungen, Discussion Paper IIM/LMP 84-2, Wissenschaftszentrum Berlin 1984.

9) So auch der Sachverständigenrat (Tz. 458). Das DIW (Anm. 3) unterstellt allerdings bei einer auf mehrere Jahre verteilten Verkürzung der Wochenarbeitszeit auch nach dem ersten Jahr noch zusätzliche Produktivitätssteigerungen. Dadurch würden sich gegenüber unserer Annahme sowohl die Lohnstückkosten als auch der rechnerische Beschäftigungseffekt der Arbeitszeitverkürzung vermindern.

10) Schettkat, R., Auswirkungen einer generellen Arbeitszeitverkürzung auf öffentliche Haushalte, Arbeitnehmerinnen und gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Discussion paper IIM/LMP 83-15, Wissenschaftszentrum Berlin 1984.

11) A. a. O.

12) Hinzu kommt noch die Erhöhung des relativen Gewichts der fixen Lohnkostenbestandteile, die die Unternehmen zu einer höheren Inanspruchnahme von Überstunden veranlassen könnten, was allerdings durch die jeweilige Kostenregelung (Freizeitgleich, Überstundenzuschlag) beeinflusst wird. Zu der Bedeutung der fixen Lohnkostenbestandteile für das Beschäftigungsverhalten der Unternehmen vgl. Hart, R. A., The Economics of Non-Wage-Labour Costs, London 1984.

13) DIW, a. a. O.; Mertens, D., a. a. O.

14) Vgl. zu Frankreich: Meriaux, B., The Employment and Labour Market Policy Under the French Socialistic Government, in: Gerlach, K./Sengenberger, W. (Hrsg.), Public Policies to Combat Unemployment in a Period of Economic Stagnation - an International Comparison, Frankfurt, 1984; zu Großbritannien: Shorter Hours Through National Agreements, in: Department of Employment Gazette, October 1983.

15) Je zusätzlich Beschäftigten ergeben sich die folgenden durchschnittlichen jährlichen Entlastungen und Mehreinnahmen bei 40% Einstellungen aus der „stillen Reserve“ (Stand 1982):

Entlastungen:

Arbeitslosengeld (inkl. Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge)	5.900 DM
Arbeitslosenhilfe (inkl. Kranken- und Rentenversicherungsbeiträge)	1.640 DM
Sozialhilfe	360 DM

Entlastungen insgesamt 7.900 DM

Mehreinnahmen:

Lohnsteuer	4.490 DM
Arbeitslosenversicherung	1.080 DM
Krankenversicherung (Saldo)	2.000 DM
Rentenversicherung (Saldo)	3.030 DM

Mehreinnahmen insgesamt 10.600 DM

Gesamt 18.500 DM

Zu den Grundlagen und Annahmen dieser Berechnung vgl. Schettkat, R., 1983, Anm. 10.

16) Das Durchschnittseinkommen der abhängig Beschäftigten wurde von Hellberger, C. (Chancen und Probleme einer Senkung der Altersgrenze, in: Wirtschaftsdienst 11/1983) übernommen. Das Jahresbruttoeinkommen betrug danach 33.000,- DM. Hinzu kommen die Sozialversicherungsabgaben der Arbeitgeber von 17,55%, so daß die Bruttolohnkosten 38.792,- DM betragen. Subventionen in Höhe von 18.500,- DM jährlich entsprechen dann 47,7% der durchschnittlichen Bruttolohnkosten.

17) Die Subventionierung wäre also wesentlich großzügiger als der in Frankreich für die ersten „Solidaritätsverträge“ zur Wochenarbeitszeitverkürzung angebotene degressive Erlaß der Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung.

18) Hohn, H. W./Windolf, P., Selektion und Qualifikation. Die betriebliche Personalauswahl in der Krise. Discussion Paper IIM/LMP 82-28, Wissenschaftszentrum Berlin 1982.

19) Wir haben also nicht berücksichtigt, daß im „Null-Modell“ bei höherem Wirtschaftswachstum zunächst einmal die vorhandenen (und in den anderen Modellen durch Arbeitszeitverkürzung absorbierten) Produktivitätsreserven ausgeschöpft werden, ehe es zu Mehreinstellungen kommt.

20) Bei unseren Berechnungen haben wir den öffentlichen Sektor mit einbezogen, obwohl hier Sonderregelungen möglich wären.

Vom dem Bestand von 22,455 Millionen abhängig Beschäftigten im Jahre 1982 haben wir einen Anteil von 10% Teilzeit-Beschäftigten abgezogen.

21) Damit entspricht Modellrechnung II im wesentlichen den Annahmen der IAB-Modellrechnung (Anm. 4) und den Ergebnissen der DIW-Simulation (Anm. 3).

22) Es handelt sich also um eine Bedarfschätzung und nicht um eine Beschäftigungsprognose. Organisatorische Schwierigkeiten einzelner Betriebe bleiben also ebenso außer Betracht wie die Möglichkeiten von Kapazitäts- oder Personalengpässen. Gesamtwirtschaftlich könnten solche Schwierigkeiten durch die stärkere Expansion anderer Unternehmen ausgeglichen werden. Zu den Einzelheiten der Berechnung vgl. Schettkat 1984, (Anm. 8).

Willi Haller/Andreas Hoff: Arbeitszeitflexibilisierung oder Verkürzung der Wochenarbeitszeit – eine falsche Alternative!

Willi Haller, Jahrgang 1935, ist gelernter Industriekaufmann und arbeitet als Unternehmensberater mit dem Spezialgebiet Arbeitszeitorganisation. Er beschäftigt sich seit 15 Jahren mit den Problemen der Arbeitszeitflexibilisierung.

Dr. Andreas Hoff, Jahrgang 1952, arbeitete mehrere Jahre am Wissenschaftszentrum in Berlin und promovierte über betriebliche Arbeitszeitpolitik.

Die IG Metall und mit ihr einige kleinere DGB-Gewerkschaften fordern die Einführung der 35-Stunden-Woche und werden notfalls auch dafür streiken. Die Arbeitgeber bieten die Flexibilisierung der Arbeitszeiten und individuelle Arbeitszeitverkürzungen ohne Lohnausgleich anstelle der geforderten kollektiven Arbeitszeitverkürzungen mit Lohnausgleich. Beide Seiten lehnen die Konzepte der Gegenseite rigoros ab. Die Fronten verhärten sich zusehends, und man braucht keine prophetische Gabe, um für das Frühjahr in der Metallindustrie einen Arbeitskampf mit Streiks und Aussperrungen vorauszu sehen, an dessen Ende vielleicht eine 38-Stunden-Woche mit gleichem Nominaleinkommen wie bisher steht: Der Berg kreißt und gebiert eine Maus, denn die 38-Stunden-Woche wird trotz der im Arbeitskampf gebrachten Opfer und trotz der Reallohnverluste, die mit Sicherheit dabei hinzunehmen sein werden, den erhofften Abbau der Arbeitslosigkeit nicht bringen.

Dieser Weg ist allerdings nicht zwangsläufig vorgezeichnet. Am Ende der Tarifverhandlungen könnte statt eines faulen Kompromisses eine Synthese der beiden Forderungen stehen. Die Forderungen beider Seiten stehen nämlich nicht im Widerspruch zueinander. Sie lassen sich vielmehr produktiv miteinander kombinieren. Darauf zielt der hiermit vorgelegte Vorschlag ab:

1. Bei einer zweijährigen Laufzeit des Tarifvertrags wird die wöchentliche Arbeitszeit in einem Schritt um 10 % auf 36 Stunden reduziert. Den Arbeitgebern wird eine einjährige Übergangszeit eingeräumt.

2. Die Verteilung der Arbeitszeit erfolgt flexibel

entsprechend den jeweiligen betrieblichen Bedingungen. Die 36-Stunden-Woche ist im Jahresdurchschnitt zu realisieren. Dabei beträgt die Tagesarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten 7 bis 9 Stunden, die Wochenarbeitszeit maximal 45 Stunden.

3. Die Flexibilität der Wochenarbeitszeit ersetzt die gegenwärtig übliche Flexibilität über Mehrarbeit (Überstunden) und Kurzarbeit. Beide kommen nur noch in extremen Ausnahmefällen zur Anwendung.

4. Die 36-Stunden-Woche wird kostenneutral eingeführt. Dazu wird für zwei Jahre das bestehende Nominaleinkommen aufrechterhalten (voller Lohnausgleich). Die aus dem organisatorischen und technischen Fortschritt sowie aus der Arbeitszeitverkürzung selbst zu erwartenden Produktivitätsgewinne decken die durch die Arbeitszeitverkürzung entstehenden Mehrkosten.

Befürwortet wird ein sozial gestaffelter Ausgleich der Reallohnneinbußen für die unteren und mittleren Einkommensgruppen durch gleichzeitig zu vollziehende entsprechende Änderungen der Lohnsteuertarife.

5. Zur Stärkung des beschäftigungspolitischen Effekts wird vereinbart, nach einer einjährigen Übergangszeit die Abgeltung aller bisher gewährten Zuschläge für außergewöhnliche Belastungen (Schichtarbeit, Nachtarbeit, Arbeit an Wochenenden und Feiertagen, Erschwerungszulagen für Lärm, Schmutz usw.) statt in Geld in Freizeit vorzunehmen. Erst dann kann wirklich von „Entschädigung“ gesprochen werden.

Begründung:

1. Wir brauchen eine Arbeitszeitverkürzung erheblichen Ausmaßes, weil stufenweise eingeführte Maßnahmen ohne Arbeitsmarktwirkung zu verpuffen drohen. Da eine solche Arbeitszeitverkürzung für die Betriebe zum Teil große Umstellungsprobleme mit sich bringt, sollte sie erst nach einer einjährigen Übergangszeit vollzogen werden. Dadurch können zugleich die Kosten der Arbeitszeitverkürzung auf einen Zeitraum von zwei Jahren verteilt werden.

2. Die Möglichkeiten für die Betriebe, die Arbeitszeitvorgabe flexibel umzusetzen, erlaubt eine den jeweiligen Gegebenheiten angepasste Regelung. Denkbar sind beispielsweise

– der Übergang zu einer Viertagewoche mit neunstündiger Tagesarbeitszeit und der Möglichkeit, die Betriebszeit auf sechs Tage aus-

zuweiten. Dadurch kommt es praktisch zu einem Eineinhalbschicht-Betrieb mit jeweils drei Vollzeiträften für zwei Arbeitsplätze.

- der Einbau zusätzlicher, auch kumulierbarer Freischichten unter Beibehaltung der gegenwärtigen Arbeitszeitregelung. Einfachstes Beispiel: Die 40-Stunden-Woche wird beibehalten; die Mitarbeiter bekommen für jeweils zwei Arbeitswochen einen freien Tag. Die Lage der freien Tage wird einvernehmlich mitarbeiterindividuell geregelt.
- die Vereinbarung von Jahresarbeitszeitverträgen mit flexibel gehandhabter Arbeitszeitverteilung.

Die kommende Verkürzung der Arbeitszeit sollte allgemein zu einer Pluralisierung der Arbeitszeitregelungen genutzt werden, da uniforme Regelungen letztlich weder den Interessen der Arbeitgeber noch denen der Arbeitnehmer gerecht werden. Diese Pluralisierung kann sich bis in die Betriebe hinein fortsetzen, so daß es zu bereichsindividuellen, abteilungsindividuellen und arbeitsplatzindividuellen Arbeitszeitvereinbarungen kommen kann. Damit kann die Abkopplung der Betriebszeiten von den Arbeitszeiten verbunden sein, d. h. die Nutzungsdauer der Betriebsmittel wird künftig weniger als heute von der tariflich vereinbarten Arbeitszeit diktiert. Dabei werden die bisher üblichen Schichtsysteme ergänzt durch variable Schichtmodelle mit Teilschichten unterschiedlicher Dauer, so daß Betriebszeiten beliebiger Länge praktikabel werden. Das von Arbeitgeberseite gegen die kollektive Arbeitszeitverkürzung ins Feld geführte Argument, die damit zwangsläufig verbundene Verkürzung der Betriebszeit erhöhe die Kapitalstückkosten, wird damit hinfällig.

Eine flexible Handhabung der Regelarbeitszeit erleichtert den Einbau von Teilzeitarbeit in die betriebliche Organisation, auch in Formen, die nach Lage und Dauer von der klassischen Regelung (Halbtagsarbeit) abweichen. Auch dieser Weg der Arbeitsumverteilung über individuelle Arbeitszeitverkürzungen sollte in Zukunft stärker als bisher begangen werden. Allerdings ist es dazu notwendig, die bisher übliche Diskriminierung der Teilarbeitszeit zu überwinden.

Eine flexible Arbeitszeitgestaltung bringt Produktivitätssteigerungen mit sich, die zur Finanzierung der Arbeitszeitverkürzung herangezogen werden können. Dies ist der ökonomische Kern des vorgelegten Modells. Die Arbeitszeitverkür-

zung muß auch deshalb einen erheblichen Umfang annehmen, damit ihr rechnerischer Beschäftigungseffekt nicht durch die sie begleitenden Produktivitätssteigerungen zunichte gemacht wird.

Die Arbeitszeithöchstgrenzen sind gemäß arbeitswissenschaftlichen Kriterien je nach den Arbeitsanforderungen festzulegen. Dabei darf jedoch eine tägliche Höchstarbeitszeit von neun Stunden bzw. eine wöchentliche Höchstarbeitszeit von 45 Stunden nicht überschritten werden. Die minimale tägliche Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte sollte sieben Stunden betragen, damit die Wegezeiten kein übermäßiges Gewicht bekommen.

3. Dadurch, daß die Regelarbeitszeit flexibel über die Woche und über größere Zeiträume verteilt werden kann und der Ausgleich lediglich im Laufe eines Jahres erfolgen muß, entfällt in der Regel die Notwendigkeit der Mehrarbeit in Form von Überstunden. Das gleiche gilt für die Kurzarbeit. In den Betrieben, die heute dauernd Mehrarbeit leisten, können durch Mehrfachbesetzung von Arbeitsplätzen, z. B. 5 Mitarbeiter für 4 Arbeitsplätze, zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für Voll- und Teilzeitarbeitnehmer geschaffen werden. Nur so läßt sich die gegenwärtig geleistete Mehrarbeit arbeitsmarktwirksam umstellen. Ein generelles Verbot oder eine erhebliche Einschränkung der Mehrarbeit sind angesichts des Flexibilitätsbedarfs der Betriebe weder wünschenswert noch durchsetzbar, um so mehr als der härter werdende internationale Wettbewerb vielfach zu immer größeren Schwankungen in der Auslastung der Kapazität führt.

Die grundsätzliche Übereinkunft, Mehrarbeit in Zukunft durch Freizeit auszugleichen, statt wie bisher finanziell abzugelten, beantwortet die Frage nach der Gewährung von Zuschlägen nicht zwingend. Es wird vorgeschlagen, die Differenz der künftigen zur bisherigen Wochenarbeitszeit, also vier Stunden zwischen 36 und 40 Stunden als zuschlagsfreie Verfügungsmasse zu behandeln, für die der Freizeitausgleich im Verhältnis 1:1 erfolgt. Für die darüber hinaus zulässigen weiteren fünf Stunden pro Woche soll ein Zuschlag in Höhe von 50% in der Weise vereinbart werden, daß für diese zusätzlichen Mehrstunden eine Zeitgutschrift im Verhältnis 1:1,5 erfolgt. Damit bliebe das Prinzip gewahrt, daß eine Entschädigung für außergewöhnliche Belastungen im eigentlichen Wortsinn nur durch Freizeit erreich-

bar ist. Geld behebt den dadurch entstehenden Schaden an physischer und psychischer Gesundheit nicht. Es ist allenfalls ein Trostpflaster.

Eine flexiblere Gestaltung der Arbeitszeiten erfordert generell Regelungen, die es den einzelnen Arbeitnehmern ermöglichen, ihre Arbeitszeit- bzw. Freizeitinteressen zur Geltung zu bringen. Es ist Aufgabe der Tarifparteien, aber auch des Gesetzgebers, hierfür einen entsprechenden Rahmen zu schaffen, der einen laufenden Interessenausgleich gewährleistet.

4. Die Verkürzung der Arbeitszeit sollte kostenneutral erfolgen, damit ihr beschäftigungspolitischer Erfolg nicht gefährdet wird. Dazu schlagen wir eine zweijährige Lohnpause vor. Der ungenutzte Lohnerhöhungsspielraum während dieser Zeitspanne dürfte etwa die Hälfte der entstehenden Kosten abdecken. Die andere Hälfte der Kosten wird aufgefangen durch die bereits angesprochenen Produktivitätssteigerungen, die noch dadurch verstärkt werden, daß die Betriebe Schwankungen der Kapazitätsauslastung besser gerecht werden, längere Betriebszeiten realisieren und stärker als bisher differenzierte Teilzeitarbeit nutzen können.

5. Die Abgeltung von Zuschlägen in Freizeit statt in Geld ist weitgehend kostenneutral, belastet die Unternehmen also nicht, wenn sie erst einmal das von ihnen selbst vorgeschlagene Flexibilitäts-Konzept praktizieren. Ohne dieses Flexibilitäts-Konzept wird es allerdings schwierig, die durch eine solche Neuregelung entstehenden Freizeiten organisatorisch zu bewältigen.

Der eintretende Reallohnverlust ist für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen allerdings nur schwer zu verkraften. Wir schlagen daher vor, gleichzeitig mit der Arbeitszeitverkürzung den Lohnsteuertarif mit dem Ziel der Entlastung dieser Gruppen umzugestalten. Entsprechende Absichtserklärungen liegen aus Bonn bereits vor. Ein Teil des reduzierten Steueraufkommens kann durch Nutzung der Einsparungen infolge des zu erwartenden Abbaus der Arbeitslosigkeit ausgeglichen werden. Im übrigen wird zunehmend klar, daß der Faktor Arbeit ohnehin zu sehr mit Steuern und Abgaben belastet wird. Jedenfalls erscheint eine Beteiligung des Staates an den Kosten des Arbeitsumverteilungsprozesses angesichts der gesellschaftlichen Aufgabe und der erklärten Zielsetzung dieser Regierung, vorrangig die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, gerechtfertigt.



Norbert Römer: Die Pflicht zur Selbst- behauptung Konsequenzen aus der frei- heitlich-demokratischen Tradition der deutschen Sozialdemokratie

Norbert Römer, Jahrgang 1947, ist Gewerkschaftssekretär der IG Bergbau und Energie.

Will die SPD wieder Fuß fassen, sich regenerieren, will sie wieder attraktiv werden für Arbeitnehmer und neue soziale Bewegungen, dann muß sie Kompetenz in allen die Menschen bewegenden Fragen der Wirtschaft und Politik zurückgewinnen, dann muß sie als Sozialdemokratie wieder glaubwürdig sein. Die Herausbildung wirtschafts-, sozial- und arbeitsmarktpolitischer Wege und Initiativen der SPD als tatsächliche Alternativen zur konservativen Politik sind dafür die wesentliche Voraussetzung. Daß viele Arbeitnehmer gerade auf diesem Gebiet der Sozialdemokratie keine Kompetenz mehr zutrauen, haben nicht zuletzt die Ergebnisse der Bundestagswahl vom 6. März 1983 gezeigt. Die Flucht in eine große Koalition würde diese Annahme deshalb nur noch bestärken.

Inzwischen gibt es überall dort, wo Sozialdemokraten über den eigenen Standort und die Perspektiven einer sozialdemokratischen Alternative zum konservativ gewendeten autoritären Staat ohne sozial-, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Verantwortung diskutieren, vielfältige Überlegungen zu Wegen und Zielen glaubwürdiger Konzeptionen. Das beginnt mit den sozial-ökonomischen Problemen der dritten industriellen Revolution und geht bis zur Revision des Godesberger Programms.

Bei dieser Debatte gilt es, sich der historischen Rolle der deutschen Sozialdemokratie zu erin-

nen und diese in einen Zusammenhang mit den Fragen und Problemen unserer Zeit zu stellen. Die freiheitlich-demokratische Tradition der deutschen Sozialdemokratie muß der Ausgangspunkt für den Kurs auf künftige innen- und außenpolitische Ziele bleiben oder wieder werden. Das gilt sowohl gegenüber dem Neo-Konservatismus und dem Neo-Liberalismus der gegenwärtigen Regierungspolitik als auch gegenüber der in Bewegung geratenen Machtdoktrin sowjetischer Prägung.

In die beginnende Programmdiskussion müssen deshalb folgende Erkenntnisse aus dem freiheitlich-demokratischen Selbstverständnis der deutschen Arbeiterbewegung eingebracht werden: Für die Ausformung der organisatorischen und programmatischen Grundlagen der deutschen Sozialdemokratie und der freien Gewerkschaftsbewegung gab es nach 1945 aus der Tradition, den Erfahrungen und dem Vermächtnis von Lassalle und Bebel für Kurt Schumacher und Hans Böckler ein geschichtlich fundiertes Selbstverständnis und Selbstvertrauen für den Neubeginn nach der Zerschlagung der nazi-faschistischen Diktatur durch die Alliierten. Daraus sind die charismatische Macht der Ideen und die schöpferische Kraft zur Gestaltung der neuen Fundamente einer freiheitlichen Demokratie und eines sozialen Rechtsstaates zu erklären.

Aus dieser geschichtlichen Erfahrung nach 1945 und dem traditionellen Selbstverständnis sozialdemokratischer Grundwerte sind heute die konzeptionellen politischen Leitlinien zu entwickeln, durch die die SPD einen erneuten politischen Gestaltungsauftrag von den Wählerinnen und Wählern erhalten kann. Konkret geht es um zwei Problemkreise:

- Es muß eine klare Konzeption in den sozial-ökonomischen Fragen als glaubwürdige Alternative zur konservativ-reaktionären Politik der Bundesregierung entwickelt werden.

- Es muß gleichzeitig sichtbar die Kontinuität der freiheitlich-demokratischen Tradition der deutschen Sozialdemokratie gegenüber dem totalitären Kommunismus demonstriert werden.

Ich konzentriere mich auf den zweiten Problemkreis, weil dieser bislang nicht ausreichend beachtet worden ist. In der geschichtlich bedingten Konfrontation zwischen der deutschen Sozialdemokratie und dem Sowjetkommunismus gilt es, ständig Flagge zu zeigen und als freiheitlich-demokratische Kraft glaubwürdig für die Bundes-

bürger zu bleiben. Dies war für den Existenzkampf nach 1945 angesichts der kommunistischen Herausforderung im Kampf um ein freiheitlich-demokratisches Deutschland ebenso unverzichtbar, wie es heute – Jahrzehnte später – unter veränderten Bedingungen notwendig bleibt.

Der geschichtliche Gegensatz zwischen der Sozialdemokratie und dem Sowjetkommunismus resultiert aus dem traditionellen Bekenntnis der deutschen sozialistischen Arbeiterbewegung und damit der SPD zur parlamentarischen Demokratie mit ihren individuellen bürgerlichen Freiheiten und Rechten aus der Französischen Revolution von 1789 und den kollektiven sozialen aus der deutschen Arbeiterbewegung, wie es bereits im Erfurter Programm der SPD von 1891 festgelegt ist. Dieses Programm wird übrigens bis heute von der parteikommunistischen Geschichtsschreibung mit dem Eigenschaftswort „marxistisch“ belegt.

Mit ihrem eindeutigen Bekenntnis zur parlamentarischen Demokratie steht die SPD also in der eigenen Tradition von Lassalle und Bebel und verteidigt damit auch die demokratischen Ziele von Marx und Engels. Genau deshalb wurde ja diese Selbstbehauptung der SPD von den Stalinisten mit dem Kampfbegriff „Antikommunismus“ zu verleumden versucht. Sie sind damit in der Tradition Lenins geblieben, der jegliche Kritik an seiner Politik zur „Konterrevolution“ erhob oder reduzierte.

Beide Kampfbegriffe zielten und zielen auf die bei vielen Sozialdemokraten trotz aller kommunistischen Realität unbeschadete Sympathie für die Urkommunisten Marx und Engels, aus der dann jedoch (zu) oft irrigerweise auch Sympathie für die selbsternannten Kommunisten in der Nachfolge Lenins und Stalins abgeleitet wird. Insofern bleibt die beste Abwehr solcher Verleumdungen die offensive Auseinandersetzung mit der Realität. Die Kritik an den tatsächlichen Zuständen, die von ihren Verursachern kommunistische genannt werden, ist dann also zwangsläufig immer auch antikommunistisch, obwohl aus der historischen Tradition genau das Umgekehrte abzuleiten ist. Marx verkehrt – auch das ist ein Dilemma der deutschen Sozialdemokratie.

Der geschichtliche Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und real existierendem Kommunismus wird so lange geistig-ideologisch ausgetragen werden müssen, bis die geschichtliche Revision

der obsolet gewordenen Machtdoktrin Leninischer Prägung erfolgt und das messianistische Sendungsbewußtsein in der sowjetischen Machtpolitik gegenüber Deutschland und Europa aufgegeben wird. In dieser historischen Konfrontation trägt die deutsche Sozialdemokratie eine besondere Verantwortung mit weitreichenden Konsequenzen.

Kurt Schumacher hat den sozialdemokratischen Standort auf dem ersten Parteitag der wiedergegründeten SPD im Mai 1946 in Hannover so gekennzeichnet: „Es ist nicht wahr, wie wohlmeinende Optimisten behaupten, daß zwischen uns und den Kommunisten nur ein Unterschied des Weges bestünde und das gleiche Ziel da wäre. Ein gleiches Ziel gibt es nicht. Dort drüben haben wir eine Form, die sich Sozialismus nennt, die aber nichts weiter ist als die Verdummung der Untertanen. Für uns aber ist Sozialismus die ökonomische Befreiung der moralischen und politischen Persönlichkeit.“

Diese freiheitlich-demokratische Grundhaltung, die jegliche Zusammenarbeit mit Kommunisten in der deutschen Arbeiterbewegung von vornherein unmöglich macht, resultiert aus einem existentiellen und nicht nur graduellen Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und dem real existierenden Kommunismus. Insofern unterscheidet sich der ureigene sozialdemokratische Antikommunismus von einem naiv-gefährlichen Reaganscher Prägung mit dem messianischen Teufelsaustreiber-Vorbild von der Sowjetunion als dem „Reich des Bösen“ nicht nur durch seine Fähigkeit zur geistig-ideologischen Auseinandersetzung auch im marxistischen Sinne – der sozialdemokratische Antikommunismus ist vor allem durch seine Überzeugungs- und Anziehungskraft auf Arbeitnehmer die einzig wählbare demokratisch-sozialistische Alternative zu bürgerlich-konservativen Parteien, deren Antikommunismus immer auch eine tradierte Polemik gegen jegliche Verbesserung der sozialen Situation der Arbeitnehmer und ihrer politischen Emanzipation einschließt.

Der sozialdemokratische Antikommunismus will die SPD für soziale, wirtschaftliche und gesellschaftliche Reformen politikkfähig halten, während die bürgerlich-konservativen Parteien und Gruppen mit ihrem Antikommunismus dies zu verhindern suchen. Und genau das macht diese Sozialdemokratie für die Kommunisten so gefährlich, wie das Beispiel der „ militanten Sozial-

demokratie“ Schumachers zeigt – also einer politisch offensiven, die geistig-ideologische Auseinandersetzung agierend führenden SPD.

Die Sowjets wurden damals davon ebenso überrascht wie die deutschen Kommunisten. Das von Ulbricht vermittelte Moskau-Bild von den zur Macht unfähigen sozialdemokratischen Nur-Kommunalpolitikern wurde restlos zerstört. Schumachers SPD gewann damit nicht nur den „Kampf um die Freiheit“, wie das Gert Gruner und Manfred Wilke am Beispiel der Auseinandersetzungen zwischen SPD und KPD in Berlin 1945/46 so ausgezeichnet dokumentiert haben, sondern sie schuf schon damals eine entscheidende Grundlage für Willy Brandts Ostpolitik.

Der Leiter des einstigen SPD-Ostbüros, Stephan G. Thomas, zitiert in seiner Schumacher-Beschreibung im Buch „Demokraten – Profile unserer Republik“ den damaligen SPD-Vorsitzenden nach der gescheiterten sowjetischen Berlin-Blockade so: „Ohne den Widerstand der deutschen Sozialdemokratie könnten wir heute nicht von Entspannung, sondern müßten von Unterwerfung reden.“

Daß mit dem Beginn der Brandtschen Ostpolitik gleichzeitig das Ende der „ militanten Sozialdemokratie“ eingeläutet wurde, ist allerdings nicht allein auf die weitverbreitete Fehleinschätzung in der SPD, mit dem durch die Entspannungspolitik begonnenen „Wandel durch Annäherung“ erübrige sich die offensive geistig-ideologische Auseinandersetzung um die grundverschiedenen Gesellschaftssysteme, zurückzuführen. Vielmehr ist dies nur noch mit einem tragischen Irrtum, daß die für die Entspannungspolitik notwendige friedliche Koexistenz von kommunistischen und demokratischen Staaten auch den ideologischen Frieden bedinge, zu erklären, wenn nicht sogar mit einem offensichtlichen Unwillen oder schon einer Unfähigkeit in der SPD, die Konsequenzen aus der zweifellos erkennbaren Realität, daß für die Kommunisten genau das Gegenteil gilt, zu ziehen.

Die Auswirkungen dieser politischen Kastration weiter Teile der SPD sind verhängnisvoll und bis in die Gewerkschaften hinein spürbar. Kaum ein Sozialdemokrat erinnert sich noch an entscheidende Sätze im Godesberger Programm: „Zu Unrecht berufen sich die Kommunisten auf sozialistische Traditionen. In Wirklichkeit haben sie das sozialistische Gedankengut verfälscht. Die Sozialisten wollen Freiheit und Gerechtigkeit

verwirklichen, während die Kommunisten die Zerrissenheit der Gesellschaft ausnutzen, um die Diktatur ihrer Partei zu errichten.“

Nur wenige Sozialdemokraten kennen die Aussage Schumachers zur Gewerkschaftsfrage im Mai 1946: „In diesem Zusammenhang ein Wort über die traurige Rolle der Gewerkschaften in der Ostzone. Es ist eine schöne Sache, daß in einer Einheitsgewerkschaft alle Richtungen zusammenlaufen, und ich respektiere den Willen zur parteipolitischen Neutralität. Aber in Wahrheit waren die Gewerkschaften in der Ostzone das Instrument der Eroberung der Sozialdemokratie durch den Kommunismus. Und ich möchte hier den Gewerkschaften der Westzone das eine sagen: Von Euch hoffen wir mehr, und von Euch erwarten wir mehr. Wir werden in Euren Reihen gute Gewerkschafter sein. Wir werden Euch sozialdemokratische Politik nicht aufzuzwingen versuchen. Aber wir werden nicht dulden, daß irgendeine andere politische Richtung das Instrument der Gewerkschaften auch nur andeutungsweise zu beeinflussen versucht.“ Schumachers Vorstellung von gewerkschaftlicher Autonomie gründet sich also auf zwei ganz wesentliche Voraussetzungen, die einander bedingen:

- keine Dominanz sozialdemokratischer Politik in den Gewerkschaften,
- keine Duldung von Einflußnahmeversuchen anderer auf die Politik der Gewerkschaften.

Damit unterscheidet sich sein Autonomiebegriff elementar von dem Walter Ulbrichts, der mit der Formel „freigewerkschaftlich“ die Gewerkschaften in der sowjetischen Besatzungszone „frei“ von sozialdemokratischen Einflüssen hielt, um sie unter dem für sie phantastischen Namen „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund“ (FDGB) zusammenzuführen und geschlossen der kommunistischen Partei- und Staatsführung zu unterstellen. Ulbricht 1945: „Während die Gewerkschaften vor 1933 unter sozialdemokratischer Führung standen, müssen die neuen Gewerkschaftsorganisationen zu einheitlichen freien Gewerkschaften werden.“

Wer allerdings heute auf die selbstverständlich anhaltenden Einflußnahmeversuche der moskauhörigen Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und ihrer Vorfeldorganisationen auf die gewerkschaftliche Politik verweist und diese dann auch noch öffentlich diskutieren will, um sie kenntlich zu machen und abzuwehren, sieht sich jedesmal einem Trommelfeuer öffentlicher Kritik

bis hin zu persönlicher Herabsetzung ausgesetzt – auch und gerade von SPD-Mitgliedern. Und was für Schumachers „militante Sozialdemokratie“ undenkbar gewesen wäre, ist inzwischen gängige Praxis: Die Sprachregelungs-Politik der Kommunisten hat den einstmaligen gerade Sozialdemokraten ehrenden Titel „Antikommunist“ zu einem allseits akzeptierten Schimpfwort umfunktioniert. Antikommunist = Kalter Krieger = Faschist = Kriegstreiber – diese Gedankenkette ist in die Köpfe vor allem der jungen Generation, darunter viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter, förmlich hineintransportiert worden, besonders durch eine bedenkliche Form der politischen Bildungsarbeit.

So sah sich der zum linken SPD-Spektrum zählende Professor Peter von Oertzen einer öffentlichen Diffamierungskampagne ausgesetzt, als er es 1979 gewagt hatte, den DKP-nahen Marburger Professor Wolfgang Abendroth wegen dessen Rechtfertigungsversuche der Inhaftierung Rudolf Bahros durch das DDR-Regime zu kritisieren. Organisiert wurde diese Kampagne mit einer Abendroth-Ehrenerklärung vom einstigen Juso-Vorständler Fritsche – inzwischen von Abendroth für dessen Vertrauensdozentur-Nachfolge an der gewerkschaftlichen Akademie der Arbeit erfolgreich vorgeschlagen –; unterschrieben wurde sie auch von zig Gewerkschaftssekretären, die meisten davon SPD-Mitglieder. Der SPD-Parteivorstand hielt sich in dieser Auseinandersetzung um sein Mitglied von Oertzen vornehm zurück.

Als zwei Jahr zuvor die zum DKP-Spektrum zählenden Marburger Abendroth-Schüler Deppe, Fülberth und Harrer ihre parteikommunistische Legende von der „Geschichte der deutschen Gewerkschaften“ vorlegten und dieses Buch fast unbemerkt Eingang in die gewerkschaftliche Bildungsarbeit zu finden drohte, blieb es dem Berliner Sozialwissenschaftler und Nicht-SPD-Mitglied Manfred Scharrer überlassen, öffentlich Krach zu schlagen (s. NG 10/78). Er überführte die Marburger der Geschichtsklitterung und wertete ihre Darstellung als den „bisher geschickteste(n) Versuch, die parteikommunistische Geschichtskonstruktion an den bundesrepublikanischen Leser zu bringen“. Auch Scharrer sah sich öffentlichen Diffamierungsversuchen ausgesetzt. Die SPD-Führung mischte sich nicht ein, obwohl eine langanhaltende öffentliche Auseinandersetzung eben auch über die Geschichte der SPD und ihre Behandlung in der gewerkschaftlichen Bil-

dungsarbeit einsetzte. Nur Peter von Oertzen meldete sich gegen die Abendroth-Schüler zu Wort, kritisierte zugleich auch deren Lehrer und sah sich der vorher beschriebenen Kampagne ausgesetzt.

Als 1978 eine Abhandlung des IG-Metall-Sekretärs Peter Scherer über das Sozialistengesetz vor damals 100 Jahren als Bildungsheft 502 seiner Gewerkschaft öffentlich wurde, war schnell heraus, daß dieser passagenweise aus dem vom Zentralkomitee der SED herausgegebenen „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung“ abgeschrieben hatte. Auch der Bochumer Professor Hans Mommsen argumentierte dagegen. Das Bildungsheft wurde zurückgezogen. Von der SPD-Führung war nichts zu hören, obwohl die Geschichte ihrer Partei davon entscheidend behrührt war.

Als im selben Jahr von Mitarbeitern der DGB-Bundesjugendschule Oberursel ein „Diskussionspapier zur Strategie und Taktik von DKP und SDAJ im gewerkschaftlichen Jugendbereich“ öffentlich wurde, sah sich vor allem Schulleiter Hinrich Oetjen gewerkschaftsinternen wie öffentlichen Disziplinierungsversuchen ausgesetzt. Das Oberurseler Papier wurde flugs zum „Unpapier“ erklärt, über das inhaltlich nicht diskutiert werden dürfe, wie die Mehrheit des DGB-Bundesjugendausschusses entschied. Wer die notwendige Diskussion dennoch wagte, sah sich öffentlichen Schmähangriffen ausgesetzt – ja wurde gar mit dem wohl schlimmsten Vorwurf der Gewerkschaftsschädigung bedacht. Ganz besonders in kommunistischen Blättern wurden Befürworter der Diskussion über das Oberurseler Papier angegriffen. Von der SPD-Führung war zu allem nichts zu hören, geschweige denn zu lesen.

Diejenigen sozialdemokratischen Gewerkschafter, die im Sinne Schumachers nicht „dulden (wollen), daß irgendeine andere politische Richtung das Instrument der Gewerkschaften auch nur andeutungsweise zu beeinflussen versucht“, scheinen nach wie vor auf sich allein gestellt. Und bei nicht wenigen Beobachtern ist der Eindruck aufgekommen, als sei es der SPD-Führung eher unangenehm, daß Sozialdemokraten öffentlich gegen kommunistische Einflußnahmeversuche ankämpfen.

Als 1979 Dr. Detlef Hensche vom Vorstand der IG Druck und Papier, inzwischen dort Stellvertretender Vorsitzender und einst unter dem DGB-Vorsitzenden Heinz O. Vetter Leiter der DGB-

Abteilung Gesellschaftspolitik, keinen Unterschied zwischen kommunistischer und sozialdemokratischer Gewerkschaftsarbeit festgestellt wissen wollte, blieb es dem damaligen Juso-Bundvorsitzenden Gerhard Schröder überlassen, Hensche öffentlich im ÖTV-Magazin zu widersprechen. Der SPD-Parteivorstand schwieg dazu, obwohl – oder vielleicht auch weil – mit Hensche ein prominentes SPD-Mitglied das gewerkschaftliche Selbstverständnis der Sozialdemokratie zur Disposition gestellt hatte.

Als 1980 das Buch „Der Marsch der DKP durch die Institutionen“ erschien, sahen sich die Autoren Ossip K. Flechtheim, Wolfgang Rudzio, Fritz Vilmar und Manfred Wilke den inzwischen schon üblichen Angriffen ausgesetzt. „Gewerkschaftsfeindlich“, „kalte Krieger“ und anders lauteten die pauschalen Verurteilungen auch gerade von Sozialdemokraten. In der Sache wurde fast gar nichts kritisiert.

Wie gefährlich die Kommunisten das Buch, das in einigen Gewerkschaften wie beispielsweise in der IG Chemie, Papier, Keramik und der IG Bergbau und Energie an Funktionäre herausgegeben wurde, für ihre Politik einschätzten, zeigt die Reaktion des DKP-Parteivorstandes. Dieser gab noch im selben Jahr ein Heft seines Vorsitzenden Herbert Mies heraus („DKP und Gewerkschaften. Klarstellungen zum Buch ‚Der Marsch der DKP durch die Institutionen‘“), das Argumentationshilfen und Sprachregelungen gegen das Fischer-Taschenbuch enthält.

Einen Höhepunkt der Angriffe gegen die Autoren stellte der Auftritt von Dr. Detlef Hensche auf dem Außerordentlichen Kongreß des DGB im Frühjahr 1981 dar. Er verwies im Stile eines Politikommissars die wissenschaftlich ausgewiesenen Autoren als „verwirrte Geister“ in die Ecke der gesellschaftlich Entarteten. Das hatte bislang kein kommunistisches Kampfblatt gewagt.

Als es im Vorfeld dieses Außerordentlichen Kongresses des DGB zu politischen Auseinandersetzungen über die in der Präambel des dort zu beschließenden neuen DGB-Grundsatzprogramms beschriebenen Wurzeln der Einheitsgewerkschaft kam, mischte sich zwar die DKP mit ihren Publikationen kräftig ein, die SPD-Führung dagegen hielt es offenbar nicht für notwendig, sich an dieser Auseinandersetzung zu beteiligen.

Als zum 30. Januar 1983 Sozialdemokraten, Gewerkschafter und Kommunisten für einen gemeinsamen Aufruf anläßlich der 50. Wiederkehr

Für Leibniz war es logisch,
daß die Mathematik sich auf
zwei Ziffern beschränken konnte.

Sein Logikkalkül ist heute die Muttersprache aller Computer. Rechenoperationen reduziert auf 0 und 1. Maschinengerecht schon anno 1678. Es ist in unser aller Interesse, daß nützliche Ideen auch Wirklichkeit werden.



WestLB

დაბ. VNUM. AVTEM.

Polster' auch anbrachten
zu malen, wie's über dem

17th
Cogn
Larkspur

1	1
10	2
100	4
1000	8
10000	16
100000	32
1000000	64
10000000	128
100000000	256

at the time of the
the
the
the

von Hitlers Machteinsetzung öffentlich warben, gab es nicht nur Zustimmung, sondern auch Kritik am Aufruf. Dieser sparte die kommunistische Politik gegen SPD und freie Gewerkschaften völlig aus, erinnerte nur an die gemeinsamen Leiden in den Nazi-Konzentrationslagern und zieht den „Antikommunismus“ als die Wurzel allen damaligen, heutigen und zukünftigen Übels. Die Kritiker wurden wegen Diffamierung und Beleidigung von Nazi-Opfern angeprangert, auf die inhaltliche Kritik gegen den Aufruf ging niemand ein. Die DKP mischte gegen die sozialdemokratischen Kritiker kräftig mit, ihre Publikationen transportierten und produzierten Angriffe gegen eben diese Kritiker. Inzwischen ist ein prominenter Aufruf-Initiator, Leonhard Mahlein, ehemaliger Vorsitzender der IG Druck und Papier und SPD-Mitglied, zuerst von der DKP-Zeitung „UZ“ als Mit-Herausgeber der DKP-nahen „Nachrichten zur Wirtschafts- und Sozialpolitik“ vorgestellt worden.

Diese Beispiele stehen für viele. Immer wird jedenfalls deutlich: Bei den anhaltenden politischen Auseinandersetzungen in den und um die Gewerkschaften stellt man bei der SPD-Führung eine große Zurückhaltung fest, während andere kräftig Einfluß zu nehmen versuchen. So wollte Schumacher die Rolle seiner Partei sicher nicht sehen. Es scheint, als würde in der SPD-Führung gar nicht mehr zur Kenntnis genommen, daß unter dem Deckmantel der Einheitsgewerkschaft der Medienkonzern DKP (das ist mehr als die 0,3-Prozent-Partei) zunehmend auf die gewerkschaftliche Politik einzuwirken versucht.

Dies geschieht vor allem, wie es im Oberurseler Papier exakt beschrieben worden ist, durch eine gezielte Gremienpolitik auch und gerade mit der Unterstützung von Bündnispartnern mit dem SPD-Mitgliedsbuch. Und dazu gehört denn auch, daß DKP-Aktivistinnen und andere Aktionsbündnis-Praktiker über die mit Fleiß und Beharrlichkeit meist schnell zu erobernden gewerkschaftlichen Gremien durch eine gezielte Beschlüssenpolitik die Weichen zu ihren Gunsten stellen können.

Der ehemalige IG-Metall-Vorsitzende Eugen Loderer gar hatte bereits am 16. März 1981 öffentlich vor den „Panzerschrankkommunisten“ gewarnt, die Leute seien, „die zumindest Kopf und Herz im Panzerschrank der DKP deponiert haben und dann u. a. vielleicht in Gewerkschaften oder Parteien gehen“. Loderer damals im „BILD“-Interview weiter: „Sie wollen die Burg von innen

erobern, weil sie mit der DKP keine Massenbasis in der Bundesrepublik zustande bringen.“

Nicht selten begegnet man inzwischen auch in der sozialdemokratischen Bürokratie jener intellektuellen Überheblichkeit, die die Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften mit einem anhaltenden Personalgerangel ohne politischen Hintergrund verwechselt, bei dem ihrer Auffassung nach lediglich die Personen ausgetauscht würden. Solch eine Haltung ist nicht nur gefährlich, weil sie den Blick auf die Realitäten verstellt, sondern weil dies auf eine ungenügende Analyse schließen läßt, die dann letztlich zu falschen Konsequenzen führen muß. Allein auf einen Automatismus zu bauen, wonach die Masse der Gewerkschaftsfunktionäre eh den demokratischen Parteien und der sozialdemokratischen im besonderen anhängen oder gar angehören würden, kann und darf sich eine Partei mit der Tradition der SPD nicht leisten.

Die Einheitsgewerkschaft zu bewahren und funktionsfähig zu halten, bedingt ganz selbstverständlich die Fähigkeit und den Willen aller unter ihrem Dach vereinigten politischen, religiösen und weltanschaulichen Strömungen, für alle tragfähige und ertragbare Kompromisse zu schließen. Dies setzt aber zwingend voraus, daß die unterschiedlichen Auffassungen in der Meinungsbildenden Diskussion kenntlich und offen ausgetragen werden. Vor der Einheit kommt die Klarheit. Diese alte gewerkschaftliche Handlungsanleitung bleibt gültig. Sie ist gerade im Umgang mit auf die Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus verpflichteten und danach handelnden Kommunisten dringend erforderlich.

Der SPD-Urvater Ferdinand Lassalle hat auch dies seinen Nachgeborenen hinterlassen: „Alle politische Aktion besteht in dem Aussprechen dessen, was ist, und beginnt damit. Alle politische Kleingeisterei besteht aus dem Verschweigen und Bemänteln dessen, was ist.“ Tatsache ist, daß die sozialdemokratische Führung viel zu lange zu den anhaltenden Einflußnahmeversuchen der Kommunisten auf die Gewerkschaften geschwiegen hat.

Tatsache ist auch, daß die SPD-Führung schon viel zu lange bemäntelt hat, daß nicht wenige SPD-Mitglieder nicht nur dulden, sondern sogar fördern, daß „durch eine Bündnis-Kaderpolitik in den Gewerkschaften Positionen hoffähig gemacht werden sollen, die die Zusammensetzung unserer Mitgliedschaft in keiner Weise repräsen-

tieren und bei einer offenen Auseinandersetzung auch keine Chance hätten, mehrheitsfähig zu werden“, wie Heinz O. Vetter solch einen Prozeß 1979 im IG-Metall-Bildungszentrum Sprockhövel einmal beschrieben hat.

Klar ist inzwischen auch, daß die SPD sich für die unvermeidbare geistig-ideologische Auseinandersetzung schon dadurch selbst Fesseln angelegt hat, daß ihre Führung nie den ernsthaften Versuch unternommen hat, sich politisch gegen die auf die sowjetmarxistische Ideologie begründete Theorie vom „Staatsmonopolistischen Kapitalismus“ (Stamokap) zu wehren, obwohl diese inzwischen über die Jungsozialisten mehr und mehr Anhänger in der gesamten SPD gefunden hat und dadurch auch in den Gewerkschaften etabliert worden ist.

Damit erst gar keine Irrtümer aufkommen: Es geht nicht darum, Anhänger der Stamokap-Theorie auszugrenzen oder mit administrativen Disziplinierungsmaßnahmen zu treffen, sondern die Diskussion über die Widersprüche zwischen der Stamokap-Theorie und dem demokratischen Sozialismus offensiv und öffentlich zu beginnen und damit die praktische Unvereinbarkeit mit der sozialdemokratischen Politik für jeden nachprüfbar zu belegen. Dies wäre notwendige Orientierungshilfe vor allem für junge Leute ebenso, wie es Auswirkungen auf die Bündnispolitik der DKP hätte, zumal solche gerade von Stamokap-Anhängern in der SPD und den Gewerkschaften gefordert und gefördert wird. Die Auswirkungen dieser von der SPD-Führung tolerierten oder zumindest nicht bekämpften Bündnispolitik mit und von Teilen der Partei sind auch in den Gewerkschaften spürbar und sichtbar. Das zeigt sich ganz deutlich in den Aktivitäten gegen die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen in Europa.

So scheint es inzwischen schon fast keinen mehr zu überraschen, daß im süddeutschen Koor-

dinierungsausschuß der Friedensbewegung der DGB-Vertreter gemeinsam mit der DKP-beeinflussten Deutschen Friedens-Union (DFU) und der Naturfreundejugend gegen die vom Aktionsbüro herausgegebenen Plakate mit der Aufschrift „Pershing II – Cruise Missiles – SS 20 – NEIN!“, wegen des Zusatzes „SS 20“ gestimmt hatte. Erfolglos zwar, wie die „UZ“ bedauerte, aber immerhin. Nicht zuletzt diese Bündnispolitik trägt dazu bei, daß sich auf der einen Seite gerade der Teil der Friedensbewegung, der mit kommunistischer Strategie und Taktik nichts im Sinn hat, mit Schauern von den Gewerkschaften fernhält, während auf der anderen Seite nicht wenige Verantwortliche die Gewerkschaften von der gesamten Friedensbewegung abzuschotten versuchen, weil sie genau solche Bündnisse verhindern wollen. Damit ist das Dilemma dann meist dauerhaft perfekt.

Genauso wenig scheint es allerdings in der SPD-Führung jemand aufgeregt zu haben, daß die eigene „Initiative für Frieden, internationalen Ausgleich und Sicherheit (IFIAS)“ während der Bonner Großdemonstration am 22. Oktober 1983 in enger Zusammenarbeit mit der DKP-Jugendorganisation SDAJ einen Programmteil organisiert hat. Oder daß sogar in der Novemberausgabe 1983 des SPD-Mitgliederblattes „Sozialdemokrat Magazin“ der DKP-Hausverlag Pahl-Rugenstein per Anzeige für seine Bücher werben durfte.

Dies alles mit Zufälligkeiten oder gar Unvorsichtigkeiten erklären zu wollen, dürfte immer schwerer fallen. Mit Schumachers SPD hat es ganz sicher nichts zu tun, eher wohl mit der rapide geschwundenen Fähigkeit von Sozialdemokraten, die real existierenden Kommunisten als dauerhafte Gegner ihrer eigenen Freiheit zu begreifen. Das kann aber nicht allein mit den geduldeten Täuschungsmanövern des Medienkonzerns DKP erklärt werden.

Wir helfen Behinderten leben! Helfen Sie uns zu helfen. Wir sagen Ihnen wie – rufen Sie uns an.



die
Alsterdorfer
Anstalten
für Behinderte

Alsterdorfer Anstalten
Alsterdorfer Str. 440 · 2000 Hamburg 60
Tel. 59 100 491

Peter Glotz: Das Flügelchen oder Antikommunismus aus Identitätsangst Über die Kritik der Akademischen Rechten in und an der SPD

Wenn Heiner Geißler in Wahlkämpfen die Sozialdemokraten nicht nur gelegentlich als „Verbrecher“, sondern auch als „Fünfte Kolonne Moskau“ ausruft (und wenn die FAZ auch außerhalb von Wahlkämpfen diese Melodie etwas subtiler instrumentiert), dann empört mich das als Niedertracht und als Mangel an politischer Kultur, aber es gibt mir nicht eigentlich Rätsel auf. Ich weiß: Wenn in einer kritischen Situation die Union die Meinungsführerschaft auch innerhalb ihrer eigenen Klientel zu verlieren droht (im letzten Jahr etwa, weil drei Viertel der Bundesbürger gegen die Stationierung neuer Raketen waren), dann muß der Generalsekretär der CDU seinen Ortsvorsitzenden (und die FAZ ihre Oberstudienräte) vor dem defensiven Verstummen bewahren, sie wieder sprachfähig machen – zum Beispiel durch ein Zusammenpacken von Sozialdemokraten und Kommunisten. Das funktioniert seit 36 Jahren zuverlässig (eigentlich schon länger, aber darüber will ich jetzt nicht reden), und es kommt garantiert unten an. In der bayrischen Variante etwa so: „Sozis hoassens, Kommunisten sans.“ Ich muß darauf reagieren, Geißler zuweilen auch einmal in vergleichbarer Währung heimzahlen. Aber ich muß mich nicht fragen, warum er das tut. Ich weiß es; und er weiß, daß ich es weiß.

Erheblich weniger klar liegen für mich die Dinge, wenn eine kleine Gruppe sozialdemokratischer Intellektueller unter Berufung auf die Rolle des Warners sich als Stichwort-Geber – nicht für eine Diskussion politischer Alternativen, sondern für die Verzerrung sozialdemokratischer Politik und insbesondere der Führung der Partei hergibt. In Sache und Stil unterscheidet sich diese Autorengruppe kaum mehr von unserem politischen Gegner. Nur in einem noch – um Thomas Manns legendäre Formel zu zitieren: Sie schreiben wie er, aber sie meinen es ernst. – Die Rede ist von Sozialdemokraten, von denen einige alte Freunde sind, von Gesine Schwan, Karl Kaiser,

Hartmut Jäckel u. a., die ihre gesammelten Interventionen aus dem Vorjahr nunmehr auch als Buch herausgebracht haben.¹⁾ Der vorstehende Aufsatz von Norbert Römer, auf den ich im folgenden noch gesondert eingehe, reiht sich (wohl ungewollt) in diese Äußerungen ein.

In diesem Buch finden sich in der Tat erstaunliche Behauptungen. Die SPD habe im Vorjahr einen krassen Meinungsumschwung, ja eine grundsätzliche Wende ihrer Politik vollzogen. Sie schweige über die Bedrohung des Friedens durch die Sowjetunion (Schwan, Seite 40). Ihre Führung oder jedenfalls ein Teil von ihr sei von kalter Verachtung für die Menschenrechte geprägt (Jäckel, Seite 85). Es gebe eine „Abkehr der gegenwärtigen SPD von ihrem ursprünglichen Kampf für die gleiche Freiheit aller“ (Schwan, Seite 49). „Der so eingeschlagene Kurs führt geradewegs dahin, die im Zeichen der Freiheit angetretene deutsche Sozialdemokratie de facto zu einem der wirksamsten Instrumente sowjetischer Hegemonialpolitik zu machen...“ (Schwan, Seite 51). Hier haben wir sie, Geißlers Fünfte Kolonne! Denn die Ursache für den beschriebenen Zustand der Sozialdemokratie ist nicht ein unbekannter Virus, sondern ein alter Bekannter: „... Die Hegemonialpolitik der Sowjetunion ... zeigt sich (heute) in einer ausdauernden, möglichst unauffälligen Beeinflussung der öffentlichen Meinung“ (Seite 41 f.). Man wäre neugierig zu wissen, welche Zeitung oder Fernsehanstalt da wohl gemeint ist. In einer nicht ganz klaren Weise hängt mit diesem Treiben der Sowjetunion offenbar zusammen, „daß viele, vor allem junge Sozialdemokraten (und inzwischen auch Gewerkschafter) unter dem Stichwort des Kampfes gegen den Antikommunismus mittlerweile nicht nur in der Friedenspolitik mit den Kommunisten an einem Strang ziehen und deren Geringschätzung der westlichen Demokratie, das heißt, der Verfassung der Freiheit teilen“ (Schwan, Seite 40). Wie das zusammenhängt, erläutert Jürgen Maruhn: „Die Kommunisten hoffen, dem Ziel der Schwächung der SPD mit dem Sturz der Regierung Helmut Schmidt ein beträchtliches Stück näher gekommen zu sein. Jetzt fangen sie an, die Sozialdemokratie von verschiedenen Rändern her anzufressen“ (Seite 98).

Aber wohl nicht nur an den Rändern. Zumindest Gesine Schwan hat als die eigentlich Schuld-

1) Jürgen Maruhn und Manfred Wilke (Hrsg.), *Wohin treibt die SPD?* München 1984.

gen gemacht, was sie „die derzeitige erste Garnitur“ der Partei nennt, mit der man nicht die Auseinandersetzung wagen dürfe, ohne zu riskieren, vorläufig die eigene politische Karriere zu beenden. In der Tat, Gesine Schwan nennt auch Namen. Als einer, der die Bedrohung des Friedens durch die Sowjetunion verschweige, wird Hans-Jochen Vogel dingfest gemacht. Vogel hat auch Schuld an „einer massiven Desorientierung der Gemäßigten“ vor dem Kölner Parteitag, da er als „Repräsentant der Gemäßigten“ verstanden worden, es aber nicht mehr gewesen sei. Aber der Hauptschuldige ist natürlich der Vorsitzende – „unter Brandts Führung hat sich die Partei mehr und mehr zum Gefangenen der mystifizierten Entspannungspolitik gemacht“. Da Brandt sich das Scheitern der Entspannungspolitik nicht habe eingestehen wollen, habe er alle Schuld dem Westen und insbesondere den Amerikanern zugewiesen. „Nur durch Mißtrauen (bis hin zur Gegnerschaft) gegen die USA“ könne die gegenwärtige Parteiführung ihr politisches Gesicht wahren. „Der Parteivorsitzende deckt und stützt (diese Politik der SPD), der Fraktionsvorsitzende gibt jeweils anfallende Sprachregelungen aus...“ Ich selbst komme dank „der mir eigenen Eloquenz“ als Hilfwilliger „bei dem ganzen Unternehmen“ auch vor.

Ich gestehe: Ich habe dieser Horror-Picture-Show zunächst – der Aufsatz von Gesine Schwan wurde im Oktober 1983 in dieser Zeitschrift, die Beiträge von Kaiser, Jäckel und Winkler zeitgleich in der FAZ und der ZEIT veröffentlicht – als Nebenprodukte der Spannung vor dem Kölner Parteitag betrachtet und nicht ernst genommen. In der Tat hatten ja die genannten Autoren auf den Parteitag gezielt: „Dazu gehört als nächster Schritt, auf dem Kölner Sonderparteitag offensiv die Politik des von Helmut Schmidt inaugurierten NATO-Doppel-Beschlusses zu vertreten... Dies müssen wir auch dann tun, wenn wir damit derzeit in der Minderheit bleiben“ (Schwan, 51). Nun, „wir“ erhielt auf diesem Parteitag 14 gegen ca. 380 Stimmen.

Damit soll es aber offenbar nicht genug sein. Die Traktate erscheinen als Buch, um weitere Beiträge vermehrt und inhaltlich unverändert – einschließlich professoraler Warnungen vor „einer tragischen Spaltung“ aus der SPD, weitergedruckt nach einem Parteitag, der sozialdemokratische Einmütigkeit und Geschlossenheit in der Sicherheitspolitik wie seit langem nicht demon-

striert hat. Hinzu kommt, daß die Autoren sich – in meinen Augen unzulässigerweise – mit der Berufung auf Helmut Schmidt (und ihr Buch mit seinem Porträt) schmücken. Angesichts dessen muß man näher hinsehen und prüfen, was sozialdemokratische Minderheitsmeinung sein kann, und was – über den Gleichklang mit Geißler hinaus – Grundpositionen sozialdemokratischer Politik widerspricht.

II.

Sortiert man die Argumente der Autoren näher (was aufgrund der polemisch-unpräzisen Schreibweise und der zum Teil offenen Widersprüche nicht immer einfach ist), so findet man: Während die Autoren eine grundsätzliche Wende in der Politik der SPD behaupten, fordern sie – weit hinausgehend über das begrenzte Thema der Nachrüstung – ihrerseits eine grundsätzliche Wende der SPD, die mit den Stichworten Wiederbelebung des Antikommunismus, Re-Ideologisierung des Ost-West-Konflikts und Abschied von der Entspannungspolitik beschrieben werden können. Das Ausmaß der geforderten Wende geht dabei weit über die von der gegenwärtigen Bundesregierung de facto vollzogene hinaus. Es entspricht in etwa den Vorstellungen der gegenwärtigen US-Administration. Für die Sozialdemokratie würde diese Wende den Abschied von der Politik der Kanzler Willy Brandt und Helmut Schmidt bedeuten.

1. Wiederbelebung des Antikommunismus

Festzustellen ist zunächst: Die SPD ist eine den Kommunismus als Gegner begreifende Partei. Sie unterscheidet sich von kommunistischen Parteien (wie KPdSU, SED, DKP) sowohl im Blick auf die Ziele wie im Blick auf die Mittel prinzipiell. Darüber hinaus lehnt die SPD Aktionseinheiten mit der DKP ab; und nicht nur deshalb, weil Aktionseinheit zwischen einem Elefanten und einer Mücke schwer herstellbar ist, sondern auch aus prinzipiellen Gründen. – Diese Haltung der SPD ist klar und allgemein bekannt. Sie wird von kaum einem Sozialdemokraten ernsthaft bestritten – schon gar nicht von Bahr, Eppler oder Lafontaine, den offensichtlichen Angstgegnern der Buchautoren. Der Stamokap-Flügel in der Partei ist ein Flügelchen in akademischen Quartieren.

Ein zusätzlicher Bedarf nach Antikommunismus darüber hinaus besteht aber nicht. Die zitier-

te Behauptung, die Kommunisten knabberten an allen Rändern der Partei, kann ich als Parteigeschäftsführer nicht bestätigen. Bei Norbert Römers Forderung, zu einem militanten Antikommunismus zurückzukehren, weiß ich überhaupt nicht, wer der gefährliche Gegner sein soll, gegen den es da „Flagge zu zeigen“ gilt – jedenfalls in der SPD. Für die Behauptung, es gebe auch „direkte Einwirkungen der SED, des SSD, des KGB, manchmal unter diskreter Beteiligung der mit Personal überbesetzten sowjetischen Botschaften“ (Seite 100), habe ich in dem von mir überschaubaren Bereich keine Belege. Gesine Schwans Behauptung, die Hegemonialpolitik der Sowjetunion habe neuerdings die Formen der Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Westen, malt in Verbindung mit ihrer gleichzeitigen Behauptung, „viele“ Sozialdemokraten arbeiteten mit Kommunisten zusammen, das Bild eines Unterwanderungs- und Infiltrationsprozesses an die Wand. Das ist das wahnhaftige Denken eines Belagerungszustandes, dem jede Kritik an der amerikanischen Militärpolitik als „objektiv“ pro-sowjetisch erscheint, und das dann noch diese jedes Denken abtötende Gleichsetzung durch Verschwörungstheorien zu untermauern versucht. „Marx' Geringschätzung von Demokratie und Rechtsstaat wirkt auf die neue Generation.“

Dieser Satz Gesine Schwans war nie richtig, doch mochte man 1970 oder 1974 für eine solche Behauptung Anhaltspunkte sehen. Daß aber der Einfluß marxistischen und erst recht kommunistischen Denkens in der Bundesrepublik in den letzten zehn Jahren rapide sich verkleinert hat, ist den Professoren der politischen Wissenschaft offenbar entgangen.

Wer die Friedensbewegung für ein Produkt moskowitischer Fernsteuerung hält, hat nichts begriffen. (Über den Einfluß der Grünen auf die Friedensbewegung reden die Autoren gar nicht erst, denn er würde ihre These erst recht ad absurdum führen.) Aber ein Moskauer Einfluß auf die SPD gar – den hatte noch nicht einmal jene ominöse Broschüre aus irgendeinem Referat des Verteidigungs-Ministerium nachzuweisen sich getraut, die mit schönen Schaubild-Pfeilen den direkten Zugriff des Sekretariats des ZK der KPdSU auf westdeutsche Friedensinitiativen aufs Papier malte. Das bleibt unseren Autoren vorbehalten.

Ich bleibe dabei: Die realistische Hinwendung der SPD zur Friedensbewegung seit 1982 war richtig. Die Berührungsgänge der sozialdemo-

kratischen Parteiorganisation vor dieser neuen sozialen Bewegung waren unbegründet und schädlich; man überläßt Hunderttausende idealistische Bürger, die ein berechtigtes Anliegen – wenn auch ohne klares, administrativ umsetzbares Konzept – verfechten, nicht den Einflußversuchen von einigen hundert gut organisierten kommunistischen Funktionären.

Solche Einflußversuche hat es natürlich gegeben. Die Deutsche Kommunistische Partei, die ich nach wie vor für eine Sekte halte, sollte dabei realistisch eingeschätzt werden. Sie ist eine 0,2%-Partei. Nach einem bißchen publizistischen Auftrieb im Rahmen der sogenannten Berufsverbots-Kampagne wurde sie Ende des vorigen Jahrzehnts infolge verschiedener Elemente der DDR-Politik (Biermann-Ausweisung u. a.) noch einmal katastrophal dezimiert. Ihr Einfluß auf die Friedensbewegung in der Breite ist schon aus zahlenmäßigen Gründen vernachlässigenswert. Sie ist auch kein „Medienkonzern“ (Norbert Römer). Richtig ist jedoch, daß sie über gut geschulte Kader und einiges Geld verfügt und sich in den Führungsgremien der Friedensbewegung einen gewissen taktischen Spielraum zu verschaffen wußte. Auch hatte sie in der Anfangsphase einen gewissen Einfluß („Krefelder Appell“), weil SPD und Gewerkschaften die Entwicklung verschlafen hatten. Aber ebenso richtig ist, daß die DKP und ihr Vorfeld in der Friedensbewegung in der Bilanz keinen Fuß auf den Boden bekamen. Ihre einseitige Positionsnahme nur gegen die „NATO-Raketen“ setzte sich nirgends durch.

Das war nicht zuletzt ein Verdienst der Jungsozialisten und unserer „Initiative für Frieden, internationale Zusammenarbeit und Sicherheit“ (IFIAS), die zusammen mit dem BBU und anderen Organisationen gegen den Widerstand der Grünen und der Kommunisten Willy Brandts Rede auf der großen Kundgebung in Bonn möglich machten. Ich nehme die Genossen ausdrücklich vor Diffamierungen in Schutz. Fragwürdig wird es dann, wenn Norbert Römer rügt, das Sozialdemokrat-Magazin habe eine Bücher-Anzeige des DKP-Verlages Pahl-Rubenstein angenommen. Lieber Genosse Römer, wenn wir unsere Partei-medien etwas professioneller betreiben wollen, dann müssen wir auf Anzeigen setzen; und wenn wir Anzeigen haben wollen, dürfen wir uns im Prinzip die Kunden nicht aussuchen. Das Sozialdemokrat-Magazin hat auch schon eine Anzeige der Arbeitgeber gegen die 35-Stunden-Woche

aufgenommen; und ich halte das grundsätzlich für richtig. Die Befürchtung, daß die Mitglieder der SPD durch Anzeigen der CDU verführt werden, ist bei mir gering. Also Tatbestand: Eine sozialdemokratische Publikation nimmt eine Anzeige auf. Schlußfolgerung: Die SPD ist dabei, sich „de facto zu einem der wirksamsten Instrumente sowjetischer Hegemonialpolitik zu machen“ (Schwan). Das ist das Niveau der Beweisführung, mit dem man sich hier auseinandersetzen muß.

Exkurs: Antwort an Norbert Römer. Lieber Norbert Römer, möglicherweise tue ich Dir subjektiv unrecht, wenn ich Dich in diesen Zusammenhang einordne; objektiv bringt Dich Dein Plädoyer für mehr Antikommunismus in diesen Zusammenhang, auch wenn bei Dir von der sicherheitspolitischen Diskussion nur am Rande die Rede ist. Die Hinweise, mit denen Du Dein Plädoyer begründest, beziehen sich alle auf Ereignisse im gewerkschaftlichen Bereich, die schon einige Zeit zurückliegen. Es ist nicht richtig anzunehmen, daß sie in der SPD völlig unbeachtet geblieben sind. Du selbst erwähnst Peter v. Oertzen und Gerhard Schröder; ich selbst habe seinerzeit z. B. Manfred Wilke (als er noch ein Unabhängig-Linker war) in einer von mir herausgegebenen kleinen Zeitschrift eine Plattform gegeben. Richtig ist, daß – wie Du mehrfach vorwurfsvoll wiederholst – der Parteivorstand sich nicht öffentlich geäußert hat. Ich meine, daß die von Dir angesprochenen Dinge nicht das Gewicht hatten, um zu einer öffentlichen Reaktion des Parteivorstands zu führen. Vor allem aber: Der SPD-Parteivorstand ist nicht die Sittentante des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Ich glaube nicht, daß es dem Verhältnis zwischen SPD und Gewerkschaften nützen würde, wenn die Führung der SPD sich zu einzelnen Aktionen von Angestellten oder hauptamtlichen Funktionären in den Gewerkschaften formell und öffentlich äußern würde. Dafür gibt es Zuständige. Man mag verschiedener Meinung darüber sein, ob es z. B. richtig war, wie Karl Schwab auf den Oberursel-Konflikt schließlich einen Deckel setzte. Aber es war seine Aufgabe, nicht unsere. – Und ich kann den Tenor Deiner Ausführungen – der ja doch letztlich eine kommunistische Unterwanderung der deutschen Gewerkschaften suggeriert – nicht teilen.

Sondern ich muß Dich – da Du jetzt in einer SPD-Zeitschrift Interventionen der SPD forderst – fragen, ob Du Dir wirklich im klaren bist, auf

welche Mühlen Du Wasser schicken willst. Der Zufall fügt es, daß gerade heute, da ich dies schreibe, in der FAZ ein ganzseitiger Artikel des wirtschaftspolitischen Ressortleiters Ernst-Günter Vetter erscheint (3. März 1984). Er hat die Balkenschlagzeile „Der listige Kampf der Jünger Lenins. Wie Kommunisten die Einheitsgewerkschaft zu mißbrauchen versuchen.“ Dort heißt es z. B.: „Die Solidarität mit Kommunisten ist in einigen Organisationen des DGB dringlicher und beliebter geworden als der Zusammenhalt vieler Gewerkschaftsbewegungen im Abwehrkampf gegen die raffinierten Angriffe einer Kraft, die unsere freiheitlich-demokratische Ordnung zersetzen will.“ Folgt als Beleg was? Ein Zitat der bekannten „Notgemeinschaft für eine freie Universität“. Es heißt dann weiter in dem Artikel z. B.: „Lenin kannte seine Gegner... Die Parallele ist erschreckend. Seine späten Schüler in der IG Metall, der IG Druck und Papier, der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen und anderen Organisationen könnten hingegen des Wohlwollens des großen Meisters sicher sein.“ Dann kommen Namen. Der Name Steinkühler. Dann: „Leute wie Dr. Detlef Hensche oder Hans Janßen erwecken den Eindruck, als ob Gewerkschaften die Existenz einer freiheitlichen Wirtschaft gleichgültig, die Bezwingung der harten Unternehmer in einem noch so harten Arbeitskampf aber alles sein müsse.“ So – und dann kommt der Autor, zum Schluß seines Artikels, auf den Punkt: „Genau das aber ist das Klima, das Kommunisten brauchen. erinnert man sich an jene programmatische Rede des SED-Funktionärs Kurt Hager, wonach die wirtschaftliche Kraft des Westens für Kommunisten in gleicher Weise wie militärische Macht bedrohlich ist, dann wird nun deutlich, warum gerade der Kampf um die 35-Stunden-Woche zum Mittelpunkt kommunistischer Agitation geworden ist. Sie müssen plötzlich die Chance sehen..., daß sie ihrem wichtigsten Ziel entscheidend näher kommen: der Lähmung der freiheitlichen Wirtschaftsordnung.“

Norbert Römer, wach auf! Werde politisch(er) und sieh Dich um, in welche Gesellschaft Du geraten bist.

2. Re-Ideologisierung des Ost-West-Konflikts

Zurück zur Akademischen Rechten in der SPD. Es gibt keinen Bedarf für zusätzlichen Antikommunismus, schon gar nicht rückwirkend. Es ist schon schlichtweg falsch, wenn Norbert Römer

behauptet, mit dem Beginn der Brandtschen Ostpolitik habe die Partei geglaubt, die geistig-ideologische Auseinandersetzung zwischen den Gesellschaftssystemen erübrige sich, oder gar, die Partei sei dazu unfähig geworden. Gesine Schwan noch saftiger: „Seit Jahren tritt der Parteivorsitzende dem Trend in der SPD, den Gegensatz zwischen Freiheit und Unterdrückung, zwischen Demokratie und Diktatur als reine Theorie zu bagatellisieren und zu verschweigen, nicht entgegen, sondern deckt und fördert ihn.“ (S. 46)

Dies ist wahrhaft abstrus. Erstens hat die SPD seinerzeit unzweideutige Klarheit zum Thema „Zum Verhältnis von Sozialdemokratie und Kommunismus“ (um den Titel der Broschüre zu zitieren) geschaffen und hieran nichts zu revidieren gehabt. Willy Brandt selbst hat im Rückblick so zusammengefaßt: „Nur unsere innenpolitischen Gegner haben uns in den Jahren zwischen 1970 und 1972 – freilich vergebens – verdächtigt, nicht klar unterscheiden zu können zwischen der notwendigen Zusammenarbeit mit kommunistisch bestimmten Regierungen in Osteuropa im Interesse des Friedens, und der notwendigen Abgrenzung und geistigen Auseinandersetzung mit der Ideologie des Kommunismus in der Bundesrepublik Deutschland. Die Zeit ist über diese Verdächtigungen hinweggeschritten... Die ideologische Koexistenz wurde weder von uns noch von regierenden Kommunisten proklamiert. Beide Seiten lehnten sie in Erkenntnis der Realitäten und auch aus geschichtlicher Erfahrung ab.“

Zweitens: Ich fordere Gesine Schwan auf zu erläutern, inwiefern es in der SPD einen Trend gibt, den Gegensatz zwischen Freiheit und Unterdrückung zu verschweigen. Das ist eine völlig wirre, aber zutiefst beleidigende Unterstellung.

Drittens: Ich sehe keinerlei zusätzlichen Abgrenzungsbedarf. Arbeiten wir etwa mit Kommunisten zusammen? Haben wir mit ihnen eine Koalition wie Mitterrand (den uns Jaekel und Kaiser als Vorbild empfehlen)? Gibt es irgendeinen vernünftigen Menschen in der Bundesrepublik – geschweige denn in der SPD –, der uns das Gesellschaftssystem des Ostens als Vorbild anpreist oder auch nur die Unterschiede verwischen will? Gibt es auch nur irgendeine Propagandaoffensive aus dem Osten mit diesem Ziel? Nichts von alledem. Das Gesellschaftsmodell des realen Sozialismus steht bei uns derzeit noch tiefer im Kurs als selbst zu Adenauers Zeiten. Im übrigen Europa haben selbst die kommunisti-

schen Parteien sich überwiegend von ihm abgewandt. Was also sollen die Phantomschlachten von vorgestern?

Ich kann in alledem nur den Versuch einer Re-Ideologisierung des Ost-West-Konflikts sehen, d. h. den Versuch einer Mobilisierung der good guys gegen die bad guys. Von da ist es dann nur noch ein Schritt zu Reagans „Reich des Bösen“. Die vorgebliche Moralisierung des Problems ist heuchlerisch, denn sie führt zu nichts anderem als der Propagandaformel, der SPD sei die Freiheit nicht mehr wichtig: „Für sie gibt es keinen Ost-West-Konflikt als Systemkonflikt mehr, sondern nur noch eine Konkurrenz der Supermächte. Die Systemfrage, d. h. die Bedrohung der westlichen Freiheit, spielt infolgedessen für die Sicherung des Friedens keine entscheidende Rolle mehr.“ (Schwan, Seite 39). Es war übrigens kein anderer als Helmut Schmidt selbst, der die Untauglichkeit des Versuchs angesprochen hat, den Wert Freiheit gegen den Wert Frieden auszuspielen: „Es geht um Frieden und um Selbstbestimmung zugleich. Selbstbestimmung meint Freiheit. Viele Parteitage delegierte werden sich erinnern, wie oft ich das Fehlen des Friedensgebotes in unserem Grundwertekatalog bedauert habe... Das, was wir heute zu besprechen haben, ist kein Konflikt innerhalb der Moral. Es darf auch kein Konflikt zwischen Moral und Vernunft oder zwischen Vernunft und Emotion sein, sondern es handelt sich um einen Konflikt innerhalb der politischen Vernunft auf der Grundlage der gleichen moralisch-ethischen Grundwerteentscheidung.“ (131 f.).

Ich stelle fest: Die SPD ist zu einer Re-Ideologisierung des Ost-West-Konflikts nicht bereit und hält an dem Konzept „Sicherheitspartnerschaft“ oder „gemeinsame Sicherheit“ als vordringlichem Ziel fest. Die ideologischen Fronten sind nicht verschwunden, aber sie sind zweitrangig gegenüber der Gefahr für Frieden und Überleben der Menschheit, die für beide Seiten gemeinsam gilt. Eine akute Bedrohung der Freiheit im Sinne des Systemkonflikts besteht nicht, also haben wir auch keinen Anlaß, auf dieser Ebene Konflikte zu schüren. Freiheit ohne Erhaltung des Friedens (jedenfalls zwischen den Blöcken) ist nicht möglich, weil der Krieg unser aller Ende wäre. Der Friede ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts (Willy Brandt). Sicherheit – für die freiheitliche Gesellschaft ebenso wie für die Gesellschaftsform in den Oststaaten – ist heute nicht mehr voreinander, sondern nur noch miteinander

möglich. Das erfordert, die gemeinsame Sicherheit zu organisieren – durch Abrüstung, durch Schaffung einer gemeinsamen Friedensordnung.

An dieser Stelle wird gerne die Frage nach der sogenannten Äquidistanz gestellt: Haben wir somit gleichen Abstand von den beiden Großmächten? Der Einwurf – in diesem Fall von Kaiser und Jaekel – geht fehl. Wir haben nicht gleichen Abstand, da wir zum westlichen Bündnis gehören und gerade im Blick auf die notwendige Stabilisierung des Ost-West-Verhältnisses dort auf absehbare Zeit verbleiben müssen. Aber das ändert nichts daran, daß der Osten für uns und unsere Bundesgenossen Partner bei der Organisation gemeinsamer Sicherheit sein muß. Helmut Schmidt hat das so ausgedrückt: „Wir brauchen Freunde und Partner. Dazu müssen sich Freunde im Westen und Partner im Osten immer auf unsere Stetigkeit verlassen können.“ (Seite 164)

Es ist eine Torheit, in dieser Politik der SPD eine „Abkehr vom Kampf für die gleiche Freiheit aller... nicht nur der Menschen im Westen, sondern auch der Menschen im Osten“ (Schwan, Seite 49) zu sehen – Stichwort Solidarnosc. Abgesehen davon, daß der Vorwurf wohl gegenwärtig eher an den Vatikan und an die Katholische Kirche Polens zu richten wäre: Reden wir doch ehrlich miteinander. Die polnische Freiheitsbewegung hat unsere Sympathie; aber es ist die resignative Sympathie dessen, der nur zuschauen kann. Wir – der Westen – hatten weder die Möglichkeit, die östlichen Machthaber zu beeinflussen, noch hätten wir die Freiheitsbewegung wirkungsvoll unterstützen können. Natürlich hätten auch wir Tiraden im Stil von „Le Monde“ ablassen können. Aber sie wären nur unehrliches Wortgeklänge gewesen – denn alles, was darüber hinaus hätte gehen können, wäre eine Ermütigung gewesen, die die Polen vielleicht in die gleiche tragische Situation wie die Ostberliner 1953 oder die Ungarn 1956 gebracht hätte. Diese Menschen hatten sich bis zuletzt an die Hoffnung einer amerikanischen militärischen Intervention geklammert. Wie vor bleibt es der einzig mögliche Weg, durch Fortsetzung der Entspannung in Europa durch eine zweite Ostpolitik vielleicht langsam die Freiheitsräume auch im Osten sich erweitern zu lassen. Die Erfahrung lehrt jedenfalls, daß Entspannung das bewirken kann, während erhöhte Spannung sie verengt. Das lehrt auch die Raketenrunde. Die westliche Nachrüstung hat dazu beigetragen, daß in der DDR und

in der Tschechoslowakei weitere sowjetische Kurzstreckenraketen stationiert worden sind, obwohl die Völker dieser Länder das gewiß nicht gewünscht haben. Es ist übrigens bezeichnend, daß diese neuen Raketen von den Konservativen bei uns praktisch nicht erwähnt werden, obwohl sie wirklich fire-or-forget-Waffen sind und eine z. T. erheblich größere Bedrohung darstellen als die SS-20, über die so viel geredet wurde. Aber über diese neuen Waffen zu reden, hieße ja, deutlich werden zu lassen, daß sie auch eine Folge westlicher Nachrüstung waren.

3. Abkündigung der Entspannungspolitik

Ein Grundstein in der Argumentation der Autoren ist die unbewiesene Behauptung, daß die Sowjetunion durch ihr Verhalten in Mitteleuropa Entspannungspolitik unmöglich gemacht habe. Im Vorwort des Buches ist vom „macht- und geopolitischen Magnetismus der Sowjetunion“ die Rede, was immer dieser Begriff bedeuten mag. Gesine Schwan spricht davon, daß sich die Sowjetunion „erklärtermaßen nie von ihrem Ziel der expansiven Hegemonialpolitik hat abbringen lassen“ (Seite 47) und schreibt die „öffentliche Kriegsangst“ bei uns dem Verhalten der Sowjetunion zu. Kaiser: „Klassische sowjetische Expansionspolitik.“ (S. 14) Ich halte das rundheraus für falsch. Die Sowjetunion verteidigt den Status quo mit Klauen und Zähnen (Breschnew-Doktrin), verhält sich in Mitteleuropa jedoch keineswegs expansiv. Entsprechend dürftig ist die Beweislage – die Beweise bestehen bei Schwan in einem nicht verifizierbaren Breschnew-Zitat bei dem dubiosen amerikanischen Autor Colin Gray (siehe dazu Hans Schumachers Antwort auf Gesine Schwan in NG 10/83); bei Jaekel in einem Zitat Kurt Schumachers (also aus einer Zeit, in der sich die Sowjetunion in Mitteleuropa völlig anders verhielt).

Ich antworte auf diese Behauptung bewußt mit einem Zitat Helmut Schmidts aus seiner Kölner Parteitage, um darzutun, daß die Autoren, die Helmut Schmidts Rede eigens in den Band mit aufgenommen haben und sich ständig auf ihn beziehen, ihn für ihren Anti-Sowjetismus nicht in Anspruch nehmen können (daß sie es für ihren hysterischen Anti-Kommunismus und für die Re-Ideologisierung des Ost-West-Konflikts nicht tun können, bedarf keiner Begründung). Helmut Schmidt: „Die Völker der Sowjetunion, an allererster Stelle die russischen Stämme, haben in Hit-

lers wahnsinnigem Krieg 20 Millionen Menschen verloren. Sie haben gewiß nicht Stalins Gewalt-herrschaft geliebt, aber sie haben ihr Land ge-liebt, und sie haben es mit einer unerhörten Lei-densfähigkeit verteidigt. Sie haben den Krieg has-sen gelernt. Sie wollen den Frieden. Den wollte auch Breschnew, und ich habe keinen Anlaß zu glauben, daß das gegenwärtige Polit-Büro den Wunsch nach Frieden anders empfindet.“ (Seite 133).

Solche Feststellungen vermißt man bei den Autoren. – Helmut Schmidt stellt dann die Frage, die wir uns alle gestellt haben: Warum hat die Sowjetunion im Mittelstreckenbereich gleich-wohl weiter gerüstet? Ich neige dazu, diese Frage mit dem Sicherheitskomplex der Sowjets, der re-lativen Eigenläufigkeit des militärisch-industriel-len Komplexes innerhalb der Logik des Wett-rüstens sowie mit taktischen Fehleinschätzungen in Moskau zu beantworten. Der Parteitag hatte sich dann eine Meinung zu bilden, wie auf die Rüs-tungsmaßnahmen der Sowjetunion zu reagieren sei. Helmut Schmidt, der den Waldspaziergangs-Kompromiß empfohlen hatte und *beide* Seiten we-gen ihrer Verhandlungs-Unwilligkeit rügte, plä-dierte dafür in der jetzt entstandenen Situation die westliche Androhung von Nachrüstungsmaßnah-men zu verwirklichen. Die übergroße Mehrheit des Parteitags war hingegen der Meinung, der Verhandlungsweg sei deshalb gescheitert, weil die USA dem militärischen Vorteil neuer eigener Waffen in West-Europa den Vorzug vor der Mög-lichkeit gegeben hatten, die sowjetische Rüstung wegzuverhandeln. Dies wollte man nicht billigen.

Eine Abkehr von der Entspannungspolitik auf-grund des sowjetischen Verhaltens stand und steht für die SPD nicht zur Disposition. Im Ge-genteil: „Wir Europäer müssen ganz allgemein diese doppelte Philosophie“ (des Harmel-Berichts: Gleichgewicht und Entspannung) „wieder zur gemeinsamen Grundlage unseres Bündnisses machen. Die amerikanische Führung muß von den europäischen Regierungen auch hören, daß für uns Entspannung nicht das Endziel, sondern Teil eines langfristigen Prozesses zur Verbesse-rung und zur Förderung einer Regelung der euro-päischen Fragen ist.“ (Helmut Schmidt, Seite 149) Und: „Ich setze Hoffnung und Vertrauen darein, daß wir es fertig bringen, in Europa die auf Entspannung gerichtete Politik fortzusetzen.“ (Seite 164)

Gesine Schwans Behauptung, „unter Brandts

Führung hat sich die Partei mehr und mehr zum Gefangenen einer mystifizierten Entspannungs-politik gemacht“, weise ich mit Entschiedenheit zurück; und die Behauptung, Brandt habe (sollte wohl heißen: wir alle hätten), um uns das Scheitern der Entspannungspolitik nicht eingestehen zu müssen, den Weg gewählt, alle Schuld den Amerikanern zuzuweisen, ist eine törichte Diffa-mierung, welche die Dinge auf den Kopf stellt (47). Man konnte und kann in der SPD verschie-dener Meinung darüber sein, ob der Ausgang der Genfer Verhandlungen westliche Nachrüstung erforderlich machte oder nicht (wobei darauf zu verweisen bleibt, daß die Meinungsbildung beim Bundesparteitag im Verhältnis von 96 zu 3 Pro-zent erfolgte). Man konnte und kann aber in der SPD nicht verschiedener Meinung sein darüber, ob das Drängen auf Abrüstung und Entspannung weiterhin der richtige Weg ist. Ich sage es unum-wunden: Wer auf Aufrüstung setzt, ohne Abrüs-tung als Ziel zu verfolgen, wer die Entspan-nungspolitik preisgibt, begibt sich aus dem sozial-demokratischen Konsensus hinaus.

III.

Die Autoren sprechen von einer deutlichen und (für sie) überraschenden Wende der SPD in der Sicherheitspolitik. Das ist – zumal für Politik-Professoren – schon analytisch schlecht: Denn die leitenden Prinzipien, aus denen heraus die Partei entschieden hat, sind seit Jahren die gleichen; und ein Kenner der Partei hätte spätestens seit dem Parteitag 1979 wissen müssen, daß, bei einem *solchen* Ergebnis der Genfer Verhand-lungen, das Votum des Kölner Parteitags genau so ausfallen würde, wie es ansfiel. Die Partei ist sich sehr wohl gerade in dieser Frage treu geblieben (sonst hätte sie nicht mit 96 %iger Mehrheit auf dem Kölner Parteitag entscheiden können; der Glaube, Willy Brandt und Jochen Vogel hätten durch einen persönlichen Schwenk eine solche Mehrheit bewirken können, zeugt ebenfalls von wenig Vertrautheit mit der Partei). Nein, wenn das Wort Wende am Platz ist, dann bei den Auto-ren selbst: Ihre Ratschläge bedeuteten eine Wende zurück zum Kalten Krieg; und zwar in einer Kraßheit, wie sie nicht einmal für die gegenwärti-ge konservativ-liberale Bundesregierung akzeptab-el wäre. Ich könnte mit dieser Feststellung schließen. Ich finde es aber lohnend, darüber nachzudenken, welche Befindlichkeit – über sub-jektive Motive und Absichten hinaus – langjähri-

ge Mitglieder der SPD zu so abseitigen Vorschlägen treiben können. Mir scheint: Es ist der *horror vacui* angesichts des Umstandes, daß wir Deutsche unsere Rolle in der Welt nicht mehr zur eigenen Zufriedenheit von anderen vorgeschrieben bekommen, daß wir unsere *Identität* selbst und womöglich in Abgrenzung zu anderen Interessen finden müssen, daß wir weltpolitisch erwachsen werden müssen.

Die Autoren sehen das Bekenntnis der SPD zur Freiheit, zur Demokratie, zu den westlichen Werten bedroht. Es läßt sich mühelos zeigen, daß diese hehren Begriffe nur Chiffren sind für die „Westbindung der Bundesrepublik“ (daher auch die unentwegte Berufung auf die Wehner-Rede von 1960); und das wiederum meint: Einbettung deutscher Politik in die Interessenlage der Amerikaner (zu einem kleinen Teil auch noch jener beiden Nationen, die in Berlin – aus dem der Großteil der Autoren kommt – Schutzmächte heißen). Aus solcher Einbettung definierte sich über Jahrzehnte Deutschlands Stellung in der Weltpolitik. Für die Zeit vor 1969 bedarf das keiner Erläuterung. Aber auch das außenpolitische Konzept der Sozialdemokraten, gerade auch die Ostpolitik, wuchs ja heraus aus dem Geist der Entspannungspolitik, die in Kennedys Rede vor der American University geboren und im Harmel-Bericht von 1967 als Doktrin der NATO kodifiziert worden war. Der Machtwechsel zwischen 1966 und 1969 hatte sehr wohl etwas damit zu tun, daß die alte Regierungspartei CDU/CSU mit ihrer Entspannungsfeindlichkeit bzw. ihrem Immobilismus einem grundlegenden Schwenk der amerikanischen Außenpolitik zu folgen nicht in der Lage war (genauso wie der Machtwechsel von 1982 auf eine nicht unkomplizierte Weise etwas mit der Änderung der amerikanischen Politik seit 1979 zu tun hat). Die deutsche Politik war eingebettet in die amerikanische Weltpolitik (trotz mancher mißtrauischer Blicke Kissingers), sie segelte in den ersten Jahren sogar in deren vollem Wind.

Die Veränderung kam schleichend; ich würde ihren Beginn in der Nichtratifizierung von SALT II durch den amerikanischen Senat sehen. Schmidt war es, der den INF-Verhandlungsprozeß zustande brachte, er setzte durch, daß trotz Afghanistan und Polen die Entspannungspolitik, wenn auch in reduzierter Form, fortzusetzen sei. Insofern ist seine Entscheidung auf dem Kölner Parteitag, der „Stetigkeit“ den Vorzug zu geben, obwohl er auf den Gang der Genfer Verhandlungen

seit Reagans Amtsantritt keinen entscheidenden Einfluß mehr gehabt hatte, von persönlicher Plausibilität. Doch gehört auch diese Epoche jetzt der Vergangenheit an.

Was hat sich verändert? Das politische Weltbild der Amerikaner hat sich verändert, und vor allem die amerikanischen *Interessen* haben sich verändert. Sie sind zum *Tell* (zum weit geringeren Teil als manche Aufgeregte glauben) nicht mehr mit den deutschen deckungsgleich – jedenfalls wenn man die deutschen Interessen in der Kontinuität sozialdemokratischer Regierungspolitik definiert. Der politische Stimmungsumschwung in den USA wurde gefördert durch das amerikanische Vietnamtrauma, die Ereignisse in Afghanistan und Polen, mehr noch durch die Geiselnahme in Teheran (einen weltpolitisch belanglosen, psychologisch auf das Selbstbewußtsein der Amerikaner aber enorm einflußreichen Vorgang). Aber vor allem die Interessenschwerpunkte der Amerikaner haben sich verändert. Amerikas weltpolitische Konzentration richtet sich auf die Straße von Hormuz, auf den Nahen Osten und Libyen, auf die Karibik. Morgen kann es ein anderer Weltteil sein. Die NATO, Mitteleuropa, Westdeutschland stehen nicht im Mittelpunkt; von ihnen wird erwartet, daß sie nicht aus der Reihe tanzen. Das hat die britische Premierministerin, das hat der deutsche Bundeskanzler erlebt. Primäres Instrument der amerikanischen Militärpolitik sind – jedenfalls für die derzeitige Administration – auch gar nicht die Mittelstreckenraketen, sondern die *rapid deployment force*. Amerika treibt eine weltweite Politik, welche die einen Interventionismus, die anderen Krisenmanagement nennen mögen. Es geht um Konflikte in der Dritten Welt. Die Sowjetunion soll nicht angegriffen, sondern zum Stillhalten gezwungen werden können.

Die Interessen der Deutschen sind mit denen, die in dieser Strategie zum Ausdruck kommen, nicht deckungsgleich. Auch nicht die der Europäer (in West- und Osteuropa), auch nicht die der europäischen NATO-Partner. Nicht einmal die der beiden europäischen Nuklearmächte (deren Potential ja nicht als Instrument einsetzbar ist; es gewährt nur Zweitschlagskapazität für den äußersten Fall, eine Art Lebensversicherung auf den Todesfall). Ich rede gar nicht von einer sozialdemokratischen Bewertung dieses Typs von Weltpolitik; auch nicht von den Kosten dieser Politik und ihrem Einfluß auf die Weltwirtschaft, den wir

über das internationale Zinsniveau unmittelbar am eigenen Leib erfahren. Ich rede von den ganz vitalen Sicherheitsinteressen der europäischen Völker. Die europäischen Völker sind ganz einfach von ihrer geopolitischen Lage und ihrer Stellung im Kräftegefüge nicht an einer Sistierung der Entspannung, an einer Vereisung der Beziehungen, an einer Verminderung des wirtschaftlichen Austauschs mit dem Osten interessiert. Die Deutschen, die zu einem Viertel im anderen Lager leben (ohne daß man es ihnen als von Gott bestimmt plausibel machen kann, daß sie in zwei gegnerischen Lagern leben müssen und daß auf ihren jeweiligen Staatsterritorien immer neue Vernichtungswaffen gegeneinander aufgestellt werden müssen), sind es erst recht nicht.

Es gibt in dieser Situation zwei Alternativen. Die eine ist, die eigenen Interessen zu verleugnen, die erhöhten Risiken zu tragen und sich damit abzufinden, daß auf dem Platz, den man angewiesen erhält, der eigene politische Spielraum drastisch schrumpft. Kohl hat das getan, als er in Williamsburg die amerikanische Globalstrategie querschrieb. Der Enkel Adenauers hat damit erreicht, daß sein Land wieder ist, was es zu Adenauers Zeiten war: ein wirtschaftlicher Riese, aber ein politischer Zwerg. Das Schrumpfen des politischen Einflusses der Deutschen gegenüber einem Zeitpunkt bloß zwei Jahre zuvor könnte drastischer nicht sein.

Die andere Alternative ist nicht leicht und nicht sofort zu greifen. Sie bedeutet nicht Neutralismus – Torheit! Sie bedeutet, für Deutschland und Europa wieder mehr Spielraum zu schaffen, indem man die eigenen und gemeinsamen Interessen bündelt, ja erst einmal definiert. Mit Umsicht einsetzt, was man hat – Wirtschaftskraft zum Beispiel, Fähigkeit zur Gemeinsamkeit. – Horst Ehmke hat zum Thema „Selbstbehauptung Europas“ vor kurzem Wichtiges geschrieben. Ebenso Peter Bender. Bei ihm heißt es: „

„Europäisierung Europas hat nichts mit ‚Dritter Kraft‘ zu tun, dazu reicht die Kraft gar nicht. Es bedeutet für die Länder von Polen bis Portugal, als Chance zu begreifen, daß die Großmächte sich gegenseitig blockieren. Nicht das Bündnis zum Kernpunkt der Staatsräson zu erheben, sondern Bewegungsraum für eigene Politik im eigenen, und europäischen, Interesse zu schaffen. Sich beim Machtkampf der Großen nicht hervorzutun, sondern zurückzuhalten. In deren strategischem Verhältnis nicht wichtig werden (wie mit US-Ra-

keten, die bis in die Sowjetunion reichen), sondern so unwichtig wie möglich. Und vor allem: zum anderen Teil Europas auch dort Beziehung suchen, wo sie sich nicht anbietet. Einseitige Bindungen an eine Großmacht lockert man nicht, indem man sie abbricht. Man muß sie durch andere Bindungen ergänzen. Die beständige Kleinarbeit bleibt die Hauptsache. Sie allein verändert Strukturen, auch im Denken.“

Ich haben keinen Zweifel, daß man mit den Amerikanern, die Pragmatiker sind, über bestehende Interessensunterschiede sprechen kann. Man muß sich über sie nur im klaren sein und den Mut haben, darüber zu sprechen. Noch einmal Bender:

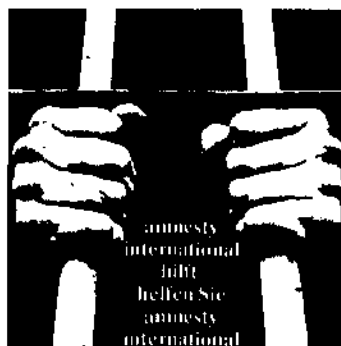
„Nicht die bekannten Interessensunterschiede (mit den Amerikanern) sind das Hauptproblem, sondern deren beiderseitige Moralisierung. Wir wollen Freunde sein, doch es reicht nur zur Partnerschaft; wir möchten möglichst alles gemeinsam machen, aber dabei zeigt sich, daß jeder etwas anderes im Auge hat und haben muß. Auch amerikakritische deutsche Politiker suchen die Lösung der Differenzen in noch mehr Konsultation und noch breiterer Abstimmung. Daran ist richtig, daß die Verständnis fördernde Begegnung in den letzten Jahren bedenklich nachließ und wieder belebt werden muß. Aber falsch erscheint die Vorstellung, sachliche Gegensätze formal oder emotional aufheben zu können. Der Fehler unserer Amerika-Politik liegt in dem Wunsch, zu nah und zu einig zu sein – beiden Seiten wäre mehr gedient mit Distanz und kühler Entflechtung der Interessen. Dabei würde sich zeigen, daß uns viel mehr verbindet als trennt. Auf voraussehbare Zukunft brauchen wir amerikanischen Rückhalt, und kein Präsident kann es sich leisten, die Bundesrepublik unter sowjetischen Einfluß geraten zu lassen. Die Harmonie würde wachsen, wenn man gemeinam nur unternimmt, was nur gemeinsam zu schaffen ist, und einander sonst bei der Verfolgung der eigenen Interessen nicht schadet.“

Notwendig für all dies ist freilich, daß man die eigenen Interessen zu definieren vermag – daß man überhaupt erst begreift, daß man es selber tun muß. Vorläufig aber (das kann sich freilich mit jedem neuen amerikanischen Präsidenten ändern) ist die Zeit vorbei, da deutsche Interessen mehr oder minder automatisch in amerikanische eingebettet waren und die Grundlinien deutscher Politik im weltpolitischen Kontext immer gleich-

sam vorgezeichnet schienen. Jetzt ist Selbständigwerden, ist *Identitätsfindung* gefordert.

Ich verstehe den horror vacui, der die Autoren des erwähnten Buchs ergreift, und der sie in veraltete Politikmuster zurücktreibt. Es ist das Erschrecken des Vogels, der flügge geworden ist und aus dem Nest muß. Er muß durch diese Angst hindurch. Es ist *sein* Leben, das vor ihm liegt.

In der Zeit vor uns werden wir in Deutschland, werden die deutschen Sozialdemokraten verstärkt darüber nachdenken müssen, was die deutschen, was die europäischen Interessen sind. Wir müssen genauer wissen, was wir eigentlich wollen. Auch unser vom Entsetzen befallenes Autorenteam lade ich dazu ein. Es geht für Deutschland, für Europa darum, wieder zu erreichen, daß Staatskunst mehr wiegt als Raketen.



Spendenkonto:

Bank: BKD Duisburg
Konto-Nr. 30 000
BLZ: 350 601 90

Postscheckamt Köln
Konto-Nr. 224046-502
BLZ: 370 100 50

Verwendungszweck (8111):



Geschichte der Arbeiter- bewegung

Rainer Diehl: Georg Büchners Sozialismus 150 Jahre „Der hessische Landbote“

Es gehört zu den merkwürdigen Ungereimtheiten der Literaturgeschichtsschreibung, daß jener Georg Büchner, der 1837 im Alter von nur 23 Jahren im Schweizer Exil starb, zu den bedeutendsten deutschen Dichtern gerechnet wird, ohne auch nur ein einziges wirklich authentisches oder abgeschlossenes poetisches Werk hinterlassen zu haben. Das gilt nicht minder für die von ihm mitverfaßte politische Kampfschrift, die – nur einen halben Druckbogen stark – vor 150 Jahren illegal verbreitet wurde: den „Hessischen Landboten“.

Das kleine Pamphlet, überschrieben mit der Parole des französischen Revolutionärs Chamfort: „Friede den Hütten! Krieg den Palästen!“, hätte das erste sozialistische Dokument in Deutschland sein können, wenn sein Entwurf nicht von fremder Hand verändert, abgemildert und verfälscht worden wäre. Wiederherstellbar ist der ursprüngliche Text Georg Büchners heute nicht mehr; das Manuskript wurde sofort nach dem Druck der Schrift vernichtet, damit es nicht den Polizeibehörden in die Hände fallen konnte. Rekonstruierbar aber sind, wenigstens ansatzweise, Büchners politische und soziale Anschauungen. Läßt sich aus ihnen die These belegen, daß Büchner den (vormarkschen) Frühsozialisten zuzurechnen ist?

Parteilnahme für die Armen

Die wenigen erhaltenen Briefe Büchners bezeugen, daß der Student der Medizin in Straßburg und Gießen an den politischen Ereignissen in Deutschland und Frankreich regen Anteil nahm. Unter den deutschen Kleinstaaten seiner Zeit war das Herzogtum Hessen, dessen Landeskind Büchner war, eines der reaktionärsten und despotischsten. Großherzog Ludwig II., der 1830 die

Regentschaft angetreten hatte, scheute sich nicht, zum Einstand die zwei Millionen Gulden Privat-schulden, die er als in Saus und Braus lebender Erbprinz gemacht hatte, durch Sondersteuern aus der weit überwiegend bäuerlichen Bevölkerung – ein industrielles Proletariat gab es noch nicht einmal in Ansätzen – herauszupressen zu versuchen. Selbst der sonst unterwürfige Landtag widersetzte sich diesem Ansinnen. Im Oberhessischen erhoben sich im Herbst 1830 Bauern in beträchtlicher Zahl, marodierten in wilden, ungeordneten Haufen durch das Land, plünderten und brandschatzten herzogliche Amtsgebäude. Das „Blutbad von Södel“ beendete durch militärisches Eingreifen auf martialische Weise diese Bauernrevolte. Zurück blieb tiefe Verbitterung. Im Lande wuchs die Repression aller freiheitlichen und liberalen Regungen ebenso wie die Auszehrung und Ausplünderung der ärmlichen Bevölkerung.

Die Erfahrung der unsäglichen sozialen Not und der rigorosen politischen Unterdrückung ließ Büchner früh zum Revolutionär reifen: „Wenn in unserer Zeit etwas helfen soll, so ist es Gewalt“, schrieb der 19jährige an die Familie. Aber anders als den revoltierenden Kommilitonen waren ihm die klassischen bürgerlichen Freiheitsforderungen eher zweitrangig. Wenn er von den „politischen“ Zuständen sprach, so meinte er in Wirklichkeit immer die durch die politischen Machtverhältnisse nur aufrechterhaltenen ökonomischen Zustände: „Die politischen Verhältnisse könnten mich rasend machen. Das arme Volk schleppt geduldig den Karren, worauf die Fürsten und die Liberalen ihre Affenkomödie spielen.“ Die Liberalen, – sie waren für Büchner nicht die Repräsentanten des demokratischen Fortschritts, sondern die Vertreter des Besitzbürgertums, das vor jeder entschlossenen Aktion gegen den Feudalismus aus Angst um den eigenen Geldsäckel zurückschreckte.

Büchner hat sich stets von revoluzzerhaftem Abenteuerum distanziert, wie es etwa in dem operettenhaft inszenierten Frankfurter Wachensturm 1833 zum Ausdruck kam, auf der anderen Seite aber verachtete er das prinzipienlose Herumlavieren der Liberalen. In solcherlei „Winkelpolitik und revolutionären Kinderstreiche“, versicherte er im Juni 1833 seinen Eltern, werde er sich nicht einlassen.

Mit nicht minder großer Skepsis verfolgte Büchner das muntere Treiben der bürgerlich-li-

beralen Literaten seiner Zeit, die später als das „Junge Deutschland“ in die Literaturgeschichte eingehen sollten. Die Jungdeutschen, eine nur lose verbundene Gruppe von Dichtern, die erst von dem „Denunzianten“ Wolfgang Menzel zu einer festgefügtten Partei emporstilisiert wurde, hatten, wenn auch kein klar umrissenes Programm, so doch weit entwickelte Vorstellungen über die gesellschaftliche Rolle und die Aufgaben des oppositionellen Schriftstellers. Der Dichter, so forderten sie, müsse zum „Tagesschriftsteller“ werden, seine Feder in den Dienst des politischen Kampfes stellen, in die großen Auseinandersetzungen der Zeit mit der Waffe des Wortes eingreifen, um über einen Wandel des gesellschaftlichen Bewußtseins schließlich den der politischen Zustände herbeiführen.

Doch die „politische Wirksamkeit“ der „Tendenzpoesie“, von der ein Karl Gutzkow (1811–1878) schwärmte, führte selbst ihn nur dazu, die „Notwendigkeit der Politisierung unserer Literatur“ anzuerkennen, ohne – „in einer Zeit, wo nur die Massen siegen“ – die auch bildungsmäßig tiefe Kluft, die Oben und Unten in der Gesellschaft trennte, auch nur annähernd überbrücken zu können.

Büchner erfaßte sofort, daß die gesellschaftlich privilegierten bürgerlichen Literaten niemals in der Lage sein würden, die Grenzen ihres schichtenspezifischen Wirkungskreises zu überschreiten. Für ihn waren sie wenig mehr als Hofnarren der herrschenden Mächte. „Übrigens gehöre ich“, schrieb er an seine Familie, „für meine Person keineswegs zu dem sogenannten Jungen Deutschland, der literarischen Partei Gutzkows und Heines. Nur ein völliges Mißkennen unserer gesellschaftlichen Verhältnisse konnte die Leute glauben machen, daß durch die Tagesliteratur eine völlige Umgestaltung unserer religiösen und gesellschaftlichen Ideen möglich sei“. Noch deutlicher wurde er gegenüber Gutzkow selbst: „Sie und Ihre Freunde scheinen mir nicht grade den klügsten Weg gegangen zu sein. Die Gesellschaft mittelst der Idee, von der gebildeten Klasse aus reformieren? Unmöglich! Unsere Zeit ist rein materiell; wären Sie je direkter politisch zu Werke gegangen, so wären Sie bald an den Punkt gekommen, wo die Reform von selbst aufgehört hätte. Sie werden nie über den Riß zwischen der gebildeten und ungebildeten Gesellschaft hinauskommen.“

Jedenfalls nicht so. Denn geschrieben werden

mußte allerdings, aber anders, als es die Jungdeutschen erfolglos vorexerzierten. Es war müßig, sich an eine saturierte Bürgerschicht zu wenden, für die materielle Not und soziales Elend allenfalls interessante Konversationsthemen des Salons waren. Wenn überhaupt, so war dieses erlesene Publikum an der Veränderung der politischen Verhältnisse interessiert, nicht an der der sozialen.

Organisierung der Opposition

In Gießen lernte Büchner 1833 einen etwas verlotterten, genialisch auftretenden Theologiestudenten, August Becker (1812–75), kennen, wegen seines roten Bartes „der rote Becker“ gerufen. Becker, mit dem Büchner eine enge Freundschaft schloß, vermittelte die Bekanntschaft mit Friedrich Ludwig Weidig (1791–1837), dem „Führer der hessischen Liberalen“, wie Franz Mehring schreibt, „ein alter Burschschafter der christlich-germanischen Richtung, ein Schwärmer für Kaiser und Reich und ein Hassler der Französischen Revolution, aber ein fester Charakter von starkem Rechtssinn.“ Kurzum, so nannte ihn sein Biograph Wilhelm Schulz 1843, „ein ganzer deutscher Mann, von ächtem Schrot und Korn, wie sich dessen wenige zu rühmen haben.“

Der protestantische Pfarrer Weidig, damals Rektor in Butzbach bei Gießen, leitete geheime politische Gesellschaften und verbreitete gelegentlich illegale Flugschriften. Wenn Büchner zu ihm, dem er politisch durchaus nicht nahestand, Kontakt aufnahm, so offenbar in der Absicht, sich überhaupt der Oppositionsbewegung gegen den großherzoglichen Despotismus anzuschließen.

In der Frage des konkreten Vorgehens waren sich beide von vornherein nicht einig. Weidig setzte darauf, im Lande nur ein lockeres, informelles Netz korrespondierender Gesinnungsgenossen zu bilden, um auf die Bewußtseins- und Meinungsbildung in der gelehrten Welt und in Kreisen des liberalen Bürgertums einzuwirken. Er verfolgte, wie sich August Becker erinnerte, „den Grundsatz, daß man auch den kleinsten revolutionären Funken sammeln müsse, wenn er dereinst brennen sollte: er war unter den Republikanern republikanisch und unter den Konstitutionellen konstitutionell...“

Büchner hingegen schritt sofort zu einer strafferen Organisierung oppositioneller Bestrebungen, weil er sich davon eine größere Wirksamkeit versprach. So gründete er – nach dem französi-

schen Vorbild, wie er es in Straßburg selbst kennengelernt hatte – zunächst im März 1834 in Gießen, im April dann auch in Darmstadt eine „Gesellschaft für Menschenrechte“, der sich nicht nur Studenten, sondern auch Handwerker anschlossen, von Büchner allesamt auf eine Menschenrechtserklärung eingeschworen und auf von ihm verfaßte Richtlinien verpflichtet.

Wie bei derartigen Unternehmungen von jeher üblich, dürfte dabei wohl das Bedürfnis aufge-



Frühsozialist Georg Büchner

kommen sein, in einer Art programmatischen Schrift die eigenen Ziele und das eigene Selbstverständnis niederzulegen. Denn just zu diesem Zeitpunkt, Ende März 1834, begann Büchner mit der Niederschrift jenes Pamphletes, dem Weidig später den Titel „Der hessische Landbote“ geben sollte. Die neugeschaffene Organisation wollte also nach außen treten, agitieren; sie wollte nicht, wie Weidigs Freunde, als abgeschlossener Club von Gesinnungsfreunden vor sich hin wirken, sondern sich – um im Sprachgebrauch der Zeit zu bleiben – als politische „Parthey“ formieren.

Der Liberale als Zensor

August Becker übertrug das hochverräterische Manuskript Büchners in Schönschrift und expedierte es zu Weidig, der sich um den Druck desselben kümmern wollte. Weidig jedoch behagte die Vorlage, so wie sie war, überhaupt nicht und begann, im Beisein Beckers, sie eigenmächtig umzuarbeiten. Zunächst gab er der Schrift einen Titel – „Der hessische Landbote“ – und setzte darunter: „Erste Botschaft“ – was darauf schließen läßt, daß eine ganze Serie solcher Flugschriften geplant und vereinbart worden war, also eine längerfristig angelegte agitatorische Kampagne zur Mobilisierung der Landbevölkerung.

Als in Flugschriften Erfahrenerer stellte Weidig dem „Hessischen Landboten“ außerdem noch ausführliche konspirative Anweisungen voran: Der Leser wird vor drohender politischer Verfolgung gewarnt, soll das Blatt sorgfältig verbergen, „nur an treue Freunde“ weitergeben oder es „heimlich“ auslegen. Für den Fall, daß das Pamphlet doch gefunden würde, soll der damit Ertappte ruhig „gestehen, daß er es eben dem Kreisrat habe bringen wollen“, oder erklären, daß er es noch gar nicht gelesen habe.

Die Eingriffe, die Weidig dann am Manuskript Büchners vornahm, waren schwerwiegender:

1. Das Wort „die Reichen“ wurde von Weidig fortlaufend durch „die Vornehmen“ ersetzt; aus der Kampfansage gegen Feudalherren und Besitzbürgertum wurde somit eine verdoppelte Anklage gegen die Aristokratie („die Adligen und Vornehmen“).
2. Sämtliche Passagen, in denen Büchner die Lauheit und Halbheit des Liberalismus gegeißelt hatte, wurden ersatzlos gestrichen.
3. Umfangreiche, von alttestamentarischem Pathos getragene und mit Bibelzitaten angereicherte Passagen wurden zusätzlich eingefügt.
4. Die revolutionär-republikanische Vision Büchners wurde durch eine Kritik an der Wirksamkeit der konstitutionellen Verfassung ersetzt.

Einen positiven Beitrag leistete Weidig hingegen mit einer theologisch begründeten Widerlegung der Doktrin vom Gottesgnadentum, aus der die Fürsten ihre Legitimation herleiteten. Weidig kommt zu dem Schluß, „daß Gott alle Menschen frei und gleich in ihren Rechten schuf und daß keine Obrigkeit von Gott zum Segen verordnet ist als die, welche auf das Vertrauen des Volkes sich gründet und vom Volke ausdrücklich oder stillschweigend erwählt ist!“

Distanzierung vom „Landboten“

Anders als Büchner versuchte Weidig, auch das religiöse Empfinden der Bauern politisch zu instrumentalisieren. Als Geistlichem war ihm zudem daran gelegen, die soziale Revolte auf eine religiös motivierte Grundlage zu stellen. Weidigs umfangreiche Einfügungen, Änderungen und Streichungen verleihen dem Text dadurch jedoch eine ganz andere Stoßrichtung als die dem ursprünglichen Entwurf Büchners zugrundeliegende. Während Büchner die Errichtung eines republikanischen „Freistaats“ nach französischem Vorbild im Auge hatte, beschwört Weidig die vermeintliche Idylle des mittelalterlichen Deutschland: „den Kaiser, den unsere freien Voreltern wählten, haben diese Fürsten verraten“, „das schöne deutsche Land, das viele Jahrhunderte das herrlichste Reich der Erde war“, das „Paradies...“, wie unser teuerwertes Deutschland war, bis seine Fürsten es zerfleischten und schundeten.“

Im Grunde war und blieb Weidig ein romantischer Reaktionär, den die unerträglichen sozialen und politischen Verhältnisse in den absolutistisch regierten deutschen Kleinstaaten dazu zwangen, als Sozialrevolutionär zu agieren. Der romantische Reaktionär ist auf seine Weise antiaristokratisch und antikapitalistisch zugleich, aber er sucht die Lösung der Widersprüche in der aufkommenden, noch halbfeudalen bürgerlichen Gesellschaft, indem er danach trachtet, das Rad der Geschichte zurückzudrehen bis zu einem vermuteten historisch früheren Zustand, der seiner ahistorischen Vision einer idyllisch-patriarchalischen Ordnung entspricht. Das „gute, alte Recht“ wird eingefordert, doch die realen gesellschaftlichen Verhältnisse der wehmütig-sentimental beschworenen besseren Vergangenheit, etwa die Leibeigenschaft oder die Lehnsherrschaft, werden ausgeblendet, werden nicht mehr wahrgenommen.

Büchner war, wie wir aus einer Zeugenaussage wissen, „über die Veränderung, welche Weidig mit der Schrift vorgenommen hatte, außerordentlich aufgebracht; er wollte sie nicht mehr als die seinige anerkennen und sagte, daß er ihm gerade das, worauf er das meiste Gewicht gelegt habe und wodurch alles andere gleichsam legitimiert werde, durchgestrichen habe“. Büchners Kritik kann sich nicht so sehr gegen die von Weidig gewählte religiöse Ansprache als solche gerichtet haben, zumal er sie selbst (obwohl er bekannte, mit der Religion nicht viel im Sinn zu haben) als

rhetorisches Mittel der Agitation empfohlen hatte.

Sozialistische Liberalismuskritik

Es war Büchner offenbar sofort klar, daß Weidig den „Landboten“ mit einer ganz anderen politischen Zielrichtung versehen hatte. Büchners Entwurf wie auch die gedruckte Fassung enthielten eine Analyse der Geschichte der Französischen Revolutionen von 1789 und 1830, in welcher er nicht nur die Hinrichtung Ludwig XVI. rechtfertigte („das Volk richtete ihn, wie es einem Verräter geziemt“), sondern auch die jakobinische Schreckensherrschaft unter Robespierre, die zur Niederschlagung konterrevolutionärer Bestrebungen notwendig wurde: „ein großer Teil der Adeligen und Reichen [bei Weidig: „Vornehmen“] im Lande stand auf und schlug sich zum Feind. Da ergrimmte das Volk und erhob sich in seiner Kraft. Es erdrückte die Verräter und zerschmetterte die Söldner der Könige. Die junge Freiheit wuchs im Blut der Tyrannen...“

Nur aus wenigen überlieferten Äußerungen Büchners läßt sich noch rekonstruieren, worin die von Weidig unterschlagene Kritik Büchners am Liberalismus seiner Zeit bestanden haben könnte:

► **Politische Inhomogenität:** „ich weiß, wie schwach, wie unbedeutend, wie zerstückelt die liberale Partei ist, ich weiß, daß ein zweckmäßiges, übereinstimmendes Handeln unmöglich ist und daß jeder Versuch, auch nicht zum geringsten Resultate führt“;

► **Politische Inkonsequenz:** Büchner „haßte... jenen tatenlosen Liberalismus, der sich mit seinem Gewissen und seinem Volke durch leere Phrasen abzufinden sucht“ und eine wirkliche oppositionelle Politik vermissen läßt;

► **Reaktionäre Utopien:** „ich bin kein Verehrer der Manier à la Schwab und Uhland und der Partei, die immer rückwärts ins Mittelalter greift, weil sie in der Gegenwart keinen Platz ausfüllen kann“;

► **Einheit statt Freiheit:** Auf den von Liberalen gemachten Vorschlag, zunächst die nationale Einheit anzustreben und erst danach bürgerliche Freiheitsrechte einzufordern, meinte Büchner, „das gäbe doppelte Arbeit, und wollte von dem stationsweisen Vorgehen nichts wissen“;

► **Neue Klassenherrschaft:** „Sollte es diesen Leuten gelingen, die deutschen Regierungen zu stürzen und eine allgemeine Monarchie oder Repu-

blik einzuführen, so bekommen wir hier einen Geldaristokratismus wie in Frankreich, und lieber soll es bleiben, wie es jetzt ist“;

► **Interessengegensätze:** „die gebildete und wohlhabende Minorität“ des Besitzbürgertums werde „nie ihr spitzes Verhältnis zur großen Klasse aufgeben wollen“.



Liberaler Ludwig Weidig

Das Eigentum der Besitzenden ist Diebstahl

Büchner war also sicher alles andere als ein Liberaler. Biographisch nachweisbar hingegen ist, daß er während seiner Straßburger Studienjahre in relativ engen Kontakt zu Anhängern der französischen Frühsozialisten Saint-Simon und Babeuf gekommen ist. Ganz im Sinne Saint-Simons begann Büchner, der sonst etwa über Saint-Simons Behandlung der Frauenfrage spöttelte, den „Hessischen Landboten“ mit der Aufteilung der Gesellschaft in eine produktive und in eine unproduktive, parasitäre Klasse, in Arbeitende und Müßiggänger, in Arm und Reich: „Das Leben

der Reichen ist ein langer Sonntag: sie wohnen in schönen Häusern, sie tragen zierliche Kleider, sie haben feiste Gesichter und reden eine eigene Sprache; das Volk aber liegt vor ihnen wie Dünger auf dem Acker. Der Bauer geht hinter dem Pflug, der Reiche aber geht hinter ihm und dem Pflug und treibt ihn mit den Ochsen am Pflug, er nimmt das Korn und läßt ihm die Stoppeln. Das Leben des Bauern ist ein langer Werktag; Fremde verzehren seine Äcker vor seinen Augen, sein Leib ist eine Schwielen, sein Schweiß ist das Salz auf dem Tische des Reichen.“

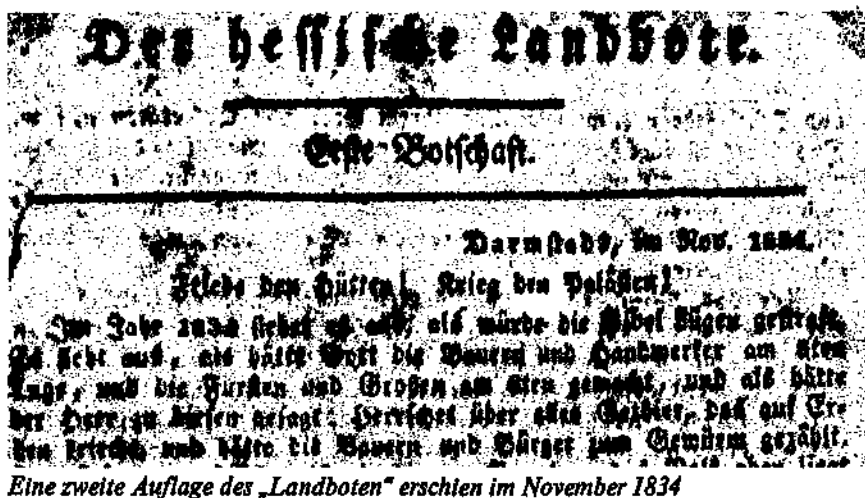
Alles nachfolgende im „Landboten“, Büchners weitschweifige, statistisch aufbereitete Darlegungen über die ungeheueren Aufwendungen des Staatsapparats auf Kosten des niederen Volkes dienen lediglich dazu, dem Volk den Grad seiner Ausbeutung handgreiflich zu demonstrieren. Aber Büchner geht noch weiter: Er beruft sich nicht mehr auf das Gesetz gegen das Unrecht, führt die Unerträglichkeit der herrschenden Zustände nicht mehr auf die Niederträchtigkeit und die Raffgier von Individuen zurück, sondern er stellt dieses Gesetz selbst in Frage: „Das Gesetz ist das Eigentum einer unbedeutenden Klasse von Reichen und Gelehrten, die sich durch ihr eigenes Machwerk die Herrschaft zuspricht. Diese Gerechtigkeit ist nur ein Mittel, euch in Ordnung zu halten, damit man euch bequemer schinde...“ Das Eigentum, das sich die Reichen erworben haben, ist in Wirklichkeit „Diebstahl, der von Staats wegen unter dem Namen von Abgabe und

Steuern jeden Tag an eurem Eigentum begangen wird.“

Das Gesetz jedenfalls schafft kein Recht, es schafft – wie Büchner einmal an seine Familie schrieb – nur „gesetzliche Anarchie“, d. h. es erhebt die anarchische Ausplünderung des Schwachen durch den Starken zum positiven Gesetz, legalisiert sie. Büchner aber – und darin ist er sehr frühsozialistisch – hinterfragt nicht (wie nach ihm Marx) den Begriff des Rechtes selbst, sondern er beruft sich auf ein höheres Recht. „Ich glaube“, schrieb er an Gutzkow, „man muß in sozialen Dingen von einem absoluten Rechtsgrundsatz ausgehen, die Bildung eines neuen geistigen Lebens im *Volke* suchen und die abgelebte moderne Gesellschaft zum Teufel gehen lassen... Sie mag aussterben, das ist das einzige Neue, was sie noch erleben kann.“

Die Revolution kommt aus der Verelendung

Vierzehn Jahre vor dem Kommunistischen Manifest prognostizierte Büchner zutreffend den Gang der geschichtlichen Entwicklung. Noch verdeckt und überlagert von dem Entscheidungskampf zwischen alter Feudalaristokratie und aufstrebendem liberalem Bürgertum, entsteht im Schoße der alten Gesellschaftsordnung eine neue soziale Klasse, die sich in den unversöhnlichen Gegensatz zu beiden Klassen setzen wird. Büchner ist gewiß nicht der erste, der das Thema des sozialen Elends aufnimmt, aber er ist – wie vor ihm Grachus Babeuf in Frankreich – der erste in



Deutschland, der entdeckt, daß die Opfer des Elends selbst zum politischen Faktor von ungeheurer Sprengkraft werden: „Die ganze Revolution hat sich schon in Liberale und Absolutisten geteilt und muß von der ungebildeten und armen Klasse aufgeessen werden. Das Verhältnis zwischen Armen und Reichen ist das einzige revolutionäre Element in der Welt.“

Marx wird dies später auf den der bürgerlichen Gesellschaft inhärenten antagonistischen Grundwiderspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital zurückführen. Der frühsozialistische Büchner, noch befangen in der Erfahrungswelt einer agrarisch dominierten Wirtschaftsordnung, in der die industrielle Lohnarbeit noch keine merkliche Rolle spielt, gelangt über den allgemeinen Gegensatz von „arm“ und „reich“ freilich noch nicht hinaus. Aber exakt dies unterscheidet ihn kaum von der Mehrzahl der Frühsozialisten, zu denen er wohl gerechnet werden muß.

Die große Umwälzung der politischen und sozialen Verhältnisse, meint Büchner, werde daher nicht durch „eine Handvoll undisziplinierte Liberale“ kommen. Nicht die politischen Partizipationsforderungen einer privilegierten Bürgerschicht lösen die Bewegung aus, die zum Sturz der alten Ordnung führen wird. Büchner war klar, „daß nur das notwendige Bedürfnis der großen Masse Umänderungen herbeiführen kann, daß alles Bewegen und Schreien der einzelnen vergebliches Torenwerk ist“. Konkreter, insbesondere was die Frage der Anwendung materieller Gewalt betraf, wurde er gegenüber dem Kampfführer August Becker: „Soll jemals die Revolution auf eine durchgreifende Art ausgeführt werden, so kann und darf das bloß durch die große Masse des Volkes geschehen, durch deren Überzahl und Gewicht die Soldaten gleichsam erdrückt werden müssen. Es handelt sich also darum, die große Masse zu gewinnen, was vorderhand nur durch Flugschriften geschehen kann.“

Gegen Putschismus und Utopismus

Damit hatte Büchner die Zielsetzung seiner Kampfschrift klar ausgesprochen. Er wollte die arme, ausgebeutete Bauernschaft, das einzig revolutionäre Element in der Gesellschaft, zum Bewußtsein ihrer ökonomischen Misere erheben,

um sie damit in den Stand zu setzen, als handelndes Subjekt in die Geschichte einzutreten. Allerdings nicht – so spricht es der „Hessische Landbote“ am Schluß deutlich aus – in der Form einer spontanen Massenbewegung, sondern geleitet durch eine Avantgarde: „Wann der Herr euch seine Zeichen gibt durch die Männer, durch welche er die Völker aus der Dienstbarkeit zur Freiheit führt, dann erhebt euch...“

Es lag Büchner fern, mit seiner Kampfschrift unmittelbar zur Revolution aufrufen zu wollen, „weil ich im gegenwärtigen Zeitpunkt jede revolutionäre Bewegung als eine vergebliche Unternehmung betrachte und nicht die Verblendung derer teile, welche in den Deutschen ein zum Kampf für sein Recht bereites Volk sehen“. Diese Einschätzung der realen Kräfteverhältnisse unter den restaurativen Bedingungen nach einer fehlgeschlagenen Erhebung hat Büchner, immer mit der Einschränkung auf die *aktuelle* Ausgangslage, in der Tat wiederholt vorgebracht.

Seine Befürchtung war es offenbar (und darin erinnert er an Marxens Warnungen an die Pariser Kommunisten 1871 und Engels' Warnungen an die deutschen Sozialdemokraten 1895), daß sich die ausgepowerte Landbevölkerung zu einer aussichtslosen, wenngleich heroischen Revolte hinreißen lassen könnte, deren Niederschlagung auf Jahre hinaus alle revolutionären Hoffnungen begraben würde. Der Versuch einer sozialrevolutionären Umwälzung war erst dann zu verantworten, wenn die unterdrückte Klasse stark genug geworden war, sich der entscheidenden gewaltsamen Auseinandersetzung zu stellen, – bewußtseinsmäßig vorbereitet durch die beharrliche Aufklärungsarbeit ihrer Führer.

Daraus wie auch aus der Tatsache, daß Büchner nirgendwo das utopische Bild einer künftigen freien Gesellschaft gezeichnet hat, geht hervor, daß er kaum als Vertreter des utopischen Sozialismus betrachtet werden kann. Überhaupt tut Büchner keine einzige positive Aussage über die Gestaltung des angestrebten „Freistaats“. Damit wie in vielem anderen, so etwa in Stil und Sprache, erinnert Büchners (nicht Weidigs) „Landbote“ an das „Kommunistische Manifest“ von 1848. Ob man den „Landboten“ einen Vorläufer des letzteren nennen darf, ist eine andere Frage.



Berichte aus europäischen Ländern

Frankreich: Revolte der Kategorien

Gegen die in Bedrängnis geratene sozialistische Regierung machen sich immer stärker korporatistische und poujadistische Bestrebungen bemerkbar.

„Frankreichs Uhren gehen anders“ heißt der Titel eines bemerkenswerten Buches, das der schweizerische Schriftsteller Herbert Lüthy vor genau 30 Jahren veröffentlichte. Heute, angesichts der Krisenzeichen, die sich im Lande mehren, könnte man versucht sein, eine ähnliche Feststellung zu treffen, denn in der Tat hat Frankreich alle Mühe, mit seinen Problemen fertig zu werden. Auf den ersten Blick könnte man das Gefühl haben, daß die französische Gesellschaftsordnung im Begriff ist, an ihren Widersprüchen zu zerbrechen: im Februar haben die Fernfahrer das Land eine Woche lang faktisch lahmgelegt. Vor ihnen hatten die Schweinezüchter, die sich benachteiligt glaubten, Behördengebäude kurz und klein geschlagen. Zur gleichen Zeit kam es in den Talbot-Automobilwerken zu heftigen, tätlichen Auseinandersetzungen zwischen ausländischen und einheimischen Arbeitern. Ärzte und Apotheker gingen auf die Straße, um ihre „Rechte“ zu verteidigen. Die Lehrer der „freien“, d. h. der katholischen Schulen, veranstalteten Massendemonstrationen, weil sie sich von den öffentlichen Schulen „überteuert“ glauben. Die Bergarbeiter traten für zwei Tage in den Streik, um gegen Entlassungen zu protestieren.

Man könnte diese Aufzählung fortsetzen. Eine Krise auf französisch. Sie äußert sich auch darin, daß die von dem Demagogen geführte „nationale Bewegung“, eine rechtsextremistische Organisation, in einigen Teilen Frankreichs bei Gemeinde- und Regionalwahlen bemerkenswerte Erfolge erzielt hat. Die Losung: „Die ausländischen Arbeiter müssen weg, um französischen Arbeitern die Arbeitsplätze zu sichern“, hatte offensichtlich Eindruck gemacht.

Ist das Land vom Chaos bedroht? Als Herbert Lüthy sein Werk schrieb, war Frankreich in einem gewissen Sinne ein unterentwickeltes Land. Seine

Industrie basierte auf mittleren und kleinen Gebäuden, die es mit der ausländischen Konkurrenz nicht aufnehmen konnten. Erst in den 60er Jahren wurde der gewaltige Rückstand unter großen Mühen und Opfern zum Teil aufgeholt. Aber eben nur zum Teil. Bei der Krise, die heute das Land erschüttert, geht es im Grunde darum, das Land von seinen archaischen „Resten“ (sie sind gewaltig) zu befreien.

Die „nationale Bewegung“, die von Jean-Marie Le Pen geführt wird, basiert zum großen Teil auf dem Widerstand eines Teils des Kleinbürgertums (Handwerker, Kleinunternehmer vor allem), das sich vom Untergang bedroht sieht und sich der Modernisierung entgegenstellt. Ihr Haß richtet sich gegen den Staat, der für alle Übel verantwortlich gemacht wird, sowie gegen den „Fremden“, der den Franzosen das „Brot vom Munde“ nimmt.

Bildet diese Bewegung, die hier und dort über zehn Prozent der Stimmen bei Wahlen erzielte, eine wirkliche Gefahr für das Land? Ja, sofern die Wirtschaftskrise anhalten sollte. Vor etwa 30 Jahren hatte die von Pierre Poujade angeführte Bewegung des Mittelstandes einige Dutzend Abgeordnete ins Parlament entsenden können, um dann, einige Jahre später, wieder zusammenzuberechnen. Heute wird das „nationale“ Potential der Partei von Jean-Marie Le Pen, die eindeutig rassistische und nationalistische Züge trägt, auf etwa 5 Prozent geschätzt.

Aber morgen? Frankreich zählt gegenwärtig etwa 2,3 Millionen Arbeitslose. Die Perspektiven sind nicht eben günstig: die Stahlindustrie, die Textilindustrie, die Automobilwerke und andere Industriezweige schicken sich an, Massenentlassungen vorzunehmen. Die Werften befinden sich in schwieriger Lage. Es kann nicht für ausgeschlossen gehalten werden, daß die Zahl der Arbeitslosen sich bis Jahresende noch bedeutend vermehrt.

Die Regierung ist in zahlreiche Zwänge eingekeilt. Ein Beispiel: Kann es Frankreich hinnehmen, daß der Bergbau, der mit riesigen Verlusten arbeitet und absolut unrentabel ist, in seiner heutigen Form bestehen bleibt? Niemand – außer den Kommunisten – wagt es, diese Frage positiv zu beantworten. Gleiches gilt für die Stahlindustrie und die Werften.

Ergo: es muß „modernisiert“ werden. In der „Revolte der Kategorien“, von der ein französischer Publizist spricht, kommt in erster Linie – aber nicht allein – die Reaktion zahlreicher Angehöriger des Mittelstandes zum Ausdruck, die mit voller Wucht von der Krise betroffen werden und die weniger „geschützt“ sind als beispielsweise die gewerkschaftlich (relativ) stark organisierten Beamten, die so über

„Privilegien“ verfügen. Die Krise führt auch dazu, daß sich eine Schicht gegen andere auflehnt. Beispiel: die Fernfahrer. Ihre Bewegung begann ja mit einem Protest gegen die streikenden Zollbeamten, die – so die Fernfahrer – „ihren Arbeitsplatz gesichert sehen und es sich erlauben können, auf unsere Kosten in den Streik zu treten . . .“

Solche Worte spiegeln ein Phänomen wider, das in seiner Auswirkung nicht unterschätzt werden sollte: das Entstehen eines gewissen „Terrorismus“, das – wie bei den Fernfahrern – dazu führt, daß alle Franzosen wegen der Blockierung der Verkehrswege sozusagen als Geiseln behandelt werden. Die Verhältnismäßigkeit der Mittel, mit denen man zu seinem „Recht“ gelangen will, wird nicht mehr in Rechnung gestellt. Zum zweiten: ein Teil des Mittelstandes hat die Wirksamkeit des kollektiven Zusammenschlusses entdeckt: jede der bereits erwähnten Kategorien (Führungspersonal, freie Berufe, Kleinunternehmer) bemüht sich, ihre korporatistischen Forderungen in ein „gewerkschaftliches“ Kleid zu hüllen und sich somit ein „Privileg“ zu sichern, das früher den Lohnarbeitern vorbehalten zu sein schien. Am eindeutigsten erkennt man diese Tendenz bei den Landwirten, deren Interessenverband in den meisten Fällen darauf bedacht ist, die

Privilegien der wohlhabenden Landwirte auf Kosten der weniger begüterten zu sichern. Oder bei den Apothekern, einer besonders privilegierten Schicht, die auf die Straße gehen, um dem „Terror“ (so sagen sie) der Regierung zu begegnen, die ihre beträchtlichen Gewinne etwas beschneiden möchte. Oder schließlich auch bei gewissen Arbeiterschichten, die sich deutlich von den „Gastarbeitern“ distanzieren, statt sich mit ihnen, die kaum über Verteidigungsmittel verfügen, zu solidarisieren.

Es versteht sich am Rande, daß die konservative Opposition, die ja zum großen Teil für den wirtschaftlichen Rückstand des Landes verantwortlich ist, die korporatistische Bewegung ausnutzt, um die sozialistische Regierung in Schwierigkeiten zu bringen. Diese steht im Zugzwang. Es ist ihr unmöglich, dem Druck der Gruppeninteressen nachzugeben, soll das Land nicht in eine noch tiefere Krise gestürzt werden. Es ist ihr verwehrt, sich auf die schiefe Bahn des Protektionismus zu begeben, wie es die Kommunisten (und auch manche Sozialisten . . .) fordern, will sie die Wirtschaft des Landes nicht in einen Engpaß treiben.

„Durchhalten“ ist also in Frankreich die Parole. Auch – und vor allem – gegen den „Poujadismus“. *Gustave Stern (Paris)*

Griechenland: Physiognomie der Mitte

Hinter der jüngsten Kabinettsumbildung steht mehr als nur ein Austausch von Personen. Premier Papan-dreu hat dabei auch wichtige politische Weichenstellungen vorgenommen.

Das Revirement in der Zusammensetzung des Ministerrates soll auch auf die Generalsekretäre, die Banken sowie die obersten Behörden ausgedehnt werden und wird auch in anderen Organisationen erwartet. Diese personellen Veränderungen sind einschneidend, denn sie sind nicht nur unmittelbar mit Personen, sondern auch mit dem neuen Geist verknüpft, den der Premierminister in der Verwaltung einziehen lassen will. Schon die Kabinettsumbildung, die einen großen Eindruck in der Öffentlichkeit und unter den Politikern hinterlassen hat, unterstreicht die Entschlossenheit Andreas Papan-

dreou, bei der Bewältigung der internen Probleme eine schärfere Gangart einzuschlagen.

Absicht des Premiers ist es, den Wandel gerade in jenen Bereichen sichtbar zu machen, von denen die Bürger direkt betroffen sind, von der öffentlichen Verwaltung über Gesundheitswesen und Gewerbe bis hin zur Information durch Radio und Fernsehen.

So wird es auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung, das der Premier für eines der entscheidenden hält, mit der Herauslösung des K. Y. P. (Staatsinformationsdienst) und der Radio- und Fernsehanstalten aus der Zuständigkeit des Präsidialministeriums eine substantielle Umbildung geben, so daß das Ministerium, frei von diesen Lasten, sich darauf konzentrieren kann, wirkungsvoll in der öffentlichen Verwaltung zu intervenieren, um all den Problemen zu begegnen, die mit der Tätigkeit der Staatsmaschinerie und der Bürokratie verbunden sind. Kopf des Präsidialministeriums ist jetzt Professor Apostolos Lazaris, der damit, nachdem er bei

der ersten Kabinettsumbildung das Koordinationsministerium abgegeben hatte, in die Regierung zurückkehrt. Die Rückkehr von Lazaris in die Regierung – und namentlich in das ranghöchste Ministerium – wurde nicht nur von den PASOK-Anhängern, sondern sogar von der Opposition mit Befriedigung vermerkt. Denn Wirtschaftsprofessor Lazaris ist ein sehr besonnener, ernsthafter, dezenter und nüchterner Mann, der wohl gelitten ist und auch denen ein Gefühl des Vertrauens zu vermitteln vermag, die angesichts der gegenwärtigen Situation ihre Befürchtungen haben. Es ist bezeichnend, daß nicht einmal eine einzige Oppositionszeitung sich gegen ihn stellte. Im Gegenteil: einige, etwa die sehr seriöse „Kathimerini“, veröffentlichten Lobeshymnen über ihn und mutmaßten, der Premierminister werde ihn auch in ökonomischen Fragen als guten Ratgeber gebrauchen können.

Ein zweiter Sektor, dem der Premier besondere Bedeutung beimißt, ist das Gesundheitswesen. Hier postierte er jemand, der – wie allgemein anerkannt wird – ein sehr erfolgreicher Minister war: Georgios Gennimatas, der bislang dem Innenministerium vorstand, welches in vorigen Zeiten die Zuständigkeiten des Ministeriums für Gesundheit und Wohlfahrt innehatte. Um die „Degradierung“ des letzteren zu korrigieren, änderte der Premier die Rangfolge der Ministerien und ließ das Gesundheits- und Wohlfahrtsministerium vom siebten auf den fünften Platz, d. h. unmittelbar hinter das zuvor von Gennimatas gehaltene Innenministerium, aufrücken.

Der dritte Sektor von Bedeutung ist der des Handelsmarktes, wo das Hauptproblem in der Preiskontrolle besteht, ohne die die von der Regierung für 1984 eingeleitete Einkommenspolitik nicht erfolgreich sein kann. Handelsminister Kedikoglou und Staatssekretär Kazazis werden erstmals in das Ministerkabinett einbezogen.

Der vierte Sektor, in dem es weitreichende Eingriffe zu verzeichnen gibt, ist der der Radio- und Fernsehanstalten. Alle sie betreffenden Verantwortlichkeiten sind durch die Entscheidung des Premierministers aus dem Präsidialministerium herausgenommen und einem Minister ohne Portefeuille, dem ehemaligen Industrieminister im ersten Papandreou-Kabinett, Peponis, übertragen worden. Peponis war bereits Generaldirektor des Rundfunks unter der Regierung Georgios Papandreou gewesen und galt damals als erfolgreich.

Viele Kommentare und Diskussionen hat die Übertragung der Zuständigkeit für den K. Y. P. (Staatsinformationsdienst) vom Präsidialministerium auf das Verteidigungsministerium ausgelöst. Auf die vielfältigen Reaktionen eingehend, erklärte die Regierung, daß Veränderungen in der Führung und in der Struktur des K. Y. P. vorgenommen würden; einem in Arbeit befindlichen Gesetzentwurf nach soll er seinen militärischen Charakter verlieren und eine Zivilbehörde werden, die der ausschließlichen Autorität des Premierministers unterstehen soll. Was schon jetzt der Fall ist, denn der Premier ist in Personalunion auch Verteidigungsminister.

Insbesondere, erklärte die Regierung, gebe es in bezug auf die Aufgaben des K. Y. P. neue Pläne: Sammlung von Informationen, Erarbeitung von Einschätzungen und Analysen sowie Abgabe von Empfehlungen an die betroffenen Behörden. Ausschließlich befaßt mit Angelegenheiten nationaler Bedeutung und der Staatssicherheit, darf ein ziviler K. Y. P. künftig griechische Bürger nicht mehr überprüfen und überwachen. Solche Überprüfungen gehören der „sündigen Vergangenheit“ an.

Die Veränderungen um den K. Y. P. waren denn auch das Thema, das alle Diskussionen im Parlament, verbunden mit hitzigen Wortbeiträgen und Anfragen, dominierte. Namentlich der frühere Staatssekretär im Innenministerium und jetzige unabhängige Abgeordnete St. Panagoulis kritisierte, daß Bürger registriert würden und daß selbst über ihn persönlich noch ein „Dossier“ geführt werde.

Obgleich im Bereich der mit der Wirtschaft befaßten Ministerien nur wenige Veränderungen vorgenommen wurden – Roumeliotis wurde wieder zum Staatssekretär und Vafios zum Stellvertretenden Minister im Ministerium für nationale Wirtschaft ernannt –, beabsichtigt der Premierminister, persönlich in die Wirtschaftspolitik zu intervenieren. Kategorisch dementiert wurden von Regierungsvertretern indes Gerüchte, daß die Regierung ihre vier Amtsjahre nicht ausschöpfen, sondern (zusammen mit den Europawahlen) vorgezogene Neuwahlen ausschreiben wolle.

Einige Oppositionszeitungen wollen in der neuen Regierung eine „Physiognomie der Mitte“ erkennen – mit proeuropäischen Tendenzen in der Außenpolitik und im Innern mit dem Bemühen, sich gegenüber der Welt der Unternehmen zu „öffnen“. Vielleicht haben sie wenigstens einmal recht ...

Artemis Kyrlazis (Athen)

Großbritannien: Gewerkschaftsmitglied- schaft als Sicherheits- risiko?

Die Tory-Regierung verfolgt eine mittlerweile offen reaktionäre Politik gegen Gewerkschafter, Kommunalverwaltungen - und die Armen.

Offenkundig mangelndes politisches Gespür hat Mrs. Thatcher einmal mehr in die Bredouille gebracht. Am weitestgehendsten war die unerwartete Nachricht, daß Belegschaftsmitgliedern in einer „Spitzel“-Einrichtung der Regierung (GCHQ), die auf die Überwachung der Satellitenkommunikation spezialisiert ist, je 1000 £ gezahlt werden sollten, wenn sie aus ihrer Gewerkschaft austräten. Denen, die das Geld ablehnen würden, sollte andernorts Arbeit angeboten werden, diejenigen jedoch, die eine Versetzung ablehnen würden, sollten ohne jede Abfindung entlassen werden. Niemand zeigte sich mehr überrascht als die Kabinettskollegen von Sir Geoffrey Howe, dem Außenminister und Überbringer der schlechten Nachrichten, denn diese Entscheidung war von einer kleinen Gruppe außerhalb des Kabinetts und ohne Konsultation gefällt worden.

Die Rechtfertigung der Regierung lautete, daß die GCHQ (Government Communications Headquarters) organisatorisch mit anderen Geheimdiensten harmonisiert werden solle, in denen Gewerkschaftsmitgliedschaft bereits (von einer früheren Labour-Regierung) verboten worden sei und daß die GCHQ schon 1979 und 1981 von Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes für die Durchführung von Arbeitskämpfen eigens ausserkoren worden sei, was als inakzeptabel bewertet wurde.

Die Sicherheit des Landes, tönte die Premierministerin, sei in Gefahr. Ihre Kritiker konterten mit der Feststellung, den seinerzeitigen Ministern zufolge sei die Sicherheit des Landes im Verlaufe früherer Störungen keineswegs gefährdet gewesen, Arbeitskämpfe würden im Falle der Sicherheitsbedrohung ohnehin aufgeschoben, die Gewerkschaften hätten immer im voraus Streikwarnungen abgegeben, um eine Einigung auf anderem Wege zu ermöglichen, und es gebe keinen annehmbaren Grund, unter Berufung auf eine fragwürdige Rechtsgrundlage und unter Androhung solch unerwünschter Konsequenzen den Leuten das Recht, sich gewerkschaftlich zu organisieren, zu verwehren.

Angebote der Gewerkschaften, über einen möglichen Verzicht auf alle Streikmaßnahmen mit sich reden zu lassen, wurden auf der anderen Seite anfangs völlig ignoriert, und der Verdacht kam auf, daß die Amerikaner Druck ausgeübt haben könnten. Landesweit kam es zu gewerkschaftlichen Demonstrationen.

Für Mrs. Thatcher hat die Episode zwei wichtige und unerwünschte Konsequenzen:

1. Auf personeller Ebene hat sich der Eindruck verstärkt, daß die Regierung schlicht ihr Handwerk nicht beherrscht, daß sie aus dem Tritt gerät und daß - vielleicht noch bedeutsamer - Mrs. Thatcher sich im zunehmenden Maße am Kabinett vorbeischieben muß, um ohne Blessuren aus umstrittenen Politiken herauszukommen - ein Problem, mit dem sie sich zunehmend auseinanderzusetzen hat.

2. Diese Affäre hat die Aussichten der Regierung zunichte gemacht, ihr Gewerkschaftsprogramm, gegen das effektiv auszukämpfen selbst die Gewerkschaften für schwierig befanden, weil es in dieser Frage einen relativ breiten öffentlichen Konsens gibt, ohne nennenswerte Widerstände durchzusetzen. Indem sie schlicht und einfach unterstellte, daß Gewerkschaftertum und Patriotismus unvereinbar seien, brachte es Mrs. Thatcher fertig, die Gewerkschaftsbewegung und aufgeklärte liberale Meinungsträger zu einigen. (Ein pfiffiger Labour-Abgeordneter erinnerte die Kollegen daran, daß alle bekannten Verräter in der Geschichte den oberen Klassen angehört hätten und keine Gewerkschaftsmitglieder gewesen seien!) Unterdes erreichen die Gewerkschafts-Beitrittsanträge unter den GCHQ-Bediensteten Rekordzahlen.

Diese Aktion ist nicht die einzige, die Leute dazu veranlaßt, die Regierung antidemokratisch zu nennen. Auf kommunaler Ebene will die Regierung nicht nur die Möglichkeit einer zentralen Kontrolle aller kommunalen Ausgaben (s. a. NG 2/84) einführen, sie trägt sich sogar mit der Absicht, eine ganze Reihe gewählter kommunaler Verwaltungen abzuschaffen. Der verantwortliche Minister, Patrick Jenkin, meint, die von den sechs Großstadt-Bezirken erfüllten Aufgaben rechtfertigten nicht noch darüber stehende Gremien. Wie der Zufall so spielt, werden alle sechs Großstadtbezirke und das Londoner Parlament, der „Greater London Council“ (Stadttrat Groß-London), der von dem umstrittenen Linken Ken Livingstone präsidiert wird - alle zusammen repräsentieren ein Viertel der Bevölkerung des Landes -, von Labour kontrolliert und tätigen naturgemäß große Ausgaben. Mrs. Thatcher sind

sie ein Dorn im Auge, seit sie, vor zehn Jahren, bei der letzten großen Neuordnung eingerichtet wurden.

Ursprünglich dazu vorgesehen, regionalpolitische Entwicklungsstrategien umzusetzen, sollen nun einige ihrer Kompetenzen, z. B. Kultur, Verkehrskontrolle und Müllabfuhr (und Schulwesen im Falle Londons), wieder auf die zahlreichen Distrikträte übergehen. Für Aufgaben, die dafür als ungeeignet betrachtet werden – Feuerwehr, Öffentlicher Nahverkehr und Polizei –, sollen nicht-gewählte „Beiräte“ geschaffen werden. Deren Politik wird nicht in die Zuständigkeit der Distrikte fallen, obwohl diese in den Beiräten vertreten sein sollen, und somit aus der kommunalen Verantwortlichkeit ausgeschlossen. In den laufenden Beratungen war die bislang einzige Organisation, die diese Änderung begrüßte, der Verband der britischen Industrie. Selbst konservative Kommunalverbände stemmen sich dagegen. In London läuft die Kampagne zur Rettung des „Greater London Council“ auf vollen Touren und verbreitert sich zunehmend.

Die Regierung wird wahrscheinlich nicht davon abgehalten werden können, die Großstadt-Bezirke abzuschaffen, aber sie hat bereits, nach wütender Kritik von allen Seiten, die geplanten Wohlgekdürzungen für Bedürftige modifiziert. Die Protestierer

blieben jedoch unbeeindruckt, nachdem sie herausgefunden hatten, daß die unter anderem für die Rentner vorgesehenen Leistungsverbesserungen zu Lasten der Kinder gehen sollen (wogegen die angekündigte große Hinterbänkerrevolte der Tories allerdings ausgeblieben ist). Armen Familien mit Kindern wird es unter den neuen sozialpolitischen Beschlüssen noch miserabler gehen als unter den alten.

In Mrs. Thatchers Großbritannien hat sich die ohnehin schon bedrohliche Lage der Armen noch weiter verschlimmert. Die Zahl der unterhalb der offiziellen „Armutsgrenze“ lebenden Kinder, der Bemessungsgrenze für staatliche Hilfen, hat sich zwischen 1979 und 1981 fast verdoppelt. Und es wächst die Ungleichheit. Zwischen 1979 und 1982 stiegen die Nominallohne der meisten schlechtbezahlten männlichen Handarbeiter um 42%, die der bestbezahlten Nicht-Handarbeiter hingegen um 63%. Die Veränderungen bei den Steuern und den Sozialleistungen unter den Konservativen haben die Einkommen der am niedrigsten Verdienenden um 40% reduziert. Auch im neuen Jahreshaushaltentwurf macht die Regierung keine Anstalten, diesem bedenklichen Trend entgegenzutreten.

Elizabeth Hartley-Brewer (London)

Irland: Ein „neutraler“ Haushalt

Verschiedene Anzeichen deuten darauf hin, daß die irische Koalitionsregierung den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit aufgegeben hat.

Im Januar erreichte die Beschäftigungskrise in Irland einen neuen, fatalen Höhepunkt: über 215.000 Männer und Frauen, gut 16% der Erwerbstätigen, sind arbeitslos. Als diese Zahlen publik wurden, konzentrierten sich die Kommentare in den Medien und in politischen Kreisen auf die Misere der Jugendlichen, die immer mehr einer Zukunft ohne Arbeit entgegensehen, und auf die Bedürfnisse älterer Menschen, die aus ihren angestammten Arbeitsplätzen herausgedrängt wurden und kaum je wieder eine geregelte Beschäftigung finden werden. Ein wachsendes Gefühl der Bedrohung des gesamten

ökonomischen und sozialen Gefüges des Landes macht sich breit.

Zur gleichen Zeit, in der die anhaltende Schwäche der irischen Wirtschaft so offen zutage trat, wurde auch das jährliche Ritual der Präsentierung des Haushalts im Parlament abgehalten. In der Zeit vor dem 25. Januar konzentrierte sich alle Diskussion auf das für den Finanzminister nächstliegende Problem, nämlich, wie von der Koalitionsregierung versprochen, das Defizit im öffentlichen Sektor zu verringern, dabei die überdies schon schwere Steuerlast nicht noch weiter zu erhöhen und gleichzeitig etwas Positives zur Verbesserung der Beschäftigungslage zu tun. Denn schon bei ihrem Amtsantritt hatte die Regierung der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit oberste Priorität eingeräumt.

Seitens der Gewerkschaften wurde mit Nachdruck erklärt, daß die Zeit reif sei für einen Durchbruch an der Beschäftigungsfrent, verbunden mit einer Erholung der Wirtschaft und direkten staatl-

chen Eingriffen in entscheidenden Bereichen wie dem der Bauwirtschaft, wo kurzfristig Arbeitsplätze mit minimalem Risiko für einen Importanstieg geschaffen werden könnten. Die Aufwärtsspirale der Arbeitslosigkeit müsse gestoppt werden, und ein neues Element von Hoffnung müsse auf der ökonomisch-sozialen Bühne Einzug halten.

Auf der anderen Seite legten sich viele Vertreter von Geschäfts- und Arbeitgeberinteressen für eine fiskalische Konsolidierung und der öffentlichen Ausgaben ins Zeug, wobei sie besonderen Nachdruck auf die Kürzung der größten Ausgabenbereiche, mehr Anreize für Unternehmer und strikte Kontrolle des Anstiegs der Lohnnebenkosten legten.

Der ökonomische Hintergrund des Haushalts wurde von einer Reihe einflußreicher Kommentatoren beleuchtet, die Anzeichen eines gewissen Aufschwungs und industrieller wie gesamtwirtschaftlicher Erholung ausmachen können glaubten. Eine zweiprozentige Wachstumsrate wird prognostiziert, eine ausgeglichene Zahlungsbilanz und ein weiteres Sinken der Inflationsrate, die mit 8 bis 9 Prozent im internationalen Vergleich allerdings immer noch hoch bleiben wird.

Alle Analysen der irischen Wirtschaft in den letzten Jahren haben sich auf das Problem des Ungleichgewichts der öffentlichen Finanzen konzentriert. Die meisten Prognosen versuchten einen direkten Zusammenhang herzustellen zwischen der Gradlinigkeit auf dem Gebiet der nationalen Fiskalpolitik und wahrscheinlichen (oder erwünschten) Entwicklungen der effektiven Nachfrage, des Angebots und der Beschäftigungslage. Wie in anderen Ländern, namentlich im Vereinigten Königreich, ist der Preis für eine Politik, die die fiskalischen Ungleichgewichte und andere makro-ökonomische Variablen korrigieren will, beträchtlich, wenn man dabei die verringerte industrielle Aktivität und die verheerenden Arbeitslosenzahlen berücksichtigt. Dieser Faktoren nur zu sehr bewußt war sich Finanzminister Dukes, als er den Haushalt im überfüllten Dail Eireann einbrachte.

Zwei Stunden später konnte sich die Nation über einen ebenso sonderbaren wie in sich nicht schlüssigen Haushaltsentwurf den Kopf zerbrechen. Unter dem Strich hatte sich die Regierung entschieden, überhaupt kaum etwas zu unternehmen; das laufende Defizit blieb nominal unverändert, wenn es sich auch im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt anteilmäßig verringert, desgleichen die staatliche Kreditaufnahme.

Die steuerlichen Änderungen beschränkten sich auf eine geringfügige reale Anhebung der Steuereinnahmen aus allen Sektoren. Auf die Hauptvariablen der Wirtschaftsentwicklung wird das Budget kaum Auswirkungen haben, und die wenigen Änderungen bei den indirekten Steuern werden die Lebenshaltungskosten um weniger als ein Prozent ansteigen lassen.

So zeigte sich die breite Öffentlichkeit denn auch im allgemeinen erleichtert darüber, daß die Steuerlasten nur geringfügig ansteigen und die von der Koalitionsregierung angedrohte rigide Sparpolitik doch recht maßvoll ausfallen wird. Eingehendere Kritik kam jedoch von den Fachleuten: der Haushalt weiche vom Finanzkonsolidierungskurs ab, er gehe das seit langem bestehende Problem der Ungleichheit im irischen Steuersystem nicht an, und vor allem werde er keinerlei positive Auswirkungen auf die Beschäftigungslage haben.

Es liegt auf der Hand, daß die Arbeitslosigkeit weiter hingenommen wird; und sofern sie nicht akzeptiert wird, bleibt sie doch ein Element der absehbaren Zukunft des Landes. Dukes' Versäumnis, zu diesem Problem überhaupt irgendeinen konkreten Vorschlag zu machen, führte zu vorhersehbaren und verständlichen Protesten der Gewerkschaftsbewegung. Sein Ansatz spiegelt Ansichten innerhalb der Regierung wider, die schon Wochen zuvor ans Tageslicht gekommen waren, als der Entwurf eines Weißbuches zur Industriepolitik in die Medien durchgesickert war. Dieses Dokument schien sich mit einem dauerhaften Sockel von 225.000 Arbeitslosen abzufinden und davon auszugehen, daß die Zahl der Arbeitslosen bis Ende der 80er Jahre 300.000 erreichen werde. Von allen möglichen Seiten wurden daraufhin schwere Attacken gegen die offizielle Politik geritten. Selbst eines der führenden Wirtschaftsblätter schrieb: „Zum ersten Mal in der Geschichte des Staates haben wir eine Regierung, die nicht verspricht, Vollbeschäftigung herzustellen, sondern – im Gegenteil – die Präsenz einer Viertelmillion starken Reservearmee von Arbeitslosen als feste Größe betrachtet, von der die Industriepolitik auszugehen haben werde. . . Ein unbefangener Beobachter würde unter diesen Umständen vermuten, die Regierung werde – angesichts solch langfristig sich abzeichnendem sozialen Chaos und wirtschaftlicher Misere – nach großer staatlicher Kontrolle des Wirtschaftslebens trachten. . . Aber das Weißbuch verrät keine solche Absicht.“ Auch der Haushaltsentwurf nicht. Es mangelt schlicht an einer klaren Strategie zur Bekämpfung

der Beschäftigungskrise. Die sozialen und politischen Folgen werden nicht ausbleiben.

Dasselbe Wirtschaftsblatt stellt die Verbindung zu den in letzter Zeit verstärkten paramilitärischen Aktivitäten der IRA her: „Die Aussicht, an einem zwanzigjährigen Kampf gegen die sogenannte ‚Bourgeoisie‘ teilzunehmen, dürften für viele unserer jungen Leute derzeit nicht allzu attraktiv sein.“

Niederlande: Marxistisch-feministische Kommunisten

Letzten Monat fand in Amsterdam der mit Spannung erwartete 29. außerordentliche Kongreß der Kommunistischen Partei (CPN) statt. Die in mehrere Fraktionen gespaltete Partei beschloß an drei Tagen die Hälfte eines neuen Grundsatzprogrammes. Zweimal mußte der chaotisch verlaufene Kongreß abgebrochen werden, die wichtigsten inhaltlichen Entscheidungen aber sind gefallen.

Nachdem die CPN 1977 nach einer katastrophalen Wahlniederlage mit ihrer stalinistischen Vergangenheit gebrochen hatte, setzte ein Wandlungsprozeß ein, der auch 1984 noch nicht abgeschlossen zu sein scheint. In den zurückliegenden Jahren hatten sich zunehmend sogenannte „Erneuerer“ durchgesetzt, die 1982 die Mehrheit in der Partei und damit auch im Parteivorstand erreichten. Sie wollten eine Abkehr vom Marxismus-Leninismus, teilweise sogar die Auflösung der CPN zugunsten einer linken Sammlungsbewegung. Lesben-, Schwulen- und vor allem Frauenbewegte veränderten das Gesicht der Partei, in der sich inzwischen eine starke innerparteiliche Opposition landesweit organisiert hatte. Diese sogenannten „Horizontalen“, alte Kader und junge orthodoxe Kommunisten, schlossen sich mit dem Ziel zusammen, die ihrer Ansicht nach viel zu weit gehende Erneuerung zu stoppen und aus der CPN wieder eine Arbeiterpartei zu machen. Prominente Erneuerer wie der Parlamentsabgeordnete Gijs Schreuders verließen die Partei, eine zunehmende Polarisierung zeichnete sich ab. Die Erneuerer waren geteilt in eine „ruhige“ und eine „radikale“ Fraktion. Die einen – zu ihnen gehört der Parteivorstand – zeigten sich kompromißbereit gegenüber den Orthodoxen, die anderen wollten einen radikalen

Aber wenn man von £ 28 brutto die Woche leben soll und nichts zu tun hat, als tagaus tagein Däumchen zu drehen, dann könnte man doch noch leicht in den Kampf hineingezogen werden.“ Angesichts solcher erschreckenden Aussichten verliert das Konzept eines „neutralen“ Haushalts denn doch einiges an Attraktivität und Berechtigung.

Tony Brown (Dublin)

len linken „Durchbruch“, ihre am besten organisierte Gruppierung waren die ebenfalls landesweit zusammengeschlossenen Feministinnen.

Die Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm ließ an zwei Wochenenden diese Fraktionen aufeinanderprallen. Eine Parteispaltung war dabei so ziemlich das einzige, was der chaotisch verlaufene Parteikongreß nicht zu bieten hatte.

Am ersten Wochenende wurden die „Inspirationsquellen“ der CPN beschlossen. Dabei war ein ganzer Tag nötig, um einen mehrfach veränderten Kompromißbeschluß für einen einzigen Paragraphen zustande zu bringen. Eine knappe Mehrheit stellte den Feminismus als gleichwertige Grundlage neben den Marxismus. Erregte Diskussionen machten eine weitere Fortsetzung des inzwischen in Zeitnot geratenen Kongresses unmöglich. Man vertagte sich auf einen weiteren Termin und nahm, unter gemeinsamem Absingen der Internationale, Abschied von Lenin und dem revolutionären Marxismus.

Der eine Woche später fortgesetzte Kongreß brachte überraschende Beschlüsse. Zunächst nahm eine knappe Mehrheit einen Passus an, wonach der Kampf u. a. auch der Frauenbewegung dem Ziel der Aufhebung der Klassengegensätze und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft zu dienen habe. Die „Horizontalen“ hatten sich gegen die radikalen „Erneuerer“ durchgesetzt und den erst eine Woche alten Beschluß auf den Kopf gestellt. Das aber brachte nicht die befürchtete Feldschlacht. Auch nicht die Diskussion über Osteuropa. Hier setzte sich die Fraktion der Mitte durch. Die CPN beschloß, wie immer bei wichtigen Punkten, mit äußerst knapper Mehrheit, oppositionelle Bewegungen nur zu unterstützen, wenn diese auch sozialistische Ziele hätten. Die radikalen Erneuerer wollten eine Gleichsetzung von USA und UdSSR, die Horizontalen enge Bindungen an Moskau. Bei der

Verwerfung des demokratischen Zentralismus als Organisationsprinzip setzten sich wieder die Erneuerer durch, ebenso bei dem angestrebten NATO-Austritt. Der Parteivorstand hatte lediglich eine Aufhebung beider Machtblöcke gefordert, ohne einseitige niederländische Schritte.

Kurz vor dem allgemeinen Aufatmen platzte dann die Bombe beim letzten umstrittenen Thema – der Abstimmung über Arbeitszeitverkürzung. Zunächst wurde ein zusätzlicher Satz mehrheitlich angenommen, der Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht forderte. Die Horizontalen feierten das wie einen entscheidenden Sieg. Ihnen gefror kurz darauf das Siegerlächeln, denn unmittelbar danach sprachen sich 53% der Delegierten für die 25-Stunden-Woche aus. Ohne Lohnverzicht. Denn das war ja fünf Minuten vorher beschlossen worden.

Innerhalb weniger Minuten verließen Hunderte aufgebrachter Kommunisten den Saal. Die allgemeine Verwirrung entlud sich in heftigen (Wort-) Gefechten in den Gängen. An eine Fortsetzung des Kongresses war nicht zu denken. Die Horizontalen, vor allem die Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft „Kommunisten und Gewerkschaftsbewegung“, griffen vor allem die feministische Fraktion an. Diese hatte die Neuverteilung der Arbeit auf Männer und Frauen durch die 25-Stunden-Woche auf ihre Fahne geschrieben, allerdings offensichtlich übersehen, daß der Passus „ohne Lohnverzicht“ dem ur-

sprünglichen Text ergänzen sollte, in dem lediglich von drastischer Arbeitszeitverkürzung die Rede war. Der verabschiedete Text war eine Alternative gewesen, in dem bewußt keine Größe der Arbeitszeitverkürzung angegeben war. Nun hatte man beides auf einmal. Und würde sich lächerlich machen, so die Horizontalen.

Der Parteivorstand sah alldem hilflos zu. Die Kompromißtaktik und die inhaltliche Zurückhaltung hatten das Desaster letztendlich nicht verhindern können. Der Kongreß mußte wiederum abgebrochen werden und wurde auf unbestimmte Zeit vertagt.

Die befürchtete Spaltung fand nicht statt. Verloren haben aber alle. Wenn permanent wechselnde Mehrheiten der verschiedenen Fraktionen mit hauchdünnen Siegen sich teilweise widersprechende Beschlüsse verabschieden, zeigt das einerseits, wie hoffnungslos miteinander verfeindet die einzelnen Gruppierungen sind, andererseits aber auch die momentane Handlungsunfähigkeit der CPN. In einem Jahr wird ein neuer Parteivorstand gewählt. Eine immer noch mögliche Spaltung ist also noch längst nicht vom Tisch. „Morgen sehen wir uns wieder im Kampf“, so die Parteivorsitzende Elli Izeboud. „Die CPN ist kein ständiger Kongreß!“

Hoffentlich.

Klaus Schäfer (Amsterdam)



KRITIK

Bücher: Deutsche Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts

Auf der Suche nach der verlorenen Identität der Deutschen ist eine weitere Etappe zurückgelegt worden. Innerhalb nur eines Jahres haben vier Autoren ihre Forschungsergebnisse zur deutschen

Geschichte in der Zeit von der Französischen Revolution bis zur Machtübernahme der Nationalsozialisten niedergelegt. Übereinstimmendes Merkmal: Alle vier Bücher sind zwar allgemeinverständlich geschrieben, ihre epische Breite dürfte jedoch ein breites Publikum von der Lektüre abhalten.

Johannes Willms: Nationalismus ohne Nation. Deutsche Geschichte von 1789 bis 1914, Claassen Verlag, Düsseldorf 1983, 776 S., DM 48,-

Dem Journalisten und Koselleck-Schüler Johannes Willms geht es in erster Linie darum, den erklärenden Schleier, der über

der Bismarckschen Reichsgründung liegt, herunterzureißen und auf die „Vergeblichkeit der deutschen Geschichte im 19. Jahrhundert“ hinzuweisen. Den vergeblichen Versuch nämlich, aufkommendes Nationalbewußtsein und politische Einheit miteinander in Einklang zu bringen. So habe dem zwischen Französischer Revolution und Kampf gegen Napoleonische Fremdherrschaft erwachenden deutschen Nationalbewußtsein ein allgemeinverbindliches konkretes Ziel gefehlt, das dem „deutschen Traum“ zur Realisierung hätte verhelfen können. Auch die Stein-Hardenbergsche Reformpolitik sei nicht über eine Teil-Modernisierung hinausge-

kommen, die die preußische Sozialordnung in ihrem Wesensgehalt nicht anzutasten vermochte. Der Versuch der Paulskirche dann, auf dem Verfassungsweg ein Deutsches Reich zu schaffen, scheiterte an den Widersprüchen zwischen den reaktionären Kräften des Feudalismus einerseits und den in sich uneinigten bürgerlich-liberalen Reformern andererseits, die zwischen dem Wunsch nach politischer Mitbestimmung und der Angst vor einer sozialen Revolution schwankten. So sei es schließlich zu jener Bismarckschen Reichsgründung von oben gekommen, die allein von preußischen Interessen geleitet war und zu einer feudalen Militärmonarchie führte, die letzten Endes an ihren wachsenden inneren Widersprüchen zu Grunde ging. Der nationale Traum aber sei durch diese Reichsgründung nicht erfüllt worden, sondern zu einem Problem geworden, „das, weil es damals nicht eingelöst wurde, seither unlösbar geworden ist“ (S. 11).

Thomas Nipperdey: Deutsche Geschichte 1800–1866. Bürgerwelt und starker Staat, C. H. Beck Verlag, München 1983, 838 S., DM 68,—.

Zu einer völlig anderen Bewertung der Bismarckschen Einigungspolitik kommt Thomas Nipperdey in seiner bemerkenswerten „Deutschen Geschichte 1800–1866“, die von der wissenschaftlichen Grundüberzeugung des Historismus geprägt ist. Der Sieg Preußens und die Niederlage Österreichs 1866 hätten viele Entwicklungen möglich werden lassen, auch „andere als die, die wirklich eingetreten sind. Die Zukunft war belastet und umschattet, und sie war, wie immer, verhängt. Aber sie war offen“ (S. 803). Es gehöre zur „Tragik der deutschen Geschichte“, daß sich die Deutschen als politische Nation nur durch Teilung ha-

ben konstituieren können. Eine Alternative aber – in Form etwa einer föderal-universalistischen Lösung – hätte nicht bestanden. Ein solches System ohne starke Spitze und ohne wirkliches Parlament hätte die inneren Konflikte noch weniger lösen können und wäre – nicht anders als das Österreich-Ungarn von 1867 – in den Strudel der Nationalitätenkämpfe geraten. So aber sei es in dem von Preußen dominierten Deutschen Reich zu einem „Bündnis zwischen Krone und Bürgertum“ gekommen, das auch im liberalen Sinn entwicklungsfähig gewesen sei. Daß die liberalen Kräfte in Deutschland schließlich scheiterten, sei wiederum dem tragischen Gang der Geschichte zuzuschreiben.

Mit dem kürzlichen Erscheinen von Michael Stürmers zeitlich an Nipperdey anschließender Geschichte des Deutschen Kaiserreichs liegt nun nach Hagen Schulzes Arbeit über die Weimarer Republik der zweite von sechs Bänden vor, in denen im Siedler Verlag „Die Deutschen und ihre Nation“ von der Zeit Friedrich des Großen bis zur Gegenwart vorgestellt werden sollen (die Veröffentlichung der restlichen vier Bände ist bis zum Frühjahr 1986 vorgesehen).

Michael Stürmer: Das ruhelose Reich. Deutschland 1866–1918 (Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 3), Siedler Verlag, Berlin 1983, 452 S., DM 78,—

Hagen Schulze: Weimar. Deutschland 1917–1933 (Die Deutschen und ihre Nation, Bd. 4), Siedler Verlag, Berlin 1982, 464 S., DM 78,—

Um es vorwegzunehmen: Der große Wurf ist weder dem Erlanger noch dem Berliner Professor gelungen. Während dies bei Stürmer an ideologischer Voreingenommenheit und seinem Bestreben

liegt, sich in eher kulturgeschichtlicher Form von der brillanten Kaiserreich-Darstellung des Sozialhistorikers Hans-Ulrich Wehler abzugrenzen, stößt Hagen Schulzes ohne Frage verdienstvolleres Buch an die Grenze dessen, was angesichts der Fülle bereits vorliegender Teiluntersuchungen von einem einzelnen Historiker geleistet werden kann. Die – schon lange ausstehende – kritische Gesamtgeschichte der ersten deutschen Republik ist heute wohl nur noch durch ein Forschungsteam zu bewerkstelligen.

Für den Erlanger Zeitgeschichtler Michael Stürmer, zugleich historischer Berater des gegenwärtigen Bundeskanzlers, gilt es aus aktuellem Anlaß, „zwischen veränderter Erfahrung der Vergangenheit und neuen Ängsten und Zukunftshoffnungen ... den geschichtlichen Ort Deutschlands und der Deutschen zu bestimmen“. Eile ist dabei geboten, denn mit geschärftem neokonservativem Blick hat er bereits drohende Wolken ausgemacht, die über Deutschlands Himmel schweben: „Die Pax Americana wird schwächer. Der Gründungskonsens der Bundesrepublik zerfällt im Innern. Auch die parlamentarische Demokratie zeigt sich anfällig für Spaltungen zwischen Legalität und Legitimität. Versuche eines deutschen Sonderwegs werden wieder wach.“ Damit die Deutschen jedoch nicht von ihrer Geschichte eingeholt werden, müsse man ihnen insbesondere jene Epoche vor Augen führen, „da Industrialisierung, Säkularisierung und Nationalismus in einen Weg ohne Wiederkehr führten, Machtstaat und Massenkonsens einander bedingten und die Geographie Europas dem Deutschen Reich eine Schlüsselrolle zuwies, die weder durch Hegemonie aufzulösen noch durch Gleichgewicht ruhigenzustellen war“ (S. 10).

Dies freilich könne weder mit der neumodischen Vorliebe für

Strukturgeschichte noch mit einem „einheitsverbürgenden Theoriegebäude“ erfaßt werden. Vielmehr sei auch der Ereignisgeschichte wieder zu ihrem Recht zu verhelfen, gemahne sie doch daran, daß „Geschichte von Menschen gemacht wird, daß Größe und Überhebung, Verantwortung und Schuld zu ihrem Stoff gehören, und daß nur wenig so kommen mußte, wie es dann kam“ (S. 12). Der Animosität Stürmers gegenüber allzu Theoretischem und seiner Vorliebe für das Tragische entspricht in vielen Teilen des Buches eine wabernde Sprache mit pathetischen Höhepunkten (das Kaiserreich wurde verwirklicht „in kühnem Zugriff und als Akt schöpferischer Antirevolution“). Damit man jedoch die Tragik der Geschichte nicht nur zwischen den Zeilen herauslesen muß, ringt sich der Autor schließlich nach 400 Seiten doch noch ein kulturpessimistisches Bekenntnis ab: „Die technische Zivilisation, die aus Aufklärung und Verfall der alteuropäischen Lebensformen entstand, verwirklichte das Versprechen des Fortschritts. Aber als Konterbande enthielt sie auch die Illusion, Moral und Geschichte würden sich analogen Gesetzen zunehmender Rationalität, kumulativer Erkenntnis und zivilisatorischer Daseinsbewältigung beugen. Vergeblich die Warnungen, die im Drama der Französischen Revolution lagen, umsonst die Agonien des Ersten Weltkriegs, des Zweiten und der Zerstörung der liberalen Humanität des neunzehnten Jahrhunderts: die Neigung vieler Historiker, die Verläufe der deutschen Geschichte am vorgegebenen Weltplan zu Rationalität des Daseins und Demokratisierung aller Lebensverhältnisse zu messen und die vergangenen, anderen Wirklichkeiten abzuurteilen, blieb bis heute Erbteil jener Fortschrittsgläubigkeit, die die Angst der Aufklärung vor sich selbst vergaß und die entgegenstehenden

Erfahrungen des neunzehnten Jahrhunderts ignorierte.“

Ebenso verführerisch einfach auch die Kernthese des Stürmerschen Buches: Aufgrund seiner geographischen Lage in der Mitte Europas stand Deutschland im 19. Jahrhundert vor der Alternative, weiterhin Objekt der anderen Mächte zu sein oder selbst Nationalstaat zu werden. Mit der Gründung des Kaiserreichs wurde 1871 die Europäisierung Deutschlands beendet, und – abgesichert durch Bismarcks geschickte Bündnispolitik – entstand ein moderner Machtstaat, dessen Konsens hergestellt wurde durch die „Nationalisierung der Massen“, Grundzug der Epoche, weit stärker prägend als die Entfaltung der Klassengesellschaft. Die diesem Prozeß innewohnende soziale und ökonomische Dynamik ebenso wie die Veränderung der außenpolitischen Gesamtlage machten es dann jedoch Bismarcks Nachfolgern unmöglich, die „europäische Halbhegemonie des Reiches“ länger aufrecht zu erhalten. „So wuchs die Versuchung, solange es noch Zeit war, die gegnerischen Bündnisse zu sprengen: durch bündnispolitisches brinkmanship wenn möglich, durch begrenzte chirurgische Operationen (!) wenn nötig, letztlich aber im Bewußtsein, daß dahinter das Risiko des europäischen Hegemonialkriegs heraufwuchs, ohne mehr als eine Restchance des Sieges. Führung in Kontinentaleuropa oder Untergang des Reiches – mit dieser tödlichen Alternative hielten die Geschichte Preußens, die Geographie Mitteleuropas und das Erbe der Reichsgründung die Enkel ein“ (S. 406).

Die geopolitische Rechtfertigung des preußisch-deutschen Machtstaates stellt eine beachtliche Wende in der Geschichtsschreibung der letzten Jahre dar, einen Rückfall in längst überwunden geglaubte Zeiten. Aber die Möglichkeit einer allmählichen

Parlamentarisierung des Reiches wird von Stürmer noch aus einem zweiten Grund zugleich verworfen: „Zwischen dem cäsaristischen Staatsmann und der wachsenden Sozialdemokratie fand sich für die Entfaltung eines kraftvollen Parlamentarismus verzweifelt wenig Raum und Machtchance. Die politischen Parteirichtungen, Ausdruck zerküffelter Sozialmilieus, lähmten einander und hatten aufsteigenden Begabungen wenig zu bieten“ (S. 404). Seine standortbedingte Abneigung gegen die Sozialdemokratie, der er „eine untergründige Bereitschaft zur Gewalt“ attestierte, kommt u. a. auch in der Charakterisierung August Bebel zum Ausdruck, dieses „Sozialisten mit Schweizer Villa“, dem die „Verantwortungsethik des Staatsmannes“ versagt blieb (vgl. S. 302 ff.). Überhaupt: Kernproblem der Politischen Kultur Deutschlands an der Wende des 19. zum 20. Jahrhundert sei die „Wendung von den Eliten zu den Massen, die gewöhnlich als Demokratisierung beschrieben wird“ (S. 12) gewesen. Die Konstellation, die dann zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs führte, wird nicht aus den innenpolitischen Schwierigkeiten der deutschen Machteliten erklärt (oder zumindest mitbegründet), sondern angesichts eines in ganz Europa überbordenden Nationalismus als nahezu unausweichliche Folge der Reichsgründung von 1871 dargestellt. Die deutschen Kriegsziele vor dem Krieg werden dementsprechend heruntergespielt zugunsten der These vom „Präventivkrieg nicht um eines bestimmten Zieles willen, Landgewinn oder strategische Schlüsselposition, sondern um das enge Gehäuse der deutschen Mittellage in Europa zu zerbrechen, bevor es auf alle Zeit zu spät war, und das Reich gegen die Übermacht der Gegner zu sichern, solange es noch die Chance gab“ (S. 370).

War Stürmers Buch getragen von der Bewunderung für Bis-

marcks Cäsarengestalt, so gilt Hagen Schulzes Sympathie denen, „die unter ungewöhnlich schweren Umständen und mit unzulänglichen Mitteln versucht haben, nach dem Ersten Weltkrieg in Deutschland eine dezent, liberale, anständige Demokratie zu errichten, und die dabei gescheitert sind“ (S. 11). Dieses Scheitern sei jedoch keineswegs unausweichlich gewesen, sondern „die Chance der Gruppen wie der Einzelnen, sich für Weimar zu entscheiden und dem Gesetz der parlamentarischen Demokratie zu gehorchen, nach dem man angetreten war, hat immer bestanden“ (S. 425). Man beachte den Unterschied in der grundsätzlichen Einstellung der beiden Autoren, wohingegen sich der formale Aufbau ihrer Bücher entspricht: Dem ersten, mehr strukturell-erklärendem Teil folgt ein zweiter ereignisgeschichtlicher Hauptteil. Dies scheint als Organisationsprinzip für die ganze Verlagsreihe vorgesehen zu sein.

Auf die zentrale Frage, woran Weimar gescheitert sei, antwortet Hagen Schulze mit einer gewissermaßen übergeordneten These, die nicht zu überzeugen vermag: „Bevölkerung, Gruppen, Parteien und einzelne Verantwortliche haben das Experiment Weimar scheitern lassen, weil sie falsch dachten und deshalb falsch handelten“. Differenzierter dann auch die Darstellung der einzelnen Ursachenbündel:

Im außenpolitischen Bereich gehöre das „Problem der deutschen Mittellage ... zweifellos zu den langwirkenden, wenn auch nicht präzise dingfest zu machenden Ursachen der Labilität Weimars, nicht wegen der geopolitischen Einflüsse – der Ost-West-Konflikt seit der russischen Oktoberrevolution hat das Deutsche Reich sogar stabilisiert –, aber wegen der damit eng verknüpften geistigen Dispositionen, die westlichen Denkmustern und

so auch den ideologischen Voraussetzungen der parlamentarischen Demokratie ungünstig waren“. Von durchschlagender Wirkung hingegen „erwies sich die Geburt der Republik aus der Kriegsniederlage und der innere Zusammenhang der Entstehung der Weimarer Demokratie mit Waffenstillstand, Friedensvertragsunterzeichnung und den weiteren Demütigungen durch die Entente; die Behauptung, Republik und Demokratie seien nur andere Worte für Feigheit und Verrat an Volk und Nation, konnte daher zum festen Bestand rechtsextremistischer Agitation werden“.

In wirtschaftsgeschichtlicher Hinsicht komme zum einen der Bewertung der Anfangsphase der Republik, der Rätebewegung und der Sozialisierungsfrage große Bedeutung zu, zum anderen der Inflationsphase 1918–1923 und der Wirtschaftskrise seit 1929. Schulze wendet sich dabei entschieden gegen die These von der „unvollendeten Revolution“, da eine tiefgreifende politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Umwälzung unter den äußerst schwierigen Umständen der unmittelbaren Nachkriegszeit überhaupt nicht möglich und die Rätebewegung überdies zu zersplittert und orientierungslos gewesen sei. Die Inflation habe ohne Frage die Verarmung eines großen Teils des Mittelstandes mit weitreichenden psychologischen Folgen bewirkt und der mit der späteren Wirtschaftskrise verbundene weitgehende Zusammenbruch des Sozialstaates eine Diskreditierung der parlamentarischen Demokratie, dennoch habe beides „lediglich bereits bestehende Schwächetendenzen verstärkt, längst vorhandene Bruchstellen zusätzlich belastet und langfristig angelegte Entwicklungen beschleunigt“. Etwas leichtfertig dagegen die lapidare Feststellung: „Die vielbeschworene Rolle schwerindustrieller und großfinanzieller Kreise

beim Aufstieg des Nationalsozialismus darf dagegen vermutlich im Lichte der jüngeren Forschung als weniger bedeutend angesehen werden.“ Schließlich hat „die jüngere Forschung“ diese Unterstützung Hitlers gerade zu Tage gefördert.

Die sozialgeschichtliche Seite des Problems sieht Schulze in der mangelnden Unterstützung der Republik durch die Bevölkerung, die der Weimarer Demokratie aus unterschiedlichen Gründen größtenteils ohne Wohlwollen gegenübergestanden hätte, und im systemwidrigen „Parteienpatriotismus“: „Die Parteien haben im einzelnen wie gemeinsam versagt, indem sie ihrer Kardinalaufgabe in der parlamentarischen Demokratie, der Bildung stabiler parlamentarischer Mehrheiten, in Zeiten der Krise nicht nachkamen.“

Verfassungsrechtlich habe der „mangelnde normative Charakter der Weimarer Reichsverfassung, durch den die außerkonstitutionelle Ausweitung des Handlungsspielraums der Exekutive in der Endphase der Republik begünstigt wurde“ ebenso eine Rolle gespielt wie die destabilisierenden Auswirkungen des unbeschränkten Verhältniswahlrechts.

Überschätzt wird nach Ansicht Schulzes die Rolle, die den staatlichen Machtinstrumenten – dem Militär, der Bürokratie und der Justiz – beim Scheitern Weimars zukam. Zwar habe man „in diesen Bereichen engagierte Demokraten mit der Laterne suchen“ müssen, bei genauerem Hinschauen erweise sich aber, „daß die Bürokratie, ungeachtet der politischen Präferenzen der Beamten, regelmäßig zur Verfügung dessen stand, der die staatliche Macht innehatte und seinen Machtanspruch auch unmißverständlich vertrat“. Genau hierbei hätten jedoch die demokratischen Parteien versagt ebenso wie bei ihrem Verzicht auf effektive Kontrolle des militärischen Apparats.

Schließlich bleibt der Bereich des politischen Denkens, der Ideologien und der institutionellen Kultur, in dem – aufgrund von in langen Zeiträumen angelegten Denktraditionen und Mentalitätsstrukturen – ein allgemeines demokratisches Meinungsklima vorherrschte, das „bei dem unterentwickelten Selbstbewußtsein der wenigen engagierten Demokraten den Eindruck einer allgemeinen Labilität“ verstärkte (alle Zitate: S. 418 ff.).

Man mag bei der Bewertung der einzelnen Faktoren mit Hagen Schulze in vielen Fällen nicht übereinstimmen, festzuhalten bleibt jedoch: Sein Buch benennt die wichtigsten Felder zur Bestimmung des „Weimarer Experiments“ und ist schon allein aus diesem Grund ein lesenswerter Beitrag zur Geschichte der ersten deutschen Republik.

Andreas Zobel

Europäische Gemeinschaft – Europäisches Parlament – Europawahl – Bilanz und Perspektiven

von Wichard Woyke
Leske und Budrich, Opladen 1984,
160 S., DM 16,80

Woykes kurzgefaßtes, informativ und anschaulich geschriebenes Taschenbuch zur Europäischen Gemeinschaft und zum Europaparlament gibt einen Überblick über geschichtliche Entwicklung und aktuellen Problemstand der westeuropäischen Einigung. Es beschreibt die Anstöße und Rückschläge von der EGKS über die EVG bis zur Wirtschafts- und Währungsunion, wobei eine Institutionenkrise und eine Solidaritätskrise festgestellt wird, die die Rückkehr zu Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat und die Hinwendung zu gemeinschaftlicher Lösung von aktueller und struktureller Arbeitslosigkeit, der

Agrarkrise und des Reich-Arm-Gefälles und schließlich der Süderweiterungsprobleme erfordert.

Insgesamt sieht Woyke die Stagnation des Integrationsprozesses im mangelnden politischen Willen zur Supranationalität, d. h. zur Übertragung nationaler Kompetenzen an eine Europäische Union. In diesem Rahmen stellt Woyke auch die Frage nach den Vor- und Nachteilen, die die EG-Mitgliedschaft für die Bundesrepublik Deutschland bringt. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Bundesrepublik eindeutiger Integrationsgewinner sei und insbesondere in Bezug auf ihre Exportinteressen und ihren internationalen Einfluß nicht ohne die EG auskommen kann.

Fast die Hälfte des Bandes wird dem Europäischen Parlament und der Direktwahl gewidmet, wobei der Autor im einzelnen auf Zusammensetzung, Arbeitsweise und inhaltliche Schwerpunkte von Parlament, Fraktionen und Parteiföderationen eingeht. Besonders hilfreich ist dabei, daß, wie in den anderen Kapiteln, Tabellen, Graphiken und zusammenfassende Darstellungen eingearbeitet sind, die diesem Taschenbuch gleichzeitig auch den Charakter eines Handbuchs zur Europawahl geben. Woyke warnt vor einer Überbewertung von Europawahl und Parlament. Für ihn hat sich die Hoffnung, daß sich die Öffentlichkeit zum Integrationsmotor entwickeln könne, nicht erfüllt. Das Parlament dagegen, obschon in seinem Einfluß noch begrenzt, habe mit seiner Politik der kleinen Schritte und der Totalrevision der Verträge mit dem Ziel, schrittweise eine Europäische Union zu verwirklichen, beachtlichen Erfolg gehabt.

Woykes Taschenbuch kommt zum richtigen Zeitpunkt und ragt unter der Vielzahl von anderen Büchern, Broschüren usw. zur Europawahl dadurch hervor, daß es die wichtigen Zusammenhänge

beschreibt, die politisch interessanten Fakten übersichtlich darstellt und die wichtigsten Probleme nennt. Dieser Zielvorstellung entsprechend ist der Band von Theoriediskussionen, Auseinandersetzungen mit den Problemursachen und detaillierten Lösungsvorschlägen freigehalten. Er ist für ein breites Publikum geschrieben, das er auch verdient, und stellt dabei gleichzeitig ein gutes Beispiel dar, wie Wissenschaft der allgemeinen Aufklärung dienen kann.

Reimund Seidelmann

Europäische Einigung. Bilanz und Perspektive

von Helmut Strizek/Gisela Hammers-Strizek

2., überarbeitete und aktualisierte Auflage, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn 1984, 144 S., DM 9,80

Leider ist Europa weder in der Politik noch in der Publizistik ein Dauerbrenner, sondern bestenfalls ein Saison-Schlager. Und Saison ist jetzt wieder: Das Europäische Parlament wird zwischen dem 14. und 17. Juni zum zweiten Mal in den Ländern der EG direkt gewählt. Plötzlich bekommt Europa ein wenig mehr Konjunktur. Bürger erkennen politische Bildungslücken, die sie gern füllen möchten. Glücklicherweise finden sich dann auch einige politisch ambitionierte Verlage, die die Marktlücke wahrnehmen und Druck-Mittel finden, den Europa-Mißstand zu erhellen. So jetzt der Verlag Neue Gesellschaft in Bonn, der das Buch „Europäische Einigung. Bilanz und Perspektive“ von Helmut Strizek und Gisela Hammers-Strizek herausbringt.

Das Buch hat zweifellos Chancen, ein Standard-Werk für diese Materie zu werden. Schon ein Blick in das Inhaltsverzeichnis verspricht Auskünfte, die für einschlägig politisch Interessierte

unerlässlich sind. Vor allem die ausgezeichneten historischen Darstellungen sowie die detailfreudigen Abhandlungen über die Wirtschaftspolitik und die entwicklungspolitische Konzeption der Europäischen Gemeinschaft machen das Buch zu einer nützlichen Grundlage für politische Kommentatoren, die bekanntlich allzu oft europäisches Tagesgeschehen kommentieren sollen, ohne historische Zusammenhänge und Hintergründe zu kennen.

Besonders wertvoll können für diese Zwecke auch die umfangreichen Darstellungen der Arbeit des ersten direktgewählten Europäischen Parlaments sein. Die Autoren haben hier gut faßlich die Entwicklung des Europäischen Parlaments seit der ersten Direktwahl von 1979 nachgezeichnet. Auch Zweifeln wird dort deutlich gemacht, daß die Mitglieder des EP es durchaus verstanden haben, aus ihrem unvollkommenen Status mit Engagement mehr zu machen, als die Verträge eigentlich vorsehen. Freilich sind auch Mängel nicht zu übersehen: Die Darstellung der Forschungs- und Verkehrspolitik, aber auch der Politik der Verbraucher, erscheint schmerzlich lückenhaft – gerade im Hinblick auf die Aktivitäten des Parlaments. Ein als Handbuch konzipiertes Buch wie dieses gewönne außerdem, wenn die Lebensdaten der dort erwähnten Politiker (wenigstens in Klammern) angeführt würden. Schließlich sollte bei der – wahrscheinlich zur dritten Direktwahl – fälligen dritten Auflage eine strenge Redakteursfeder daran gehen, die gelegentlich auftretenden sprachlichen Fehlgriffe und Ungenauigkeiten zu beseitigen. Ersatzlos streichen sollte man bei dieser Gelegenheit die sachlich falsche Bemerkung über „antiamerikanische Akzente“ in der SPD (S. 103); eine derartige Fehlinterpretation darf man eigentlich nicht durchgehen lassen.

Willi Carl

Die Sowjetunion in der Weltpolitik
von Klaus von Beyme
Piper-Verlag, München 1983,
217 S., DM 28,-

Unsere Beziehungen zur UdSSR stehen und fallen mit einem angemessenen Bild, das wir uns von der Sowjetunion machen. Dabei kommt es entscheidend auf Zuverlässigkeit und Vollständigkeit unserer Sowjetunionanalysen an. Wir brauchen weder Schriften, die die Sowjetunion dämonisieren, noch solche, die sie verharmlosen. Notwendig ist vielmehr eine kontinuierliche Beobachtung und Analyse der sowjetischen Politik, die nicht neue Vorurteile schafft bzw. alte stabilisiert, sondern deren Ergebnisse uns in die Lage versetzen, mit der Sowjetunion zu einer vernünftigen Zusammenarbeit im Sinne des Moskauer Vertrages von 1970 zu kommen.

Dem Heidelberger Politologen Klaus von Beyme kommt das Verdienst zu, in einem knappen und gut lesbaren Überblick über wichtige Felder sowjetischer Außenpolitik ein „Mehr an Empathie“ (S. 8) geschaffen zu haben, denn ohne Kenntnis und Verständnis geht es nicht.

Wie sieht die UdSSR uns? Wie gestaltet sie ihre Außenpolitik? Von welcher Lagebeurteilung geht sie dabei aus? Wie sieht das sowjetische Sicherheitskonzept aus? Welche Rolle spielen die Ost-West-Wirtschaftsbeziehungen? Von welcher Konzeption her betreibt die UdSSR ihre Politik gegenüber und in der Dritten Welt? Welche Rolle spielt die „kommunistische Weltbewegung“ für die sowjetische Außenpolitik?

Die Antworten, die v. Beyme auf diese Fragen gibt, basieren auf den Aussagen der westlichen Forschung wie auf der Auswertung ausgewählter sowjetischer Literatur. Seine wichtigsten Ergebnisse in Thesenform:

– Das „Kräfteverhältnis in der

Welt“ und die „Umgestaltung der internationalen Beziehungen“ stehen heute im Zentrum der sowjetischen Doktrin.

– Der außenpolitische Entscheidungsprozeß ist pluralistischer geworden, als frühere Totalitarismustheoretiker es für möglich hielten.

– Institutioneller Sitz der Souveränität ist das Politbüro der KPdSU geblieben.

– Die Qualität der sowjetischen Diplomaten ist gewachsen.

– Der Ost-West-Konflikt hat in der sowjetischen Systematik einen geringeren Stellenwert als in der westlichen Literatur.

– Das Bild der westlichen Welt wird differenzierter.

– Angesichts der Häufung sowjetischer Initiativen in der Abrüstungspolitik sind propagandistisch-taktische und ernstgemeinte Vorschläge nicht immer leicht zu unterscheiden.

– Die Erweiterung des „sozialistischen Lagers“ ist durch wachsende Meinungsverschiedenheiten im „realen Sozialismus“ erkaufte worden.

– Im Verhältnis zur Dritten Welt liegen heute die größten Anstrengungen der sowjetischen Außenpolitik, die Macht des „sozialistischen Lagers“ auszudehnen.

– Es scheint fraglich, ob man von einer „kommunistischen Weltbewegung“ als einer von Moskau sicher gesteuerten Einrichtung noch sprechen kann.

Beymes Resümee: „Im ganzen ist für den Westen Anlaß zur Wachsamkeit gegenüber den sowjetischen Initiativen, nicht aber zur panischen Überreaktion auf jeden sowjetischen Schachzug gegeben“ (S. 185).

Wilhelm Bruns